



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Der Werdegang des deutschen Volkes**

**Kaemmel, Otto**

**Berlin [u.a.], 1921**

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83808](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83808)

# Der Werdegang des deutschen Volkes

Die preußisch-  
österreichische Zeit

~~9523~~

~~7504~~  
/ 6



SLD

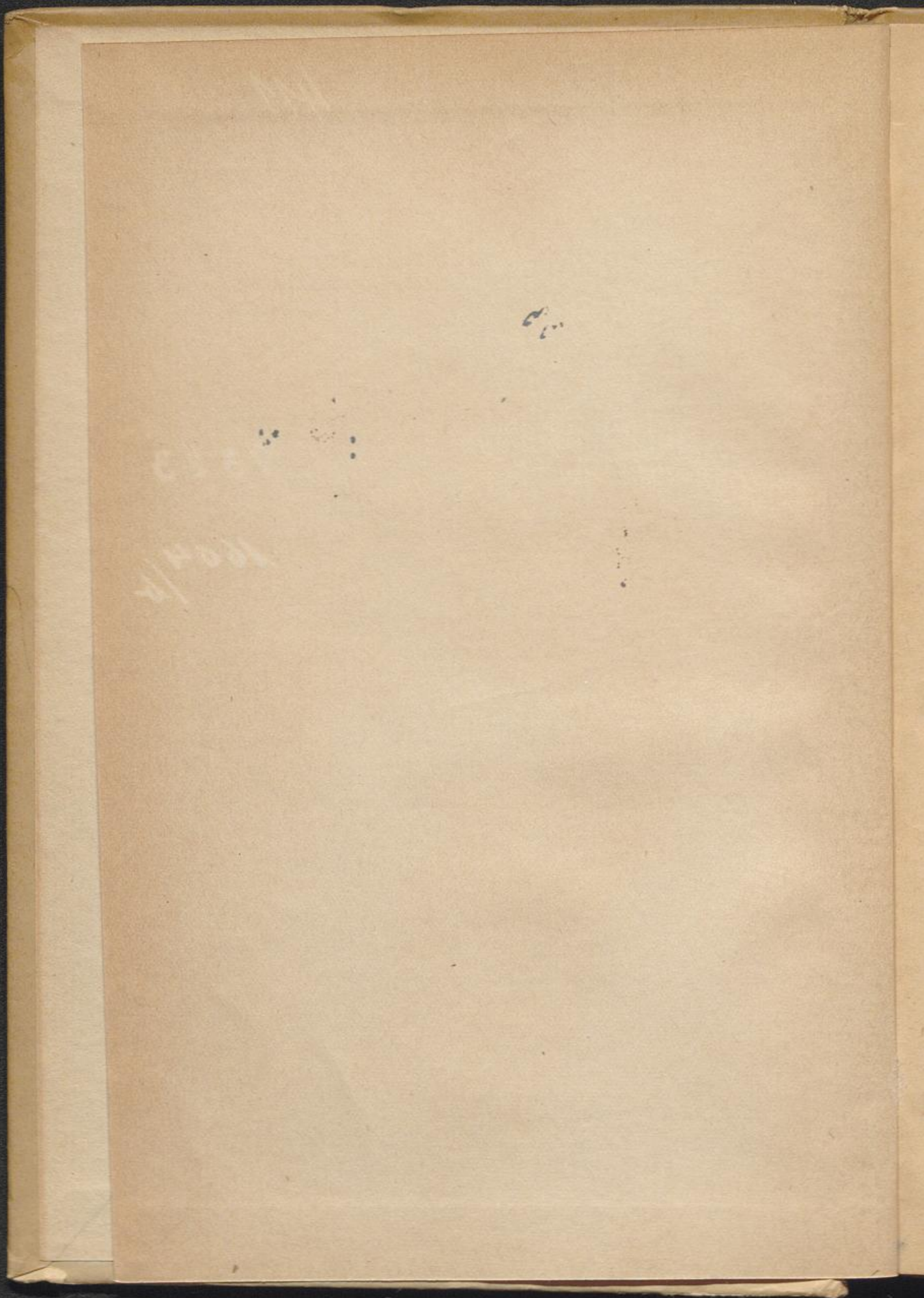


14.30











EK 411  
AVI/K3

# Der Werdegang des deutschen Volkes

historische Richtlinien für gebildete Leser

VON

Otto Kaemmel

Vierte, durchgesehene und verbesserte Auflage

bearbeitet von

Dr. Arnold Reimann

Stadtschulrat in Berlin

★★★

Die preussisch-österreichische Zeit  
1648—1858



Berlin und Leipzig 1921

Vereinigung wissenschaftlicher Verleger  
Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlags-  
buchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.



Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten



03

M

36143

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10

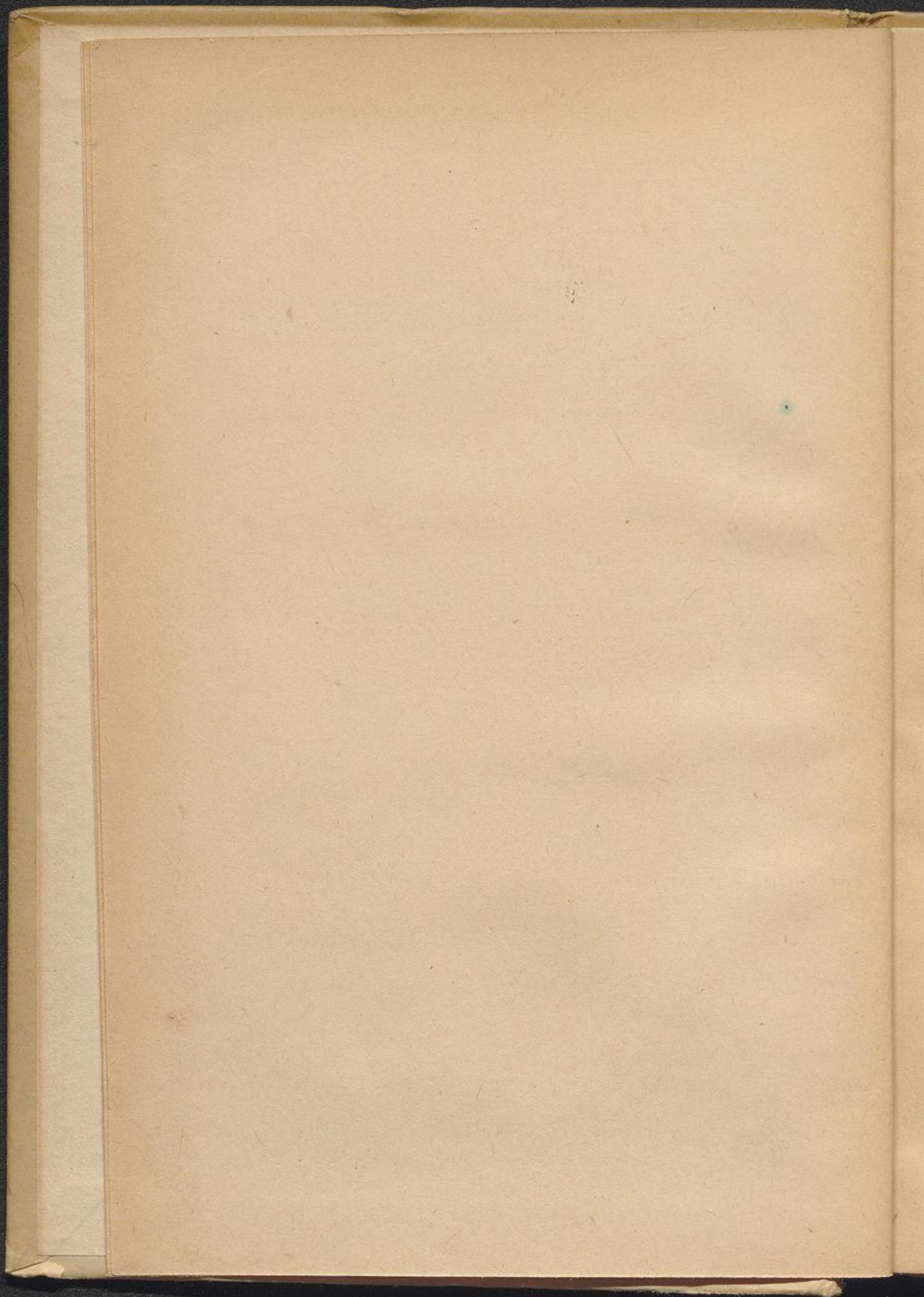


Der Werdegang des deutschen Volkes

\*\*\*

Die preussisch-österreichische Zeit  
1648—1858







## Inhalt.

Seite

### Sechster Zeitraum.

#### Die preussisch-österreichische Zeit. 1648 bis 1858.

#### Die Begründung des brandenburgisch-preussischen Staats und der österreichischen Großmacht. 1648 bis 1740 3—61

Reichsverfassung und Einzelstaaten — Der absolute Staat — Verschiebung des Schwerpunktes nach dem Osten — Die ostdeutschen Staaten — Brandenburg-Preußen — Der deutsche Dualismus und die Weltlage — Anfänge des Großen Kurfürsten — Die Fortdauer der reichsfürstlichen Opposition — Ausbruch des Nordischen Krieges — Brandenburg im Nordischen Kriege — Der rheinische Bund und der Kaiser — Niederwerfung der letzten städtischen Opposition — Wendung der französischen Politik — Ausbruch des zweiten Raubkrieges — Das neue Kriegswesen — Der Krieg am Rhein und in Belgien — Brandenburgische Siege — Friedensschlüsse — Anschluß Brandenburgs an Frankreich — Die Reunionen — Aufstand in Ungarn — Abwehr des türkischen Angriffs — Wendung der brandenburgischen Politik — Eroberung Ungarns — Ursprung des dritten Raubkriegs — Der dritte Raubkrieg — Abschluß des Türkenkrieges — Der neue fürstliche Staat — Seine Aufgaben — Der Große Kurfürst — Brandenburgische Zustände — Grundlagen der neuen Verwaltung — Der brandenburgisch-preussische Adel — Volkswirtschaftspolitik — Kirchenpolitik — Testament des Großen Kurfürsten — Sein Tod; Ereignisse seiner Regierung — Friedrich der Dritte — Kurhannover — Schleswig-Holstein und Mecklenburg — Kursachsen — Thüringen und Hessen — Kurpfalz —



Württemberg und Bayern — Verwaltung Österreichs — Österreichs geographische Einheit — Österreichische Kirchenpolitik — Geistliche Fürsten, Reichsadel und Reichsstädte — Wirkung der Vielstaaterei — Ursprung des Spanischen Erbfolgekrieges — Ursprung des Nordischen Krieges — Siege der Schweden — Friede von Ultranstätt — Der Spanische Erbfolgekrieg — Die Friedensschlüsse — Ausgang des Nordischen Krieges — Eroberung des Mündungslandes der deutschen Ströme — Folgen des Doppellrieges — Verwaltungsordnung Friedrich Wilhelms des Ersten — Finanzen — Heerwesen — Volkswirtschaftspolitik — Kirchenpolitik — Österreichische Politik — Der polnische Thronkrieg — Letzter Türkenkrieg Karls des Sechsten — Die Stände — Wirtschaftliche Zustände nach 1648 — Wirkungen des fürstlichen Merkantilismus — Hanseatische Stadtwirtschaft — Verkehrsmittel — Bevölkerung — Die fremde Bildung — Schulwesen — Universitäten — Polyhistorie und Scholastik — Die Kirchen — Der Pietismus — Das Naturrecht — Philosophie — Akademien — Die Gelehrtentendenz — Vorboten einer Wendung — Musik — Bildende Kunst — Bauten — Plastik — Gemäldesammlungen.

Die Erhebung Preußens zur Großmacht und die Auflösung des alten Reichs. 1740 bis 1806/7 . . . 62—122

Die Weltlage um 1740 — Wandlung der Weltanschauung — Bildung und Staat — Jugend Friedrichs des Großen — Wesen Friedrichs — Die schlesische Frage — Beginn des ersten Schlesiens und des Österreichischen Erbfolgekrieges — Erfolge Karl Albrechts — Erhebung Österreichs und Friede von Breslau — Österreichs Erfolge — Ausbruch des zweiten Schlesiens Krieges — Ende des Krieges — Preußen und seine Nachbarn — Auflösung der alten, Gründung neuer Bündnisse — Beginn des Siebenjährigen Krieges — Die europäische Koalition gegen Preußen — Friedrichs Kriegsführung — Der Feldzug von 1757 — Der Feldzug von 1758 — Zunehmende Verluste Friedrichs 1759 — Feldzug von 1760 — Friedrich in größter Noth — Zerfall der Koalition — Die Friedensschlüsse — Folgen des Krieges — Preussisch-russisches Bündnis — Die erste Teilung Polens — Die bayrische Erbfolge — Der Bayrische Erbfolgekrieg — Österreich unter Joseph dem Zweiten — Deutsche Politik



nach dem Tode Friedrichs des Zweiten — Preussische Verwaltung — Finanzen und Volkswirtschaft — Rechtspflege und Gesetzgebung, Kirche und Schule — Die Armee — Friedrich Wilhelm der Zweite — Österreichische Verwaltung — Finanzen, Kirche und Schule — Joseph der Zweite — Norddeutsche Staaten — West- und süddeutsche Staaten — Landwirtschaft — Industrie und Verkehr — Wohlstand — Grundlagen der Bildung — Rationalismus und Mystizismus — Wissenschaft — Kants Philosophie — Beginn der klassischen Literatur — Die Sturm- und Drangperiode; Herder — Goethe und Schiller — Musik — Kunst — Der Einzelne und der Staat — Ursprung des Krieges mit Frankreich — Der Einbruch der Franzosen in die Rheinlande — Zweite Teilung Polens; Feldzug von 1793 — Erfolge der Franzosen — Aufstand in Polen; Fortschritte der Franzosen — Friede von Basel und dritte Teilung Polens — Österreichs Erfolge in Süddeutschland — Napoleon Bonaparte — Bonaparte gegen Österreich — Die zweite Koalition — Feldzug von 1799 — Auflösung der Koalition — Bonaparte Erster Consul — Sieg der Franzosen 1800 — Friede von Lunéville — Der Reichsdeputationshauptschluß — Das Napoleonische Kaisertum — Wachstum und Verfall Preußens — Friedrich Wilhelm der Dritte — Auswärtige Politik Preußens — Die dritte Koalition — Schlacht von Austerlitz und Friede von Pressburg — Der Rheinbund und die Auflösung des Reichs — Bruch Preußens mit Frankreich — Schlachten bei Jena und Auerstädt — Der Zusammenbruch Preußens — Winterfeldzug in Ostpreußen — Der Festungskrieg — Ende des Krieges; Friede von Tilsit.

#### Anläufe zur Neugestaltung. 1807 bis 1858 . . . 125—198

Politische Lage Deutschlands 1807 — Gang der Entwicklung seit 1807 — Die Romantik und die neue Wissenschaft — Die neue Weltanschauung — Dichtung — Die Rheinbundstaaten — Die Reform in Preußen — Abzug der Franzosen — Die Kaisertage in Erfurt — Die Erhebung Österreichs — Aufstände in Süddeutschland; Wagram — Friede von Wien; Folgen des Krieges — Notlage Preußens — Fortgang der Reformen — Bruch zwischen Napoleon und Rußland — Der russische Feldzug — Konvention von Tauroggen — Die Erhebung Preußens

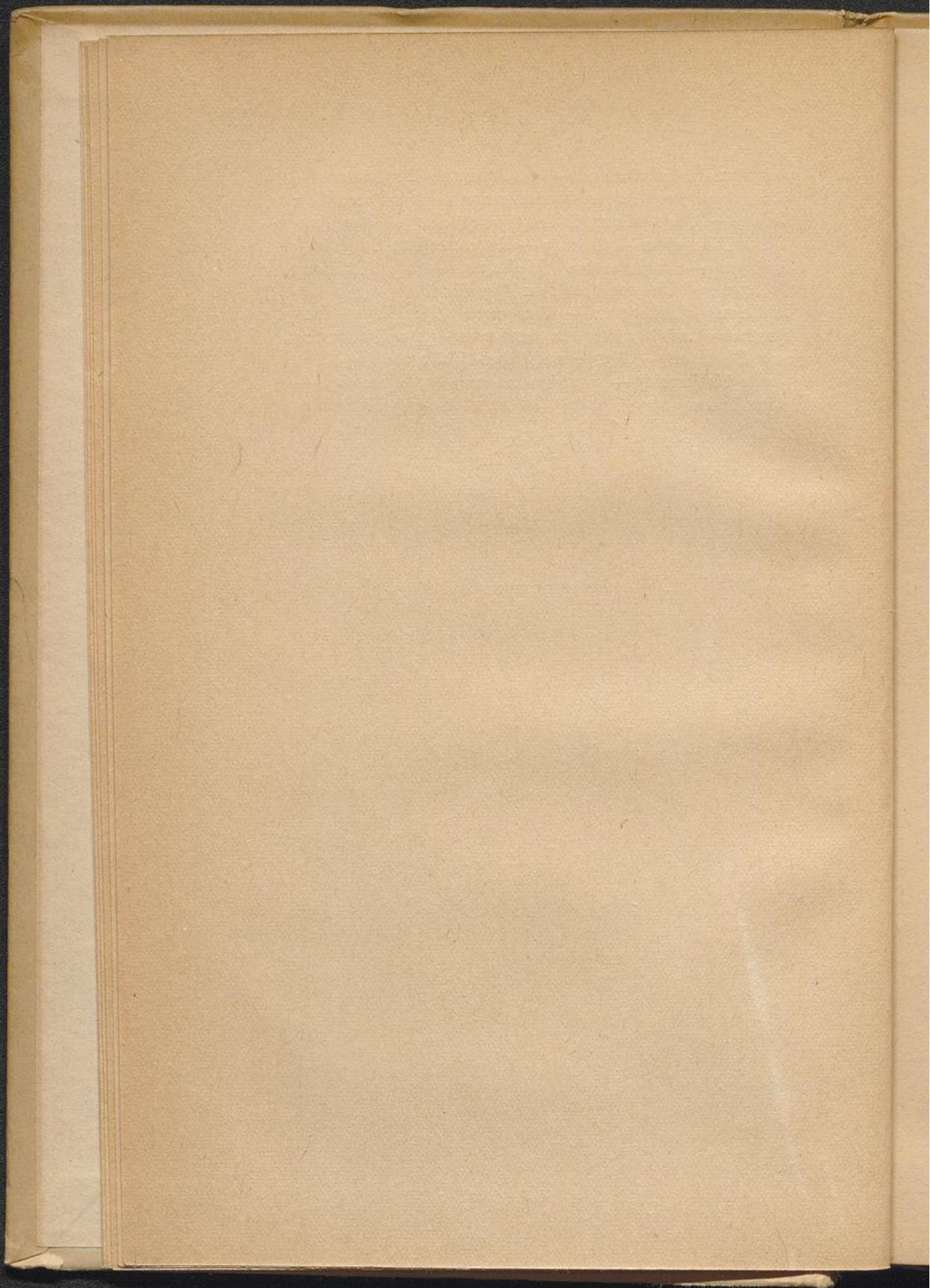


— Eröffnung des Feldzugs — Der Feldzug in Sachsen — Der Waffenstillstand — Die Schlachten des August 1813 — Die Vorentscheidung der deutschen Frage — Völkerschlacht bei Leipzig — Zusammenbruch des Rheinbundes — Der Feldzug gegen Paris — Der Wiener Kongreß — Die Gebietsverteilung und der Deutsche Bund — Napoleons Rückkehr; Feldzug in Belgien — Der zweite Friede von Paris — Die Heilige Allianz — Die deutsche Bundesverfassung — Die süddeutschen Verfassungen — Die altständischen Staaten — Die Burschenschaft — Karlsbader Beschlüsse und Wiener Schlußakte — Neugestaltung der römischen Kirche — Die evangelische Kirche — Die Bundeskriegsverfassung — Die Heilige Allianz und der Liberalismus — Neugestaltung Preußens — Die Provinzialstände — Grundlagen des deutschen Zollvereins — Der bayrisch-württembergische Zollverein — Österreich — Die romanischen Revolutionen und die griechische Erhebung — Einfluß der Julirevolution — Ausdehnung des Zollvereins — Radikale Bewegungen — Der Verfassungsbruch in Hannover — Der erste preussische Kirchenstreit — Friedrich Wilhelm der Vierte — Anfänge seiner Regierung — Belebung des religiösen Sinnes — Aufschwung des Verkehrs — Industrie und Landwirtschaft — Bevölkerungszunahme und Auswanderung — Unterrichtswesen — Philosophie — Historische Theologie und Rechtswissenschaft — Geschichte und Philologie — Naturwissenschaft und Mathematik — Goethes Stellung — Dichtung — Musik — Bildende Kunst — Politische Ideale des Bürgerstandes — Der Vereinigte Landtag in Preußen — Die Mittelstaaten — Die schleswig-holsteinische Frage — Nationale Bestrebungen in Österreich — Liberale Programme — Die Märzbewegung 1848 — Die Wiener Märzrevolution — Die Berliner Märzrevolution — Aufstand in Posen — Erhebung Schleswig-Holsteins — Vorparlament und Verfassungsentwurf — Parlament und Reichsverweser — Die Einzelstaaten unter der Herrschaft der Liberalen — Der Dänische Krieg — Das Parlament und der Waffenstillstand — Sieg des Königtums in Preußen — Nationalitätenkampf in Österreich — Die Wiener Oktoberrevolution — Bruch zwischen dem Parlament und Österreich — Die Kaiserwahl in Frankfurt — Erhebung Ungarns; Sieg über die Dänen — Bruch zwischen dem Parlament und den Regierungen — Re-



publikanische Erhebungen — Auflösung des Parlaments — Niederlage der Schleswig-Holsteiner — Die preussische Union — Preisgebung Schleswig-Holsteins — Der Konflikt in Kurhessen — Olmütz — Unterwerfung Schleswig-Holsteins — Gründe des Scheiterns — Die Reaktion; Preußen — Die norddeutschen Mittelstaaten — Die süddeutschen Mittelstaaten — Das neue Österreich — Das Konkordat und der Ultramontanismus — Der Bundestag und Bismarck — Ausdehnung des Zollvereins — Das zweite Kaiserreich — Deutschland und der Krimkrieg — Der Neuenburger Streit; Ausgang Friedrich Wilhelms.







Sechster Zeitraum

# Die preußisch-österreichische Zeit

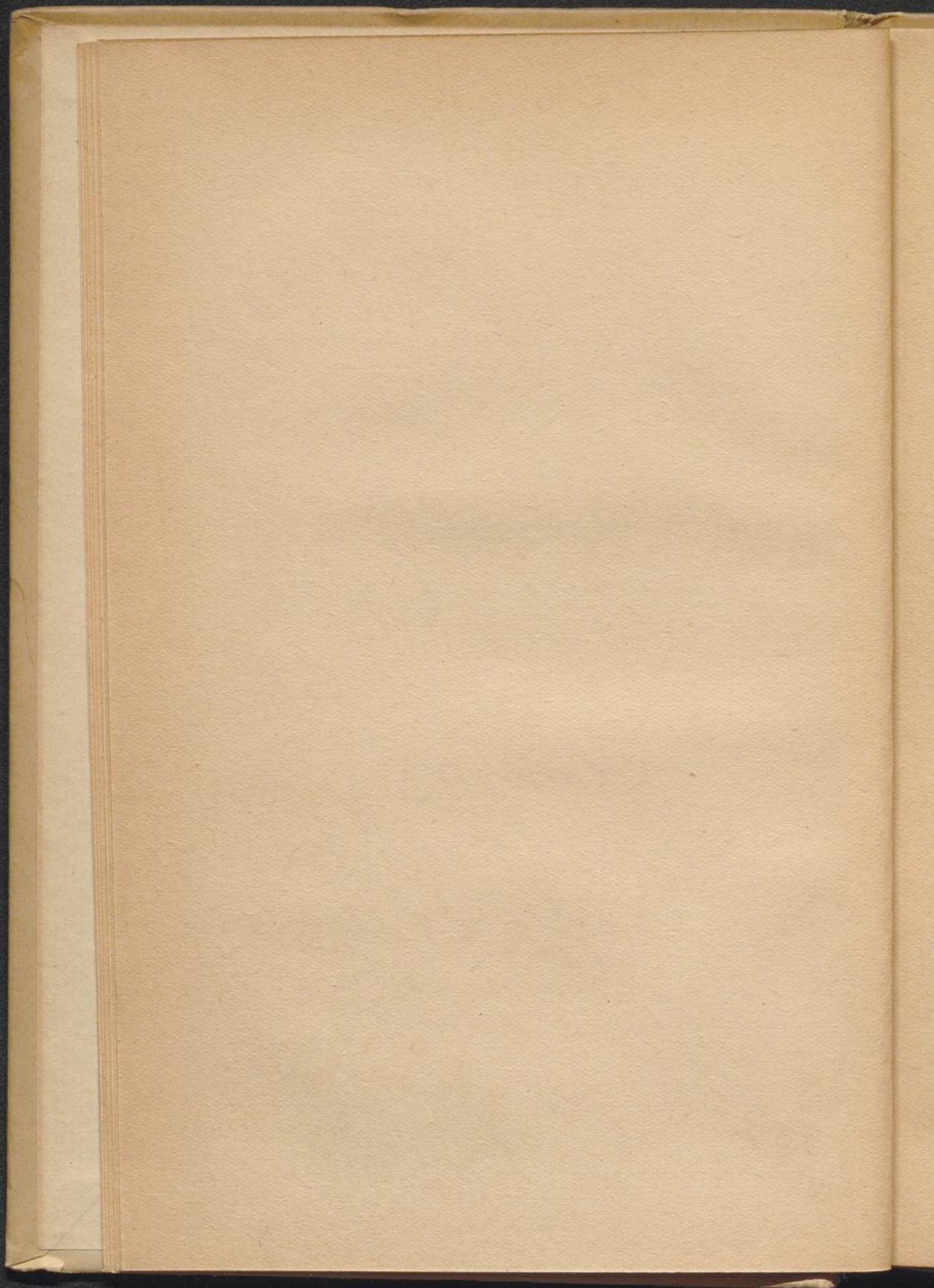
1648 bis 1858

—

K a e m m e l, Werdegang. \*\*\*

1







## Die Begründung des brandenburgisch-preussischen Staats und der österreichischen Großmacht. 1648—1740

In einer furchtbaren Krisis hatte die deutsche Nation ihre Weltstellung geopfert und ihre alte politische Einheit vollends zerstört, um für sich und die Welt die geistige Freiheit zu retten. In ihr und in der nunmehr völkerrechtlich und reichsgesetzlich verbürgten Selbständigkeit der Teile lagen die Keime neuen Lebens. Mochten die korrekten Juristen immer noch fortfahren, in der Reichsverfassung eine wunderbar weise Mischung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie zu sehen und den Kaiser als den Rechtsnachfolger der römischen Cäsaren zu preisen, helle Köpfe blickten schon tiefer. Ein schwedischer Publizist pommerischer Abkunft, Bogislaw Chemnitz (Hippolytus a Lapide), suchte um 1640 die unbeschränkte Selbständigkeit der Reichsstände historisch durch die Behauptung zu begründen, daß sie das Ursprüngliche sei und das Kaisertum auf Usurpation beruhe, und der Sachse Samuel Pufendorf bezeichnete 1667 als das Ziel, dem die politische Entwicklung Deutschlands zustrebe, die Trennung von Österreich, die Vernichtung der geistlichen Fürstentümer und einen rein weltlichen Staatenbund. In der Tat, alle lebendigen Kräfte wandten sich den Einzelstaaten zu, auf ihnen beruhte das Schicksal der Nation. Wie sich freilich aus diesem Nebeneinander unabhängiger Staaten, die samt und sonders von ihren rücksichtslos verfolgten Sonderinteressen, von der „Staatsraison“ geleitet wurden, ein neues Reich entwickeln sollte, vermochte noch niemand zu sagen. Aber wie die formell noch aufrecht stehende Reichsverfassung, so hatte sich auch die ständisch-konfessionelle Ordnung der Einzelstaaten überlebt. In den Wirren des großen Krieges war ihre Unfähigkeit hand-



greiflich hervorgetreten. Dem Kaiser hatte die größten Erfolge ein selbstherrlicher Feldherr erfochten, der alle ständischen Rechte mit Füßen trat, und die evangelischen Stände hatte vor dieser Gewaltherrschaft ein fremder König gerettet, der im Felde und im Kabinett unumschränkt gebot.

So stieg ein neues Staatsideal empor, der fürstlich=absolute Staat, der auf die Zusammenfassung aller Staatskräfte in der Hand des Monarchen, Unterwerfung der Stände unter seinen Willen und wirtschaftlichen Abschluß des Landes nach der Weise des französischen Merkantilismus gerichtet war; der konfessionell geschlossenen Landeskirche trat der Grundsatz der Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen, also der persönlichen Glaubensfreiheit, gegenüber, der in der Befreiung der Wissenschaft von der theologischen Bevormundung eine starke Stütze fand. Wenn die geistige Umwandlung im ganzen vom Bürgertume ausging, so stand dieses doch dem neuen absoluten Staate politisch ohne Verständnis und daher auch ohne tätigen Anteil gegenüber: die Leitung ging meist an den Adel über, der sich die neue weltmännische Bildung der Franzosen zu eigen machte. Im allgemeinen vollzogen sich diese Umwandlungen zuerst und hauptsächlich in den protestantischen Staaten, namentlich den größeren, denn hier war die innere Kraft der Nation am besten erhalten, während sie in den meisten katholischen Ländern durch die gewaltsame Rekatholisierung schwer gelitten hatte. Die kleinen Reichsstände aber, die geistlichen Fürstentümer wie die Reichsstädte, waren überhaupt unfähig, modernstaatliche Aufgaben zu lösen.

Also ging der politische und wirtschaftliche Vorrang und bald auch die geistige Vorherrschaft auf den kolonialen Osten über. Schon die lutherische Kirchenreform war in dem ober-sächsisch-thüringischen Grenzgebiete des alten und des neuen Deutschlands entstanden; aber noch hatte der Südwesten ein starkes Gewicht in die Waagschale geworfen, und noch auf den Beginn des Dreißigjährigen Krieges hatte die kurpfälzische Politik bestimmend eingewirkt. Doch die süddeutschen Reichsstädte hatten ihre politische Rolle schon seit dem Schmalkaldischen Kriege ausgespielt, der ganze Südwesten am spätern Verlaufe des großen Krieges nur noch einen leidenden Anteil genommen, und der Kampf war, soweit ihn nicht fremde



Mächte führten, wesentlich von den ostdeutschen Staaten, Bayern inbegriffen, durchgefochten worden. Jetzt hatte der Westen, vollends in machtlose Kleinstaaten zerfallen, seine alte wirtschaftliche Bedeutung durch die Verlegung der Welt handelsstraßen verloren. Eine Möglichkeit zur Bildung größerer wirtschaftlicher Einheiten war hier schlechterdings nirgends vorhanden, außerdem war das politische Übergewicht der fremden Mächte nirgends so einengend und drückend, das nationale Selbstbewußtsein so gering wie in diesen ältesten deutschen Kulturlanden. Erst gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts bildete sich im Nordwesten ein größerer weltlicher Staat, Kurhannover, aber dieser verfiel alsbald (1714) durch die Personalunion mit England fremdem Einfluß.

Es gab also größere, weltliche Staatengebilde nur noch im Osten. Nebeneinander standen hier im Nordosten die niedersächsisch-thüringischen Koloniallande Brandenburg und Kursachsen, im Südosten aber Bayern und Österreich, d. h. im wesentlichen Länder bayrischen Stammes. Von diesen vier Staatengebilden waren zwei, Bayern und Kursachsen, reine Binnenländer, also ohne jedes unmittelbare Interesse an den großen auswärtigen Aufgaben der deutschen Politik und daher auch nicht gezwungen, alle ihre Kräfte straff zusammenzufassen. Bayern war nur durch die Persönlichkeit Maximilians des Ersten vorübergehend zu einer seine natürlichen Kräfte übersteigenden Bedeutung gekommen; nach seinem Tode (1651) sank es, durch den Dreißigjährigen Krieg tödlich erschöpft und von dem protestantischen Geistesleben durch seinen strengen Katholizismus völlig abgeschnitten, in sein Sonderdasein zurück. Kursachsen hatte sich durch die Erwerbung der beiden Lausitzen ostwärts bis an die mittlere Oder ausgedehnt, aber indem es Magdeburg zugunsten Brandenburgs aufgab, hatte es die Aussicht, sich elbawärts bis in die Nähe der Nordsee auszubreiten, für immer verloren und damit die Möglichkeit, an der großen Politik ein selbständiges Interesse zu gewinnen. Nur Österreich und Brandenburg-Preußen waren Grenzstaaten. Aber der größte Strom Österreichs, seine Lebensader, die Donau, und seine bedeutendsten Nebenflüsse führten aus Deutschland hinaus in stammfremde Gebiete und endlich in ein damals weltfernes Binnenmeer hinein; mit dem Norden



hing es zwar durch die Elbe und die Oder zusammen, doch Böhmen war der Sitz einer fremden, wenngleich damals halb gebrochenen Nationalität, und nur Schlesien ein größtenteils deutsches Land. Ferner standen die im Osten angrenzenden Länder unter demselben Joch wie Österreich, ließen also hier bei den Deutschen ein Gefühl starken Nationalstolzes nicht aufkommen, und die einzige große nationale Aufgabe, an deren Lösung die Habsburger unmittelbar beteiligt waren, war die Verdrängung der Türken aus Ungarn; an dem Verhältnis zu Frankreich waren sie nur durch ihre entlegenen westlichen Besitzungen bis zum Oberrhein hin interessiert. Endlich hatte die kirchliche Reaktion das Mark der habsburgischen Völker zerstört und ihre geistige Verbindung mit der im Kerne protestantischen deutschen Kultur unterbrochen.

Auders Brandenburg. Die untereinander territorial noch getrennten, aber immerhin ansehnlichen Gebiete der Hohenzollern erstreckten sich quer durch die ganze Breite Norddeutschlands und darüber hinaus vom Niederrhein bis zur Memel, also überwiegend durch Flachland, dessen gleichförmiger Boden der politischen und wirtschaftlichen Zentralisation geringe Hindernisse entgegensetzte; in ihrer Hand war der Mittellauf der Elbe und der Oder, also die Verbindung zwischen dem deutschen Binnenlande und den Küstenländern, und sie waren an der Weser wie am Rhein beteiligt, beherrschten also längere oder kürzere Strecken aller der großen Ströme, die den Verkehr nach den beiden nordischen Meeren leiteten. Und dieselben Lebensinteressen brachten den Staat in unmittelbaren Gegensatz zu Polen, dessen Lehnshoheit das Herzogtum Preußen noch unterworfen war, zu Schweden, das die Mündungen der Oder vom Hinterlande abschnitt, und zu Frankreich, das den zerfahrenen Westen Deutschlands bedrohte. So wurden die Hohenzollern unmittelbar vor die größten Aufgaben der deutschen Politik gestellt. Endlich lebte in diesen zähen, seit Jahrhunderten an harte Arbeit auf kargem Boden gewöhnten überwiegend niedersächsischen Stämmen eben doch ein gemeinsames Stammesgefühl und ein starkes Selbstbewußtsein, und die Stellung des reformierten Herrscherhauses zu ganz überwiegend lutherischen Untertanen ergab ein Maß von Duldsamkeit, das weit über die Reichsgesetze hinausging. So schufen



die Hohenzollern, indem sie für ihren Staat arbeiteten, ohne es zu wollen und zu ahnen den Grund für die neue Einheit der Nation, zunächst einen starken Mittelstaat, dann eine Großmacht. Zu derselben Zeit gründeten die Habsburger, indem sie Ungarn eroberten, eine selbständige, aber zur Hälfte außerhalb Deutschlands liegende Großmacht.

Von dem Verhältnis dieser Machtbildungen, der norddeutschen niederländisch-protestantischen und der süddeutschen bayrisch-katholischen, wurden seitdem zwei Jahrhunderte lang die Geschehnisse der Nation unendlich mehr bestimmt als von der erstarrten Reichsverfassung. Soviel Unheil ihre Nebenbuhlerschaft auch über Deutschland gebracht hat, nur die Entstehung größerer selbständiger Staaten konnte damals überhaupt den politischen Bestand einer deutschen Nation sichern und sie vor der Fremdherrschaft retten. Denn es war eine Zeit der härtesten Machtkämpfe. Zwar schied Spanien als Großmacht bald aus, aber das bourbonische Frankreich unter seinem unumschränkten Königtum wurde ein viel gefährlicherer Nachbar; England stieg, die Niederlande in die zweite Linie zurückdrängend, zur ersten Handels- und Kolonialmacht auf, Schweden besaß im ganzen Norden ein gewaltiges militärisches Übergewicht, und hinter dem durch die Zügellosigkeit seines souveränen Adels in hoffnungslose Zerrüttung sinkenden Polen drängte das russische Sarentum langsam nach dem Westen.

Eine Reihe großer oder mindestens bedeutender Herrscher hob Brandenburg-Preußen aus seiner bisherigen Schwäche empor. Der erste, Friedrich Wilhelm (1640—88), der schon zu seiner Zeit der Große Kurfürst hieß (geb. 1620), verdankte seinem schwachen Vater Georg Wilhelm sehr viel weniger als seiner geistvollen und energischen Mutter Elisabeth Charlotte von der Pfalz. Sie gab ihm die bestimmte Richtung auf die evangelisch-reichsfürstliche Opposition und vermittelte ihm jenen Aufenthalt in Holland (1634—1638), der ihm zur Hochschule des Regentenberufs wurde und für sein ganzes Leben wirksam blieb, während der katholische Minister seines Vaters, Graf Schwarzenberg, Brandenburg seit 1635 eifrig auf Österreichs Seite hielt. So bedeutete die Thronbesteigung des jugendlichen Kurfürsten im Dezember 1640 eine entscheidende politische Wendung. Kaum hatte Friedrich Wilhelm unter



schweren Opfern die polnische Belehnung mit dem Herzogtum Preußen erreicht und sich die Treue seiner Garnisonstruppen in Brandenburg gesichert, als er sich durch den Waffenstillstand von Stockholm (1641) von jeder tätigen Teilnahme am Kriege zurückzog. Er stützte sich zunächst auf Holland, zu dem er durch seine Vermählung mit Luise Henriette, der Tochter Friedrich Heinrichs von Oranien und Enkelin Wilhelms des „Schweigers“, in dynastische Beziehungen trat (1646); aber der Westfälische Friede vernichtete seine hochfliegenden Hoffnungen, durch die Erwerbung ganz Pommerns seinen Staat zu einer selbständigen baltischen Macht zu erheben, und zog ihn durch die Zuweisung der Stiftslande in die verwickelten Verhältnisse des norddeutschen Binnenlandes hinein, bewahrte aber damit Brandenburg vor der sehr naheliegenden Gefahr, sich Deutschland zu entfremden.

Noch mehr als zwanzig Jahre lang nach dem Dreißigjährigen Kriege stand das deutsche Fürstentum mit geringen Ausnahmen und Unterbrechungen in geschlossener Opposition gegen das habsburgische Kaisertum, von dem es so schwer bedroht worden war. Gerade deshalb übten Frankreich und Schweden einen bestimmenden Einfluß auf das Reich, denn vor allem Frankreich galt nach alter Tradition als Hort reichsfürstlicher Freiheit. Deswegen plante Friedrich Wilhelm nach den Ratschlägen seines damaligen leitenden Ministers, des Grafen Georg Friedrich von Waldeck, einen evangelischen Sonderbund, wie einst Gustav Adolf, aber unter brandenburgischer Leitung, und der Kurfürst-Erzbischof von Mainz, Johann Philipp von Schönborn, erstrebte einen Bund mindestens der westdeutschen Fürsten, ohne Rücksicht auf die Konfession. Beide handelten in der Absicht, so das Gleichgewicht zwischen den großen Mächten zu halten und die Selbständigkeit zu behaupten. Den ersten Reichstag nach dem Kriege im Jahre 1653 beherrschte diese Opposition vollständig; sie erlangte dort den Beschluß, daß die Untertanen gehalten seien, die Kosten für die Festungen und Besatzungen der Landesherren aufzubringen, d. h. die reichsgesetzliche Grundlage für die fürstliche Militärhoheit, und sie siegte auch nach dem Tode Ferdinands des Dritten (2. April 1657) bei der Wahl seines Sohnes Leopold am 18. Juli 1658. Denn die neue Wahlkapitulation verbot dem Kaiser jede Unterstützung Spaniens in dessen auch nach



1648 fortdauerndem Kampf mit Frankreich und sprach den Fürsten das Recht zu, etwaigen Widerstand ihrer Landstände selbst mit Hilfe der Nachbarn zu brechen. Kurz nachher, am 15. August 1658, schlossen die drei geistlichen Kurfürsten, die braunschweigischen Herzöge und einige andere den Rheinbund. Ihm trat auch Frankreich bei, und so wurde er zu einem Werkzeuge nicht nur der reichsfürstlichen, sondern auch der französischen Politik.

Inzwischen hatte Brandenburg ganz andere Bahnen eingeschlagen, die es zur kaiserlichen Politik hinüberdrängten, ihm den ersten bedeutenden Erfolg einbrachten und es zu einer selbständigen Militärmacht erhoben. Das Ziel des Kurfürsten war die Befreiung der deutschen Küsten, vor allem Pommerns, von der schwedischen Fremdherrschaft; er wollte nicht zugeben, daß die brandenburgischen Ströme „fremder Nationen Gefangene“ seien. Beruhte doch die schwedische Großmachtstellung nicht auf innerer Stärke, sondern auf der Schwäche der Nachbarn und auf den festländischen Besitzungen, die den größten Teil der Ostsee umspannten und durch die reichen Seezölle den baltischen Handel dem Staate tributpflichtig machten. Deshalb bedurfte Schweden eines großen Heeres, das es nur durch beständige Kriege unterhalten und beschäftigen konnte. Der Führer zu einem neuen Eroberungszuge wurde, nachdem Königin Christine 1654 dem Throne entsagt hatte und zur römischen Kirche übergetreten war, um im Süden ihren eigenwilligen künstlerischen Neigungen zu leben, ihr Nachfolger Karl der Zehnte Gustav von Pfalz-Kleeburg (1654—1660), der Nefte Gustav Adolfs durch dessen Schwester Katharina, und sein Ziel war die Herrschaft über das zerrüttete Polen, also die Vollendung des schwedischen *dominium maris baltici*.

Als Herzog von Preußen mitten hineingestellt zwischen seinen ohnmächtigen Lehnsherrn, den König von Polen, und das übermächtige Schweden, dessen Heerscharen 1655 Polen in wenig Monaten übersluteten, beobachtete Kurfürst Friedrich Wilhelm zunächst eine bewaffnete Neutralität; dann schlug er sich auf die Seite des Siegers, nahm im Vertrage von Königsberg (Januar 1656) Preußen von Schweden zu Lehen, entschied mit seinem kleinen Heer die schwere dreitägige Schlacht



von Warschau, 28. bis 30. Juli 1656, zugunsten Karl Gustavs und wurde zum Lohn seines Beistandes von diesem im Vertrage von Labiau am 20. November als souveräner Herzog von Preußen anerkannt. Als sich aber Österreich und Dänemark aus Furcht vor der drohenden Übermacht Schwedens mit Polen verbündeten und Karl Gustav sich mit plötzlicher Wendung auf Dänemark warf, da trat der Kurfürst im rechten Augenblicke zu den verbündeten Mächten über und gewann damit die Anerkennung der Souveränität Preußens auch von Polen im Vertrage von Wehlau am 19. September 1657. Die tapferen Taten der Brandenburger in dem gewaltigen Kampfe um die von den Schweden hart bedrängte dänische Hauptstadt, die Befreiung Schleswig-Holsteins von der schwedischen Okkupation, die Eroberung Alsens (1658), der Übergang nach Fünen (1659) befestigten den Ruf der jungen Militärmacht, und der Friede von Oliva am 3. Mai 1660, der Schweden das dänische Schonen und damit seine natürlichen Grenzen gab, brachte die Unabhängigkeit Preußens zur allgemeinen Anerkennung.

Obwohl nun Brandenburg zunächst noch an dem Einvernehmen mit dem Kaiser festhielt, konnte es sich doch dem wachsenden Einflusse des Rheinbundes und Frankreichs nicht entziehen; es trat dem Bunde, nachdem er 1661 und 1663 erneuert worden war, 1664 selbst bei. So sah sich Österreich noch immer einer geschlossenen reichsfürstlichen Opposition gegenüber und konnte auf dem Reichstage von 1663 die höchst notwendigen Reformen, zumal der Reichskriegsverfassung, so wenig durchsetzen, daß dieser Reichstag schließlich zu einem „immerwährenden“, also zu einem stehenden Gesandtenkongreß in Regensburg wurde. Andererseits leisteten ihm der rheinische Bund und Frankreich Waffenhilfe gegen einen neuen türkischen Angriff auf das habsburgische Ungarn und halfen am 1. August 1664 den glänzenden Sieg der Kaiserlichen beim Kloster St. Gotthard an der obern Raab entscheiden, den ersten über ein türkisches Heer im freien Felde. Doch änderte der gleich darauffolgende zwanzigjährige Friede von Eisenburg (Vasvar) an der Gebietsverteilung in Ungarn nichts wesentliches.

Aber derselbe rheinische Bund gab auch den Bestrebungen der Fürsten, ihre Landeshoheit auszudehnen und zu befestigen,



einen starken Rückhalt. So schlugen sie die letzten Versuche großer Landstädte, sich ihrer Landeshoheit zu entziehen und die Reichsstandschaft zu erwerben, fast ohne Ausnahme mit Waffengewalt nieder. Mit rheinbündisch-französischer Hilfe wurde schon 1661 Münster, 1664 Erfurt zur Unterwerfung unter seinen Bischof gezwungen, von brandenburgischen Truppen 1666 Magdeburg zur Huldigung für den Administrator August und den Großen Kurfürsten sowie zur Aufnahme einer brandenburgischen Besatzung genötigt, 1671 auch Braunschweig seinen Herzögen unterworfen. Glücklicher erwehrte sich Bremen 1666 der schwedischen Unterwerfungsversuche und errang wirklich die Reichsfreiheit, allerdings nur, weil die benachbarten Fürsten, auch Brandenburg, es gegen die schwedische Fremdherrschaft unterstützten. Es entsprach diesem Siege der fürstlichen Gewalten, daß sich die Hanse 1669 förmlich auflöste. Eine selbständige und wirkungsvolle Stadtpolitik vertraten seitdem, während die süddeutschen Reichsstädte mehr und mehr in Ohnmacht versanken, nur noch Bremen, Hamburg und Lübeck, die an dem ehrwürdigen Namen der Hansestädte festhielten; aber sie konnten es nur deshalb, weil die beiden Nordseestädte den neuen Handelsbahnen einigermaßen zu folgen vermochten, Lübeck auch jetzt noch einen ansehnlichen Teil des baltischen Verkehrs behauptete. Eine ähnliche Stellung nahmen in Westpreußen Danzig, Thorn und Elbing ein, blühende deutsche Stadtgemeinden mitten in der polnischen Zuchtlosigkeit.

Während dieser inneren Kämpfe trat in dem Verhältnis des Reichsfürstentums zu Frankreich eine entscheidende Wendung ein. Aus dem Schirmherrn der deutschen Libertät wurde Frankreich zum Reichsfeinde. Das bourbonische Königtum, seit 1653 des frondierenden hohen Adels Herr, seit dem Pyrenäenfrieden 1659 auch des Krieges mit Spanien ledig, begann unter der Selbstherrschaft des jungen Ludwig des Vierzehnten (seit 1661) eine ausgreifende Eroberungspolitik. Die Grenze auf Kosten des ohnmächtigen Spaniens und des zerfahrenen deutschen Westens weiter nach Osten vorzuschieben, sich die ungeheure spanische Erbschaft auf Grund seiner Vermählung mit Maria Theresia, der Tochter Philipps des Vierten (1660), zu sichern, durch das alles dem Hause Bourbon die



dauernde Vorherrschaft in Europa zu erwerben, das waren die Ziele, die Ludwig mit allen Mitteln einer straffmonarchischen, schlagfertigen Gewalt, einer zähen und klugen Diplomatie, einer überlegenen und überall vordringenden Kultur verfolgte. Darum erneuerten die deutschen Fürsten den 1667 ablaufenden Rheinbund nicht; nur die geistlichen Herren von Köln und Münster schlossen mit Frankreich Sonderbündnisse. Von ihnen gedeckt, wagte Ludwig im „Devolutionskriege“ (dem ersten „Raubkriege“) 1667/68 den ersten Griff nach einem Teile der spanischen Erbschaft, nach Belgien. Das deutsche Reich wurde davon direkt nicht berührt, denn schon am 2. Mai 1668 brachten England, Holland und Schweden den Frieden von Aachen zustande, indem sie Spanien zu einer Landabtretung an der belgischen Grenze, Frankreich zum Verzicht auf weitere Eroberungen nötigten. Seitdem war Ludwigs nächstes Ziel die Unterwerfung Hollands, dem er sein Eingreifen in den belgischen Streit und den handelspolitischen Gegensatz nicht verzieh. Von Deutschland meinte er keinen Einspruch fürchten zu müssen, denn dort hatten die holländischen Raubzölle am Rhein tiefe Erbitterung erregt; mit Köln und Münster war er verbündet, Brandenburg verpflichtete sich 1669, nach dem Tode des Königs von Spanien (Karls des Zweiten) die französischen Ansprüche auf Belgien gegen Abtretungen an der Maas zu unterstützen, und der Kaiser, der sich schon 1668 mit Ludwig über die Regelung der spanischen Erbschaft ins Einvernehmen gesetzt hatte, versprach ihm 1671, einem Angriff auf Holland nicht entgegenzutreten. Weiter sicherte ihm Karl der Zweite von England im Vertrag von Dover 1670 die Hilfe der englischen Flotte gegen den verhassten holländischen Nebenbuhler zu, und Schweden übernahm 1672 die Verpflichtung, deutsche Reichsfürsten, die etwa Holland zu Hilfe kommen würden, anzugreifen.

Noch während diese Verhandlungen schwebten, überwältigten die Franzosen im September 1670 das deutsche Herzogtum Lothringen und vertrieben den Herzog Karl den Vierten. Im Sommer 1672 wurde Holland, völlig isoliert und umgarnt, durch den alten Streit zwischen der oranisch-monarchischen Partei und der aristokratisch-föderativen Staatenpartei gespalten und gelähmt, von den überlegenen Heeres-



massen der Franzosen überwältigt und rettete seine Existenz nur durch die Erhebung eines großen Mannes, Wilhelms des Dritten von Oranien, zum Statthalter und Oberbefehlshaber. Da wechselte der Große Kurfürst, die furchtbare Gefahr auch für Norddeutschland erkennend, mit rascher Wendung seine Politik, schloß mit Holland ein Bündnis, bewog auch den Kaiser, für die Behauptung der Friedensschlüsse von 1648 und 1659 einzutreten und ein kleines Heer am Mittelrhein aufzustellen und führte selbst 26 000 Mann dorthin. Dadurch zog er die Franzosen von Holland ab, sah sich aber in Westfalen selbst überlegenen Kräften gegenüber und mußte in dem Sonderfrieden von Vossien (bei Löwen) am 6. Juni 1673 vom Kriege zurücktreten. Trotz aller Schlaffheit trieb dann die Einlagerung Turennes in der Wetterau und die Entwaffnung der zehn elsässischen Reichsstädte, die dem König von Frankreich huldigen mußten, den Kaiser noch 1673 zum Bündnis mit Spanien, Holland und Lothringen, dem dann auch Dänemark und wiederum Brandenburg beitraten, und im Mai 1674 erklärte auch das Deutsche Reich als solches an Frankreich den Krieg. Die konfessionellen Gegensätze waren in der großen Politik überwunden, einmütig standen evangelische und katholische Mächte zusammen gegen die französische Eroberungspolitik.

So entspann sich ein europäischer Krieg über die ganze Breite des Erdteils von der Ostsee bis nach Sizilien. Nicht mehr heimatlose Söldnerbanden und Glückssoldaten führten jetzt das Schwert, sondern monarchische, wesentlich aus Landeskindern bestehende Heere. Da sie eng mit ihrem Staate verwachsen waren, waren sie auch an die Heimat als ihre strategische Basis fester gebunden. Trotz größerer Stärke konnten sie darum den Stoß ins Herz des feindlichen Landes, seine Hauptstadt, nicht wagen; immerhin leisteten die zahlreichen Festungen, seitdem man nach dem Beispiele der Niederländer an Stelle der alten Mauern starke Erdwälle mit weit vorspringenden Bastionen gesetzt und der große französische Ingenieur Vauban dieses System noch verbessert hatte, der Artillerie einen ganz andern Widerstand als jene älteren Werke. So ging die Kriegsführung hauptsächlich darauf aus, die Grenzländer einzunehmen oder zu verteidigen, und der gewöhnliche Schauplatz der mitteleuropäischen Kriege dieser Zeit wurden



Belgien und das Rheinland. In der Schlacht begann die Artillerie, zahlreicher und beweglicher geworden, eine größere Rolle zu spielen, und auch bei der Infanterie wurde allmählich das verbesserte Feuerrohr die Hauptwaffe; doch stand sie noch in tiefen Schlachthaufen (sechs Mann hoch) und in mehreren Treffen hintereinander, die Reiterei auf den Flügeln, so daß die ganze Armee eine festgeschlossene Masse bildete; denn nach dem bei der großen Nähe (zwei- bis dreihundert Schritt) gewöhnlich sehr mörderischen Feuergefecht brachte meist erst der Zusammenstoß mit der blanken Waffe die Entscheidung. Lehrmeister für diese neue Kriegskunst waren die Franzosen.

Während des Jahres 1674 blieb in Belgien die Schlacht bei Senefse unweit Charleroi am 11. August unentschieden. Am Oberrhein drängten die deutschen Truppen die Franzosen nach Turennes Siege bei Sinsheim (unweit von Heidelberg) am 16. Juni, als der Große Kurfürst mit 20 000 Mann seiner Truppen eintraf, hinter den Strom zurück und eroberten in scharfen Gefechten fast das ganze Elsaß, bis Turenne, durch neue Zuzüge verstärkt, sie im Januar 1675 wieder zurückwarf. Wirksamer im französischen Interesse wurden mehrere Vorgänge, die die Kräfte der Gegner teilten. Ein rasch um sich greifender Aufstand in Ungarn drohte Österreich zu lähmen, die Wahl Johann Sobieskis zum König von Polen im Mai 1674 brachte dort einen Parteigänger Frankreichs ans Ruder, auf Sizilien empörte sich Messina gegen die spanische Herrschaft, und in Brandenburg rückten in den letzten Tagen des Jahres 1674 gemäß dem Vertrage mit Frankreich die Schweden ein.

Dies nötigte den Kurfürsten zum Rückzuge nach Franken; aber sofort faßte er sein altes Ziel, die Eroberung Vorpommerns, ins Auge und sicherte sich dafür während des Winters die Unterstützung seiner Bundesgenossen. So diplomatisch gedeckt, begann er einen glänzenden Siegeszug, wie ihn Deutschland seit Gustav Adolfs Tagen nicht gesehen und selbst seit Jahrhunderten nicht ausgeführt hatte. Nach atemlosem Eilmarsch von Schweinfurt her bis Magdeburg durchbrachen die Brandenburger unter Georg von Derfflingers kühner Führung die Mitte der schwedischen Aufstellung hinter der Havel durch den Überfall von Rathenow am dämmernden Nebelmorgen des



15. (25.) Juni, zwangen dadurch die Schweden, auf den hohen Dammstraßen durch die gefürchtete Moorlandschaft des havelländischen Luchs nach der pommerisch-mecklenburgischen Grenze zurückzugehen, brachten sie in rastloser Verfolgung zum Stehen und erfochten endlich am 18. (28.) Juni 1675 bei Fehrbellin, 6 400 abgeseffene Reiter gegen 11 000 Mann trefflicher Truppen aller Waffen in starker Stellung, den ersten in der Reihe der strahlenden Siege, die Deutschland von der Fremdherrschaft retteten und es einigten. Darauf ging der Kurfürst, von Seesiegen der Dänen unterstützt, zum Angriff auf Pommern vor, eroberte noch im November 1675 Wolgast, 1677 nach sechsmonatiger Belagerung Stettin, im Herbst 1678 endlich Rügen, Stralsund und Greifswald. Und als eine starke schwedische Heeresabteilung im November von Livland her in Ostpreußen einrückte, da kam er ihr durch einen verwegenen Wintermarsch über das Eis des Frischen und des Kurischen Haffs nach dem Memeldelta in die Flanke, nötigte sie zum eilfertigen Rückzuge und löste sie durch eine scharfe Verfolgung völlig auf. Imponierend und drohend stieg die junge norddeutsche Kriegsmacht empor, in der Verbindung von kühnem Wagemut und besonnener Umsicht eine neue Erscheinung in dieser ermatteten deutschen Welt.

Doch die Erfolge glitten dem Sieger aus den Händen. Am Oberrhein waren die Dinge nach dem Falle Turennes bei Saßbach am 27. Juli 1675 ohne große Entscheidung verlaufen, aber in Belgien eroberten die Franzosen eine Festung nach der andern und bedrohten endlich selbst Brüssel. Da schloß zuerst Holland am 10. August 1678 den Frieden von Nimwegen, ohne sich um seine Bundesgenossen zu kümmern, die es gerettet hatten; am 17. September trat Spanien bei, indem es die Franche-comté an Frankreich überließ, am 15. März 1678 endlich auch der Kaiser mit dem Reich, das die zehn elsässischen Reichsstädte und Freiburg i. Br. an Frankreich abtrat, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der schwedische Besitzstand von 1648 in Deutschland wiederhergestellt werde. Von seinen Bundesgenossen verlassen und zwei Großmächten allein gegenüber, mußte Friedrich Wilhelm im Frieden von St. Germain en Laye am 29. Juni 1679 schweren Herzens die Rückgabe des blutig errungenen Vorpommerns zugestehn.



Eine verhängnisvolle Wendung folgte. Tief erbittert über Österreich wegen des Friedenschlusses von Nimwegen und verstimmt durch die Einziehung der schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau nach dem Tode des letzten Piasten 1675, auf die Brandenburg nach der Erbverbrüderung von 1537 nicht unbegründete Ansprüche erhob, fiel Friedrich Wilhelm in die traditionelle Politik der reichsfürstlichen Opposition zurück und schloß am 25. Oktober 1679 auf zehn Jahre ein geheimes Bündnis mit Frankreich. Ein ähnliches Verhältnis ging im November desselben Jahres Kursachsen ein. Beide norddeutsche Kurfürsten waren in die Gefolgschaft des Reichsfeindes eingetreten, und das zu einer Zeit, wo sich im Osten ein neuer Türkenkrieg vorbereitete.

Um so gewalttätiger ging Ludwig der Vierzehnte vor. Gestützt auf die Entscheidungen der Parlamente (Gerichtshöfe) von Metz, Breisach und Besançon nahm er alle die Gebiete in Anspruch die mit den 1648, 1659 und 1678 an Frankreich abgetretenen Gebieten irgend einmal in Lehnverbindung gestanden hatten, also einen großen Teil der spanischen und deutschen Besitzungen auf dem linken Rheinufer, so die der Pfalzgrafen von Veldenz, Lützelstein und Zweibrücken, die (würtembergische) Grafschaft Mompelgard (Montbéliard), Luxemburg u. a. m. Er ließ Luxemburg einschließen, nötigte 1681 als Inhaber der ehemals habsburgischen Landvogtei die elsässische Ritterschaft zur Huldigung, zwang die freie Reichsstadt Straßburg, deren kaiserliche Besatzung wegen des Krieges in Ungarn abgezogen war, im Einverständnis mit einer mehr aus Angstlichkeit als aus verräterischer Gesinnung französisch gestimmten Minderheit im Rat und im Domkapitel, sowie mit dem greisen Bischof Franz Egon von Fürstenberg am 30. September 1681 durch Entfaltung einer überlegenen Truppenzahl zur Übergabe, überlieferte das ehrwürdige Münster wieder den Katholiken und verwandelte die alte deutsche Grenzfestung für fast zwei Jahrhunderte in das große französische Ausfalltor gegen Süddeutschland, das seitdem in seiner jammervollen Zersplitterung wehrlos vor den französischen Heeren lag. Angesichts dieser Bedrohungen brachte der Reichstag endlich im September 1681 die längst geplante Reform der Reichskriegsverfassung zum Abschluß, indem er das einfache Aufgebot



(Simplum) auf 40 000 Mann bestimmte und es auf die zehn Reichskreise verteilte; da jedoch die größeren Fürsten die Einheit ihres Heerwesens nicht aufgaben, so gewann die neue Matrikel nur für die „vordern“ (westlichen) Reichskreise praktische Bedeutung.

Andererseits bemühte sich die österreichische Regierung, den lähmenden Aufstand in Ungarn zu beenden. Denn schon 1677 war der Fürst Michael Apafi von Siebenbürgen mit Ludwig dem Vierzehnten in Verbindung getreten, seit 1678 stand der begabte Emmerich Tököly an der Spitze der Rebellen und hatte den König von Frankreich geradezu als Schirmherrn von Ungarn anerkannt. Deshalb gab Leopold der Erste auf dem Landtage von Odenburg 1681 den Gedanken, Ungarn als unterworfen Provinz zu behandeln und die kirchliche Reaktion durchzuführen, auf, stellte die selbständige Verwaltung des Landes wieder her und gewährte eine annähernde Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse nach dem Wiener Frieden von 1606. Aber diese Zugeständnisse kamen zu spät. Im April 1682 schloß Tököly mit den Türken ein förmliches Bündnis, und der Großvezier Kara Mustafa, der wie seine Vorgänger aus dem albanesischen Hause der Köprili, unter Sultan Mohamed dem Vierten (1648—87) die gewaltigen Kräfte des osmanischen Reichs noch einmal zu wuchtigen Angriffsstößen auf das christliche Abendland zusammenfaßte, plante, von den Spaltungen im Reiche wohl unterrichtet und von der französischen Diplomatie vorwärts getrieben, einen neuen Angriff auf Österreich. Der Gefahr eines großen Doppelkrieges auf beiden Fronten gegenüber berieten westdeutsche Fürsten mit Österreich, Spanien und Holland eine „Union“ zur Abwehr der französischen Übergriffe. Der Große Kurfürst aber hielt einen Doppelkrieg in der damaligen Verfassung des Reichs für unmöglich und versuchte zunächst den Frieden mit Frankreich zu erhalten, indem er Ludwig den Vierzehnten in dem Vertrage vom 22. Januar 1682 bestimmte, sich mit den bisherigen Reunionen zufrieden zu geben. Erst dadurch wurde die Abwehr der Türken ermöglicht, und auch dann nicht ohne Unterstützung des Auslandes.

Denn besonders mit Hilfe der Vermittelung des Papstes Innocenz des Elften gelang es dem Kaiser, am 31. März



1683 ein Bündnis mit Polen abzuschließen, dessen König Johann Sobieski zwar als Parteigänger Frankreichs gewählt worden war, sich aber die Krone vor allem durch den glänzenden Türkensieg bei Choczim am Dnjeſtr (11. November 1673) erworungen hatte. Ebenso sicherten Johann Georg der Dritte von Sachsen, Max Emanuel von Bayern, der fränkische und der schwäbische Kreis ihre Hilfe zu, und auch Brandenburg bot sie trotz des Zwiespalts an; freilich vergeblich, da man in Wien fürchtete, die Brandenburger möchten beim Marsche durch Schlessien die strittigen Herzogtümer besetzen. Inzwischen schob sich Kara Mustafa, mit 230 000 Mann von Belgrad aus vorwärts. Die Kaiserlichen unter dem Herzog Karl dem Fünften von Lothringen konnten in der Stärke von nur 60 000 Mann den weiten Raum zwischen Drau und Donau nicht decken; der Sultan drängte sie langsam nach der österreichischen Grenze zurück und erschien, während der Herzog im Marchfelde stehn blieb, am 14. (4.) Juli 1683 vor Wien. Acht bange Wochen lang widerstand Graf Rüdiger von Starhemberg an der Spitze der Besatzung und der Bürgerschaft mit ruhiger Umsicht und ausdauerndem Heldenmuth der Beschießung, den Sprengminen und den Stürmen der Osmanen, bis endlich in der Nacht des 6. September Raketen von der Höhe des Wiener Waldes her der hartbedrängten Stadt das Nahen des Entsatzheeres meldeten. Auf dem Tullnerfelde im Schutze des Wiener Waldes gesammelt, 27 000 Mann Kaiserliche, 31 000 Mann Reichstruppen, 26 000 Mann Polen stark, überschritten die christlichen Heersäulen ungehindert von den Türken den Gebirgswall und erfochten in der gewaltigen Entsatzschlacht des 12. (2.) September einen völligen Sieg. Wien war gerettet, die Kraft des türkischen Angriffs gebrochen, die Rückeroberung von Ungarn eingeleitet.

Der Sieg von Wien war ein Ereignis von europäischer Bedeutung, denn er war zugleich eine mittelbare Niederlage Frankreichs. Nicht daß Ludwig der Vierzehnte den Sieg der Türken gewünscht hätte, aber er hatte gehofft, daß das Reich seine Hilfe mit der Abtretung der reuniten Landschaften werde erkaufen müssen. Statt dessen gestand ihm der Waffenstillstand von Regensburg am 15. August 1684 nur die bis zum 1. August 1681 gemachten Reunionen, also mit Luxemburg,



aber ohne Straßburg, und nur auf zwanzig Jahre zu, behielt dem Reich also die Rückforderung vor, um zunächst alle Kraft für die Eroberung Ungarns freizuhalten. Zugleich lockerte sich sein Verhältnis zu Brandenburg. Denn die erbarmungslose Verfolgung der Hugenotten und die Aufhebung des Duldsedikts von Nantes am 22. Oktober 1685, die Frankreichs wirtschaftlicher Blüte einen furchtbaren Schlag versetzte und das lebendige stählende Nebeneinander verschiedener Glaubensbekenntnisse im Lande zerstörte, beantwortete Friedrich Wilhelm mit dem Edikt von Potsdam vom 29. Oktober (8. November) 1685, worin er den flüchtigen Hugenotten gegen Ludwigs entschiedenen Willen Aufnahme in seinen Staaten gewährte, und am 22. März 1686 schloß er ein zwanzigjähriges Verteidigungsbündnis mit Österreich ab, allerdings unter Verzicht auf seine schlesischen Ansprüche gegen Abtretung des Kreises Schwiebus. So war der lähmende Zwiespalt überwunden, und während Ludwigs des Vierzehnten Gestirn sich zum Niedergange neigte, hielten die deutschen Waffen einen glänzenden Siegeszug durch Ungarn.

Nachdem der Kaiser im März 1684 mit Polen, Venedig und dem Papste die „heilige Liga“ zur Fortsetzung des Krieges gegen die Türken auf verschiedenen Schauplätzen geschlossen hatte, fiel 1685 Neuhausel, das wichtigste türkische Bollwerk im nordwestlichen Ungarn, in die Hände der Kaiserlichen, und Michael Apafi von Siebenbürgen stellte im Juni 1686 sich und sein Land unter kaiserlichen Schutz. In demselben Jahre erlag am 2. September die osmanische Hochburg in Ungarn, Ofen, nach tapferer Gegenwehr den Stürmen der Reichstruppen (Brandenburger, Bayern und Sachsen), und der Sieg von Harsany unweit des verhängnisvollen Schlachtfeldes von Mohács am 12. August 1687 vollendete die Eroberung des ungarischen Tieflandes. Ein blutiges Strafgericht, das der kaiserliche General Caraffa in Eperies 1687 über den meuterischen ungarischen Adel verhängte, da dieser in seiner großen Mehrzahl auf der Seite des türkischen Landesfeindes focht, um seine mißbrauchte Libertät ungeschmälert zu behaupten, bahnte dem entscheidenden Landtage von Ofen (Oktober 1687 bis Januar 1688) den Weg. Er genehmigte die Erblichkeit der ungarischen Krone im Mannsstamme der Habsburger, erhielt aber die



ausdrückliche Bestätigung der Zugeständnisse von 1681. Darauf entsagte der siebenbürgische Landtag von Hermannstadt im Mai 1688 feierlich der türkischen Oberhoheit, und als am 6. September auch Belgrad, das alte türkische Ausfalltor gegen Ungarn, der stürmischen Tatkraft des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern erlegen war, da fluteten die deutschen Scharen in die Länder der Balkanhalbinsel hinein, um unter dem kaiserlichen Adler die christlichen Rajahvölker zu befreien und damit der deutschen Kultur ein unabsehbares Feld zu eröffnen. Gleichzeitig eroberten deutsche Soldtruppen den Venezianern Morea und Athen.

Doch deutlich zeigte sich's, wie sehr der Große Kurfürst recht gehabt hatte, wenn er 1682 meinte, Deutschland sei außerstande, gleichzeitig auf zwei Fronten einen großen Krieg mit Erfolg zu führen. Jetzt nahte ein solcher unaufhaltsam heran. Die Vernichtung des französischen Protestantismus hatte die alten Grundlagen der Verbindung zwischen Frankreich und den evangelischen Staaten zerstört, und neue Ansprüche auf deutschen Boden forderten zur schärfsten Abwehr heraus. Die Linie Pfalz-Simmern erlosch mit dem Tode des Kurfürsten Karls des Zweiten 1685 im Mannstamm. Da verlangte Ludwig der Vierzehnte im Namen seiner Schwägerin Elisabeth Charlotte von Orleans, die ihr Vater Karl Ludwig mit Philipp von Orleans, dem Bruder des Königs in der Hoffnung vermählt hatte (1671), dadurch den Schutz Frankreichs zu erkaufen, die Abtretung aller pfälzischen Gebiets- teile, die nicht nachweislich Mannlehen seien. Solcher Bedrohung gegenüber verpflichteten sich schon am 12. Januar 1686 Brandenburg, Holland und Schweden, jeder Verletzung der Verträge von Münster, Nimwegen und Regensburg mit den Waffen entgegenzutreten, und nachdem Brandenburg sich im März auch mit dem Kaiser verständigt hatte, vereinigten sich am 6. Juli zu demselben Zwecke im Verteidigungsbündnis von Augsburg mit diesen Verbündeten auch Kurbayern, Kurpfalz und Spanien. Als nun vollends Ludwig im Erzbistum Köln die Anerkennung des französisch gesinnten Koadjutors Wilhelm Egon von Fürstenberg gegen den vom Kaiser und vom Papst zum Erzbischof erhobnen Joseph Clemens von Bayern durchsetzen wollte, da deckten norddeutsche Truppen



Holland und ermöglichten so den Zug Wilhelms des Dritten nach England zum Sturze seines Schwiegervaters König Jakobs des Zweiten, um die drohende Vereinigung der stärksten Seemacht mit der stärksten Landmacht zur dauernden Begründung des französischen Übergewichts in Europa zu verhindern und in England ein den Franzosen feindliches Regiment zu errichten. Dieses Eingreifen der festländischen Mächte in die englischen Parteikämpfe, die Abwehr seiner pfälzischen und kölnischen Pläne und der rasche Niedergang des alten Bundesgenossen im Osten, der türkischen Macht, das alles bestimmte Ludwig den Vierzehnten zum schleunigen Angriff, und im September 1688 besetzte Philipp von Orleans die Kurpfalz und Mainz. Der dritte Raubkrieg war da.

Seitdem sich im Wiener Bündnis vom 12. Mai 1689 der Kaiser und das Reich mit Spanien, England und Holland verbündet hatten, stand Ludwig einer europäischen Koalition gegenüber, wie er sie noch niemals zu bekämpfen gehabt hatte. Dadurch von vornherein im Nachteil, verhängte er über die unglückliche Pfalz, lediglich um eine öde Zone zum Schutze der französischen Grenze zu schaffen, im Frühsommer 1689 die in allen europäischen Kulturländern beispiellose planmäßige Verwüstung, der sowohl zahlreiche ehrwürdige Stätten deutscher Geschichte, wie Speyer, Worms, Bretten, Pforzheim u. a. m., als auch der schönste Schloßbau Deutschlands, Heidelberg, zum Opfer fielen. Infolgedessen verschob sich, nachdem Mainz noch im September in deutsche Hände zurückgekehrt war, der Kriegsschauplatz wesentlich nach dem Niederrhein und vor allem nach Belgien. Dort wurden noch 1689 Bonn und einige andre Plätze den Franzosen entrissen, hier aber siegten sie am 1. Juli 1690 bei Fleurus, nahmen 1691 Mons, 1692 Namur und schlugen das verspätet heranziehende Entsatzheer Wilhelms des Dritten am 3. August bei Steenkerken. Doch die glückliche Abwehr französischer Seeangriffe auf die britischen Inseln wirkte allmählich auch auf den festländischen Krieg herüber. Noch erfochten die Franzosen am 19. (29.) Juli 1693 bei Neerwinden unweit Lüttich einen überaus verlustvollen Sieg und brachen 1693 und 1694 mehrmals in Süddeutschland ein, aber sie prallten dabei an den verschanzten Stellungen der Reichstruppen bei Heilbronn und Wiesloch (südlich von



Heidelberg) ab, und sie verloren 1695 ihre wichtigste Eroberung in Belgien, Namur. Erst als es der französischen Diplomatie gelang, die verschiedenen Interessen der verbündeten Mächte zur Sprengung der Koalition zu benützen, willigten am 30. Oktober 1697 auch der Kaiser und die deutschen Reichsstände in den Frieden von Ryswyk. Straßburg und die zehn andern elsässischen Reichsstädte blieben bei Frankreich, aber Freiburg i. Br., Breisach und die meisten reunierten Gebiete kamen an Deutschland zurück. Zum erstenmal hatte Ludwig der Vierzehnte zurückweichen müssen, freilich nicht ohne Beute.

Einen weit vollständigeren Erfolg errangen die deutschen Waffen in Ungarn. Während des dritten Raubkrieges war Belgrad 1690 von den Türken wiedererobert worden, und mit Mühe hatte Markgraf Ludwig von Baden durch den Sieg bei Szalankemen am 19. August 1691 ihren Einbruch in die ungarische Tiefebene abgewehrt. In demselben Jahre ordnete das Decretum Leopoldinum vom 16. Oktober die Verhältnisse Siebenbürgens auf Grund der alten Gleichberechtigung der vier Glaubensbekenntnisse und der drei „rezipierten“ Nationen (Magyaren, Szekler und Sachsen). Erst nach dem Frieden von Ryswyk führte der neue Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen, der junge Prinz Eugen von Savoyen-Carignan (geb. 1663), der erst 1683 in kaiserliche Dienste getreten war, durch den glänzenden Sieg bei Zenta an der untern Theiß am 11. September 1697 über ein nach Siebenbürgen vordringendes türkisches Heer unter dem Sultan Mustafa dem Zweiten die letzte Entscheidung herbei. Am 26. Januar 1699 beendete der Friede von Karlowitz (bei Peterwardein) den Krieg. Die Türkei trat an Österreich ganz Ungarn (außer dem Banat um Temesvar) mit Siebenbürgen und Slawonien, an Venedig Morea, an Polen einen Teil Podoliens ab. So wuchs das Reich der Habsburger aus Deutschland immer mehr und mehr hinaus, gewann aber die Grundlagen zu einer selbständigen Großmacht. Im Westen hatte Deutschland zwar einzelne schwere Einbußen erlitten, im ganzen jedoch seine Grenzen behauptet.

Nicht die Reichsgewalten, sondern die Reichsfürsten, trotz aller Spaltungen immer wieder in freien Sonderbündnissen sich zusammenschließend, hatten dieses im Westen nicht un-



günstige, im Osten glänzende Ergebnis herbeigeführt, und zwar kraft einer mehr oder weniger einschneidenden Umgestaltung ihrer Verwaltungen, obwohl sich diese neuen Ordnungen keineswegs überall und in sehr verschiedner Weise durchsetzten. Die größeren deutschen Fürstentümer in dem Umfange, wie er 1648 festgestellt worden war, waren noch keineswegs Staaten im modernen Sinne (sogar dieser Ausdruck bezeichnete damals nur den Landesherrn mit seiner Umgebung, dem „Hofstaat“, dem Beam entume und dem Heere), sondern sie bestanden aus einer größeren oder kleineren Anzahl von Territorien mit selbständiger, überwiegend ständischer Verwaltung, eigenem Landtag, eigener Staatsangehörigkeit (Indigenat) und ohne jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit; die einzelnen Teile hingen also miteinander nur durch das Herrscherhaus zusammen.

Die Aufgabe war nun, daraus einen einheitlich organisierten Staat zu machen und diesen zugleich in ein geschlossenes, im wesentlichen sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu verwandeln. Denn da die alte selbständige Stadtwirtschaft ebenso überwunden war wie die politische Geltung der Städte, und sich eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands damals ebensowenig erreichen ließ wie eine wirksame politische Gesamtverfassung, so würde Deutschland auch wirtschaftlich völlig der Fremdherrschaft verfallen sein, wenn nicht die größeren weltlichen Einzelstaaten auch in dieser Beziehung die Pflichten des Reichs auf sich genommen hätten; denn in West- und Nordeuropa bildeten sich bereits gewaltige nationalwirtschaftliche Körper. Doch waren diese Ziele nicht mit den durch und durch partikularistischen, in ständischen Sonderinteressen befangenen Einzellandtagen zu erreichen, sondern nur auf absolutistischem Wege, durch die Zurückdrängung der ständischen Gewalten, durch die Bildung eines gesamtstaatlichen landesherrlichen Beamtentums und eines stehenden monarchischen Heeres. Und selbst diese Werkzeuge mußten erst langsam geschaffen werden. Denn was die Fürsten nach dem Dreißigjährigen Kriege vorfanden, das waren heimatlose Söldnerhaufen unter abenteuernden Glückssoldaten, und selbst das damalige Beamtentum trug noch lange einen ähnlichen Charakter. Wie den Offizier, so hand auch den Beamten lediglich



ein persönlicher Dienstvertrag an die Person des Herrschers seine Besoldung bestand erst zum Teil aus festem Gehalt in Geld, zum andern aus schwer kontrollierbaren Sporteln und Naturalbezügen; seine Stellung war rechtlich unsicher, die Neigung, den Dienstherrn zu wechseln, groß, die Zuverlässigkeit der Leistungen gering. Die Rechtspflege aber wurde überall noch gestört durch höchst unvollkommene Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den einzelnen Behörden, durch Langsamkeit, Parteilichkeit und Kostspieligkeit des Verfahrens, durchgängige Anwendung der Folter in peinlichen Fällen, grausame Leib- und Lebensstrafen bei völligem Mangel an Freiheitsstrafen. Weniger ins Gewicht fiel bei dem noch geringen Verkehr zwischen den einzelnen Landesteilen die ungeheure landschaftliche und örtliche Verschiedenheit des bürgerlichen Rechts. Es war also eine tiefgehende politische, wirtschaftliche und sittliche Umgestaltung, die der absolute Staat heraufführte, und eben deshalb konnte sie nur bedeutenden Männern, wahrhaften Herrschernaturen gelingen.

Unter ihnen nimmt der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm weitaus die erste Stelle ein, und Brandenburg wurde durch ihn nicht nur vorbildlich, sondern auch den anderen Staaten innerlich überlegen. Er war seit Jahrhunderten wieder der erste große deutsche Staatsmann. Von Natur leicht erregbar, ja leidenschaftlich und voll starken Selbstgefühls, wußte er sich doch fest zu beherrschen, erwog bedachtsam und weitsehend die Lage und entwickelte in sich jene Verbindung von fürstlichem Pflichtbewußtsein, ehrlicher duldsamer Frömmigkeit und herzugewinnender Milde, die den besten Söhnen seines Hauses allezeit zur höchsten Zierde gereicht hat. Er war sich bewußt, des Volkes Sache zu führen, und er fühlte sich durchaus als Brandenburger. So wahrte er mit fester Hand die Interessen und die Selbständigkeit seines Staates.

Seine Arbeit wurde noch dadurch erschwert, daß sein Staatsgebiet in fortwährender Wandlung begriffen war. Obwohl der Westfälische Friede die Grenzen bestimmt hatte, wurde er doch der selbständige Herr von Kleve, Mark und Ravensberg erst durch die endgültige Teilung von 1666. Erst in diesem Jahre sicherte er sich auch den militärischen Besitz der Stadt Magdeburg, erst 1680, nach dem Tode des Admini-



strators August, fiel das ganze Land ihm zu. Kurz danach, 1681, ließ er im Auftrage des Kaisers Gretsyl in Ostfriesland besetzen, um die dort durch den endlosen Streit zwischen dem Fürstenhause der Cirksena und den Ständen schwer gefährdete Ordnung aufrecht zu erhalten, und erwarb damit eine Stellung an der Nordsee. Aber alle diese weitverstreuten Gebiete waren nach dem Dreißigjährigen Kriege verwüstet, verarmt, entvölkert (Berlin und Cölln hatten 1640 nur 6000 Einwohner, noch 1680 nicht mehr als 8000); die öffentlichen Kassen waren mit Schulden überladen, die sehr ausgedehnten Domänen (im Herzogtum Preußen allein 48 000 Hufen) brachten infolge kostspieliger und liederlicher Verwaltung wenig ein, die Untertanen waren mit schlecht verteilten Steuern schwer belastet. Von gesamtstaatlichen Behörden fand der Kurfürst nur den 1604 zunächst für die auswärtige Politik gegründeten Geheimen Rat vor, den er zweimal, 1641 und 1651, reorganisierte.

Aber er verstand es, mit äußerst glücklichem Griff aus dem ständischen Amt des Kreiskommissars (für die Wahlen zu den brandenburgischen Ausschustagen und die Umlegung der Kriegslasten, besonders der 1620 eingeführten „Kontribution“, einer direkten Steuer vom Grundbesitz) ein ständisch-landesherrliches, tatsächlich monarchisches Amt zu machen. Er ließ sich durch die Kreisstände, d. h. die Rittergutsbesitzer, den Kreiskommissar aus ihrer Mitte vorschlagen, ernannte ihn selbst und zahlte ihm eine Besoldung. Es war der Kern des neuen Beamtentums. Über diesen Kreiskommissaren, für die erst seit 1701 der ursprünglich pommerische Titel Landrat allgemein wurde, standen seit 1651 drei Oberkommissare, den drei Militärbezirken (Preußen, Mittelprovinzen, Westprovinzen) entsprechend, für die Heeresverwaltung; die Oberleitung übernahm ein Generalkommissar. Die Errichtung eines stehenden Heeres aus geworbenen Truppen nach 1660 führte weiter. Da die brandenburgischen Stände schon 1652/53 und 1661 erklärten, die militärischen Lasten seien (bei der bisherigen Besteuerung) unerschwinglich, so schlug der Kurfürst den Städten 1667 nach holländischem Muster anstatt der überaus drückenden Kontribution eine indirekte Steuer auf Lebensmittel und Kaufmannswaren (Ac-



cise) vor. Indem diese bis 1686 allmählich in den Mittel- und Ostprovinzen angenommen wurde, traten neben die Landräte in den Kreisen nunmehr für die Städte kurfürstliche Steuerkommissare zur Verwaltung der neuen Steuern, während für das platte Land die Kontribution als Hauptsteuer nach dem alten Kataster bestehen blieb. Damit traten die Landtage, weil sie mit der Accise nichts zu tun hatten und die Kontribution, die sie zu bewilligen hatten, ziemlich unverändert blieb, gänzlich zurück, obwohl sie niemals aufgehoben wurden; nur in Kleve-Mark behielten die Stände ihre alte Bedeutung, da sie schon 1661 dem Kurfürsten einen festen Jahresbeitrag zum Unterhalt seines Heeres bewilligt hatten.

So erwuchs aus der Notwendigkeit eines stehenden Heeres eine neue Steuerverfassung, aus beiden ein monarchisches Beamtentum, und indem der Kurfürst die trotzigsten Junker-geschlechter, die einst den Osten jenseits der Elbe für die deutsche Gesittung erobert hatten, durch das Landratsamt für den Staatsdienst, durch die Offizierslaufbahn für das Heer allmählich gewann, zog er einen politisch-militärischen Adel groß, der für Preußen und Deutschland nicht minder bedeutsam wurde als der parlamentarische Adel für England.

Nunmehr Herr im Hause, arbeitete Friedrich Wilhelm mit zäher Ausdauer und weit ausschauendem Blicke daran, seinen Staat im Sinne des Merfantilismus zu einem möglichst abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet zu machen und ihm einen Anteil am Welthandel und an der Kolonisation zu sichern. Schon 1654 richtete ihm sein erster Generalpostmeister Michael Matthias die kurfürstliche Reitpost von Memel bis Kleve quer über ganz Norddeutschland ein, 1662 bis 1668 wurde der Friedrich-Wilhelmskanal von der mittleren Oder nach der oberen Spree erbaut, dadurch der große Frachtverkehr von Schlesien nach der Nordsee durch Brandenburg gelenkt, der alten hohen Straße durch Sachsen nach Leipzig entzogen und Berlin mit einem Schlage in den Mittelpunkt eines großen Netzes von Handelsstraßen gerückt: die erste Grundlage zu der erstaunlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadt war gelegt. Einfuhrverbote für konkurrierende ausländische Waren schützten die aufstrebende Industrie der Mittelprovinzen, namentlich die hier altheimische, auf der blühenden Schafzucht



beruhende Tuchmacherei; eine fortgesetzte, planmäßig geförderte Einwanderung vorwiegend städtisch-bürgerlicher Elemente, vor allem die Aufnahme der verjagten französischen Reformierten im Jahre 1686 — es waren im ganzen etwa 20 000, meist Kaufleute, Industrielle, Gelehrte und Edelleute —, die als eine abgeschlossene fremde Kolonie im Westen von Berlin ganze neue Stadtteile anlegten, füllten die verödeten Städte wieder mit fleißigen Menschen und führten dem verarmten Lande Kapitalien zu. Seine Handels- und Kolonialpläne konnte der Kurfürst überhaupt nur mit holländischen Mitteln ausführen. Um den Krieg gegen Schweden kräftiger zu führen, mietete er von dem holländischen Unternehmer Benjamin Raule eine Anzahl Kriegsschiffe, die unter der brandenburgischen Flagge, dem roten Adler im weißen Felde fuhren. Sie bewährten sich bei der Belagerung von Stettin, beim Angriff auf Rügen und in den dänisch-schwedischen Seeschlachten auf der Ostsee vortrefflich, und als der Kurfürst mit Spanien wegen rückständiger Subsidien in Streit geriet, machten sie im Atlantischen Ozean mit Erfolg auf spanische Silberflotten Jagd, bestanden sogar am 30. September 1681 am Kap St. Vincent rühmlich ein scharfes Gefecht gegen ein viel stärkeres spanisches Geschwader. Diese Flotte übernahm der Kurfürst 1684 auf den Staat. Die Vorbereitungen für die Erwerbung einer Handelskolonie an der Guineaküste ließ er schon 1680—81 treffen; 1682 gründete er, meist mit holländischem Kapital, eine privilegierte afrikanische Handelskompagnie (seit 1683 mit dem Sitz in Emden), und am 1. Januar 1683 hißten seine Kriegsschiffe die brandenburgische Flagge am Kap der drei Spitzen, wo das starke Fort Groß-Friedrichsburg entstand. Auch die Marinestation wurde 1683 an die Nordsee nach Emden verlegt. Weit voraus eilte damit der Kurfürst seinem verarmten und verschüchterten Volke.

Auch in seiner Kirchenpolitik stand er hoch über der durchschnittlichen Anschauung seiner Zeitgenossen. Grundsätzlich duldsam, weit über die Vorschriften des Westfälischen Friedens hinaus, ließ er jedem Christen die persönliche Glaubensfreiheit und die bürgerliche Gleichberechtigung und schirmte die öffentliche Ausübung jedes Kultus in dem Maße, wie sie vertragsmäßig in den einzelnen Landesteilen festgestellt war, behielt



sich aber gegenüber allen Evangelischen die Kirchenhoheit (*jus in sacra*) als oberster Landesbischof vor, die er durch das lutherisch-reformierte Konsistorium ausübte, gegenüber den Katholiken das Oberaufsichtsrecht (*jus circa sacra*). Deshalb legte er auch den Geistlichen beider protestantischen Konfessionen die Pflicht gegenseitiger Duldung auf und schritt gegen solche ein, die eine Zusicherung dieser Art verweigerten, selbst gegen Paul Gerhardt in Berlin 1666. Eine grundsätzliche allgemeine Regelung nahm er nur in Kleve-Mark vor, indem er im Einvernehmen mit dem katholischen Herzog Philipp Wilhelm von Jülich-Berg im Mai 1672 für die Lutheraner, Reformierten und Katholiken in allen vormals vereinigten herzoglich flevischen Gebieten die bürgerliche Gleichberechtigung und die freie Religionsübung an bestimmten Orten feststellte: der erste Versuch derart in Deutschland.

Die mühsam gewonnenen Grundlagen der Staatseinheit hat Friedrich Wilhelm auch nicht durch sein vielberufnes Testament von 1686 zugunsten seiner vier Söhne zweiter Ehe mit Sophie Dorothee von Holstein-Glücksburg (1668) in Frage stellen wollen, denn sie sollten von einzelnen kleinen Gebieten (Halberstadt, Minden, Ravensberg, Schwedt) nur die Titel führen und die Einkünfte beziehen, nicht die Hoheitsrechte dort ausüben, überdies unter der Oberhoheit des künftigen Kurfürsten stehn. Trotzdem führte diese Absicht in Verbindung mit den Einflüssen der welfischen Politik durch die Kurprinzessin Sophie Charlotte zu schweren Zerwürfissen zwischen dem Vater und dem Kurprinzen Friedrich, so daß dieser sogar hinter dem Rücken des Kurfürsten durch einen geheimen Vertrag dem Kaiser die Rückgabe des eben abgetretenen Kreises Schwiebus zusicherte. Doch vermittelte dann Eberhard von Danckelmann, der frühere Erzieher des Kronprinzen, eine Art von Versöhnung.

Mit den Plänen Wilhelms des Dritten gegen England beschäftigt, ist Friedrich Wilhelm am 29. April/9. Mai 1688 im Stadtschlosse von Potsdam verschieden. Von seinen reichsfürstlichen Bündnisplänen hatte sich nichts verwirklicht, aber er hinterließ einen festgeschlossenen, militärisch starken Staat von 1930 Quadratmeilen mit anderthalb Millionen Menschen, der im Reiche bereits die erste Stellung nach Österreich ein-



nahm, und darüber hinaus die erhebende und stärkende Erinnerung an seine große Persönlichkeit.

Sein Nachfolger Friedrich der Dritte (als König Friedrich der Erste, 1688—1713), weder an Geisteskraft noch an Festigkeit des Willens dem Vorgänger ähnlich, stand bis 1697 vorwiegend unter der Leitung eines hervorragenden Staatsmanns, Eberhards von Danckelmann, der ganz in den Ideen des Großen Kurfürsten lebte; nach dessen jähem Sturze unter dem Einflusse des höfisch gewandten, aber unbedeutenden Grafen Kolbe von Wartenberg. Mit seiner Hilfe erwarb er gemäß dem Krontraktat mit dem Kaiser (16. November 1700) die Königskrone für das souveräne Herzogtum Preußen, die er sich am 18. Januar 1701 zu Königsberg in stolzer Unabhängigkeit von jeder geistlichen Gewalt selbst aufs Haupt setzte; er gab dadurch der gesteigerten Bedeutung seines Staates den sachgemäßen Ausdruck. Dem entsprach es, wenn er 1701 durch die Ausdehnung des privilegium de non evocando die Gerichtshoheit über den ganzen Staat erwarb und deshalb 1703 das Oberappellationsgericht einsetzte. Aber die Flotte und die Kolonien vernachlässigte er, seine Gebietserwerbungen, meist aus der oranischen Erbschaft seiner Mutter Luise Henriette nach dem Tode Wilhelms des Dritten 1702, blieben unbedeutend, und das mühsam errungene Gleichgewicht des Staatshaushalts erschütterte er durch die königliche Pracht seines Hofhalts.

Neben dem niedersächsischen Kolonialgebiete Brandenburg stieg in dem alten Mutterlande westlich von der Elbe nach langer Zersplitterung eine größere Staatenbildung unter dem welfischen Hause auf. Hier erwarb einer der Teilsfürsten der jüngern Linie, Ernst August von Hannover (Kalenberg), der Gemahl der geistvollen Sophie, der Tochter Kurfürst Friedrichs des Fünften von der Pfalz und Elisabeths von England, im Dezember 1692 die Kurwürde, und indem er sich mit seinem Bruder Georg Wilhelm von Celle dahin verständigte, daß dessen Tochter Sophie Dorothea von der schönen, geistvollen Französin Eleonore d'Olbreuse sich mit dem Thronfolger von Hannover Georg Ludwig vermählen sollte, bahnte er die Vereinigung sämtlicher Länder der jüngern Welfenlinie an, die Georg Ludwig nach dem Tode Georg Wilhelms 1705 vollzog.



Einen Einheitsstaat bildete Hannover freilich niemals, vielmehr zerfiel es in eine Anzahl selbständiger Territorien, in denen der Adel die Herrschaft führte. Diese ständisch-aristokratische Verwaltung fand eine mächtige Stütze, als Georg Ludwig nach dem Erbfolgegesetz von 1707 unter dem Namen Georg der Erste den Thron Großbritanniens bestieg und dadurch Hannover mit England durch Personalunion verband (1714). Die ältere Linie Braunschweig-Wolfenbüttel blieb seitdem unbedeutend.

Noch viel weniger konnte in dem benachbarten und stammverwandten Schleswig-Holstein von einer monarchischen Staatseinheit die Rede sein. Zwar hatte die Teilung von 1581, die jedes der beiden Herzogtümer in einen königlichen und einen herzoglichen (Gottorper) Anteil schied, die rechtliche Einheit des Landes nicht zerrissen, vielmehr blieben der Landtag, die Justizverwaltung, die Landeskirche und die Universität Kiel beiden gemeinsam; aber die fortgesetzten Streitigkeiten beider Linien, die im Frieden von Oliva 1660 zur Erwerbung der vollen Souveränität für den schleswig-gottorpschen Anteil führten, zerrütteten doch tatsächlich die rechtlich fortbestehende Landeseinheit derart, daß die Gesamtlandtage seit 1675 aufhörten und seit 1711 nur noch eine „fortwährende Deputation der Stände“ sie vertrat. — Ganz ähnlich waren die Verhältnisse in Mecklenburg. Von den beiden 1621 entstandenen Linien Schwerin und Güstrow starb die zweite im Hauptstamm 1695 aus; da sie sich aber inzwischen ebenfalls gespalten hatte, kam es 1701 zu einer neuen Landesteilung, allerdings derart, daß die Gemeinsamkeit der Stände, des Hof- und Landgerichts, der Landeskirche und der Universität Rostock bestehen blieb. Im übrigen vollendete sich hier jetzt das Ideal des ständischen Staats in ganz ähnlicher Weise wie früher in Württemberg, nur zum Vortheile der Ritterschaft. Das Land zerfiel in das herzogliche Domanium (Kammergut), das ritterschaftliche und das landschaftliche (städtische) Gebiet, und überall übten die Grundherren alle staatlichen Hoheitsrechte lediglich als Ausfluß der Grundherrlichkeit.

In dem bedeutendsten Territorium Mitteld Deutschlands, Kursachsen, das noch im Dreißigjährigen Kriege eine hervorragende Rolle gespielt hatte, erschwerte Johann Georg der



Erste († 1656) die Herstellung der Staatseinheit zuletzt noch dadurch, daß er für seine drei jüngern Söhne drei selbständige Fürstentümer (Weißenfels, Zeitz und Merseburg) abzweigte, die erst in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts an das Kurhaus zurückfielen. Auch sonst ging die kursächsische Politik nicht auf staatliche Zusammenfassung aus, ließ vielmehr den Nebenländern (den beiden Lausitzen als böhmischen Lehen und den Stiftslanden) eine fast ungeschmälerte innere Selbständigkeit. Doch überwogen die Erblände an Umfang so, daß dies weniger ins Gewicht fiel, und in ihrem besondern Machtbereiche sorgten die Kurfürsten doch für monarchische Reformen. Johann Georg der Dritte (1680—91) gründete 1682 ein stehendes Heer, Johann Georg der Vierte (1691 bis 1694) die einheitliche Organisation der kurfürstlichen Post. Die Landesverwaltung näherte sich der brandenburgisch-preussischen insofern, als die kurfürstlichen Domänenvorsteher, die Amtshauptleute, auch rein staatliche Funktionen (Steuerverwaltung, Beaufsichtigung der gutherrlichen Polizei) über die „amtsässigen“ Edelleute und Städte im Bezirke ihres „Amtes“ übernahmen, wie die preussischen Landräte; nur die größern („schriftässigen“) Grundherren und Städte blieben außerhalb. Im übrigen wurde die Macht der Stände ebensowenig angetastet wie die geschlossene Glaubenseinheit der strenglutherischen Landeskirche. Erst der Übertritt Friedrich Augusts des Ersten (1694—1733) zur römischen Kirche 1697 wegen seiner Wahl zum König von Polen lockerte diese herbe Ausschließlichkeit. Denn zwar übertrug er sein Amt als Landesbischof den evangelischen Geheimräten und ließ die Landeskirche unangetastet, aber die Katholiken und dann auch die Reformierten erhielten jetzt freie Religionsübung. Für die Stellung Kursachsens im Reiche wirkte der Übertritt des Herrscherhauses insofern nachteilig, als es die Vertretung der evangelischen Interessen an Brandenburg verlor, und die in ihren Folgen höchst kostspielige Verbindung mit Polen führte zwar zur Einführung der Accise seit 1701, aber auch zur Veräußerung wertvoller Rechte und Besitzungen namentlich an Preußen.

Das ernestinische Thüringen verzichtete mit der Teilung von 1572 endgültig auf jede politische Bedeutung. Seitdem standen zwei Hauptlinien nebeneinander, die ältere (das so-



genannte jüngere Weimariſche Haus in Weimar, Jena und Eiſenach) und die jüngere (der ſogenannte nexus Gothanus) in den übrigen fortwährend wieder getheilten Gebieten. Daß dabei Herzog Erſt der Fromme von Gotha (1640—1675), ein Bruder des Herzogs Bernhard von Weimar, als landesväterlicher Regent Hervorragendes leiſtete, war ſein ganz perſönliches Verdienſt. Auch die alte ſtolze Landgraffſchaft Heſſen war nach dem Tode Philipps des Großmütigen 1567 in vier Teile zerfallen. Von dieſen erhob ſich Heſſen-Kaſſel ſeit Moritz zu immer größerer Bedeutung, indem es, im Gegenſatz zu dem lutheriſchen Heſſen-Darmſtadt, im Weſtfälischen Frieden den größten Teil des Erbes der 1604 ausgeſtorbenen Marburger Linie, die Abtei Herſfeld und einen Teil des Erbes der Schaumburger Grafen (Rinteln) erwarb und ſich außerdem den Anfall der Graffſchaft Hanau ſicherte. Im modernſtaatlichen Sinne errichtete Landgraf Karl (1670—1730) ein ſtehendes Heer, das bald den alten Ruhm der „blinden“ Heſſen (Chatten, volksetymologiſch = Katzen geſetzt) erneuerte, und pflegte planmäßig die Volkswirtſchaft, ſiedelte deſhalb auch Täuſende flüchtiger Hugenotten an.

In dem einzigen größeren weltlichen Territorium des Rheinlandes, in der ſchwer heimgesuchten Kurpfalz, gab Karl Ludwig, Friedrichs des Fünften Sohn und Nachfolger (1648 bis 80), das großartige Beiſpiel eines fürſorglichen patriarchaliſchen und doch modernen Zielen nachſtrebenden Regiments. Binnen kurzem erholte ſich das Land von den Schlägen des Dreißigjährigen Krieges; friedlich lebten hier alle chriſtlichen Konfeſſionen gleichberechtigt nebeneinander, und die Univerſität Heidelberg, 1651 wieder eröffnet, war die erſte in Deutschland, die den Zwang der Glaubenseinheit brach. Aber nach dem Ausſterben der Linie Pfalz-Simmern 1685 und der Thronbeſteigung der katholiſchen Pfalz-Neuburger von Jülich-Berg kamen nicht nur die Verwüſtungen des dritten Raubkrieges über das arme Land, ſondern auch fortgeſetzte kirchliche Reaktionsverſuche und die Herrſchaft der Jeſuiten.

Anders geartet war das Verhängnis Württembergs. Denn der kurzſichtige Eigensinn ſeiner Stände verhinderte jeden Verſuch, das Land wehrhaft zu machen, alſo daß dieſe tapfern Schwaben ſich fortwährend widerſtandslos den franzöſiſchen



Brandschatungen preisgegeben sahen, und doch hemmten sie keineswegs die despotische Willkür der Herzöge auf ihrem Domanium. Auch Kurbayern sank von der Höhe seiner Bedeutung im Dreißigjährigen Kriege unter dem schlaffen und bigotten Ferdinand Maria (1651—79) in ein selbstzufriedenes, träges Sonderdasein zurück. Doch wuchs die landesherrliche Gewalt, da die Stände der 1628 neuerworbenen Oberpfalz aufgehoben blieben, die altbayrischen seit 1669 nicht mehr berufen, sondern durch einen ständischen Ausschuß ersetzt wurden. Aber zu einer staatsrechtlichen Verschmelzung dieser Gebiete wurde auch unter dem glänzenden Türkenieger Max Emanuel (1679—1726) kein Versuch gemacht. Denn er ging fast ganz auf in der auswärtigen Politik und gab ihr schließlich durch seine Haltung im Spanischen Erbfolgekrieg eine Richtung auf die Anlehnung an Frankreich, die für Bayern ein Jahrhundert lang bestimmend geblieben ist und schweres Unheil über Land und Reich gebracht hat.

In dem großen, nur halbdeutschen Nachbarreiche Österreich, das auf bayrisch-fränkischem Kolonialboden erwachsen war, wie Brandenburg-Preußen auf niedersächsischem, hatte zuerst Ferdinand der Zweite damit begonnen, die Stände seiner Länder, in denen die Städte hinter dem Adel und dem Klerus völlig zurückstanden, die Bauern nur in Tirol vertreten waren, zugunsten der landesherrlichen Macht zurückzudrängen, indem er sie auf die alljährliche Bewilligung des landesherrlichen „Steuerpostulats“ beschränkte. Jedoch die Landesverwaltung blieb fast völlig in den Händen ständischer Ausschüsse und Beamter, sogar die Aufbringung, Ausrüstung und Verpflegung des aus den Kontingenten der einzelnen Kronlande gebildeten Heeres; auch Gerichtsbarkeit und Polizei waren fast ausschließlich grundherrlich. Nur die obersten Landesämter besetzte der Landesherr, aber mit den Mitgliedern des Landadels. Vollends die einheitsstaatlichen Bestrebungen blieben ganz in den Anfängen stecken, noch abgesehen davon, daß Ungarn als ein selbständiger Staat regiert wurde. Ferdinand der Zweite hatte 1624 die böhmisch-schlesische Hofkanzlei mit der österreichischen nur örtlich in Wien vereinigt und diese Stadt erst dadurch zum politischen Haupt des Donaureiches gemacht; aber wirklich gemeinsame Behörden waren



nur die Hofkammer, der Hofkriegsrat, die Geheime Konferenz (für das Auswärtige) und der Reichshofrat, dessen gerichtliche Kompetenz sich aber auch auf das Reich erstreckte. Selbst das stehende Heer, das Leopold der Erste (1658—1705) errichtete, war eine halbständische Institution, bildete also keine strenge Einheit. Da es keinen österreichischen Staat gab, so gab es auch keine Staatswirtschaft. Die höchst ungleichmäßig vertheilten, namentlich die Bauern schwer belastenden Steuern brachten wenig ein, und den Verkehr hemmten überall Landesgrenzzölle oder gar grundherrliche Mauten. Modern war nur die Sorge für den Straßenbau, die Übernahme der Post in die landesherrliche Verwaltung 1720, die Erhebung von Triest und Fiume zu Freihäfen 1723 und die Herstellung einer Kriegsflotte auf der Adria 1725 (unter Karl dem Sechsten).

Aber diese verschiedenartigen Stände und Nationen innerhalb und außerhalb der deutschen Grenze und diese mannigfaltigen Kulturen, die sich von der Industrie Böhmens bis zu der halbnomadischen Viehwirtschaft der ungarischen Puszten, von dem Weinbau Niederösterreichs und der Hegyalja bis zu den Almen des Hochgebirges abstuften, wurden trotzallem zu einer natürlichen Einheit durch die geographischen Bedingungen. Das Donautal, das fast alle Flüsse des Reichs sammelt, bildete seine größte Verkehrsader von Passau bis zum Eisernen Tore; bequeme Verbindungen führten von dort nach den Gebieten der Elbe und der Oder und damit nach Norddeutschland hinüber, niedrige Gebirgspässe nach Triest und Fiume an der Adria, und die kürzesten Linien zwischen allen Kronländern gingen über Wien. So wurde die alte Grenzfestung gegen die Türken allmählich der wirkliche Mittelpunkt dieses ganzen weiten Völkerkreises, eine natürliche Hauptstadt, wie es wenige gibt, die glänzende, viel gepriesene Kaiserstadt und die größte Gemeinde des ganzen deutschen Reichs.

Aber dem allen sollte die römische Kirche das werdende habsburgische Großreich zusammenhalten. Herrschte sie doch außer in Schlesien und in Ungarn mit herber Ausschließlichkeit; sie machte die Protestanten in bürgerlicher wie in kirchlicher Beziehung rechtlos und ergänzte durch die straffe Einheit ihrer Organisation die schwachen politischen Klammern, die



diese Gruppe ständisch regierter Länder zusammenhielten. Freilich indem sie die deutschen Stämme Österreichs von der geistigen Verbindung mit dem Mutterlande möglichst abspernte, schwächte sie unhaltbar gerade das Volkselement, das Österreich gegründet hatte und allein zusammenhalten konnte. Eine wirklich alle befriedigende gemeinsame Staatsordnung haben deshalb die Habsburger bis zu den Tagen ihres ruhmlosen Endes niemals zustande gebracht, ja sie haben bis auf Maria Theresia nicht einmal eine wirkliche Staatsgesinnung erzielt. Als ihre Hauptaufgabe erschien ihnen immer die ganz dynastisch gefaßte auswärtige Politik: erst die Eroberung Ungarns, nachher die Sicherung der spanischen Erbschaft.

Trotzdem war der Einfluß, den Österreich im Reiche durch seine südwestdeutschen Besitzungen und durch die Kaiserkrone übte, immer noch sehr groß, und das Zuströmen reichsdeutscher Kräfte nach Österreich sehr lebhaft. Freilich beruhte diese Macht im Reiche gerade auf den Territorien, die jeder Verjüngung unfähig waren, deshalb auch keine eigene Lebenskraft mehr hatten und sich eben nur unter dem Schutze des Kaisertums halten konnten, auf den geistlichen Ländern, dem Reichsadels und den Reichsstädten. Die geistlichen Wahlfürstentümer waren der Idee nach im Interesse der Kirche da, tatsächlich aber Versorgungsanstalten für die jüngeren Söhne der fürstlichen Geschlechter oder des Reichsadels, von denen manche mehrere Bistümer oder Domherrenstellen in verschiedenen Stiftern besaßen; sie standen also im grundsätzlichen Widerspruch zu dem mehr und mehr sich durchringenden Gedanken, daß die Regierung für das Wohl des Volkes geführt werden müsse, und konnten doch ihre Verfassung schlechterdings nicht ändern, weil sie auf ihrer Bestimmung beruhte, sondern höchstens auf einigen Verwaltungsgebieten reformieren. Das geschah auch vielfach, denn das geistliche Regiment war im ganzen lässig und wohlwollend. Von den Gebieten des Reichsadels waren nur wenige so umfänglich, daß sie modernstaatliche Aufgaben einigermaßen erfüllen konnten, die meisten viel zu klein dafür; um so schwerer empfanden die Untertanen und Nachbarn den oft geradezu despotischen Mißbrauch einer fast souveränen Gewalt. In den Reichsstädten lag die Regierung in den Händen eines eng in sich geschlossenen und



versippten Patriziats, das sie im eigenen Interesse gewöhnlich ohne jede Überwachung durch die Bürgerschaft führte.

Gewiß lebte auch in diesen kleinsten Territorien viel persönliche Tüchtigkeit, aber nichts half doch darüber hinweg, daß ein Viertel der deutschen Nation, und zwar die Bevölkerung der Kernlande des mittelalterlichen Reichs, in einem tatsächlich staatenlosen Zustande verharrte, darum auch, zumal das Reich nur noch ein Schattenbild war, keine Spur einer Staatsgesinnung hatte, und daß die fremden Angriffen am meisten ausgesetzten westlichen Landschaften zugleich die wehrlosesten waren. Andererseits trat, je mehr sich die größeren weltlichen Einzelstaaten entwickelten, um so schärfer der Widerspruch der tatsächlichen Zustände mit der Reichsverfassung hervor. Denn die Stimme der ansehnlichsten und leistungsfähigsten Territorien wie Brandenburg oder Kursachsen wog im Reichstage nicht schwerer als die eines machtlosen, aber dem Range nach hochstehenden geistlichen Kurfürstentums wie Mainz, und nirgends kam dabei die ganze Macht eines größeren Staates gesammelt zur Geltung, weil jedes seiner ehemals selbständigen Gebiete seine besondere Stimme abgab. Ein solcher innerer Widerspruch mußte notwendig zu dem Streben führen, den Sonderinteressen auf anderem Wege Geltung zu verschaffen.

Diese traten deshalb, während die Reichsstände gegen Frankreich und die Türken im ganzen doch zusammengehalten hatten, in den darauffolgenden großen Entscheidungskämpfen, im Spanischen Erbfolgekriege und im Nordischen Kriege, besonders scharf hervor. In dem Streite um die spanische Erbschaft handelte es sich nicht nur um die dynastische Frage, wie sich die Vertreter der weiblichen Linie, Ludwig der Vierzehnte (Gemahl der Maria Theresia), Leopold der Erste (als Gemahl ihrer Schwester Magareta Theresia) und der Kurfürst Joseph Ferdinand von Bayern (der Enkel Leopolds von dessen Tochter Maria Antonia), über das ungeheure Erbe verständigen würden, sondern auch darum, ob Ludwig durch die Erwerbung der spanischen Gesamtmonarchie für das Haus Bourbon das so lange schon erstrebte Übergewicht Frankreichs in Europa und Amerika dauernd begründen könnte. Deshalb zog der Streit auch England und Holland herein, die beide



ebensowohl das schwer errungene europäische Gleichgewicht erhalten als ihren einträglichen Schmuggelhandel mit dem gesetzlich allen fremden Flaggen verschlossenen spanischen Amerika nicht verlieren wollten. Während sie nun auf eine Teilung der Erbschaft hinwirkten, bestimmte der hinsiehende Karl der Zweite erst den jungen Kurprinzen von Bayern, dann nach dessen jähem Tode (6. Februar 1699) Ludwigs Enkel Philipp von Anjou zum Erben der Gesamtmonarchie. Ludwig nahm, als Karls schwache Lebensflamme am 1. November 1700 erlosch, dieses Testament an, sandte Philipp (den Fünften) im Januar 1701 nach Spanien, ließ alle spanischen Nebenlande in Europa, Belgien, Mailand und Neapel, mit französischen Truppen besetzen und zog auch den in seinen ehrgeizigen Hoffnungen schmerzlich enttäuschten Kurfürsten Max Emanuel von Bayern durch die Aussicht auf die Erwerbung Belgiens zu sich herüber. Ihm gegenüber schlossen England, Holland und Österreich am 7. September 1701 die „große Allianz“, das Werk Wilhelms des Dritten, um das spanische Erbe in Europa für den Erzherzog Karl, den jüngern Sohn Leopolds des Ersten, die amerikanisch-spanischen Gebiete für sich selbst zu behaupten. Da Brandenburg schon im Krontraktat dem Kaiser seine Hilfe zugesichert hatte und allmählich auch die meisten übrigen Reichsstände beitraten, endlich auch das Reich 1702 den Krieg erklärte, so wurde fast ganz Deutschland in den großen Kampf hineingerissen, obwohl nähere Interessen es auf den gleichzeitig tobenden Nordischen Krieg hingewiesen hätten.

Denn hier handelte es sich um den Fortbestand der schwedischen Großmacht, die sich an allen deutschen Küsten festgesaugt hatte. Karl der Elfte hatte 1680 die unumschränkte Monarchie begründet und sie durch die Einziehung der seit 1604 abhanden gekommenen Kron Güter zu befestigen gedacht, aber mit der ungesetzlichen Ausdehnung dieser Maßregel auf die baltisch-deutschen Provinzen die Erbitterung des dortigen Adels derart erregt, daß die Entschlossenen wie der Livländer Reinhold Patkull an Abfall, an Übertritt zu Polen oder Rußland dachten. Als nun 1697 in Schweden der jugendlich unerfahrene Karl der Zwölfte (geb. 1682) den Thron bestieg, schlossen Dänemark, Rußland und Polen 1700 den großen Angriffsbund. Dänemark vornehmlich aus alter Eifersucht, Zar Peter, um



die schwedische Küste des Finnischen Meerbusens und damit den 1617 verlorenen Zugang zur Ostsee für Rußland zu gewinnen, der Kurfürst-König Friedrich August, um nach seinem Versprechen Livland für Polen zurückzuerobern.

Doch Karl der Zwölfte zeigte eine ungeahnte Genialität. Er zwang durch eine überraschende Landung auf Seeland Dänemark zum Frieden von Travendahl bei Kiel (18. August 1700), befreite die belagerte estländische Grenzfestung Narwa durch einen glänzenden Sieg über das vielfach stärkere russische Heer (30. November), verjagte 1701 die Sachsen aus Livland, eroberte 1702—3 einen großen Teil des zerrütteten Polens, entsetzte mit Hilfe einer polnischen Magnatenpartei, die sich ihm anschloß, am 2. Mai 1704 den König August seines polnischen Thrones und ließ am 12. Juli den Wojewoden (Statthalter) von Posen, Stanislaus Leszczyński, zum König wählen.

Da August in einem vornehmlich von seinen sächsischen Truppen tapfer und nachhaltig geführten Bürgerkriege die polnische Krone zu behaupten suchte, so richtete Karl der Zwölfte schließlich den Stoß gegen Sachsen, drang nach dem Siege seines Generals Renskjöld bei Fraustadt am 12. Februar 1706 quer durch Niederschlesien dorthin vor und diktierte in seinem Hauptquartier Altranstädt bei Leipzig, zwischen den alten Siegesfeldern Gustav Adolfs, dem machtlosen Gegner am 24. April 1706 den Frieden, in dem August auf die polnische Krone verzichtete und Pottfull auslieferte. Außerdem mußte der Kaiser dem drohend im Herzen Deutschlands stehenden Schwedenkönig in dem demütigenden Vertrage vom 31. August 1707 die Einstellung der kirchlichen Reaktionsmaßregeln in den 1675 eingezogenen schlesischen (piastischen) Herzogtümern und die Herstellung des dortigen kirchlichen Besitzstandes von 1648, allen schlesischen Protestanten aber Gewissensfreiheit und bürgerliche Gleichberechtigung zustehen. Dann erst zog Karl 1708 aus Sachsen ab, um Rußland durch den Vormarsch auf Moskau ins Herz zu treffen.

Wäre er von Sachsen aus gegen Wien marschiert, so hätte er den Spanischen Erbfolgekrieg zugunsten Frankreichs, des alten Bundesgenossen, entscheiden können. In den ersten Jahren hatten die Franzosen auf allen Kriegsschauplätzen, in Belgien, in Süddeutschland, in Oberitalien, im ganzen das Überge-



wicht behauptet. Ja, sie hatten mit den Bayern zusammen 1703 den kühnen Versuch gemacht, durch die Eroberung Tirols die Verbindung zwischen dem norditalienischen und dem bayrischen Kriegsschauplatz herzustellen, was nur die Tapferkeit des tirolischen Aufgebots vereitelte. Nach der Einnahme von Passau bedrohte Kurfürst Max Emanuel sogar Wien, während in Ungarn ein neuer Aufstand unter Franz Rakoczy dem Ersten emporflammte. Erst als im Sommer 1704 der englische Oberbefehlshaber in den Niederlanden, der Herzog von Marlborough, den Kern seiner Truppen mit den kaiserlichen Prinz Eugens zum Angriff auf Bayern vereinigte, erfochten beide Feldherren am 13. August 1704 in der gewaltigen Schlacht bei Höchstädt und Blindheim in der Nähe von Donaunöb den ersten entscheidenden Sieg der „großen Allianz“, der die bayrisch-französische Armee hinter den Oberrhein zurückwarf und Bayern in die Hände der kaiserlichen lieferte. Eine Erhebung des treuen, tapfern Landvolks von Oberbayern für das angestammte Haus Wittelsbach seit dem Oktober 1705 wurde blutig niedergeworfen, im April 1706 sprach der junge Kaiser Joseph der Erste (1705—11) mit Zustimmung des Reichstags die Acht über die Kurfürsten von Bayern und Köln aus und faßte die Vereinigung des bayrischen Mutterlandes mit dem Koloniallande Österreich ins Auge, was in Verbindung mit den immerhin ansehnlichen vorderösterreichischen Besitzungen in Schwaben den Habsburgern die Vorherrschaft über ganz Süddeutschland verschafft hätte. In demselben Jahre 1706 verdrängte der Sieg Marlboroughs bei Ramillies nördlich von Gemblours am 23. Mai die Franzosen aus Belgien, der Sieg Prinz Eugens vor Turin am 7. September aus Italien, und Erzherzog Karl empfing die Huldigung in Brüssel, Mailand und Neapel. Nur Spanien behaupteten die Bourbonen, weil sie sich hier auf die feste Treue der Kastilianer stützten. An dem Ergebnis beider Sieger änderten auch neue Anstrengungen der Verbündeten in Spanien, der Franzosen in Süddeutschland und Belgien nichts. Der Einbruch des Marschalls Villars in Schwaben vermochte das Land nur zu verheeren und auszuplündern, aber nicht festzuhalten, und die Schlachten bei Oudenarde am 11. Juli 1708 und bei Malplaquet am 11. September 1709 waren nur neue Niederlagen



der Franzosen; im Oktober 1708 hatten sie auch Lille an Prinz Eugen verloren.

Schon war die Widerstandskraft Frankreichs gebrochen und Ludwig der Vierzehnte zu erheblichen Opfern, sogar zur Abtretung Straßburgs, bereit, da brachte der unerwartete Tod Kaiser Josephs des Ersten am 17. April 1711, der den Erzherzog Karl auch zum Herrn Österreichs und zum Kaiser machte, eine völlige Wendung. Denn wenn Karl auch Spanien erhielt, so wäre die Monarchie Karls des Fünften und damit ein unerträgliches Übergewicht der Habsburger wiederhergestellt worden. Das verhalf in England den kriegsfeindlichen Tories zur Herrschaft und entschied nach dem Sturze Marlboroughs im Januar 1712 den Abfall Englands und Hollands von der „großen Allianz“. So überließ der Friede von Utrecht am 11. April 1713 Spanien mit den Kolonien den Bourbonen, Belgien, Mailand, Neapel und Sardinien den Habsburgern (Karl dem Sechsten), das französische Neufundland und Akadien, Gibraltar (1702 erobert) und Menorca den Engländern; er erweiterte also deren amerikanischen Besitz und begründete ihre Herrschaft im Mittelmeere, wo keine ebenbürtige Seemacht wehr bestand. Piemont, seit 1703 mit der großen Allianz verbündet, erhielt das westliche Stück des Herzogtums Mailand und die Insel Sizilien mit dem Königstitel, Preußen das Oberquartier Geldern. Umsonst bestand Karl der Sechste auf der Herausgabe des Elsass; am Oberrhein jezt überall im Nachteil, mußte er in Rastatt den Frieden am 6. März 1713 in der vereinbarten Form annehmen; die Reichsstände folgten am 7. September 1714 in Baden (im Margau).

Auf diesen Ausgang des Spanischen Erbfolgekrieges hatte der Nordische Krieg keinen unbedeutenden Einfluß. Mit der unglücklichen Schlacht bei Poltawa in der Ukraine am 8. Juli 1709 war Karls des Zwölften Unternehmung gegen Rußland völlig gescheitert; sein Heer kam in russische Gefangenschaft, er selbst lebte als Flüchtling auf türkischem Boden. Sofort schlossen sich König August und Dänemark wieder an Rußland an; der Sachse kehrte nach Polen zurück, der Zar vollendete bis 1712 die Eroberung der deutsch-baltischen Provinzen Schwedens, wo er schon im Mai 1703 seine neue Hauptstadt St. Petersburg an der Newa, am alten Hansawege,



gegründet hatte, die stolzere Erbin des stolzen Groß-Nowgorod; doch gewährleistete er den Ländern ihre alte ständische Verfassung und ihre lutherische Landeskirche. Durch Polen schob er seine Truppen bis nach Schwedisch-Pommern vor und ließ mit den Sachsen Stettin einschließen; die Dänen besetzten Bremen und Verden und zwangen den schwedischen General Stenbock trotz seines Sieges bei Gadebusch (20. Dezember 1712) in Tönning zur Ergebung (Mai 1713).

Umsonst hatten die Seemächte, solange es noch in ihrem Interesse lag, sich die Hilfe der deutschen Truppen zu erhalten, sich im Haager Konzert mit dem Kaiser über die Neutralität des Reichs im Nordischen Kriege verständigt; jetzt nahm der junge König von Preußen Friedrich Wilhelm der Erste (seit Februar 1713) den Frieden von Utrecht an und warf die Kraft seines erprobten Heeres, statt sie wie bisher auf allen möglichen Schauplätzen zu zersplittern, mit voller Wucht in den Nordischen Krieg, um die Mündungen der deutschen Ströme, vor allem der Oder, vor abermaliger fremder Besitzergreifung zu retten. Zunächst erwarb er von Rußland und Sachsen das Recht, Stettin und das ganze Gebiet bis zur Peene mit Ugedom und Wollin zu besetzen (Oktober 1713); dann begann er die Belagerung von Stralsund und zwang es, obwohl Karl der Zwölfte, auf abenteuerlichem Ritt unerwartet aus der Türkei zurückgekehrt, die Stadt selbst verteidigte, nach seiner Abreise am 22. Dezember 1715 zur Ergebung, nachdem er schon am 12. November in einem glänzenden Angriff Rügen erobert hatte. Der letzte verzweifelte Versuch des Schwedenkönigs, als Entschädigung für seine Verluste Norwegen zu erobern, endete mit seinem Tode durch eine feindliche Kugel vor Friedrichshall am 11. Dezember 1718. Darauf verwandelte der längst tief erbitterte schwedische Adel das Reich in eine aristokratische Wahlmonarchie und übertrug die verstümmelte Krone Karls jüngerer Schwester Ulrike Elenore und ihrem Gemahl, dem Erbprinzen Friedrich von Hessen-Kassel (1720 bis 1751). Diese neue Regierung trat 1719 Bremen und Verden an Hannover, 1720 Vorpommern bis zur Peene an Preußen ab und verzichtete im Frieden von Nyssadt zugunsten Rußlands 1721 auf die baltischen Provinzen.

So zerstörte der gewaltige Doppelfrieg einerseits die alte



spanische Monarchie und das Übergewicht Frankreichs, andererseits die künstliche Großmachtsstellung Schwedens; er brachte den Deutschen zwar nicht das Elsaß zurück, aber die Mündungsländer der Oder, Elbe und Weser, freilich ein ungenügender Ersatz für die beginnende Übermacht Englands zur See und für das Eindringen Rußlands in den Kreis der europäischen Staaten, dessen Zar sich durch Annahme der Kaiserwürde 1721 dem deutsch-römischen Kaiser gleichstellte. Dazu gingen die Interessen der deutschen Einzelstaaten immer weiter auseinander, seitdem deutsche Fürstenhäuser nicht nur in Dänemark und Ungarn, sondern auch in Polen, Schweden und England regierten; denn nicht im Interesse ihrer Nation taten sie das, sondern umgekehrt wirkten jene fremden Mächte fortwährend zerlegend auf die deutsche Politik und also auf die Geschichte Deutschlands ein.

Um so bedeutsamer war es, daß sich die Hohenzollern, nunmehr nächst den Habsburgern die mächtigsten deutschen Herrscher, von diesen Beziehungen frei erhielten und ihren rein deutschen Staat zu einer waffenstarken schlagfertigen Macht umgestalteten. Dieses Werk weitergeführt zu haben ist das größte Verdienst Friedrich Wilhelms des Ersten (1713 bis 1740). Seinem schwachen, prachtliebenden Vater und seiner geistvollen, ganz französisch erzogenen Mutter völlig unähnlich, wie sein Großvater eine Zeitlang in Holland gebildet, schlicht, sparsam, alle Gelehrsamkeit als Zeitverderb und Pedanterie verachtend, willenskräftig und herrisch, aber in Pflichttreue und Arbeitsamkeit ein Vorbild für alle, nervös aufgeregt zugleich und robust, eine tief empfindende und doch eiserne Natur, so drückte er dem Staate das Gepräge seines eigenen Wesens auf. Er gab der Verwaltung eine streng monarchische, einheitliche Gestalt, indem er 1723 das General-Ober-Kriegs-, Finanz- und Domänendirektorium als Zentralbehörde unter seinem Vorsitz schuf: die Verbindung von vier Provinzialministerien mit einem Fachministerium (für Justiz), derart, daß jedes in seinem Bezirke alle Verwaltungszweige und daneben einige Geschäfte für den ganzen Staat besorgte; er verwandelte die bisherigen Oberkriegskommissariate in (neun) Kriegs- und Domänenkammern und ordnete diesen die Landräte für die Kreise, die Steuerräte für die Beaufsichtigung der



städtischen Verwaltung, die Departementsräte für die Domänen unter. Durch die Aufstellung eines genauen Haushaltsplanes für jede Behörde und die Errichtung einer großen Kontrollbehörde, der Oberrechnungskammer, stellte er eine anderwärts ganz unbekannte straffe Ordnung in den Finanzen her. So schuf er nach seinem Vorbilde ein durch und durch monarchisches, nur dem Gesamtstaate dienendes Beamtentum, das an Pflichttreue und Fleiß damals nirgends sonst seinesgleichen fand.

Mit ihm ordnete er jetzt das Steuerwesen einheitlich für den ganzen Staat, die Accise für die Städte, die Kontribution für das Bauernland. Die Rittergüter blieben steuerfrei, weil sie durch ihre grundherrliche Gerichts- und Polizeiverwaltung dem Staate große Ausgaben ersparten; aber sie verloren 1717 ihre veraltete Eigenschaft als Lehnsgüter des Landesherrn und hatten statt der ihm, längst nicht mehr gestellten schweren Reiter eine jährliche Abfindungssumme in Geld zu zahlen. Die wichtigste und sicherste Einnahmequelle bildeten die sehr ausgedehnten und planmäßig vergrößerten Domänen (in Ostpreußen drei Viertel des gesamten Grundbesitzes, im ganzen 373 große Grundherrschaften oder „Ämter“), die um 1740 fast die Hälfte aller Staatseinnahmen (sieben Millionen Reichstaler) lieferten; aber die Verpachtung wurde auch bei ihnen jetzt vollständig durchgeführt. Die ganze Staatswirtschaft war also durchaus zur Geldwirtschaft übergegangen, die allein einen streng geregelten Haushalt ermöglicht.

Neben diesem Beamtenstaat stand nun ganz abgeschlossen der Militärstaat, streng monarchisch geordnet mit eigener Gerichtsbarkeit und eigener Kirchenverfassung für alle seine Mitglieder und ihre Angehörigen. Alle Offiziere ernannte jetzt der König, zumeist aus dem einheimischen Adel, und indem er sich selbst als ihren Kameraden gab, deshalb auch fast immer in Uniform erschien, begründete er zuerst das persönliche Treuverhältnis der Armee zum Kriegsherrn, das bis in die neueste Zeit der deutschen Geschichte ihr eigentümliches Gepräge gegeben hat. Nur so ließ sich eine solche Truppe leiten. Denn die Mannschaften wurden draußen im Reiche geworben und bis zur Dienstunfähigkeit unter Waffen gehalten; erst 1735 stellte der König den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht



auf, den er praktisch allerdings auf die bäuerliche Bevölkerung beschränkte, und wies jedem Regiment seinen Ergänzungsbezirk (Kanton) zu, dessen wehrfähige Leute auf zwanzig Jahre dienstpflichtig blieben, aber im ganzen nur etwa anderthalb Jahre dienten. Aber auch jetzt bildeten die „Einländer“ nur etwa die kleine Hälfte der Gesamtzahl, da eine Heeresstärke von 83 000 Mann die Kräfte der Staatsbevölkerung allein weit überstieg. Nur eine eiserne, ja barbarische Kriegszucht konnte diese so höchst verschiedenartigen, teilweise widerwilligen Elemente zusammenhalten, und auch die Taktik wurde dadurch mitbestimmt: die Infanteriebataillone, jetzt durchweg mit dem Bajonettgewehr bewaffnet, rückten in langen, eng geschlossenen Linien zu drei Gliedern, gewöhnlich zwei Treffen hintereinander, die leichten Geschütze zwischen sich, unter dem Rasseln ihrer mächtigen Trommeln in dröhnendem Gleichtritt, Gewehr im Arm, bis auf etwa dreihundert Schritt an den Feind heran und überschütteten ihn dann mit ihrem rollenden Salvenfeuer, dessen Genauigkeit und Schnelligkeit unerhört war; erst wenn die feindliche Linie erschüttert schien, gingen sie zum Angriff mit dem Bajonett über, und die Reiterei warf sich, nachdem auch sie zuerst gefeuert hatte, mit gezogenem Pallasch auf den Feind. Eine andre als diese geschlossene Fechtweise der „Lineartaktik“ hätte eine so zusammengesetzte Armee aufgelöst, aber auch nur eine unermüdliche, peinliche Dressur, wie sie vor allem des Königs Jugendfreund, Fürst Leopold von Anhalt-Dessau, übte, erzielte solche Ergebnisse.

Eine geschlossene wirtschaftliche Einheit konnte der Gesamtstaat schon wegen der zerrissenen Gestalt seines Gebiets nicht bilden. Aber kraft einer Art von monarchischem Sozialismus suchte Friedrich Wilhelm auch die gesamte wirtschaftliche Arbeit nach einheitlichen Grundsätzen zu leiten. Er wies jedem Landesteile bestimmte Erwerbszweige zu und wahrte diese durch Schutzzölle und Einfuhrverbote vor erdrückender Konkurrenz, befreite zugleich den inneren Verkehr seiner mittleren Provinzen, eines zusammenhängenden Gebiets von 1300 Quadratmeilen, von den alten Schranken, verwandelte also wenigstens dieses in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Da es noch immer leere Bodenflächen zu besetzen galt, so dauerte eine großartige innere Kolonisation, jetzt vorwiegend bäuer-



licher Elemente fort, namentlich in der Neumark, in Pommern und in Ostpreußen, das durch Krieg und Pest fast entvölkert war. Den größten Zuzug dorthin stellten die evangelischen Salzburger, etwa 20 000 Köpfe, als sie, von der Unduldsamkeit ihres Landesherrn, des Erzbischofs Leopold Anton von Firmian, gezwungen, 1731 ihre schöne Alpenheimat verließen. Mächtig und sparsam, wie der König war, verkaufte er dagegen die schon von seinem Vorgänger vernachlässigten westafrikanischen Kolonien, weil sie nur Kosten verursachten, 1717 an die holländisch-ostindische Kompagnie. Er gab also den ersten Versuch eines deutschen Staates, nach dem Untergang der Hanse in der Welt Seegeltung zu gewinnen, wieder auf, um seine finanziellen Kräfte ganz dem reinen Militärstaate zuzuwenden. Hier stand für ihn die Wiege zukünftiger Größe.

Dagegen verzichtete er vollständig und grundsätzlich auf jede Art kirchlicher Einheit. Gegen das alte Vertragskirchenrecht erlaubte er vielfach den Minderheiten den Gottesdienst ihrer Kirche und bildete vor allem katholische Garnisongemeinden in sonst evangelischen Provinzen. Gerade dadurch aber bahnte er die moderne grundsätzliche Glaubensfreiheit an.

In merkwürdigem Gegensatz zu dieser lebendigen, alle Kräfte des Volkslebens entwickelnden und beherrschenden Staatseinheit wurde Österreich durch die Erwerbung der früher spanischen Gebiete von seinen nächstliegenden Aufgaben, wie sie Prinz Eugen gefaßt hatte, weit abgelenkt. Karl der Sechste (1711—1740) machte nicht einmal den Versuch, die neu erworbenen Länder im Interesse Österreichs zu regieren; er ließ vielmehr die verhaßte und verrottete spanische Verwaltung dort bestehen und begnügte sich damit, mit der Pragmatischen Sanktion vom 19. April 1713 die äußerliche Zusammengehörigkeit der ganzen habsburgischen Ländermasse auch für den Fall, daß er, der letzte Habsburger, ohne männliche Nachkommen sterbe, durch die Übertragung des Gesamterbes auf seine älteste Tochter zu sichern. Im Vordergrund seiner Politik stand seitdem der Gedanke, die Pragmatische Sanktion bei allen Mächten zur Anerkennung zu bringen, Österreich zur herrschenden Macht Mittel- und Südeuropas zu erheben und deshalb auch im Reiche die alten Rechte des Kaisertums wieder



mehr zu betonen. Dahinter trat die wichtigste Aufgabe, die Eroberung der Donauländer bis zum Schwarzen Meere, ganz zurück. Als sich die Türkei 1715 auf das venezianische Morea warf, eröffnete auch Österreich als Bürge des Friedens von Karlowitz den Krieg; Prinz Eugen schlug die Türken am 15. August 1716 bei Peterwardein, eroberte am 12. Oktober Temesvar und zwang nach dem glänzenden Siege vom 16. August 1717 auch Belgrad zur Übergabe. Aber als Spanien, vom Kardinal Giulio Alberoni reorganisiert, 1717 Sardinien, 1718 Sizilien angriff, brach der Kaiser den aussichtsreichen Türkenkrieg ab und begnügte sich im Frieden von Passarowitz (Poscharewaz bei Belgrad) am 21. Juli 1718 mit der Abtretung des Banats, der Kleinen Walachei und des größten Teils von Serbien. So konnte er im Westen, vereint mit Frankreich und den Seemächten, Spanien zum Verzicht auf seine Eroberungen zwingen und Sizilien gegen Sardinien eintauschen (1720). Seitdem aber ging er auf engere Beziehungen zu Spanien aus, die in dem Bündnis von 1725 sogar ihre Spitze gegen die protestantischen Mächte fahrten. Deshalb vereinigten sich die beiden Seemächte in Herrenhausen (bei Hannover) mit Preußen zu gemeinsamer Abwehr (3. September 1725). Die wichtigste Angelegenheit war dabei für Preußen die Sicherung seines Erbrechts auf Jülich-Berg nach dem bevorstehenden Aussterben des Hauses Pfalz-Neuburg. Da aber gerade dafür auch die Seemächte nichts taten, so näherte sich der König in den Verhandlungen von Königsmusterhausen und Berlin 1726—1728 wieder Österreich und unterstützte es gegen Anerkennung seines Erbrechts in Sachen der Pragmatischen Sanction so nachdrücklich, daß diese von den Seemächten und von allen Reichsständen, abgesehen von Bayern, Kurpfalz und Kursachsen, anerkannt wurde. Als er sich schließlich doch bei einer Zusammenkunft mit dem Kaiser in Prag 1732 in seinen Hoffnungen auf das ganze Erbe enttäuscht sah, zog er sich verstimmt zurück.

So standen beide Mächte nicht zusammen, als der polnische Thronkrieg 1733—1735 nach dem Tode Friedrich Augusts des Ersten von Sachsen neue Gefahren über Deutschland und Österreich heraufbeschwor. Den von Österreich bevorzugten Bewerber Friedrich August den Zweiten setzte Rußland mit



Waffengewalt auf den polnischen Thron; aber für den fast einstimmig gewählten Stanislaus Leszczyński, den Schwiegervater Ludwigs des Fünfzehnten, traten Frankreich, Spanien und Piemont ein. Ihre Heere entrissen dem Kaiser alle seine italienischen Lande und bedrohten auch den deutschen Oberrhein, da Karl der Sechste es verschmähte, die volle Waffenhilfe Preußens über das pflichtige Reichskontingent hinaus durch Zugeständnisse in der jülich-bergischen Frage zu erkaufen. So ließ der Friede von Wien (3. Oktober 1735) zwar die polnische Krone dem Kurfürsten von Sachsen und entschädigte Stanislaus mit dem deutschen Herzogtum Lothringen, aber es bestimmte, daß dieses nach seinem Tode an Frankreich fallen sollte, was 1766 wirklich geschah, und verwandelte Neapel und Sizilien in eine Sekundogenitur der spanischen Bourbonen. Dafür sollte nur Toskana nach dem Aussterben des Hauses Medici (1737) an den Herzog Franz Stephan von Lothringen, den Schwiegersohn Karls des Sechsten, fallen, und Frankreich wie Rußland erkannte die Pragmatische Sanction an. Um dazu auch die Wittelsbacher zu bewegen, war Österreich bereit, Jülich-Berg an das Haus Pfalz-Sulzbach übergehen zu lassen, eine Absicht, der schließlich auch Frankreich im Januar 1739 zustimmte.

Und während sich der Kaiser so unheilbar mit dem waffenstarken Preußen verfeindete, verlor er nach Prinz Eugens Tode (21. April 1736) durch einen ungeschickt und unglücklich geführten Türkenkrieg (1737—1739) in dem Frieden von Belgrad (18. September 1739) alle die letzten ruhmvollen Eroberungen des genialen Prinzen bis auf den Banat und damit die herrschende Stellung im Norden der Balkanhalbinsel. Also fast aller nach 1700 gemachten Erwerbungen im Osten und Westen beraubt, mit der Schuld an dem Verluste Lothringens belastet, im Innern immer noch lose gefügt, trotz aller Verträge ohne jeden sicheren Bundesgenossen und mit Preußen verfeindet, ging Österreich dem nahen Aussterben des Mannesstammes der Habsburger entgegen.

\* \* \*

Während auf politischem Gebiet sich der fürstlich-absolute Staat langsam durchsetzte, stand auf wirtschaftlich-sozialem Boden die ständisch-konfessionelle Ordnung noch unerschüttert



aufrecht. Schroff schieden sich überall die Stände. Der Adel, in den katholischen Ländern auch die Kirche, behauptete überall den Großgrundbesitz und damit im Osten die damit verbundenen staatlichen Hoheitsrechte über seine Untertanen; er besetzte die leitenden Stellen am Hofe, im Beamtentum und im Heere und gewann damit an Macht mehr zurück, als er durch den Verlust seiner politischen Selbständigkeit eingebüßt hatte. So begehrenswert erschien dieser Vorrang, daß begüterte Leute bürgerlichen Standes durch einen kaiserlichen Adelsbrief (seit Ferdinand dem Zweiten) in den herrschenden Stand einzutreten strebten („Briefadel“), und der höhere Bürgerstand in Bildung und Sitte ihm nachzueifern begann. Das Bürgertum, überall in eine ziemlich abgeschlossene herrschende Klasse und in eine beherrschte Masse geteilt, behauptete neben einigem auch außerstädtischem Grundbesitz Gewerbe und Handel so ausschließlich, daß das platte Land daran nur hier und da, wie im Schwarzwald, in der altindustriellen Grafschaft Mark, in der Oberlausitz, im niederschlesischen Gebirgslande, einen bescheidenen Anteil hatte. Die Bauern, weitaus die Hauptmasse der Nation, waren nur im Westen zum Teil frei, sonst überall gutsuntertänig oder geradezu leibeigen (in Mecklenburg, Böhmen, Mähren), an die Scholle gefesselt, zu Zinsen, Fronen und Gesindediensten verpflichtet; ja sie verloren im Nordosten, namentlich in den Küstenländern, immer mehr von ihrem Lande durch die Einziehung der Bauernstellen zugunsten des Rittergutslandes (Bauernlegen, Abmeierung), so daß sie hier zum großen Teil in landlose Tagelöhner verwandelt wurden. Nur selten griff schon die landesherrliche Gewalt zu ihren Gunsten ein, wie Friedrich Wilhelm der Erste die Leibeigenschaft auf den Domänen aufhob und den Gutsherren das barbarische Prügeln verbot. Nur in Preußen wurden die Bauern auch durch die prinzipiell anerkannte, wenn auch praktisch nicht durchgeführte allgemeine Wehrpflicht, die zunächst geradezu als ein Eingriff in die gutsherrlichen Rechte erschien, in eine gewisse unmittelbare Beziehung zum Staate gebracht; mit der Welt der geistigen Kultur hingen sie fast nur durch die Kirche zusammen.

Ein so zerspaltenes Volk stand wie politisch so auch wirtschaftlich tatsächlich unter einer fremdherrschaft. Die Holländer,



einige Jahrzehnte lang das reichste Volk Europas und weithin tonangebend, beherrschten den gesamten Geldverkehr in Deutschland, das keine großen Bankplätze mehr hatte, und waren die Herren der ganzen westdeutschen, namentlich der rheinländischen Wirtschaft; die Franzosen überfluteten mit den Produkten ihrer überlegenen Luxusindustrie alle höfischen, adligen und patrizischen Kreise, und italienische Hausierer drangen bis in jedes Dorf. Die deutsche Landwirtschaft hatte unter dem Dreißigjährigen Kriege so furchtbar gelitten, daß ihre Hauptaufgabe noch auf lange hinaus sein mußte, die leeren, verödeten Flächen wieder zu besetzen und große Urbarmachungen durchzuführen, was besonders in Preußen planmäßig geschah, z. B. durch die Entwässerung des havelländischen Luchs unter Friedrich Wilhelm dem Ersten. Technische Verbesserungen waren nur die Einführung der Koppelwirtschaft in den Küstengebieten der Ostsee zur Förderung der Viehzucht und die Pflege des Tabakbaus namentlich in der Rheinpfalz. Das einst so blühende deutsche Gewerbe war verkommen, die Straßen waren verwahrloßt, die Strombahnen durch lange Vernachlässigung fast unfahrbar geworden, die alten Handelsbeziehungen zerrissen. Durch das alles war der Binnenhandel gehemmt, der deutsche Außenhandel größtenteils zum Passivhandel herabgesunken, der Anteil am Welthandel verloren.

Eine energische Besserung trat nur da ein, wo der fürstliche Merkantilismus eingriff oder eine selbständige Stadtwirtschaft noch möglich war; sonst herrschte dumpfe Erstarrung. Also kam im Westen das Gewerbe im Schwarzwald (als Hausindustrie) und in Kleve-Mark (Seidenweberei und Eisenindustrie) empor, während es anderwärts, z. B. in Köln gänzlich verfiel; aber weit raschere Fortschritte machte der Osten. In Kursachsen, dem ältesten Industrielande des kolonialen Deutschlands, ging das Erzgebirge von dem allmählich zurücktretenden Bergbau mehr zum Gewerbe über. Das Kunstgewerbe erhielt durch den ebenso prachtliebenden wie geschmackvollen Hof einen mächtigen Anstoß, in Polen einen weiten Absatzmarkt und in der Meißner Porzellanfabrik (1710) einen neuen großartigen Mittelpunkt; Leipzig aber behauptete auch in veränderter Zeit die Bedeutung seiner Messen für den Osten und wurde seit dem Anfange des achtzehnten Jahrhunderts allmählich der



Mittelpunkt auch des deutschen Buchhandels. Daneben wuchsen die brandenburgischen Mittelprovinzen zu dem größten einheitlichen Wirtschaftsgebiete Deutschlands zusammen, seitdem die freie Verbindung mit der Ost- und Nordsee hergestellt war, und die alte Tuchweberei nahm hier einen solchen Aufschwung, daß sie wie den einheimischen, so lange Zeit auch den russischen Markt beherrschte. Schlesien, der am weitesten nach Norden vorgestreckte Teil der habsburgischen Ländermasse, vermittelte nicht nur den Austausch der Rohprodukte des Südostens und der Gewerbszeugnisse des Westens, sondern versorgte in Gemeinschaft mit der benachbarten Oberlausitz nach der Zerstörung der französischen Leinenindustrie (seit der Austreibung der Hugenotten) mit seiner eignen blühenden Leinweberei auch den englischen Markt fast ausschließlich, bis die kirchlichen Verfolgungen Tausende von fleißigen Arbeitern aus dem Lande trieben, und der Umsatz um 1740 auf die Hälfte des frühern sank. In den böhmisch-österreichischen Ländern fehlte es dem schwachen, zertretenen Bürgertume noch allzu sehr an Unternehmungsgeist.

Eine höchst wirksame, flug berechnende, dem nationalen Interesse gegenüber zwar ganz gleichgültige, aber es doch tatsächlich mächtig fördernde Stadtpolitik hob Hamburg zur Gebieterin des ganzen norddeutschen See- und Binnenhandels und zur ersten Handelsstadt Deutschlands empor. Gefördert durch eine starke Zuwanderung von Niederländern und ausgetriebenen portugiesischen Juden, begründete es schon 1619 die Bank, erwarb 1628 durch kaiserliches Privileg die Herrschaft über die Unterelbe bis zur Mündung, entledigte sich 1645 des lästigen dänischen Zolls bei Glückstadt, sicherte sich einen beträchtlichen Anteil am süd- und westeuropäischen Handel, am grönländischen Walfischfang, ja (seit 1640) auch am Verkehr mit Westindien und Brasilien.

Auch die Verkehrsmittel im Innern verbesserten sich allmählich durch die zunehmende Errichtung landesherrlicher, wohleingerichteter Posten, einzelne Kanalanlagen, ausgedehnte Straßenbauten besonders in Österreich, endlich durch das Aufkommen eines wirklichen Zeitungswesens.

Mit der langsamen Zunahme des Wohlstandes wuchs auch die Bevölkerungszahl, in der Kurmark z. B. 1701—1740



von 283 000 auf 476 000, im ganzen brandenburgisch-preussischen Staate 1713—1740 von 1,65 Millionen auf 2,24 Millionen bei verhältnismäßig geringer Vergrößerung des Gebiets. In Kursachsen füllte die Einwanderung böhmischer Protestanten („Exulanten“) die Lücken, die der Dreißigjährige Krieg in die Bevölkerung gerissen hatte. Wenn daneben eine starke Auswanderung nach Nordamerika (besonders aus der Pfalz), nach Ungarn, Rußland ußf. sich bemerkbar machte, so war dies kein Zeichen von Übervölkerung, sondern meist die Folge drückender sozialer, kirchlicher und politischer Notstände.

Neben der wirtschaftlichen Fremdherrschaft stand der Einfluß der ausländischen Bildung und fremder Sprachen an den Höfen und in den ihnen nahestehenden Kreisen. Da deshalb auch die deutsche Sprache zu verwildern drohte, namentlich mit zahllosen Fremdwörtern durchsetzt wurde, bildeten sich unter patriotisch gesinnten Männern Vereine, um diese Gefahr abzuwehren, zumal 1617 die „Fruchtbringende Gesellschaft“ (der Palmenorden) unter dem Fürsten Ludwig von Anhalt-Köthen, 1643 die „Deutschgesinnte Genossenschaft“ unter Philipp von Hesen in Hamburg. Doch haben sie den Sieg der fremden Bildung nicht verhindern können. Auf die protestantischen Höfe wirkte zunächst das holländische, später mit dem Aufsteigen Frankreichs das französische Vorbild, besonders auch durch die zahlreichen hugenottischen Kolonien; auf die katholischen Höfe das italienische und das spanische Wesen, bis das französische auch hier überwog. Fast nur der schlichte Hof Friedrich Wilhelms des Ersten bildete hiervon eine Ausnahme. Sprache, Sitte und Etikette der Höfe und des Adels wurden französisch, der frühere patriarchalische Brauch verschwand, für das gesellschaftliche Leben unzweifelhaft ein großer Fortschritt, in der Sittlichkeit vielfach ein arger Rückschritt. Weniger davon berührt wurde das ehrenfeste städtische Bürgertum, das hinter den verfallenden Mauern seiner Städte in strenger religiöser Hauszucht und in eifriger Arbeit ziemlich einförmig dahinlebte, obwohl es durch Geschäftsreisen und Verkehr mannigfacher Art mit der Außenwelt in einer zwar schwerfälligen und langsamen, aber doch regen Verbindung stand.

Dem entsprach es nun, wenn der Adel, nachdem schon zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges Reformen wie Wolfgang



Ratke (Ratichius) und der Mährer Amos Comenius auf eine natürliche, die Pflege der Muttersprache und die lebendige Anschauung der Dinge betonende Unterrichtsweise hingearbeitet hatten, gegenüber dem pedantischen, weltabgewandten Betriebe der alten Lateinschulen eigene Unterrichtsanstalten ins Leben rief, die „Ritterakademien“, um das neue Bildungsideal des praktischen Weltmanns (*homo politus*, *galant'homme*) durch Pflege der deutschen „Oratorie“ und der Realien (Geschichte, Geographie, Mathematik) zu verwirklichen. Selbst bedeutende Rektoren alter Lateinschulen suchten diesen Bedürfnissen des Adels in „Privatlektionen“ Rechnung zu tragen, um den Zusammenhang mit den höheren Ständen nicht zu verlieren. Bei den Katholiken blieb der höhere Unterricht wesentlich in den Händen der geistlichen Orden, namentlich der Jesuiten. Die Unterrichtsziele und Unterrichtsmittel, auch die Pflege der Schulkomödie waren den Anstalten beider Konfessionen gemeinsam, der Geist, der sie beherrschte, auf beiden Seiten mit wenig Ausnahmen streng konfessionell. Um die Volksschule kümmerten sich wenige Regierungen, so schon im siebzehnten Jahrhundert Herzog Ernst der Fromme von Gotha, auf katholischer Seite die Bischöfe von Münster, Trier und Würzburg; der erste größere Staat, der die allgemeine Schulpflicht durchzuführen wenigstens versuchte, war Preußen unter Friedrich Wilhelm dem Ersten (1717), der vielfach ausgesendete Unteroffiziere in die Schulstellen berief. Erst durch diese fürstliche Fürsorge ist die Volksschule auch auf dem platten Lande allmählich etwas allgemeiner heimisch geworden.

Als höchst konservative Mächte zeigten sich wie immer die Universitäten. Sie wurden damals durch eine stattliche Reihe neuer landesherrlicher Gründungen vermehrt. Auf katholischem Boden entstanden Paderborn, Salzburg, Bamberg, Eitz, Innsbruck (1672), Breslau (1702), von denen sich nur die beiden letzten bis jetzt erhalten haben, auf protestantischem Gebiete Rinteln, Altdorf bei Nürnberg, Duisburg (durch den Großen Kurfürsten für die rheinischen Provinzen), Kiel (1665), endlich Halle (1694) als brandenburgische Konkurrenzanstalt gegenüber den beiden streng lutherischen kursächsischen Hochschulen Wittenberg und Leipzig. Die katholischen wurden meist von den Jesuiten beherrscht und hielten deshalb auch an den



alten, das Leben streng regelnden Einrichtungen der Kollegien und Konvikte fest; dagegen war Salzburg die große Zentraluniversität der Benediktiner. Gemeinsam allen Hochschulen waren in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts die Roheiten des studentischen Lebens, noch eine Nachwirkung der sittlichen Verwilderung des Dreißigjährigen Krieges, dessen ärgsten Auswuchs, den Pennalismus, erst das Einschreiten der Landesregierungen allmählich unterdrückte, ferner der enge Zusammenhang der unter sich vielfach verwandten und verschwägerten Professorengeschlechter, die Alleinherrschaft des Lateinischen, der „Muttersprache der Gelehrten“, im Unterricht, die konfessionelle Geschlossenheit, die zuerst Heidelberg unter Karl Ludwig aufgab, Halle wenigstens milderte, endlich die scholastische Methode, die noch immer, wie im Mittelalter (II, 94), darauf ausging, die in bestimmten Textbüchern enthaltene, ein für allemal dogmatisch festgestellte Wahrheit zu überliefern und zu verteidigen, keineswegs darauf, neue Wahrheiten zu finden und die Lernenden zum selbständigen Forschen anzuleiten.

Also häuften die Gelehrten in diesem Zeitalter der Polyhistorie mit unsäglichem Fleiße ungeheuren Stoff in schwerfälligen Folianten an, wie vor allem der geistvollste Vertreter dieser Richtung, Hermann Conring in Helmstedt († 1681). Die Theologie und die Philosophie beruhten auf Aristoteles und selbst bei den Lutheranern vorwiegend auf katholischen Denkern, die Rechtswissenschaft auf den geoffenbarten zehn Geboten, der „geschriebenen Vernunft“ des Corpus iuris und der Carolina, der hochnotpeinlichen Halsgerichtsordnung Karls des Fünften; die Geschichte steckte noch ganz in der Anschauung von den vier Weltmonarchien, kam deshalb über große Stoffsammlungen, wie des Österreichers Khevenhüller Annales Ferdinandeae (1578—1637), Veit Ludwigs v. Sedendorff ganz quellenmäßigen Commentarius de Lutheranismo (1692), das Theatrum Europaeum (1691—1718) u. a. dgl. nicht hinaus. Nur die mit dem fürstlich absoluten Staat neu auftretende Kameralwissenschaft (Volkswirtschaftslehre) erwuchs auf dem Boden des praktischen Lebens.

Schroff standen sich zunächst nach 1648 die Kirchen gegenüber; waren doch die meisten Territorien noch kirchlich ge-



schlossen. Dabei erschien die lutherische Kirche infolge des grundherrlichen und städtischen Patronats als eine wesentliche Stütze der ständischen Ordnung; sie predigte salbungsvoll den unbedingten Gehorsam gegen die gottgeordnete Obrigkeit als göttliches Gebot, hielt die Ihrigen in strenger Kirchenzucht und wurde nicht müde, die verdammlichen Irrtümer der Reformierten und der Katholiken in langen, von gelehrten Allegorien und dogmatischen Auseinandersetzungen durchzogenen Predigten zu widerlegen. Und doch zeigt die dulddende Treue, mit der die Dorfpfarrer während der schlimmsten Zeiten des Dreißigjährigen Krieges ihre schwindenden Gemeinden zusammenhielten, die tiefsinnigen Andachtsbücher Joh. Arnds, die glaubenszuversichtlichen Lieder Paul Gerhards u. a. m., welche sittliche Kraft diese scheinbar in Dogmatik erstarrte Kirche umschloß. In ihrer Art trat die katholische Kirche dem Volke menschlich näher. Denn sie war durch ihre hierarchische Organisation unabhängiger von der weltlichen Gewalt, sie wirkte, obwohl sie sich an schöpferischer Kraft mit der gleichzeitigen französischen keineswegs messen konnte, durch ihren phantasievollen, prächtigen, kunstfreundlichen Kultus auf die Einbildungskraft des Volkes und zog es zur tätigen Teilnahme heran. Sie umgab sein Leben in jedem Augenblicke tröstend und helfend, organisierte durch fromme Bruderschaften die Laien und verband sie durch ausgedehnte Armenpflege, ohne dabei der Predigt zu vergessen, wie denn der schwäbische Barfüßer Abraham a Santa Clara (Ulrich Megerle, 1644—1709) in Wien an wirkungsvoller Popularität, drolligem Humor und tiefem Ernst auf protestantischer Seite kein Gegenstück gefunden hat. Kein Wunder, daß schon seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts der Übertritt von Fürsten und vornehmen Herren nichts seltenes war; der des sächsischen Kurhauses ist nur ein Beispiel für viele.

Gegen den starren Konfessionalismus und die Scholastik der Universitäten erhob sich in den letzten Jahrzehnten des siebzehnten Jahrhunderts auf protestantischem Boden mit steigendem Nachdruck eine Bewegung, die eine neue Zeit im deutschen Geistesleben heraufführte. Zwar die gutgemeinten Versuche, die getrennten Kirchen durch einen dogmatischen Ausgleich zu vereinigen, wie sie vornehmlich von dem milden



Georg Calixtus in Helmstedt († 1656) ausgingen, scheiterten an dem prinzipiellen Gegensatz, aber die Konfessionen lernten doch allmählich sich praktisch miteinander vertragen, seitdem die konfessionelle Geschlossenheit der Territorien langsam zu weichen begann. Und nun entstand innerhalb des Luthertums im Pietismus eine Richtung, die, mit der alten Mystik (II, 92) verwandt, das Wesen des Christentums nicht mehr in dem Glauben an bestimmte Dogmen suchte, sondern in der Liebe und in der gläubigen Hingabe an Gott, woraus sich notwendig die werktätige Frömmigkeit ergab. Die Stifter dieser Richtung, der Elsässer Philipp Jakob Spener (1635—1705) und der Lübecker August Hermann Francke (1663—1727), fanden, aus Kursachsen nach kurzer Wirksamkeit vor den orthodoxen Lutheranern weichend, seit 1691 ihre Wirksamkeit in Preußen, Spener in Berlin, Francke in Halle, dem Mittelpunkt des neuen Lebens für das ganze protestantische Deutschland. Hier entstand seit 1695 in den Franckeschen Stiftungen eine großartige Gruppe von Erziehungsanstalten der verschiedensten Art, die Tausende von Geistlichen, Volksschullehrern und Missionaren bildeten und durch sie ihre pädagogischen Grundsätze (die enge Verbindung des Unterrichts mit der sittlich-religiösen Bildung, Betonung der Realien und des Deutschen, Ineinandergreifen der Unterrichtsstufen und -stoffe) nach allen Richtungen hin verbreiteten. In seinen „erwecklichen“ Versammlungen vereinigte der Pietismus bald Angehörige aller Stände, trug somit das Seinige dazu bei, die Schärfe der Unterschiede zu mildern, und erzeugte bei vielen eine innige und werktätige, freilich oft auch eine schwärmerische oder sentimentale Religiosität. Zu einer selbständigen Gemeinschaft, doch innerhalb der lutherischen Kirche, führte er nur in der Herrnhuter Brüdergemeinde, die Graf Ludwig von Zinzendorf 1722 auf seinem Gute Berthelsdorf in der Oberlausitz mit einer Kolonie der mährischen Brüder stiftete, der milden Nachkömmlinge der Hussiten, indem er die Mitglieder zu inniger Lebensgemeinschaft nach Alter, Geschlecht und Stand vereinigte, und sie nach altchristlicher Weise unter Älteste, Bischöfe und Diakone stellte. Bald in zahlreichen Kolonien über Nordostdeutschland verbreitet, wirkten die Herrnhuter durch Heidenmission und ehrenfesten Handel in weite Fernen hinaus.



Neben dieser religiösen Bewegung wurde der Kampf gegen die Herrschaft der Scholastik in der Wissenschaft zuerst auf juristischem Boden eröffnet durch die Vertreter des Natur- oder Vernunftrechts. Zuerst in Holland von Hugo Grotius gelehrt, betrachtete die neue Richtung als die Quelle des Rechts nicht mehr die zehn Gebote und das Corpus iuris, sondern die sittliche Natur des Menschen und die natürliche Vernunft, und unterwarf von hier aus das bestehende, positive Recht einer rücksichtslosen Kritik, um nun einen Neubau nach, wie man meinte, unbedingt und für alle Zeiten gültigen Grundsätzen aufzuführen. Sein Begründer wurde in Deutschland der geistvolle, streitbare Kursache Samuel Pufendorf (1632—1694), der unerbittliche, scharfsinnige Kritiker des Reichsstaatsrechts, sein akademischer Hauptvertreter ein Landsmann Pufendorfs, Christian Thomasius (1655—1728), der geschworene Gegner alles Universitätszopfes, der es 1687 zuerst wagte, in Leipzig ein deutsches Kolleg in deutscher Sprache zu lesen und deshalb 1690 die Vaterstadt verlassen mußte. Die wichtigste Pflegstätte des Naturrechts aber war die junge Universität Halle, die Hochschule für das neue streng monarchische preussische Beamtentum, das um so unbedenklicher mit veralteten Rechtszuständen brach. Auch die Geschichtsschreibung begann sich von dem alten Schema loszumachen, seitdem Christoph Cellarius 1688 die Einteilung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit aufgestellt hatte, und Männer wie S. Pufendorf, G. W. Leibniz, J. J. Mascoy, Graf H. Büchau, G. Arnold begannen fest abgegrenzte Stoffe, zum Teil schon in deutscher Sprache, ebenso quellenmäßig wie mit geistiger Durchdringung zu behandeln. Die vornehmste Pflegstätte für Geschichte und Staatswissenschaften wurde die 1734 gegründete hannoversche Universität Göttingen.

Gleichzeitig versuchte, von dem ganz individualistischen Satze des französisch-holländischen Denkers Descartes (Cartesius, † 1650) Cogito, ergo sum, also von der Tatsache des persönlichen Selbstbewußtseins ausgehend, der geniale Gottfried Wilhelm Leibniz aus Leipzig (1646—1716), einer der umfassendsten Geister aller Zeiten, eine neue philosophische Weltanschauung zu begründen, indem er den Gegensatz zwischen Natur und Geist durch die Annahme ursprünglicher, von Gott



erschaffner, belebter und harmonisch geordneter geistiger Einheiten (Monaden) auszugleichen und den Nachweis zu führen versuchte, daß die christlichen Glaubenslehren zwar übernatürlich, aber nicht widernatürlich seien. Auf dieser Grundlage errichtete Christian Wolff aus Breslau (1679—1754), der gefeierte Philosoph der Universität Halle, ein zusammenfassendes, jedem Gebildeten verständliches Lehrgebäude. Er unterschied neben den Wahrheiten der Vernunft solche der Offenbarung, die zwar unbeweisbare Geheimnisse des Glaubens, aber nicht wider die Vernunft seien, und lehrte die Unabhängigkeit der Sittlichkeit von dem Glauben an bestimmte Lehrsätze. Neben diesem Rationalismus fand auch der englische Deismus, der nur noch an einem persönlichen Gott und an den Schlagworten Gott, Tugend, Unsterblichkeit festhielt, bei den gebildeten Deutschen besonders durch die Freimaurerlogen (seit 1733) williges Gehör.

Da die neuen wissenschaftlichen Richtungen sich an den streng korporativ geordneten Universitäten nur schwer Eingang verschafften, so plante Leibniz, selbst niemals Universitätslehrer, die Gründung von freieren wissenschaftlichen Vereinigungen (Akademien) und rief auch wirklich eine davon, die Sozietät der Wissenschaften in Berlin 1701 ins Leben, und zwar wesentlich mit Hilfe der gerade dort zahlreich angesammelten französischen Reformierten, die überhaupt das geistige Leben der preussischen Hauptstadt damals wesentlich bestimmten.

Während somit die deutsche Wissenschaft sich kräftig und eigenartig regte, blieben Dichtung und Kunst noch ganz von fremden Vorbildern abhängig. Denn da jede Verbindung der Gebildeten mit der volksmäßigen Tradition außer im protestantischen Kirchenliede verloren und das ganze Volksleben verkümmert war, so blieb nur die Gelehrtendichtung und die Nachahmung erst vorwiegend holländischer, später französischer und englischer, gelegentlich auch italienischer und spanischer Muster übrig, und der Zweck der Dichtung, die man als einen verstandesmäßig lehrbaren und lernbaren Bestandteil der höheren Bildung, nicht als eine Sache persönlicher Begabung und warmer Empfindung auffaßte, war, angenehm zu belehren. Ihr erster und namhaftester Vertreter war der Schlesier Martin Opitz (1597—1639), der Gründer der ersten schlesischen Schule,



in seinem Büchlein „von der deutschen Poeterey“ 1624 und in zahlreichen episch-lehrhaften Dichtungen, in denen er zunächst die neue Silbenmessung und den französischen Alexandriner zur Geltung brachte. Mehr wahres Gefühl lebte in der Lyrik der Ostpreußen Simon Dach und Heinrich Albert und des Kursachsen Paul Fleming, vor allem aber im geistlichen Liede, das unter den Nachwirkungen des Dreißigjährigen Krieges durch Paul Gerhardt, Martin Rinkart, Georg Neumark, Christian Reimann auf evangelischer, durch den Jesuiten Friedrich von Spee auf katholischer Seite eine zweite Blüteperiode erlebte. Der nüchtern-korrekten ersten schlesischen Schule setzte sich dann in den Nürnberger „Pegnitzschäfern“ und in der zweiten schlesischen Schule eine bald süßlich-tändelnde oder schlüpfrig-sinnliche, bald auf das Grausige und Schreckliche oder Grotesk-Komische gerichtete Dichtung entgegen, die in den Dramen von Andreas Gryphius, den Heldenromanen Philipps von Zesen, den Liedern Christian Hoffmanns und Kaspars von Lohenstein gipfelte, bis sie dann gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts im Anschluß an die glatte, gefeilte Verstandesdichtung Boileaus u. a. eine naturgemäße Gegenströmung hervorrief. Natürlicher und frischer, aber ziemlich derb blieb im ganzen der Sittenroman; hier gaben der Schwabe Christoph von Grimmelshausen (im „Abenteuerlichen Simplicissimus“), Philander von Sittewald u. s. w. die wirksamsten Beispiele besonders durch die lebenswahre Schilderung des Kriegselends; daneben blühte bescheiden die Satire bei Balthasar Schupp und Hans Lauremberg, die Didaktik in den scharfen Epigrammen des geistvollen, patriotischen Schlesiers Friedrich von Logau und den Sinnsprüchen seines katholischen Landsmannes Johann Scheffler (Angelus Silesius), endlich das überwiegend deutsche Schuldrama der Jesuiten und der evangelischen Lateinschulen, dessen bedeutendster Vertreter der Zittauer Rektor Christian Weise (1642—1708) war.

Gegen Mitte des achtzehnten Jahrhunderts erhob sich die deutsche Literatur zu höherem Selbstbewußtsein; es traten der Schweizer Albrecht von Haller (1708—1777) und der Hamburger Heinrich Brockes (1680—1747) in großen, ernsten Lehrgedichten nach englischen Vorbildern, der leichtlebige Friedrich von Hagedorn (1708—1754) in anmutig heitern Liedern und



Episteln nach dem Muster des Anakreon und Horaz, der Schlesier Christian Günther in leidenschaftlich empfundener Lyrik als selbständige und begabte Dichter hervor. Eine planvolle, aber wieder ganz verstandesmäßige Reform vor allem des tiefgesunkenen Dramas bezweckte der Ostpreuße Johann Christoph Gottsched in Leipzig (1700—1766) in Anlehnung an das klassische Drama der Franzosen, womit er zugleich eine verdienstvolle Tätigkeit in der Regelung und Reinigung der deutschen Sprache verband. Die zahlreichen „moralischen Wochenschriften“, die namentlich in Hamburg und Leipzig erschienen, verbreiteten belehrende Unterhaltung in die weitesten Kreise des Bürgertums.

War das deutsche Bürgertum der eigentliche Nährboden für diese Literatur, so hat nur dieser Stand auch die deutsche Musik durch seine „Kantoreien“, namentlich in Sachsen, vor dem Untergange und später vor der gänzlichen Überflutung durch die fremde Kunst gerettet. Sumal die pracht- und klangvolle italienische Oper wurde von den Höfen ausschließlich und mit großen Kosten durch italienische Kräfte gepflegt; ihr gegenüber behauptete zunächst Heinrich Schütz als kurfürstlicher Kapellmeister in Dresden († 1672) durch eigene Schöpfungen erfolgreich das Feld. Dann fand die bürgerliche deutsche Oper ihre wichtigste Pflegstätte seit 1677 im reichen, damals geistig sehr bewegten Hamburg, später auch in großen Binnenstädten wie Nürnberg, Augsburg, Leipzig, Breslau, und ihren hervorragendsten Meister in Richard Keiser aus der Gegend von Leipzig († 1739), der besonders in Hamburg tätig war. Doch zum vollkommensten und erhabensten musikalischen Ausdruck brachten den deutsch-evangelischen Geist der große Leipziger Thomaskantor Johann Sebastian Bach (1685—1750) und neben ihm Georg Friedrich Händel aus Halle (1685—1759), vor allem in seinen gewaltigen biblischen Oratorien, mit denen er in London englische Siege verherrlichte.

In der bildenden Kunst überwog, nachdem während des Dreißigjährigen Krieges Adam Elsheimer in Frankfurt a. M., Matthäus Merian, Joachim von Sandrart eine selbständige deutsch-niederländische Richtung in der Malerei behauptet hatten, durchaus der fremde Einfluß. Im protestantischen Deutschland herrschte erst das holländische, dann das französische, im



katholischen das italienische Muster; erst allmählich gestalteten einheimische Künstler wieder selbständiger. Denn die wichtigsten Auftraggeber waren jetzt die Fürsten, die sich neue, weiträumige, prächtige Paläste als den künstlerischen Ausdruck ihres gesteigerten Machtbewußtseins bauten, und katholische Bischöfe und Ordensgenossenschaften, die sich jetzt wieder auf sicherem Boden fühlten und ihre Dome und Klöster oft prachtvoll und großartig erneuern ließen. So kam im Norden anfangs der etwas nüchterne, an die deutsche Renaissance anklingende holländische Stil zur Herrschaft, später im Süden der italienische, im Norden der französische Barockstil, und an die Paläste schlossen sich oft ausgedehnte Gärten im holländisch-französischen Stil Le Notres als nachahmende Ergänzung der Architektur.

Damals entstanden die stolzen Palastbauten Fischers von Erlach in Wien, die prunkvollen Dome von Salzburg, Brixen und Passau, die Kirchen der Jesuiten in Wien, der Theatiner in München, die prachtvollen Neubauten der alten großen Klöster in Österreich und Bayern. Eine besondere Gelegenheit zur Lösung großartiger Architekturaufgaben boten die neugegründeten fürstlichen Residenzstädte, wie Mannheim und Karlsruhe, und prunkende Landsitze, wie der Karlsberg (Wilhelmshöhe) bei Kassel. In Brandenburg herrschte unter dem Großen Kurfürsten anfangs auch auf diesem Gebiet der holländische Einfluß, dann aber kam das französische Barock zur Geltung, und teils fremde Künstler (Jean de Bodt), teils einheimische Meister wie J. A. Nehring und vor allem der genialste Architekt und Bildhauer dieser ganzen Zeit, Andreas Schlüter aus Hamburg (1664—1714), gaben der norddeutschen Hauptstadt durch die Erbauung des Zeughauses, der Langen Brücke, des königlichen Schlosses, die Errichtung der mächtigen Reiterstatue des Großen Kurfürsten u. a. m. ihr charakteristisches Gepräge. Allmählich wurde jedoch Berlin von Dresden überholt; hier schuf August der Starke durch die Barockbauten Longuelunes und Jean de Bodts (Japanisches Palais) wie des originellen Daniel Pöppelmann (Zwinger) und des echt deutschen Georg Bähr (Frauenkirche) die schönste Residenzstadt Deutschlands, indem er zugleich die Umgegend durch prächtige Landsitze wie Pillnitz und Großsedlitz verschönte.



Die in der Plastik herrschende malerisch bewegte Richtung des gefeierten italienischen Meisters Bernini fand gerade in dem sächsischen Porzellan das ihr am meisten entsprechende Material, und herrliche Kunstsammlungen speicherten hier wie anderwärts reiche Schätze auf, die ursprünglich nur dem fürstlichen Luxus dienten, später aber auch der einheimischen Kunst reiche Anregung boten und heute noch wohl die angenehmste Erinnerung an die Zeit des fürstlichen Absolutismus bilden. Die Fürsten verfügten schrankenlos über die Mittel des Landes; neben Maitressenwirtschaft und Volksunterdrückung, neben Prachtschlössern und Lustsizen im überladen-großartigen Stil des späteren Barock gebar die Nachäffung des Sonnenkönigtums auch einen mäcenatenhaften Sammeleifer. Schon Rudolf der Zweite hatte neben Kuriositäten mit Leidenschaft Werke Dürers angehäuft; Ferdinand von Steiermark brachte die Umbraser Sammlung auf bemerkenswerte Höhe; Albrecht der Fünfte, Maximilian und Max Emanuel von Bayern legten den Grundstock für die reichen Münchener Kunstschätze, und in den fürstlichen Residenzen überwog allmählich das rein künstlerische Interesse das antiquarische und dynastische: man sammelte nicht mehr allein Prunkschränke, Tafelaufsätze, Münzen, Büsten und Statuen von Männern der Antike, mechanische Spielereien, Elfenbein- und Bernsteinarbeiten, man legte auch nicht nur Ahnengalerien an, sondern begann die bedeutenden italienischen Maler und vor allem die großen Flamen und Holländer Rubens, Van Dyk, Rembrandt, Teniers, Frans Hals, Adriaen van der Werff u. a. m. zu kaufen und in eigenen Räumen unterzubringen. So machte der Große Kurfürst umfangreiche Ankäufe in Holland, Friedrich der Erste folgte ihm und selbst der sparsame Friedrich Wilhelm der Erste, der selbst malte, hatte Geld dafür; die Braunschweiger Anton Ulrich und Karl der Erste schufen in Salzdahlum eine prachtvolle Galerie, die Pfalz-Neuburger Wolfgang Wilhelm, ein Gönner Rubens', und Johann Wilhelm machten Düsseldorf zu einem Anziehungspunkt für die ganze gebildete Welt, und der Hesse Wilhelm der Achte wetteiferte mit ihnen in Kassel; die Dresdener Galerie gewann unter August dem Starken und August dem Dritten Weltruf. So wurden die heutigen Museen vorbereitet.



## Die Erhebung Preußens zur Großmacht und die Auflösung des alten Reichs 1740 bis 1806/7

**A**us der beispiellosen Verwüstung des Dreißigjährigen Krieges war Deutschland durch die Arbeit seines Volkes und seiner Krieger, seiner Fürsten und seiner Staatsmänner doch langsam wieder zum Range eines Kulturlandes emporgestiegen. Freilich, die alten Formen der nationalen Einheit hatten sich noch weiter gelockert, mißtrauischer und selbstsüchtiger als je standen einander die innerlich stärker gewordenen größeren Einzelstaaten gegenüber, und die europäischen Verhältnisse, vornehmlich die zunehmende Konkurrenz des englischen und des französischen Handels im spanischen Amerika und die raschen Fortschritte der englischen Kolonisation in Nordamerika, drängten zu einem großen Zusammenstoß. Mitten aus diesen Wirren heraus erhob ein genialer Fürst Preußen binnen wenig Jahren zur Großmacht, behauptete diese neue Stellung seines Staats im Heldenkampfe gegen halb Europa, drückte dadurch das alte Reich vollends zu einer leeren Form herab, verschaffte aber den nationalen Interessen eine stärkere Vertretung, als sie jemals seit Jahrhunderten gefunden hatten, und gab einem großen Teile der Nation zum erstenmal wieder den Stolz auf einen Helden ihres Stammes.

Zugleich vollzog sich eine entscheidende Veränderung in der allgemeinen geistigen Haltung des Zeitalters durch die Theorien der „Aufklärung“, die sich zuerst in England unter dem Einflusse der innerpolitischen Kämpfe in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts und der dort ausblühenden exakten Wissenschaften gebildet hatten und über Frankreich allmählich auch in Deutschland eindrangten. Da nach dieser Anschauung der Staat durch Vertrag zwischen den Herr-



schenden und den Beherrschten entstanden war, die Regierungsgewalt also auf Übertragung durch das Volk beruhte, so mußte diese Gewalt auch im Interesse und zum Wohle des ganzen Volkes ausgeübt werden, nicht des Herrschers; da die Zeit an ein allgemein gültiges Naturrecht glaubte, so mußte dieses mit Beseitigung des positiven, gewordenen Rechts, soweit es dem „vernünftigen“ Rechte widersprach, durchgeführt, Verwaltung, Recht und Rechtsprechung darnach geregelt werden; da endlich der zur Herrschaft gelangte Deismus sich gleichgültig gegen die konfessionellen Unterschiede verhielt, so folgte daraus von selbst die theoretische und praktische Gleichberechtigung mindestens der christlichen Glaubensbekenntnisse, die innere Annäherung ihrer Befenner, die Abschwächung der alten Gegensätze. So lösten sich Staat und Recht vom Banne der Tradition, und jeder Staat erschien als ein lediglich auf sich selbst gestelltes Gesamtwesen. Aber ebenso begann sich auch die Einzelpersönlichkeit kraft des cartesianisch-leibnizischen Systems, das Wolff für Deutschland popularisiert hatte, von der Tradition und von seiner Umgebung zu lösen, und das alles wirkte auf Wissenschaft, Literatur und Kunst hinüber. So zerfiel die Menschheit in Einzelpersönlichkeiten, die untereinander und mit irgendeinem Ganzen keinen inneren Zusammenhang hatten, sondern in freier Höhe als philosophisch gebildete Weltbürger über der Erde schwebten, und die Welt zerfiel in vereinzelte Staaten. Da diese das Volk nicht zur tätigen Teilnahme heranzogen und erzogen, also nur auf Heer und Beamtentum beruhten, waren sie nur ein Mechanismus, kein lebendiger Organismus, verfuhrten deshalb auch nach außen hin lediglich nach den Rücksichten der Zweckmäßigkeit und gliederten sich unbedenklich selbst ganz fremdartige Bestandteile an.

In diesen Verhältnissen lag die unheilbare Schwäche der neuen Ordnung; aber nur sie, gerade also der Mangel an Staatsgesinnung bei der Mehrzahl selbst der Gebildeten, bot auch die Möglichkeit, mitten im hoffnungslosen Niedergange des alten Reichs und des nationalen Gemeingefühls eine ungemein reiche Bildung und Literatur zu erzeugen, die zwar dazu beitrug, den Einzelnen dem Ganzen vollends zu entfremden, aber auch einen vertieften Inhalt des Lebens und



gemeinsame geistige Güter für die Nation schuf. Das nächste Ergebnis war freilich, daß das deutsche Volk den Fluten der von Westen heranbrausenden revolutionären Bewegung politisch schwach und auch innerlich darum wehrlos gegenüberstand, weil sie als ein Erzeugnis der Aufklärung erschien. So zerfiel das alte Reich, und auch der preußische Staat brach zusammen.

Als König Friedrich der Zweite von Preußen nach dem Tode seines Vaters (31. Mai 1740) im Schlosse von Charlottenburg am 2. Juni den Eid der Treue von seinen Ministern empfing, war er erst 28 Jahre alt (geb. 24. Januar 1712), aber schon ein durch manche herbe Erfahrung einer kampfesfüllten Jugend geprüfter Mann. Der gestrenge Vater hatte ihn zum guten Christen, Wirt und Soldaten erziehen wollen; doch bald strebte der lebhafteste Geist des heranwachsenden Jünglings über diese Schranken hinaus in die freie Weite einer umfassenden Weltbildung, wie sie damals nur die französische Sprache und Literatur vermitteln konnten; und als vollends ein Blick in das üppige, glänzende Leben am Dresdner Hofe Augusts des Starken ihm den Gegensatz zu der Geistesöde und der harten Zucht seines väterlichen Hauses zum vollen Bewußtsein gebracht hatte, da steigerte sich das Mißverhältnis zum Vater zu solcher Schärfe, daß der Kronprinz bei einer Rheinreise im August 1730 sich dem unerträglich gewordenen Zwange durch die Flucht nach England zu entziehen beschloß. Im letzten Augenblicke festgehalten und nach Küstrin in Haft gebracht, entging er zwar einem Urteile des Kriegsgerichts wegen Versuchs zur Fahnenflucht, weil dieses mannhaft erklärte, daß es hier nicht zuständig sei, wehrte aber den vom König ihm angesonnenen Verzicht auf sein Erbrecht nur mit Mühe ab und mußte sich endlich, im Innersten erschüttert durch die Hinrichtung seines mitschuldigen Freundes Heinrich von Katte, dem Willen des Vaters unterwerfen. Als jüngster Auskultator trat er in die Kriegs- und Domänenkammer in Küstrin ein, um die Einzelheiten der Verwaltung kennen zu lernen. Im September 1732 übernahm er dann, sich allmählich auch innerlich mit dem Vater versöhnend, das Kommando des in Neu-Ruppin stehenden Infanterieregiments. Noch mußte er sich gefallen lassen, daß ihn der König gegen seinen



Willen mit der sanften, gemütvollen, aber ihm an Geist nicht ebenbürtigen Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern vermählte (Juni 1733); aber als er vom ruhmlosen Rheinfeldzuge des Jahres 1734 aus dem Hauptquartier Prinz Eugens zurückgekehrt war, erhielt er die Mittel, in dem anmutigen Schlosse Rheinsberg bei Neu-Ruppin seinen Neigungen zu leben; und hier entfaltete sein emporstrebender Geist in ungezwungenem, allseitig angeregtem Dasein mit gleichgestimmten und französisch gebildeten Freunden zuerst seine Schwingen.

Ein begeisterter Schüler der „Aufklärung“ und ihres Führers Voltaire gedachte er die Regierung zu führen als „der erste Diener seines Volks“, aber nicht, wie Voltaire meinte, ausschließlich als ein Fürst des Friedens, sondern auch als ein Eroberer, der seinen Staat aus der gedrückten und mißachteten Lage durch Erwerbung der ihm unentbehrlichen Nachbarländer emporheben wollte zu trotziger Selbständigkeit, mit dem scharfen Schwerte, das ihm der Vater in seinem schlagfertigen Heere in die Hand gelegt hatte. Denn er fühlte seine geniale Kraft. In der souveränen Selbständigkeit des Denkens und des Entschlusses, die seine Minister, selbst bedeutende Männer wie Podewils, Herzberg u. a., vom ersten Augenblick an lediglich zu ausführenden Dienern seines Willens machte, in dem ihm vom Vater in harter Schule anerzognen Pflichtgefühl, das an sich selbst wie an alle andern schonungslos die strengsten Anforderungen stellte, in dem unauslöschlichen Drange zu literarischer und künstlerischer Tätigkeit, in dem tiefen Bedürfnis nach persönlicher Freundschaft, die ihm das ersetzen sollte, was ihm die empfindungsarme Ehe mit einer ungeliebten Frau nicht bot, erschien er von Anfang an als eine ganz ungewöhnliche, alles an sich fesselnde und sich unterwerfende Persönlichkeit. Eine wahrhafte innere Harmonie war freilich diesem reichen Geiste versagt. Denn zwischen dem französischen Schöngeist und dem deutschen König, der seine französisch gebildete Umgebung, Voltaire nicht ausgenommen, sittlich ziemlich niedrig schätzte und auf seine wackeren deutschen Beamten und Offiziere wie auf halbe Barbaren herabsah, bestand ein unausgleichbarer Widerspruch, der einen ätzenden Sarkasmus zu einem mit dem Alter immer mehr hervortretenden Charakterzuge machte. So populär er deshalb auch



als Monarch und als Held wurde, das höchste Glück des Herrschers, das volle innere Zusammenleben mit seinem Volke, ist ihm versagt geblieben.

Er war auf Schloß Rheinsberg, als ihm am 26. Oktober 1740 ein Kurier die ganz unerwartete Nachricht brachte, daß Kaiser Karl der Sechste, der letzte Habsburger, am 20. Oktober in Wien verschieden sei und der Pragmatischen Sanktion gemäß seine älteste Tochter Maria Theresia (geb. 13. Mai 1717) die Nachfolge angetreten habe, ohne auf den sofort eingelegten Protest Karl Alberts von Bayern zu achten. Dieser begründete seinen Erbanspruch auf die Bestimmung im Ehevertrag Herzog Albrechts des Fünften mit Anna, Tochter Königs Ferdinands des Ersten, von 1546, daß, falls der habsburgische Mannstamm aussterbe, die Nachkommen jenes Paares (in Oberösterreich, Tirol und Böhmen) erberechtigt sein sollten, und ließ sich natürlich auch nicht durch den abweichenden Wortlaut im Testament Ferdinands („eheliche Nachkommen“ für „männliche“) irre machen. Doch die Entscheidung lag nicht in München, da Bayern auf eine große Politik schlechterdings nicht vorbereitet war, sondern in der Hand König Friedrichs. Denn an die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion fühlte er sich nicht gebunden, da die österreichische Gegenleistung ausgeblieben war, und der Verzicht auf die schlesischen Herzogtümer war mit der Rückgabe des Kreises Schwiebus erloschen. Gleichwohl wäre er bereit gewesen, mit seiner ganzen Macht für das ungeschmälerte Erbrecht Maria Theresias einzutreten, wenn diese nicht seine Forderung, ihm dafür Niederschlesien zu überlassen, in der felsenfesten Überzeugung von ihrem Rechte zurückgewiesen hätte.

So überschritten die Preußen am 16. Dezember 1740 in zwei Kolonnen die schlesische Grenze und besetzten, von den gedrückten Evangelischen mit schüchternen Sympathien als Befreier begrüßt, binnen wenig Wochen widerstandslos das ganze Land mit Ausnahme der Festungen Glogau und Neiße; am 3. Januar 1741 ritt der König selbst in Breslau ein. Indem dann sein Generalfeldmarschall Graf Schwerin die endlich von Mähren heranrückende österreichische Armee unter Graf Neipperg bei Mollwitz in der Nähe von Brieg am 10. April mit seiner unerschütterlichen Infanterie entscheidend schlug,



wurde Schlesien gesichert, der Beweis für die angezweifelte Kriegstüchtigkeit der preussischen „Paradearmee“ unwiderleglich geliefert und damit eine neue Wendung eingeleitet: im Mai gewann Karl Albert im Vertrage von Nymphenburg die Hilfe Frankreichs für die Durchführung seiner Ansprüche auf Österreich und zur Erwerbung der Kaiserkrone, im Juni schloß sich Friedrich diesen Vereinbarungen an. Noch einmal verband sich die reichsfürstliche Opposition mit Frankreich, aber nicht, wie dessen Leiter, Kardinal Fleury, meinte, um unter französischer Führung Deutschland der französischen Vorherrschaft zu überliefern, sondern um nach dem kühnen Plane König Friedrichs die Kaiserkrone dem Hause Habsburg-Lothringen zu entreißen, sie an die Wittelsbacher zu bringen und Bayern so zu stärken, daß es sie zu behaupten vermöchte. Dann hätten die Häuser Hohenzollern und Wittelsbach zusammen das Reich umgestaltet und gelenkt, wie sie es hundertdreißig Jahre später durch ihr Einverständnis erneuert haben.

Die Anfänge entsprachen den kühnsten Erwartungen. Im September 1741 besetzten die bayrisch-französischen Truppen Oberösterreich, wo Karl Albert in Linz die Huldigung empfing; dann, als auch Sachsen gegen das Versprechen, ihm Mähren zu überlassen, sich angeschlossen hatte, drangen sie in Böhmen ein und erstürmten am 25. November Prag. Am 9. Dezember ließ sich Karl Albert hier zum König krönen, und am 24. Januar 1742 wählten ihn die Kurfürsten in Frankfurt a. M. einstimmig zum Kaiser.

Das Reich der Habsburger wäre verloren gewesen, wenn es Maria Theresia, die im Juni 1741 in Preßburg die Krone des heiligen Stephan empfangen hatte, nicht im September gelungen wäre, die Hilfe der Ungarn zu gewinnen, denen sie die volle Selbständigkeit ihrer Verwaltung bewilligte. So eroberten sie ihr Oberösterreich zurück und rückten am 12. Februar 1742, an demselben Tage, an dem Karl der Siebente in Frankfurt zum Kaiser gekrönt wurde, in München ein. Da erzwang Friedrichs Einmarsch in Mähren, wo er Olmütz nahm und Brünn belagerte, die Räumung Bayerns, denn er zog die österreichischen Streitkräfte auf sich, so daß er sogar nach Böhmen zurückweichen mußte; aber er benutzte seinen glänzenden Sieg bei Chotusitz in der Nähe von Tschaslau am



17. Mai 1742 nur dazu, mit rascher Wendung sein Hauptziel, den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz, im Frieden von Breslau am 28. Juli 1742 zu erreichen. Seine Verbündeten empfanden das nicht gerade als einen Abfall, aber es war unflug: er selbst hat es nachmals teuer zu bezahlen gehabt, daß er den Kampf gegen Österreich nicht bis zum Ende durchführte: sein Rücktritt rettete den Bestand der habsburgischen Monarchie.

Im Dezember 1742 mußten die Franzosen Prag und Böhmen (bis auf Eger) räumen, wo Maria Theresia im Mai 1743 die Huldigung empfing; im Juni überlieferte ihr der Sieg bei Simbach am Inn (13. Mai) ganz Bayern, dessen Stände ihr im September den Eid der Treue schwuren. Dann griff Georg der Zweite von England-Hannover, schon seit 1739 mit Spanien im Kolonialkriege, zugleich im englischen und hannoverschen Interesse, dem das Aufsteigen Preußens zuwiderlief, kräftig in den festländischen Krieg ein und warf die Franzosen durch den Sieg von Dettingen bei Aschaffenburg (27. Juni 1743) über den Rhein zurück. Im Dezember zog Österreich auch Sachsen auf seine Seite.

Da nahm Friedrich seine Reichsreformpläne wieder auf, um die weltlichen Fürsten durch die Einziehung der geistlichen Stiftsländer für den Kaiser zu gewinnen und dadurch dem Hause Österreich seine besten Stützen zu entziehen. Aber die deutschen Fürsten waren für so kühne Gedanken nicht zu haben; so mußte er sich doch damit begnügen, im Mai 1744 in Frankfurt a. M. mit Bayern, Kurpfalz und Hessen eine Union zu schließen und im Juni sein Bündnis mit Frankreich zu erneuern. Darauf ließ er im August 1744 „zum Schutze der deutschen Freiheit und des Kaisers“ 80 000 Mann als „kaiserliche Hilfstruppen“ aus Schlesien und durch Sachsen in Böhmen einmarschieren, nahm am 16. September nach heftiger Beschießung Prag und rückte bis Budweis vor, um die Österreicher zur Räumung Bayerns zu nötigen. Dies gelang allerdings; allein er selbst mußte vor der feindlichen Übermacht unter schweren Verlusten nach Schlesien zurückweichen. Bald geriet er in die bedenklichste Lage. Am 8. Januar 1745 verbündeten sich Österreich, Sachsen, England-Hannover und Holland zur Wiedereroberung Schlesiens und zur Erhebung Franz



Stephans von Lothringen, des Gemahls der Maria Theresia, auf den Kaiserthron, im Mai schloß sich auch Rußland im Leipziger „Partagetraktat“ an, um für sich Ostpreußen zu erwerben und Sachsen Magdeburg zu verschaffen, also Preußen zu vernichten; dazu verzichtete nach dem Tode Karls des Siebenten in München am 20. Januar 1745 sein Sohn Max Joseph (1745—1777) im Frieden von Füssen auf alle österreichischen Ansprüche. Allein auf sich angewiesen stand Friedrich einer übermächtigen Verbindung gegenüber.

Da entfaltete er zum erstenmal seine Feldherrngröße. Im glänzenden Gegenstoß warf er die aus Böhmen in Schlesien einbrechenden Österreicher und Sachsen am 4. Juni bei Hohenfriedberg und Striegau zurück, folgte ihnen über die Grenze, siegte am 30. September nochmals bei Soor und sicherte sich dadurch die Rückkehr nach Schlesien. Als dann die Gegner noch im Winter von Sachsen aus gegen Berlin vorgehen wollten, fiel er ihnen von Schlesien und Halle her in die Flanke, und der Sieg des greisen Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau bei Kesselsdorf nicht weit von Dresden am 15. Dezember erzwang schon am 25. Dezember den Frieden von Dresden, die Erneuerung des Friedens von Breslau. Die Kämpfe in Belgien, wo die Franzosen, und in Italien, wo die Österreicher im Vorteile blieben, beendete erst am 30. Mai 1748 der Friede von Aachen ohne wesentliche Gebietsveränderungen. Österreich hatte seinen fast ungeschmälerten Bestand und die Kaiserkrone für Franz Stephan (1745—1765), Preußen aber Schlesien behauptet und damit die Großmachtsstellung errungen, und Englands Übergewicht zur See stand fester als je. Die längst vorbereitete Erwerbung Ostfrieslands mit dem Aussterben des Fürstenhauses der Crifjena 1744 (s. S. 25) hatte inzwischen dem preußischen Staate auch eine Stellung an der Nordsee verschafft, aber bei der Entlegenheit des kleinen Gebiets wurde sie damals weder politisch noch wirtschaftlich wirklich ausgenutzt.

Die Entstehung einer neuen Großmacht in der zerpaltenen Mitte Europas verschob die bisherigen Machtverhältnisse vollständig und rief auf allen Seiten Mißtrauen und Feindschaft hervor. Österreich hatte in Schlesien eine seiner wichtigsten Provinzen verloren, die ihm die Verbindung mit der nord-



deutschen Tiefebene und mit der unteren Oder gesichert hatte, Kursachsen, bisher Preußen fast ebenbürtig, war jetzt auf die zweite Stufe herabgedrückt, auf drei Seiten von der preußischen Zollpolitik umschlossen und von der Erfüllung der Hoffnungen, eine Territorialverbindung mit Polen herzustellen, oder auch nur Magdeburg zu erwerben, weiter entfernt als je. Rußland endlich sah in Preußen den entschiedensten Gegner seines Bestrebens, die Herrschaft über das machtlose Polen in irgendwelcher Form zu gewinnen. Deshalb schlossen Rußland und Österreich schon 1746 ein Verteidigungsbündnis, das sich gegen einen Angriff Preußens richtete. Auch Sachsen, das für den ganz künstlerischen und höfischen Genüssen hingeebne Kurfürsten-König Friedrich August den Zweiten (1733—1763) sein Minister Graf Heinrich Brühl unumschränkt regierte, ließ sich in diese Verbindung ziehen, allerdings ohne ihr in seiner ausgesetzten Lage förmlich beizutreten, und ohne daß das Land sich militärisch vorbereitet hätte; vielmehr zerrüttete Brühl, um die Lieblingsneigungen seines Herrn zu befriedigen, die Finanzen und setzte die Stärke des Heeres allmählich von 45 000 auf 17 000 Mann herab, machte also das Land in demselben Augenblicke wehrlos, wo er zum Kriege drängte. Rußland aber brach schon 1750 die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zu Preußen ab.

Um so mehr pflegte König Friedrich sein altes Verhältnis zu Frankreich. Als aber nun in Nordamerika die unwiderstehliche Ausbreitung der englischen und deutschen Kolonisation über das Alleghanygebirge nach dem Ohiotale hin den alten Plänen der Franzosen, Louisiana und Kanada durch die Besetzung des Mississippilandes zu einem großen Kolonialreiche zu verbinden, in den Weg kam und der darüber jenseits des Meeres 1754 ausbrechende Konflikt auch nach Europa herüberzugreifen drohte, suchte England sich zunächst die Hilfe seines alten Bundesgenossen Österreich zu sichern. Da dies an der entschiedenen Weigerung Österreichs scheiterte, seine Kräfte für die Verteidigung des weitentlegenen Belgiens einzusetzen, so gewann England durch den Vertrag vom 30. September 1755 die Zusicherung russischer Hilfe. Um nun diese für England überflüssig zu machen, und dadurch Rußland „an die Kette zu legen“, schloß Friedrich mit England am



16. Januar 1756 den Neutralitätsvertrag von Westminster, durch den sich beide Mächte verpflichteten, ihre beiderseitigen Verbündeten, also Frankreich und Rußland, von jedem Angriff auf die Gebiete der andern abzuhalten. Gerade aber der Verdruß Frankreichs über diesen selbständigen Schritt Preußens, auf dessen Beistand man bisher gerechnet hatte, brachte einen Plan zur Reife, den der Minister Maria Theresias (seit 1753), der erste Vertreter einer rein österreichischen Interessenpolitik, Fürst Wenzel von Kaunitz-Rietberg, schon lange eifrig betrieb, nämlich mit einem Bruch jahrhundertelanger Tradition die alten Gegner Österreich und Frankreich in einem Bündnis zu vereinigen; waren doch beide katholische Mächte und durch keine Gegensätze geschieden, sobald Österreich auf die Behauptung Belgiens kein Gewicht mehr legte. Auf dieser Grundlage schlossen beide am 1. Mai 1756 das Verteidigungsbündnis von Versailles. So hatten sich die alten Verhältnisse der Großmächte zueinander völlig verschoben; auf der einen Seite standen Preußen und England, auf der anderen Österreich mit Rußland und Frankreich.

Daß Friedrich der Große inmitten dieser Umwälzung den Plan gehabt habe, jetzt Sachsen wie früher Schlesien zu erobern und damit einen territorial abgeschlossenen Staat im Osten der Elbe von dem Erzgebirge bis an die Ostsee zu gründen, ist zwar neuerdings behauptet, aber nicht erwiesen worden. Es handelte sich für ihn um einen Verteidigungskrieg; er wollte nur dem Angriff der werdenden ihm weit überlegenen Koalition, der 1757 bevorstand, zuvorzukommen durch einen Angriff auf Sachsen und Österreich. Als demnach Maria Theresia seine Anfragen über ihre Absichten ausweichend oder gar nicht beantwortete, ließ er am 28. August 1756 seine Kolonnen in Sachsen, im September auch in Böhmen einrücken und besetzte ganz Sachsen ohne Widerstand. Die kleine sächsische Armee erwartete im festen Lager bei Pirna, gedeckt von der Bergfeste Königstein, wo sich der Kurfürst mit Brühl befand, den Anmarsch der Österreicher unter Browne; der König aber schloß sie eng ein, warf die Österreicher am 1. Oktober bei Lobositz am Mittelgebirge zurück und zwang die ausgehungerten Sachsen, obwohl sie den Versuch machten, den Österreichern auf dem rechten Elbufer doch noch die Hand



zu reichen, am 16. Oktober zur Übergabe, worauf er sie halb gewaltsam in sein Heer einreichte.

Sachsen blieb also in seiner Hand; aber nicht nur war seine eigentliche Absicht, Österreich zum Frieden zu zwingen, mißlungen, sondern sein Angriff, der seiner der wirklichen Sachlage ganz unkundigen Zeit schlechtweg als Friedensbruch erschien, brachte die ihm längst drohende Koalition zum vollen Abschluß. Schon im Januar 1757 beschloß der Reichstag gegen die Stimmen der meisten „evangelischen Stände“ den Reichskrieg gegen Brandenburg; im März verbündeten sich Frankreich und Schweden als Bürgen des Westfälischen Friedens zum Schutze der „deutschen Freiheit“, und nachdem schon im Januar nähere Vereinbarungen zwischen Frankreich, Österreich und Rußland getroffen worden waren, verständigten sich die beiden ersten Mächte am 1. Mai 1757 in Versailles über eine Teilung Preußens, die den Staat auf den Stand von 1640 zurückgeworfen haben würde, und über den Anfall des südlichen Belgiens an Frankreich. Gegen alle seine Traditionen unternahm es dieses also, Österreich durch die Vernichtung seines deutschen Nebenbuhlers zur alleinherrschenden Macht in Mitteleuropa zu erheben, und gab in kaum begreiflicher Verblendung um einen kärglichen Landgewinn an seiner Ostgrenze die großartigsten Aussichten in Nordamerika preis; das Haus Lothringen aber war bereit, Vorpommern an Schweden, Ostpreußen an Rußland auszuliefern und das Werk einer hundertjährigen Arbeit in Norddeutschland zu vernichten. So vertrat, wie zweihundert Jahre vorher Moritz von Sachsen, jetzt der Markgraf von Brandenburg mit seinen norddeutschen Bundesgenossen Hannover, Braunschweig, Hessen-Kassel, Gotha und Lippe-Schaumburg gegen Kaiser und Reich die wahren Interessen der Nation. Indem er am 11. Januar 1757 ein Bündnis mit England schloß, kam der Kampf um die Zukunft Deutschlands, Nordamerikas und Ostindiens gleichzeitig zur Entscheidung, und ebenso auf den deutschen wie auf den überseeischen Schlachtfeldern wurden die großen Fragen der Weltpolitik ausgefochten.

Diesen ungleichen Kampf mußte Friedrich mit den Mitteln des ärmsten Viertels von Deutschland, der alten Koloniallande östlich von der Elbe und Saale, Sachsen und das 1757 eben-



falls besetzte Mecklenburg inbegriffen, gegen drei Großmächte, Schweden und den größten Teil Deutschlands auf vier Fronten zugleich führen, wobei er von England zwar kräftig mit Hilfgeldern (1 Million Pfund Sterling), militärisch aber nur schwach unterstützt wurde. Nur zwei Vorteile hatte er: die souveräne Einheit der militärischen und politischen Oberleitung und die Beherrschung der inneren (kürzeren) Linien. Der lange mitteldeutsche Gebirgswall vom Vogtlande bis zum mährischen Gesenke, den er beherrschte, gab seiner Stellung noch besondere Festigkeit. So konnte er, wie der Befehlshaber einer nur schwach besetzten Festung, seine Truppen immer rechtzeitig nach der gerade bedrohten Front werfen. Im Angriff war er nur in den beiden ersten Jahren 1757 und 1758, seitdem wurde er ganz in die Verteidigung zurückgedrängt, und so sehr er sie angriffsweise zu führen suchte, so verengerte sich doch der Kreis der von ihm behaupteten Landschaften mit jedem Jahre.

Zunächst im Jahre 1757 den Plan von 1756 wieder aufnehmend, rückte er von Sachsen und Schlesien aus in Böhmen ein und schloß die österreichische Armee nach dem hartumstrittenen Siege vom 6. Mai in Prag ein. Aber gegen das starke heranziehende Entsatzheer unter Graf Leopold von Daun erlitt er am 18. Juni in der mörderischen Schlacht von Kolin eine entscheidende Niederlage, die ihn nicht nur zwang, nach Sachsen zurückzuweichen, sondern auch seinen ganzen Plan völlig umzugestalten. Denn während er in der Oberlausitz zwischen Zittau und Görlitz den überlegenen Streitkräften Dauns gegenüberstand, ohne ihn zur Schlacht bringen zu können, entwickelte sich der übermächtige Angriff der Koalition von allen Seiten. Im Osten besetzten die Russen Memel und schlugen am 30. August den greisen Feldmarschall Lehwaldt bei Groß-Jägersdorf am Pregel, so daß dieser eben nur Königsberg decken konnte; im Norden überschritten die Schweden die Peene. Im Westen wich vor der französischen Nordarmee unter D'Estrees, die vom Niederrhein her die Lippe aufwärts marschierte, die englisch-norddeutsche Armee des Herzogs von Cumberland aus ihrer starken Stellung am Teutoburger Walde ohne Not nach der mittleren Weser zurück, brach dann die Schlacht bei Hastenbeck unweit Hameln am 26. Juli gerade



in dem Augenblick ab, als sie schon halb gewonnen war, und wurde am 8. September zu der schimpflichen Kapitulation von Kloster-Seven (zwischen Bremen und Hamburg) genötigt, nach der sich die hannöverschen Truppen hinter die Elbe zurückziehen sollten, also den Franzosen den Weg nach Magdeburg öffneter. Endlich rückte die französische Sü darmee unter dem Prinzen von Rohan-Soubise, verstärkt durch die „e(i)lende Reichshilfe“, d. i. die meist militärisch ganz untauglichen kleinen Kontingente der süd- und westdeutschen Stände, die den ehrwürdigen Namen des Reiches zum Gespött machten, nach Thüringen und Sachsen vor. Während nun die Russen aus dem roh verwüsteten Ostpreußen bald wieder abziehen mußten, überließ Friedrich die Verteidigung Schlesiens dem Herzog von Braunschweig-Bevern, verschenkte durch seinen bloßen Anmarsch ein österreichisches Streifcorps aus seiner Hauptstadt und brachte am 5. November, vornehmlich durch die von Seydlitz glänzend geführte Reiterei, bei Roßbach westlich von Merseburg den Truppen Soubises jene schimpfliche Niederlage bei, die in ganz Deutschland mit lautem Jubel als ein endlicher Sieg über französischen Übermut begrüßt wurde. Inzwischen mußte Bevern nach der unglücklichen Schlacht bei Breslau am 22. November Schlesien aufgeben, noch ehe der König, am 13. November von Leipzig ausbrechend, trotz rastloser Eilmärsche ihm Hilfe bringen konnte; aber sein glänzender Sieg bei Leuthen über eine mehr als doppelte Übermacht am 5. Dezember rettete ihm die wichtige Provinz und drängte die Österreicher nach Böhmen zurück.

Für 1758 gestalteten sich Friedrichs Aussichten dadurch günstiger, daß William Pitt, der nunmehrige Leiter Englands, die Konvention von Kloster-Seven verwarf und in Herzog Ferdinand von Braunschweig einen trefflichen Führer an die Spitze des verstärkten Heeres stellte. Dieser überraschte schon im Februar 1758 die Franzosen in ihren weitausgedehnten Winterquartieren hinter der Aller und Leine, drängte sie ohne ernstesten Kampf über den Rhein zurück und schlug sie am 23. Juni bei Krefeld. Erst der Vormarsch der französischen Sü darmee, die ihn im Rücken bedrohte, hemmte seinen Siegeslauf. Im Osten versuchte der König, von Schlesien her in Mähren einmarschierend, wie einst 1742 durch die Belagerung



von Olmütz sich den Weg nach Wien zu öffnen. Während dem aber besetzten die Russen das unhaltbare Ostpreußen und rückten durch das neutrale Polen in die Neumark vor, wo sie Küstrin, den Schlüssel der Straße nach Berlin, belagerten. Hier traf sie der König, der vor Dauns Anmarsch die Einschließung von Olmütz hatte aufgeben müssen, am 25. August bei Zorndorf mit so wuchtigem Schlage, daß sie zurückwichen. Inzwischen aber bedrohte Daun, von einem Reichsheere unterstützt, Dresden, und als Friedrich, um den vorsichtigen Zauderer zur Schlacht zu bringen, sich ihm bei Hochkirch südöstlich von Bautzen in herausfordernder Stellung gegenüberlagerte, erlitt er am 14. Oktober durch einen wohlberechneten nächtlichen Überfall eine furchtbare Niederlage. Trotzdem wich Daun, da er Dresden nicht zu nehmen vermochte, wieder nach Böhmen zurück, und der König behauptete alle seine Länder, mit Ausnahme Ostpreußens.

Nach so ergebnislosem Ringen ließ sich Frankreich nur noch mit Mühe bei dem Bündnis festhalten und beschränkte dessen Zweck ausdrücklich auf die Eroberung Schlesiens. Aber auch 1759 waren die Ergebnisse im Westen den Verbündeten nicht günstiger. Der Herzog Ferdinand wurde zwar bei dem Versuche, der französischen Südarkmee das am 2. Januar besetzte Frankfurt a. M. zu entreißen, am 13. April bei Bergen zurückgeworfen, aber über die Nordarmee siegte er am 1. August glänzend bei Minden. Dagegen erlitt der König im Osten den ersten unausgleichbaren Verlust. Denn hier vereinigten sich die Russen nach ihrem Siege bei Kay unweit Jülichau (23. Juli) mit einem österreichischen Korps unter Gideon von Soudon bei Frankfurt a. O. und wiesen den verwegnen Angriff Friedrichs auf ihre feste Stellung bei Kunersdorf am 12. August mit so furchtbaren Verlusten für den König zurück, daß dieser alles verloren glaubte und, um seine Kräfte zu vereinigen, Dresden am 5. September an die Reichstruppen übergeben ließ. Da aber die ebenfalls schwer mitgenommenen Russen wider Erwarten den befürchteten Vormarsch auf Berlin nicht wagten, konnte Friedrich noch im Herbst den Versuch machen, Dresden wiederzunehmen; dabei wurde jedoch sein General von Finck, der die österreichische Rückzugslinie nach Böhmen bedrohen sollte, in seiner ausgesetzten Stellung bei



Magen in der Nähe von Dippoldiswalde am 21. November mit Übermacht angegriffen und zur Kapitulation genötigt. Zum erstenmal nahmen die Österreicher in Sachsen Winterquartiere.

Mit sinkenden und minderwertigen Kräften richtete Friedrich im Sommer 1760 seine Anstrengungen zunächst auf die Wiedergewinnung Dresdens. Aber die zerstörende Beschießung 14.—30. Juli blieb vergeblich, und die Nachrichten, daß Loudon am 23. Juli Fonqués Korps im Passe von Landeshut fast vernichtet, am 26. Juli Glatz überrumpelt habe und vor Breslau stehe, zwangen den König zum Abzuge nach Schlesien. Hier schlug er Loudon, der ihm entgegenkam, am 15. August bei Liegnitz; aber während er nordwärts eilte, um Berlin von der Brandschatzung durch ein österreichisch-russisches Streifkorps (9.—12. Oktober) zu befreien, überschwenkten Dauns Österreicher ganz Sachsen, und erst der schwere Sieg bei Torgau am 3. November, den noch spät am Abend Zietens Angriff auf die Höhen von Süptitz entschied, brachte das Land größtenteils wieder in die Hände der Preußen.

Während nun im Westen 1760—1761 Herzog Ferdinand gegen die schlaffe Kriegsführung der Franzosen das Gleichgewicht im ganzen behauptete, schien im Osten 1761 Preußen erliegen zu müssen. Mit seinem auf 50 000 Mann zusammengeschmolzenen Heere konnte Friedrich das Feld nicht mehr halten; er mußte sich damit begnügen, den wieder vereinigten Österreichern und Russen in verschanzten Lagern die Spitze zu bieten, erst bei Bunzelwitz im August, gestützt auf Schweidnitz, dann, als die Russen abgezogen waren und Loudon am 30. September die Festung Schweidnitz überrumpelt hatte, bei Strehlen. Zu dieser verzweifeltsten Lage in Schlesien kam der Verlust von Kolberg; nachdem die Festung schon zweimal 1758 und 1760, den Angriff der Russen tapfer abgewehrt hatte, mußte sie ihnen jetzt nach heldenmütiger Verteidigung am 16. Dezember übergeben werden. Um Friedrichs Lage vollends hoffnungslos zu machen, verweigerte Lord Bute, der nach dem Tode Georgs des Zweiten (Oktober 1760) Pitts Nachfolger geworden war (Oktober 1761), die Erneuerung des am 12. Dezember 1761 ablaufenden Subsidienvertrages mit Preußen, weil sich auch Spanien im spanisch-bourbonischen



Familientraktat (15. August) den Feinden Englands zugesellt hatte. Aber auch die Kräfte der Gegner Friedrichs, namentlich ihre finanziellen Mittel, waren der Erschöpfung nahe, die Ermüdung und die Enttäuschung bei ihren im ganzen doch sehr geringen Erfolgen allgemein.

So brachte der Tod der längst fränkenden Kaiserin Elisabeth von Rußland am 5. Januar 1762 eine entscheidende Wendung. Denn ihr Nachfolger Peter der Dritte, der Sohn ihrer Schwester Anna und Friedrichs von Holstein-Gottorp, ein Fürst also halbdeutscher Abkunft und jedenfalls ganz unrußischer Gesinnung, längst ein Gegner des unfruchtbaren Krieges und ein begeisterter Bewunderer Friedrichs des Großen, räumte auf der Stelle Ostpreußen und Pommern, schloß am 5. Mai den Frieden, am 19. Juni sogar ein enges Bündnis mit Preußen, vermittelte auch den Frieden von Hamburg mit Schweden (22. Mai) und ließ Tschernytschew mit einem Korps von 20 000 Mann zu Friedrichs Heer in Schlesien stoßen, um ihn bei der Wiedereroberung von Schweidnitz zu unterstützen. Obwohl nun Peter mit Hilfe der altrußischen Partei schon am 9. Juli von seiner Gemahlin Katharina gestürzt wurde, und diese das Bündnis mit Preußen aufhob, so wagte es doch Tschernytschew, so lange im preußischen Lager zu bleiben, — wenn er auch seine Truppen nicht mitkämpfen ließ — bis Friedrich am 21. Juli 1762 in der Schlacht bei Burkersdorf Daun geschlagen und nach Böhmen zurückgedrängt hatte. Am 9. Oktober kapitulierte Schweidnitz, am 29. Oktober zwang Prinz Heinrich, Friedrichs tüchtiger Bruder, durch den Sieg bei Freiberg die Reichstruppen zur Räumung Sachsens und am 24. November kam eine Waffenruhe für Sachsen und Schlesien zustande, während feste preußische Streifscharen die kleinen süddeutschen Reichsstände brandschatzten und weithin in Schrecken setzten.

Die letzten Siege waren den Preußen verblieben, jede Möglichkeit, den zähen Heldenmut des Gegners niederzuringen, war für Österreich verloren. Auf der andern Seite hatte der Sieg des Generals James Wolfe bei Quebec am 13. September 1759 den Engländern Kanada überliefert, die Schlacht von Plassy am 23. Juni 1757 ihre Herrschaft in Bengalen und ihr Übergewicht über Frankreich in Indien entschieden, und



allerorten behaupteten sie zur See die Herrschaft. So verständigten sich, unbekümmert um den deutschen Krieg, die Westmächte schon am 3. November 1762 über die Friedenspräliminarien und schlossen am 10. Februar 1763 den Frieden von Paris, der für England die Erwerbung von Kanada, Neuschottland und Florida brachte, also die Herrschaft der angelsächsisch=protestantischen Kultur in Nordamerika entschied und die stolzen Anfänge des dortigen französischen Kolonialreichs zertrümmerte. Für Deutschland hatten die Friedensverhandlungen besonders durch die Vermittlung des Kurprinzen von Sachsen Friedrich Christian am 31. Dezember 1762 im Jagdschloß Hubertusburg bei Oschatz begonnen und führten hier am 15. Februar 1763 zum Abschluß des Friedens auf der einfachen Grundlage des Gebietsstandes vor dem Kriege.

Friedrich der Große hatte in einer furchtbaren Feuerprobe bis auf den letzten Fußbreit seinen Besitz und die Großmachtstellung Preußens behauptet, die Stämme Österreichs aber waren jetzt erst politisch wirklich zusammengewachsen. Der preußisch=österreichische Dualismus war also vollendet. Fortan hing von dem Verhältnis dieser beiden Großmächte das politische Schicksal der Nation ab; die Organe des Reichs hatten nicht nur ihre Ohnmacht erwiesen, sondern sie waren jetzt geradezu in Verachtung gesunken. Aber an den Taten des großen Königs und seines tapferen Heeres aus Deutschen aller Stämme richtete sich zum erstenmal wieder das Nationalgefühl der Deutschen empor, so wenig sie damals die ganze Bedeutung des Kampfes verstehen konnten, und so schwer man in Sachsen die harte Hand des Königs empfunden hatte; und das preußische Volk, das die Interessen der ganzen Nation gegen ausländische Bedrohung so heldenmütig und aufopfernd verfochten hatte, gewann in diesen Erinnerungen einen unvergänglichen Schatz des Ruhmes und sittlicher Kraft. Mochte der König selbst, verhärtet und verbittert, wie er heimkehrte, vor allem die schweren materiellen Verluste, den Rückgang der Bevölkerung (in Preußen um eine halbe Million, in dem nicht minder schwer getroffenen Sachsen um 90 000), die Verwüstung mancher Landstriche, die finanzielle Zerrüttung durch die Ausprägung minderwertiger Münzen tief empfinden: er



hatte, ohne es zu ahnen, den Grundstein für die Erneuerung des Deutschen Reichs unerschütterlich in den Boden gesenkt.

Die Isolierung Preußens dauerte freilich auch nach dem Kriege fort. Am Reichstage hatte es die alte österreichische Mehrheit sich gegenüber, da sich nur Sachsen, nach dem Tode des Kurfürsten August (Oktober 1763) unter Friedrich Christian die gefallene Entscheidung ehrlich anerkennend, näher an Preußen angeschlossen. Ebenso bestand das Einvernehmen zwischen Österreich und Frankreich fort, und mit England war Preußen tief verfeindet. Die einzige Macht, an die es sich anlehnen konnte, war also Rußland; ja beide Staaten hatten insofern sogar gleiche Interessen, als beide wünschen mußten, die Ohnmacht Polens zu erhalten, Rußland, weil es dort wenigstens mittelbar herrschen wollte, Preußen, weil ein starkes Polen Ostpreußen und die ganze Ostgrenze des Staats aufs gefährlichste bedroht hätte, während Österreich die Kräftigung Polens erstreben mußte. Deshalb schlossen beide Mächte am 11. April 1764 auf acht Jahre ein Verteidigungsbündnis, um die polnische Verfassung, die Polens Ohnmacht verbürgte, aufrecht zu erhalten, die Wahl eines einheimischen Königs durchzusetzen und den Dissidenten (d. h. den Griechisch-Katholischen und den Evangelischen) die ihnen 1733 entzogene politische Gleichberechtigung wieder zu verschaffen. Mit diesem Bündnis begründete Friedrich das Verhältnis Preußens zu Rußland, das seitdem eine der wichtigsten Voraussetzungen seiner deutschen und europäischen Politik geblieben ist.

Beide Mächte setzten zunächst die Wahl Stanislaus Poniatowskis durch (1764—1795), dann mit Hilfe der Magnatenkonföderation von Radom 1767 die Wiederherstellung der Dissidentenrechte. Als sich gegen diese und die fremde Einmischung die Konföderation von Bar (in Podolien) erhob, rückten 1768 russische Truppen ein, erstürmten Bar und jagten die Konföderierten nach Ungarn und nach der Türkei. Da erklärte diese, von Österreich und Frankreich bestimmt, den Krieg an Rußland (1768—1774). Doch die Russen führten den Krieg im ganzen so glücklich, daß ein Eingreifen Österreichs drohte, um ihre Festsetzung an der untern Donau zu verhindern. Da dann auch Preußen nach dem Vertrage von 1764 unter Umständen die Waffen hätte ergreifen müssen,



Friedrich aber vor allem den Frieden für sein tieferschöpftes Land erhalten wollte, so suchte er zu vermitteln und näherte sich deshalb Österreich, indem er 1769 in Neiße, 1770 in Mährisch-Neustadt mit dem jungen Kaiser Joseph dem Zweiten (1765—1790) zusammentraf, der die auswärtige Politik Österreichs schon mehr bestimmte als die alternde Maria Theresia. Nun schlug jene Vermittlung zwar fehl, aber Katharina begriff, daß sie bei ihren türkischen Vergrößerungsplänen Österreich gegen sich, Preußen nicht für sich haben würde, und gab deshalb den preußischen Vorschlägen Gehör, daß sich alle drei Mächte an Polen schadlos halten sollten, nachdem 1769 Preußen das schon 1698 ihm verpfändete Elbing, Österreich die sogenannte polnische (1412 von Ungarn an Polen verpfändete) Zips, 1770 drei westgalizische Starosteien als altungarisches Eigentum in Besitz genommen hatte. Am 5. August 1772 unterzeichneten die drei Großmächte, ohne daß das sinkende Frankreich für seinen alten Bundesgenossen im Osten eingetreten wäre, den Vertrag über die sogenannte erste Teilung Polens. Österreich nahm Galizien, altpolnisches und ruthenisches Land, Rußland das alte Weißrußland, also früher russisches Gebiet, Preußen Ermland und Westpreußen (außer Danzig und Thorn), das alte, 1466 verlorene und halbpolonisierte Hauptland des Deutschen Ordens mit seinem stolzen Haupthause, der Marienburg, dazu ein Stück von Großpolen, den Netzedistrikt. Also büßte die königliche Republik Polen die Auflösung jeder Staatsordnung durch die Selbstsucht und Zuchtlosigkeit des souveränen Adels mit dem Verluste wertvoller, meist den Nachbarn zur Zeit ihrer Schwäche entrissener Grenzlande, Preußen aber gewann die unentbehrlich scheinende territoriale Verbindung zwischen seinen Mittelprovinzen und dem entlegenen Ostpreußen, ein freilich völlig herabgekommenes Gebiet, das aber an Größe Schlesien nicht viel nachstand.

Während nun Katharina die Zweite im Frieden von Kutschuk Kainardschi 1774 den russischen Besitz bis ans Schwarze Meer vorschob, die Erwerbung der Krim und des Kaukasus vorbereitete und über die Moldau und Walachei eine Art Schutzrecht erwarb, um durch dies alles den Angriff auf die europäische Türkei einzuleiten, erneuerte sich der alte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen in der bayrischen Erb-



folgefrage und verursachte eine verhängnisvolle Entfremdung, die den russischen Eroberungsplänen Vorschub leistete und noch auf den Gang des großen Kampfes gegen die französische Revolution bestimmend eingewirkt hat. Als nämlich die bayrische Linie des Hauses Wittelsbach mit Max Joseph am 30. Dezember 1777 ausstarb, nahm Österreich, alte Pläne erneuernd und auf Frankreichs Hilfe rechnend, einen Teil der Oberpfalz und Niederbayerns unter verschiedenen Rechtstiteln in Anspruch. Dabei stieß es zwar nicht auf den Widerspruch des neuen Kurfürsten, des kinderlosen Karl Theodor von der Pfalz, wohl aber auf den Protest des nach diesem berechtigten Erben Karl August von Pfalz-Zweibrücken. Hinter diesem standen Preußen, das eine Vergrößerung Österreichs auf deutschem Boden nicht zulassen wollte, und Sachsen, dessen Kurfürst Friedrich August der Dritte im Namen seiner Mutter Maria Antonia, einer Schwester Max Josephs, Ansprüche auf die bayrischen Allodien erhob.

Obwohl Frankreich, soeben im Begriffe, in den nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg einzugreifen, jede Hilfeleistung ablehnte, ließ es Österreich doch auf einen Waffengang ankommen, und im Sommer 1778 rückte Friedrich, mit Sachsen verbündet, nochmals von Schlesien her in Böhmen ein, während Prinz Heinrich von der Oberlausitz aus gegen die Iserlinie vorging. Zu einem entscheidenden Kampfe kam es indes nicht, denn beide Teile scheuten ihn, so gern sich Joseph mit dem ersten Feldherrn des Jahrhunderts gemessen hätte: Maria Theresia, mit dem ganzen Plane nicht recht einverstanden, nahm die Vermittelung Frankreichs und Rußlands an. So begnügte sich Österreich im Frieden von Teschen am 13. Mai 1779 mit dem Innviertel, einem kleinen Teile Niederbayerns, und erkannte das Erbrecht Preußens auf die fränkischen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth (nach dem Aussterben der dortigen hohenzollernschen Nebenlinie) an, Sachsen wurde durch eine Geldsumme entschädigt, alles unter französisch-russischer Garantie.

Aber seitdem kannte Joseph der Zweite, der nach dem Tode Maria Theresias am 29. November 1780 die Herrschaft auch in Österreich antrat, nur ein Ziel, die Bekämpfung Preußens, und als vornehmstes Mittel dazu die Zerstörung des



(1774 erneuerten) preußisch-russischen Einvernehmens, den engen Anschluß Österreichs an Rußland. Doch dieser war nur um den Preis einer unbedingten Unterstützung der gierigen russischen Eroberungspolitik möglich. Schon im Jahre 1781 schloß sich auf dieser Grundlage das Bündnis. Darauf nötigte Rußland 1784 der isolierten Türkei die Zustimmung zur Einverleibung der Krim ab, Joseph aber verhandelte in München über den Austausch Bayerns gegen das entlegene Belgien. Zugleich suchte er den österreichischen Einfluß im Reiche zu steigern, indem er Erzherzöge an die Spitze großer Stifter beförderte (z. B. in Köln 1784), und er beunruhigte die bayrischen Bischöfe von Salzburg, Passau und Regensburg aufs höchste durch Abtrennung ihrer österreichischen Sprengel, die unter einheimische Bischöfe gestellt wurden (St. Pölten, Linz). Also geängstigt von der Vergrößerungspolitik des Kaisers, begannen die kleineren Reichsfürsten von Österreich abzufallen und sich um Preußen zu scharen, das allein ihr entgegentreten konnte. Indem nun die österreichische Mehrheit des Reichstages zerfiel, schloß Friedrich am 23. Juli 1785 zunächst mit Sachsen und Hannover den deutschen Fürstenbund und gewann für ihn nicht nur die meisten übrigen norddeutschen Fürsten, sondern auch Pfalz-Zweibrücken, Hessen-Kassel und sogar den Erzbischof-Kurfürsten von Mainz. Die Genossen verpflichteten sich, in Reichsangelegenheiten zusammenzuhalten, den Austausch Bayerns zu hindern und die Reichsverfassung zu behaupten. In der Tat gab Joseph seine bayrischen Pläne auf, und zum erstenmal stand Preußen an der Spitze fast des ganzen außerösterreichischen Deutschlands. Aber eine Reform des Reichs, die manche hofften und betrieben, wie Herzog Karl August von Weimar, konnte schon deshalb aus dem Fürstenbunde nicht hervorgehen, weil er ja die Ohnmacht des Reiches erstrebte, und so wollte es eine tragische Ironie, daß Friedrich der Große, der im Kampfe gegen das Reich emporgekommen war, zuletzt für die Erhaltung der erstarrten unhaltbaren Reichsverfassung eintreten mußte. Auch die gleichzeitigen Bestrebungen der vier deutschen Erzbischöfe, die sich durch die Einrichtung einer stehenden päpstlichen Nuntiatur in München (25. Februar 1785) in ihren oberhirtlichen Rechten bedroht fühlten, mit den Emser Puntationen vom 25. August 1786



die Grundlage einer nationalen Verfassung der katholischen Kirche Deutschlands festzustellen, verliefen im Sande.

In der That, das Größte, was Friedrich für Deutschland geleistet hatte, war doch der festgefügte waffenstarke Großstaat von 3600 Quadratmeilen und sechs Millionen Einwohnern, den er bei seinem Tode am 17. August 1786 seinem Neffen Friedrich Wilhelm dem Zweiten (1786—1797) hinterließ. Dieser erweiterte ihn noch durch die Erwerbung der alten fränkischen Hohenzollernlande Ansbach und Bayreuth 1791 und faßte dadurch auch in Süddeutschland Fuß. Aber erfolgreiche Politik im großen Stile zu treiben gelang ihm nicht, obwohl sich dazu mehrfach die günstigste Gelegenheit bot. Er ließ 1787 Holland besetzen, weil seine Schwester Wilhelmine, die Gemahlin des Erbstatthalters Wilhelms des Fünften, während der dortigen Parteikämpfe frech beleidigt worden war; aber den Rat Karl Augusts, Holland in den Fürstenbund aufzunehmen und dadurch wieder in das deutsche Staatsleben hineinzuziehen, befolgte er nicht. Gegen die Vergrößerungspläne Oesterreichs und Rußlands, die im Frühjahr 1788 gemeinsam den Kampf eröffneten, um die europäische Türkei unter sich zu teilen, verbündete er sich zwar im August 1788 mit England und Holland, dann auch mit Schweden zur Bewahrung des europäischen Gleichgewichts, also tatsächlich zugunsten der längst ungefährlichen Türkei; aber er benutzte weder die schweren Niederlagen der Oesterreicher, noch die Erschütterung der habsburgischen Monarchie durch den Aufstand in Belgien (1789) und die Aufregung in Ungarn, um in Wien Zugeständnisse für die Stellung Preußens in Deutschland zu gewinnen, sondern begnügte sich, nach dem Tode Josephs des Zweiten, am 20. Februar 1790, von seinem Nachfolger Leopold dem Zweiten (1790—1792) im Vertrage von Reichenbach vom 27. Juli den Verzicht auf alle Eroberungspläne im Osten zu erlangen. Damit wurde auch im ganzen der Friede im Orient wiederhergestellt. Da aber Leopold der Zweite die Pläne Josephs des Zweiten aufgab, so zerfiel die Grundlage des Fürstenbundes und damit dieser selbst. Die Ergebnisse waren also für Deutschland lediglich negativ: der Verzicht auf jede Reform der Reichsverfassung, die Lockerung des von Friedrich dem Großen begründeten Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland, eine scharfe



Spannung zwischen Preußen und Österreich, und das tiefe Mißtrauen der Wittelsbacher gegen die österreichische Politik.

\* \* \*

Das Schlimmste war aber doch die unhaltbare Gebietsverteilung, das Ergebnis einer verworrenen, von den verschiedensten Kräften bestimmten Entwicklung von Jahrhunderten. Fast alle deutschen Staatesgebilde dieser Zeit waren „Notstaaten“, politische Notbehelfe. Das ganze Rheinland (im weitesten Sinne des Wortes, s. I, S. 3), der Kern des mittelalterlichen Reichs und sein ältester Kulturboden, war nach wie vor in zahllose kleinere und größere Gebiete zersplittert, die auch in sich wieder in mehrere, oft weit voneinander getrennte Teile zerfielen; es war infolgedessen zur Bildung größerer, leistungsfähiger administrativer, militärischer und wirtschaftlicher Einheiten, wie sie die fortschreitende Zeit forderte, ganz unfähig. Im Südosten bildete Österreich eine große, natürliche geographische Einheit, verbunden durch den Donaulauf, nur mit Böhmen in das Elbgebiet hineinragend und zusammengehalten durch seine Hauptstadt, die als Kreuzungspunkt aller kürzesten Verbindungslinien zwischen den einzelnen Ländern allen gleich bequem lag; aber der größte Teil dieser geographischen Einheit lag außerhalb der deutschen Reichsgrenze, und die Verschiedenheit ihrer Völker erschwerte ein innerliches Zusammenwachsen ihrer Teile aufs äußerste. Preußen beherrschte das weite Flachland des Nordostens, das älteste Gebiet der germanischen Stämme und doch zugleich ein Kolonialland, zum weitaus größten Teil und gab ihm mit der Erwerbung der polnischen Gebiete ein in wirtschaftlicher wie militärischer Beziehung sehr wertvolles Hinterland, aber der deutsche Charakter des Staats wurde dadurch getrübt, und die kleinen zerstreuten Territorien, mit denen er nach dem Weser- und Rheinlande und bis an die Nordseeküste in alte deutsches Land hinübergrieff, waren mit ihm nur ganz äußerlich verbunden und trugen denselben kleinstaatlichen Charakter wie ihre selbständigen Nachbarländer. Kursachsen, Hannover, Hessen-Kassel, Württemberg, Bayern bildeten leidlich abgerundete Gebiete und waren auch nach ihrem Umfange befähigt, modernstaatliche Aufgaben bis zu einem gewissen Grade



zu lösen, aber zu einer wirklich selbständigen Politik reichten auch ihre Mittel nicht aus, obwohl dynastisches Selbstgefühl sie oft genug dazu verführte, eine solche zu versuchen. Von einer eidgenössischen Hochachtung vor diesen unfertigen, verworrenen Gebietsverhältnissen, vor diesen Zufallsgebilden konnte nirgends die Rede sein; gerade die kräftigsten Staaten mußten darauf ausgehen und gingen auch bei günstiger Gelegenheit darauf aus, sich auf Kosten ihrer kleinen Nachbarn zu „arrondieren“; dann am meisten, wenn sie wirklich eine auf strengere politische und wirtschaftliche Einheit ausgehende Politik verfolgten, die durch die bestehende unnatürliche Gebietsverteilung oft in der lästigsten Weise gestört wurde.

Denn so erstarrt das alte Reich war, so reges Leben herrschte in den größeren Einzelstaaten, so rüstig waren zugleich die Fortschritte der Nation in ihrem wirtschaftlichen und geistigen Dasein. Als echter Selbstherrscher der Aufklärung wurde Friedrich der Große das Vorbild für alle, und seine bitterste Feindin, Maria Theresia, war seine größte Schülerin. Nicht daß er kurzweg ein Ideal zu verwirklichen gesucht hätte, aber der Geist der Aufklärung durchdrang den ganzen Staat, und auf manchen Gebieten griff er schöpferisch durch. Die Verwaltungsordnung seines Vaters baute er nur weiter aus, nicht um; er fügte dem Generaldirektorium zwei neue Provinzialministerien (für Schlesien und Westpreußen) und vier Fachabteilungen an und führte die Kreisordnung auch in Preußen, Kleve-Mark und den neuerworbenen Provinzen durch. Aber von einer wirklichen Staatseinheit im modernen Sinne war auch in Preußen keine Rede; die einzelnen Landschaften standen mehr nebeneinander, als daß sie innerlich verbunden gewesen wären. Nicht einmal der Absolutismus der Krone war gesetzlich bestimmt. Denn die Landstände dauerten fort, wenngleich sie auf einzelne Verwaltungsaufgaben beschränkt und ohne Einfluß auf die Staatsleitung waren, und in den Westprovinzen jenseits der Weser (mit Ostfriesland zusammen 237 Geriethmeilen und 542 000 Einwohner) standen sie sogar noch in voller uneingeschränkter Wirksamkeit, namentlich in Kleve-Mark; gerade hier bestand auch eine ausgebildete Selbstverwaltung unter Teilnahme aller Stände in den Erben- und Kirchspieltagen unverändert fort. Auch die soziale Struktur



war hier von der des ostelbischen Landes sehr verschieden. Denn die Bauern waren hier meist frei, die Städte hatten 1765 ihre freie Ratswahl zurück erhalten, und geschlossene Rittergüter mit obrigkeitlichen Rechten gab es hier nicht.

Da hier die Industrie namentlich in der Grafschaft Mark längst auf das platte Land hinausgezogen war, so war auch die Steuerverfassung der östlichen Provinzen, namentlich die städtische Akzise hier niemals durchführbar gewesen. Im Osten blieb dagegen mit der berufsmäßigen Scheidung der Stände auch die darauf beruhende Besteuerung bestehen; nur die Verwaltung der indirekten Steuern übertrug der König nach französischem Vorbilde 1766 einer besondern Zentralbehörde, der sogenannten Regie, und suchte seine Einnahmen durch Monopole auf Tabak und Kaffee (neben dem alten Salzmonopol) zu vermehren, so daß sie wirklich von sieben auf zwanzig Millionen stiegen und die Bildung eines Kriegsschatzes von fünfundfünfzig Millionen Reichstalern (1786) ermöglichten. Seine Volkswirtschaftspolitik griff in die schon weiter vorgeschrittene Entwicklung der westlichen Provinzen mit ihrer Wollen-, Baumwollen-, Seiden- und Leinwandfabrikation, ihrem Bergbau und ihrer Eisenindustrie wenig ein und behandelte sie zollpolitisch als Ausland. Um so mehr ging er darauf aus, die ostelbischen Länder zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen, sie vor überlegener Konkurrenz zu schützen und in ihnen eine Industrie, auch durch Einführung noch ganz neuer Industriezweige (Seidenweberei, Porzellanmanufaktur), nach den Grundsätzen des Merkantilismus großzuziehen. Auch suchte er durch privilegierte Handelsgesellschaften einen Anteil am Welthandel zu gewinnen, gründete noch 1772 die Seehandlung als eine Unternehmung des Staats, regelte durch seine Kornhäuser, in die das Getreide von den Domänen und von den Lieferungen für das Heer zusammenfloß, die Getreidepreise. Unermüdlich arbeitete er daran, durch großartige Urbarmachungen (des Oder-, Warthe- und Netzebruchs), Aufteilung der Gemeindeländereien und Parzellierung von Domänen nicht nur neuen Ackergrund für eine planmäßige innere Kolonisation, sondern auch neue Bauernstellen zu schaffen. Während er den Bau von Kunststraßen nur aus militärischen Rücksichten unterließ, um seinen



Feinden den eventuellen konzentrischen Marsch auf seine Hauptstadt nicht zu erleichtern und für das Geld lieber sein Heer zu vergrößern, sorgte er für die Verbindung der Elbe, Oder und Weichsel durch Kanalbauten, machte durch die Anlage des Hafens von Swinemünde die Swine zur wichtigsten Mündung der Oder und suchte durch die Gründung der Preussischen Bank 1765 das Monopol des holländischen Kapitals zu brechen.

Wahrhaft schöpferisch wirkte der König auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Gesetzgebung. Nicht nur schaffte er schon 1740 die Folter ab und verzichtete auf jede Kabinettsjustiz, sondern er ordnete auch durch Samuel von Cocceji den Prozeßgang im Sinne eines vereinfachten Verfahrens und ließ von Carmer und Svarez das „Allgemeine Landrecht“ als Gesetzbuch für den ganzen Staat, aber tatsächlich auf der Grundlage der ostelbischen Zustände, ausarbeiten, eine der größten Kodifikationen der Geschichte, ganz durchdrungen von dem Gedanken der Aufklärung, wodurch Preußen der Zeit um ein Jahrhundert vorauseilte (veröffentlicht 1784, in Kraft gesetzt 1794). Für alle Kirchen sprach er schon 1740 den Grundsatz der allgemeinen Duldung aus; er ließ zahlreiche katholische Gemeinden in Berlin und anderen evangelischen Städten zu, gewährte der katholischen Kirche in Schlesien und Westpreußen volle Freiheit und befreite umgekehrt die dortigen Evangelischen von den alten kirchlichen Abgaben an die katholische Geistlichkeit. Dabei hielt er den Katholiken gegenüber sein Oberaufsichtsrecht fest, ordnete die Verhältnisse der gemischten Ehen, zog sogar 58 Prozent des reinen Einkommens der römischen Kirche als Staatssteuer ein. Die Leitung der lutherischen Kirche ging in den alten Provinzen an ein Oberkonsistorium über (1750). Beim Schulwesen begnügte er sich noch fast ganz mit einer allerdings eingreifenden Gesetzgebung, ohne die Verwaltung den Kirchen oder Gemeinden zu entziehen; doch wirkte er unablässig für die Vermehrung der Landschulen namentlich in Schlesien und Westpreußen (wo sie ganz neu zu schaffen waren), sowie für die Errichtung von Lehrerseminarien; für das höhere Schulwesen kam erst mit dem trefflichen Justizminister Abraham von Zedlitz (seit 1771) eine bessere Zeit.



Der „Atlas“, der den Staat trug, und seine vornehmste Institution war die Armee. Der König gab ihr gleich nach den Erfahrungen des ersten Schlesischen Krieges jene unwiderstehliche Reiterei, die unter Führern wie Seydlitz und Zieten so viele seiner Schlachten entschied, und noch gegen Ende seiner Regierung schuf er, vom nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege angeregt, in den „grünen Füsilieren“ eine vorzügliche Truppe für das zerstreute Gefecht. Aber in den zerstückelten Westprovinzen war die Kantonpflicht nicht durchzuführen, und der König erweiterte schließlich die Exemptionen vom Heeresdienst aus wirtschaftlichen Gründen auch sonst derart, daß das Heer ganz überwiegend aus fremden Söldnern bestand. Deshalb konnte er weder die Lineartaktik der Infanterie ändern, noch die harte Kriegszucht mildern. Also verlor unter diesem größten Feldherrn des Jahrhunderts die Armee, so sehr ihre Zahl wuchs (zuletzt gegen 200 000 Mann), an innerer Tüchtigkeit. Auch an die Begründung einer Kriegsflotte hat Friedrich schon gedacht, aber er verschob sie bis auf die Erwerbung von Danzig, die ihm selbst noch nicht gelang.

So hart und schroff war das Regiment des alternden und allmählich vereinsamten Königs geworden, daß sein Volk mehr mit scheuer Bewunderung als mit Liebe zu ihm empor sah und seinen Tod am 17. August 1786 (in Sanssouci) fast als eine Erleichterung empfand. In der Tat lockerte der Nachfolger Friedrich Wilhelm der Zweite (1786—1797) der „öffentlichen Opinion“ zuliebe die Zügel, indem er die verhaßte Regie beseitigte und vorschnell auch die beiden neuen Monopole aufgab; aber er trat auch unter dem Einflusse seines Justizministers Johann Christoph von Wöllner der freigeistigen Richtung mit dem sogenannten Wöllnerschen Edikt vom 9. Juli 1788 entgegen, das alle Geistlichen und Lehrer, die ihr anhängen, mit Entsetzung bedrohte, also zu einer widerwärtigen Spionage Veranlassung gab, und verschärfte sogar die Bücherzensur. Und bald zeigte sich, daß dieser von der Würde Preussens und seiner eigenen Stellung durchdrungne König weder die Arbeitskraft noch die Selbständigkeit und Festigkeit des Willens besaß, seinen sich beständig vergrößernden Staat in der alten Weise zu übersehen und zu lenken.

Was in Preußen unter verhältnismäßig einfachen Ver-



hältnissen seit dem Großen Kurfürsten langsam erreicht worden war, die Begründung einer gewissen Staatseinheit und einer monarchischen Verwaltung, das versuchte in Österreich unter schwierigeren Bedingungen Maria Theresia (1740—1780) in kürzerer Frist durchzuführen, und doch mit günstigem Erfolge, weil sie mit echt weiblichem Takte, unermüdlicher Tätigkeit und festem Willen nur das Notwendige wollte. Die in diesen alten Kolonialländern tiefbegründete herrschende Stellung der weltlichen und geistlichen Grundherren tastete sie nicht an; sie schuf in ihrem glänzenden, lebenslustigen Hofe einen großen geselligen Mittelpunkt für den Adel aller ihrer Länder und stellte Ungarn nach dem Ausgleich von 1741 ganz selbständig neben die deutsch-slawische Reichshälfte. Den Grund zur Staatseinheit dieser Länder legte Graf Haugwitz 1746 mit der Verschmelzung der böhmischen und der österreichischen Hofkanzlei, von der sich nach dem Siebenjährigen Kriege die Hofkammer (für das Finanzwesen) und die Haus-, Hof- und Staatskanzlei (für das Auswärtige, die Lombardei und Belgien) abzweigten. Alle Fäden der Zentralverwaltung liefen im Staatsrat zusammen. Die Einheit des Rechts wurde wenigstens für das Strafrecht 1768 durch die *Nemesis Theresiana* hergestellt. Mittelbar förderte auch das Zurückweichen der ständischen Verwaltung vor der landesherrlichen in den einzelnen Kronländern die Staatseinheit der Westhälfte. Die ständischen Landesverwaltungen wurden auf die Rechtspflege beschränkt, die bisher ständischen Kreisämter landesherrlichen Beamten übertragen und durch sie einerseits die Verhältnisse zwischen den Grundherren und den Bauern überwacht, andererseits die ganze Heeresverwaltung den Ständen entzogen, das Heer zu einer einheitlichen monarchischen Institution umgestaltet.

Erst dieses einheitsstaatlich-monarchische Beamtentum konnte die Volkswohlfahrt im modernen Sinne fördern. Seit 1775 verschwanden die Binnenmauten, und die deutsch-slawische Reichshälfte wurde ein einheitliches Wirtschaftsgebiet; die Finanzen, die in der Hauptsache nicht, wie in Preußen, auf den Domänen, sondern auf der auch für den Großgrundbesitz verbindlichen Grundsteuer sowie auf Gefällen und Monopolen beruhten, erhielten eine feste Ordnung, Straßen und Posten waren vortrefflich eingerichtet, in Triest entstand der



einzig große Hafen der Monarchie, zahlreiche Konsulate in Italien und der Levante gewährten dem Handel sicheren Schutz. Innere bauerliche Kolonisationen wurden nur im Banat und in Galizien mit deutschen Kräften durchgeführt. Selbst in die Verhältnisse der römischen Kirche griff Maria Theresia, so aufrichtig sie dieser Kirche ergeben war, kraft ihres landesfürstlichen Aufsichtsrechts nach den Lehren des Febronius gebietend ein. Sie duldete keinen unmittelbaren Verkehr der Bischöfe mit Rom, machte den Kirchenbann von ihrer Erlaubnis abhängig, beschränkte das Anwachsen der Zahl der Klöster und der Feiertage. Dagegen hielt sie in den deutschslawischen Ländern die Ausschließung der Protestanten von allen Ämtern und von jedem öffentlichen Gottesdienst eifrig und nicht ohne Härte aufrecht. Auch das Schulwesen ordnete sie kraft landesherrlicher Gewalt. Sie wurde durch den trefflichen schlesischen Schulmann, den Abt Ignaz Felbiger, seit 1774 die Gründerin der österreichischen Volksschule, als deren wichtigste Aufgabe in den halbslawischen Ländern die Verbreitung der deutschen Sprache erschien; sie reformierte durch den Niederländer Gerhard van Swieten auch die höheren Schulen, obwohl diese ganz überwiegend noch den geistlichen Orden verblieben, gründete das vornehme Theresianum in Wien und manche Spezialschulen, verwandelte 1773 die Grazer Jesuitenuniversität in eine Staatsanstalt und trug Sorge für die moderne Umgestaltung der medizinischen und philosophischen Studien.

Zum erstenmal gab es in Österreich eine monarchisch-einheitliche Verwaltung deutschen Gepräges, und eine Verwaltung, die wirklich regierte. Indem Maria Theresia sie gründete und Ungarns Selbständigkeit achtete, hat sie die Grundlagen geschaffen, die keiner ihrer Nachfolger ohne den schwersten Schaden für das Reich der Habsburger verlassen hat.

Gleich die Regierung ihres Sohnes Josephs des Zweiten (1780—1790) sollte den Beweis dafür erbringen. Ein idealistischer Doktrinär der Aufklärung, wollte er als despotischer Volksbeglucker dieses alte Österreich ohne jede Rücksicht auf seine Zusammensetzung und seine historischen Grundlagen in einen straff zentralisierten, von Wien aus absolut regierten Einheitsstaat mit wesentlich deutscher Amtssprache verwandeln, der in



dreizehn möglichst gleichförmig verwaltete „Gubernien“ (Provinzen) zerfallen sollte. Vom edelsten Willen beseelt, aber mit hastiger Überstürzung ging er ans Werk. Doch von allen seinen Reformen haben eigentlich nur zwei Bestand gehabt, die Aufhebung der Leibeigenschaft und das Toleranzpatent von 1781, das den Protestanten die bürgerliche Gleichberechtigung und den freien Hausgottesdienst gewährte. Um auch die römische Kirche in eine Staatsanstalt zu verwandeln, riß er die österreichischen Diözesen von den auswärtigen Bistümern Salzburg und Passau los und errichtete zwei neue Bistümer in Linz und St. Pölten (S. 82); er unterwarf die geistlichen Orden den Bischöfen und hob ein Drittel der bestehenden Klöster (700 von 2000) trotz der persönlichen Verwendung Papst Pius des Sechsten 1782 auf. Aber durch das alles verletzte er aufs schwerste die beiden Stände, die bisher das Reich der Habsburger eigentlich beherrscht hatten, den Adel und den Klerus, und beleidigte aufs tiefste das stolze seiner Völker, die Magyaren, ohne in dem unreifen, schwachen deutschen Bürgertum oder gar in dem mißtrauisch auf jede Neuerung sehenden Bauernstande einen Rückhalt zu finden. So brach 1789 in Belgien, von den Klerikalen geschürt, der offene Aufruhr aus, und in Ungarn herrschte drohende Gährung, während zugleich das Reich in einen wenig glücklichen Krieg mit der Türkei verwickelt war. Da nahm der todfranke Kaiser seine Verfügungen über Ungarn zurück; am 20. Februar 1790 verschied er. Der Nachfolger, sein Bruder Leopold der Zweite (1790—1792), der besonnene Reformator Toskanas, lenkte in die Bahnen Maria Theresias zurück und stellte in Belgien mit bewaffneter Hand die Ordnung und dann die alte Verfassung wieder her. Aber die kirchlichen Neuerungen behauptete er größtenteils, ebenso wie die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Hinter den beiden Großmächten traten die übrigen Staaten jetzt auch in dem Maße zurück, als die Regierungen zwar innerhalb der überkommenen Schranken ihrer Gewalt oft wohlmeinend und einsichtig die Volkswohlfahrt förderten, aber fast nirgends eine monarchische Staatseinheit begründeten. In Kursachsen legte Friedrich Christian den Grund zu der Neuordnung der völlig zerrütteten Finanzen; Prinz Kaver reorganisierte als Regent (1763—1768) für den unmündigen Nach-



folger Friedrich August den Dritten, den Gerechten (1763 bis 1827), das Heer nach preussischem Muster, doch ausschließlich auf Grund inländischer Werbung; Friedrich August selbst ordnete die Finanzverwaltung, ohne die selbständige Steuerfasse der Stände zu beseitigen, und gestaltete die Rechtspflege durch Aufhebung der Folter und Reform der Freiheitsstrafen im modernen Sinne um. In den niedersächsischen, ständisch regierten Ländern änderten sich die Verhältnisse fast gar nicht. In Mecklenburg befestigte nach hartnäckigem Streite der „landesgrundgesetzliche Erbvergleich“ von 1755 die alte Adels herrschaft, in Hannover fand diese durch die Abwesenheit des Landesherrn genügende Gelegenheit zu weiterer Festigung.

In West- und Süddeutschland regierte der prachtliebende und kunstsinnige Friedrich der Zweite von Hessen-Kassel (1760—1785) mehr im Stile Ludwigs des Vierzehnten als Friedrichs des Großen und zog einen schweren Fluch auf sein Haus herab, indem er 1776 nach der Fürstenweise des siebzehnten Jahrhunderts den Engländern 12 000 seiner Landesfinder zum Kampfe gegen die Nordamerikaner verkaufte. In Württemberg schaltete Karl Eugen (1738—1793) nicht nur mit seinem Kammergut jahrzehntelang in so verschwenderischer und willkürlicher Weise, daß die Stände unter dem trefflichen Landschaftskonsulenten Johann Jakob Moser endlich Klage beim Reichshofrat erhoben und 1770 die ausdrückliche Anerkennung ihrer Landesverfassung durchsetzten. Seitdem begann der Herzog in verständigere Bahnen einzulenken und wurde allmählich ein fürsorglicher Landesvater. Das kleine Erbe der Zähringer, Baden, kam erst zu einiger Bedeutung, als Baden-Baden nach dem Aussterben des hier regierenden Hauses 1771 mit Baden-Durlach vereinigt wurde, und Markgraf Karl Friedrich (1746—1811) ein musterhaftes Regiment ganz im Sinne der Aufklärung führte. In der Kurpfalz, die Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach 1742 endlich mit dem vielumstrittenen niederrheinischen Erbe der Neuburger vereinigte, zog eine berechnende Volkswirtschaftspolitik und eine in ihrer Art großartige Pflege deutschen Geisteslebens, mit Recht die Aufmerksamkeit auf sich. In Bayern, das sich nur mühsam von den Folgen schwerer Kriege erholte, wurde unter dem letzten bayrischen Wittelsbacher Max Joseph (1745—1777)



durch den trefflichen H. U. von Kreittmayr die Rechtspflege neu geordnet und im kurbayrischen Landrecht 1756 eine der bedeutendsten Kodifikationen vollzogen, daneben durch den gelehrten Benediktiner Heinrich Braun die allgemeine Schulpflicht eingeführt und die Schule unter Staatsaufsicht gestellt. Als Karl Theodor 1777 alle wittelsbachischen Länder vereinigte, ging diese Schulreform anfangs fort, aber 1781 wurden die höheren Schulen wieder den geistlichen Orden überlassen, und das Beamtentum verfiel vollständig der Verrottung. In den geistlichen Ländern, namentlich in den rheinischen und fränkischen Stiftern, fanden die Ideen der Aufklärung durch das persönliche Verdienst mancher dieser Wahlfürsten praktische Anwendung, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, aber sie wirkten hier geradezu auflösend, weil sie im grundsätzlichen Widerspruch zu der ganzen Existenz geistlicher Fürstentümer standen, und bereiteten so deren Zusammenbruch vor.

Der Vielstaaterei entsprach die Vielheit der geschlossenen Wirtschaftsgebiete, deren Verbindung durch die besonders in den Zwergstaaten des Westens übermäßig zahlreichen Zollstätten (wie am Rhein) und die Verschiedenheit des Münzfußes (20-Guldenfuß, 24-Guldenfuß oder Talerfuß) noch sehr erschwert wurde. Trotzdem war die Bevölkerung in rascher Zunahme. Hinter dem Durchschnittsmaß von 2000 Einwohnern auf einer Quadratmeile (um 1786) blieben die eigentlichen Ackerbauländer zwar noch wesentlich zurück, die industriellen Länder aber übertrafen es schon bei weitem (Schlesien mit 2500, Sachsen 2700, Böhmen 3200, Württemberg 3900, Berg 4000). Noch beschäftigte die Landwirtschaft in Preußen über siebenzig Prozent, in Sachsen fast zwei Drittel, und auch in kleineren Städten war sie ein einträgliches Nebengewerbe. Neben den großen Urbarmachungen traten schon technische Fortschritte auf, von den Regierungen oder den neuen landwirtschaftlichen Vereinen einsichtig gefördert (Klee- und Kartoffelbau, Besömmerung der Brache), und die Viehzucht, namentlich auch die Schafzucht, die Grundlage der heimischen Tuchmacherei, war sehr bedeutend, die sächsische Elektoralwolle (von den neu eingeführten spanischen Merinoschafen) weithin berühmt. Die neue Lehre der französischen Physiokraten, die den Boden als die alleinige Quelle des Reichtums betrachtete,



kam der Landwirtschaft besonders insofern zugute, als sie die Aufhebung der lähmenden Feudallasten förderte.

In den kleinen Territorien, selbst in den meisten alten Reichsstädten verfiel die Industrie völlig und blieb auch unter der Pflege des fürstlichen Merkantilismus oft Hausgewerbe, das größere Unternehmer (Faktoren, Verleger) nur für ihre Zwecke leiteten und zentralisierten. Große Industriezentren im modernen Sinne gab es deshalb noch nicht. In Preußen war das wichtigste Industrieland Schlesien, mit dessen blühendem Leinengewerbe der Staat den ersten Welthandelsartikel gewann; daneben standen Brandenburg (besonders für Tuch- und Seidenfabrikation) und die rheinisch-westfälischen Landschaften; in Sachsen kamen neben der Oberlausitz Chemnitz und das Vogtland empor, in Österreich erwuchs Böhmen zum größten Industrielande für Tuch, Leinwand und Glas, doch waren auch Wien und Linz bedeutende Industriestädte. Noch waren die schlechten Binnenverkehrsmittel (außer in Österreich) wenig gebessert, die Stromfahrt mit vielen natürlichen Hindernissen verknüpft. Darum das geringe Maß von Zentralisation der Handelsbeziehungen und die Bedeutung der nur zeitweilig große Warenmassen ansammelnden Messen von Leipzig, Frankfurt a. O. und Frankfurt a. M. Langsam wuchs der überseeische, auch schon der transatlantische Verkehr, rascher erst seit der Losreißung Nordamerikas von England. Dafür wurde Hamburg weitaus der wichtigste Platz, neben ihm bemächtigte sich Bremen fast des ganzen Tabakhandels. Die Ostseehäfen stiegen nach dem Siebenjährigen Kriege rasch empor, und der preußische Seehandel begann auf der Ostsee den fremden Flaggen starke Konkurrenz zu machen. Wien beherrschte den Donauhandel bis zum Schwarzen Meer und bis nach Konstantinopel, der Freihafen Triest dehnte seinen Handel über die ganze Levante, ja bis nach Ostafrika und Ostindien hin aus.

Mochte auch die deutsche Handelsbilanz im ganzen noch ungünstig sein, in den größeren Staaten kehrte sich das Verhältnis doch bald um, und Deutschland wurde, soweit es ihnen gehörte, ein wohlhabendes Land. Dieser Wohlstand entbehrte fast noch ganz der großen Vermögen, aber es gab auch kaum ein eigentliches Proletariat — nur in den geistlichen Ländern



war die Bettelei arg —; er war noch sehr wenig durch die erst langsam sich entwickelnden Versicherungsanstalten und Sparcassen vor plötzlichen Schlägen geschützt, aber er hatte Weltkrisen noch wenig zu fürchten, weil die Verschlehtung mit der Weltwirtschaft noch ganz in den Anfängen stand. Allmählich wurden die Städte äußerlich ansehnlicher und reiner, die Wohnungen behaglicher und die veralteten Festungswerke machten mehr und mehr Gärten und Promenaden Platz.

Also erwuchs das Bürgertum unter der Pflege des fürstlichen Merkantilismus zu dem wirtschaftlich, gesellschaftlich und geistig maßgebenden Stande der Nation. So unselbständig es politisch war, in jenen Beziehungen begann es auch den Adel in seine Kreise zu ziehen, umgekehrt wie im siebzehnten Jahrhundert, und die deutsche Bildung wurde bürgerlich, denn die Höfe beharrten noch lange in ihrer Vorliebe für die fremde Kultur, bis sich zuerst einige kleinere der deutschen Bildung öffneten. Diese gewann deshalb ihren besonderen Charakter in der Gleichgültigkeit gegen den Staat, in der etwas pedantischen Solidität der Lebensführung, der gesteigerten Selbständigkeit und Bedeutung der Frau, der zuweilen fast krankhaften Weichheit der Empfindung, einer Erbschaft des Pietismus, und dem Mangel an männlichem Stolz. Sie fand nicht einen großen, sondern eine Menge kleinerer Mittelpunkte, vornehmlich im mittleren Deutschland, und ließ schon dadurch der Persönlichkeit ein hohes Maß der erstrebten Freiheit; andrerseits war die schulmäßige Vorbildung des höhern Bürgerstandes durch ganz Deutschland sehr einheitlich. Denn sie beruhte im Gebiete beider Konfessionen noch immer wesentlich auf der alten Lateinschule, die jetzt durch Männer wie J. M. Gesner (in Göttingen) und J. A. Ernesti (in Leipzig) mehr auf den Inhalt der Schriftsteller einging und das Griechische etwas mehr zu berücksichtigen anfangte als früher. Die Begründung der auf unmittelbare Vorbildung für das praktische Leben gerichteten „Realschule“ in Berlin durch Johann Julius Hecker 1746 fand noch kaum Nachahmung, und der Versuch des unsterblichen Johann Bernhard Basedow, die Grundsätze Rousseaus von einer naturgemäßen, auf Selbständigkeit, lebendige Anschauung und körperliche Ausbildung hinarbeitenden Erziehung im „Philantropinum“ zu Dessau (1776—1794) zu



verwirklichen, gab mehr für die Zukunft fruchtbare Anregungen, als daß er für die Zeit allgemeinere Bedeutung gewonnen hätte. Die niederen Volksschichten erhielten durch die Volksschule und durch die reiche pädagogische Literatur wenigstens einen bescheidenen Anteil an dem neuen geistigen Leben. Die Universitäten aber, zu denen 1743 noch das protestantische Erlangen, 1780 die katholische Akademie in Münster hinzukam, gingen jetzt unter dem Einflusse der Philosophie, die nur noch die Vernunft als Autorität anerkannte, nicht mehr wie bisher ausschließlich darauf aus, die feststehende Wahrheit zu überliefern, sondern wollten in unendlicher Arbeit die Wahrheit erst finden und die Jugend zur Mitarbeit daran anleiten.

So kam in der Theologie im beständigen Kampfe mit den Orthodoxen der Rationalismus zur Herrschaft, der an den Glauben den Maßstab einer oft recht nüchternen, ja platten Vernunft legte und eine Vernunftreligion (neben dem Vernunftrecht) konstruieren wollte, aber auch den Anfang zur Bibelfritik und zur Dogmengeschichte machte. Da er jedoch die Bedürfnisse des gläubigen Gemüths ganz unbefriedigt ließ, so stellte sich ihm in Männern wie J. G. Hamann in Königsberg und J. K. Lavater in Zürich ein tiefsinniger oder kindlich gläubiger Mystizismus entgegen, oder auch eine phantastische Magie, die manchen überzeugten Vertreter wie Mesmer fand und durch sie gerade in unfirchlichen Kreisen nicht wenige Anhänger gewann. Wie diese in den Rosenkreuzern (um 1760) eine Art von Ordensgenossenschaft gründete, so gewann der rationalistische Deismus im protestantischen Deutschland durch die sich rasch vermehrenden Freimaurerlogen, im katholischen Deutschland, besonders in Bayern, durch den verwandten Orden der Illuminaten (seit 1776) unter den Gebildeten immer weiteren Anhang, ohne sich doch von den bestehenden Kirchen wirklich loszusagen und etwa eine Aufklärungskirche zu gründen. Aber innerlich wandelten sich diese Kirchen unter solchen Einflüssen so um, daß die alten konfessionellen Gegensätze für die Mehrzahl der Gebildeten fast verschwanden und eine Zeit tiefen konfessionellen Friedens über dieses durch kirchliche Kämpfe so schwer erschütterte Deutschland kam.

Auf solchen Grundlagen erwuchs nun neben großen



systematischen Sammelwerken über das Reichsstaatsrecht eine neue naturrechtlich-absolutistische Staatslehre, deren geistvollster Vertreter Friedrich der Große war, während Justus Möser in Osnabrück im Gegensatz zu ihr die historischen Grundlagen des deutschen Staatslebens feinsinnig erforschte, und es entstand eine Geschichtsschreibung, die zwar immer noch vor allem ungeheueren Stoff sammelte, aber in A. L. Schlözer schon zu scharfer Kritik der Überlieferung fortschritt und in den freilich französisch geschriebenen Werken Friedrichs des Großen bereits zu abgeklärter Darstellung zeitgenössischer Ereignisse drang. Und nun entdeckte nach Vorläufern wie J. Fr. Christ in Leipzig der Altmärker J. J. Winckelmann (1717—1768), „ein spätgeborener Hellene“, mit jubelnder Begeisterung zum erstenmal die Hoheit der griechischen Kunst und wies damit die Deutschen über das Römertum hinaus auf das Griechentum als die Quelle aller rein menschlichen Bildung. Indem zugleich J. M. Gesner und J. G. Heyne in Göttingen als das Ziel alles philologischen Studiums statt der Imitation das Verständnis der Schriftsteller hinstellten, entstand die moderne Altertumswissenschaft, die zuerst Fr. A. Wolf in Halle als einen besondern Zweig der Geisteswissenschaften zusammenfaßte. So kam der Neuhumanismus empor, eine Erneuerung, aber keine Wiederholung des alten Humanismus, der nicht von Italien, sondern vom protestantischen Norddeutschland ausging und das Griechentum als die Vollendung reinen Menschentums aufstellte.

Auch an den beschreibenden Naturwissenschaften und in den exakten Disziplinen gewannen jetzt die Deutschen einen ehrenvollen Anteil, hier durch A. G. Werner, K. W. Scheele, beide Forster u. a., dort durch einen der größten Mathematiker der Zeit, Leonhard Euler.

Und nun faßte gegen Ende dieser Periode Immanuel Kant in Königsberg (1724—1804), der echte Vertreter dieses verstandesklaren, energischen Kolonistenvolkes und des absoluten preußischen Beamtenstaats, die ganze Erfahrung der Zeit zu einem geschlossenen philosophischen System zusammen. Von der absoluten Selbständigkeit des denkenden Subjekts, der Grundlage der gesamten Weltanschauung dieser Zeit ausgehend, begrenzte er in der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781)



die Erkenntnisfähigkeit des Subjekts auf die sinnlichen Wahrnehmungen, die nach angeborenen Anschauungsformen (Kategorien) angeordnet werden. Indem er demnach alles Übersinnliche von der Erkenntnis ausschloß, bezeichnete er doch als „Postulate“ der „praktischen Vernunft“ (der Sittlichkeit, 1788) die Idee der Pflicht (den „kategorischen Imperativ“), die Freiheit des Willens, die Unsterblichkeit der Seele und das Dasein Gottes.

Diese geistige Bewegung wirkte nun beständig auf die Literatur hinüber. Auch hier begann eine neue Zeit mit dem Widerspruch gegen die Tradition. Gegenüber Gottscheds Nachahmung der rhetorisch-verstandesmäßigen Dichtung des französischen Klassizismus versuchten die Züricher Bodmer und Breitinger zuerst wieder das Recht der Phantasie und des Gemüts, wenngleich sie die Aufgabe der Dichtung immer noch in der Belehrung durch anmutige Schilderung sahen. Diese Lösung aufnehmend, fand der Leipziger Dichterkreis in den „Bremer Beiträgen“ sein Organ, brachte in Christian Fürchtegott Gellerts (1715—1769) moralisierenden Fabeln und tiefempfundenen geistlichen Liedern eine durchaus bürgerlich-vollstümliche Dichtung hervor und wagte in G. W. Rabeners zahmen Satiren eine schüchterne Kritik des Privatlebens, während der Mecklenburger Chr. L. Eiscow seinen Satiren stets eine scharfe persönliche Spitze gab. Aus diesem kursächsischen Kreise ging aber auch der erste große Dichter der Aufklärungszeit hervor, Friedrich Gottlieb Klopstock aus Quedlinburg (1724—1803). Sein „Messias“ (1748) war kein echtes Epos, noch weniger als sein Vorbild, Miltons Verlornes Paradies, wurde aber für diese Zeit noch mehr, nämlich die erste wahrhaft große Dichtung in erhabener Sprache und für viele Tausende zugleich ein religiöses Erbauungsbuch; seine Oden aber verkündeten in antiken Maßen neben den ewig unausgesungenen Themen Liebe, Freundschaft und Natur zuerst wieder ein deutsches Vaterland, freilich das nebelhafte Deutschland der Urzeit. Gegen diese oft erhabene, aber ebenso oft verstiegene und geschraubte Poesie brachte der Schwabe Christoph Martin Wieland (1733—1813) in seinen Romanen eine heiter-sinnliche Richtung zur Geltung, gewann im Oberon zuerst die Romantik der abendländischen und orientalischen Sagen aus der



Kreuzfahrerzeit der deutschen Literatur, rettete ihr den von Klopstock verpönten Reimvers, gab der deutschen Sprache gefällige Anmut und öffnete durch dieses alles der deutschen Dichtung auch die französisch gebildeten Kreise. Zuerst auf den Boden der Gegenwart und der Heimat trat unter dem erhebenden Eindruck der Siege Friedrichs des Großen der Preussische Dichterverein (Chr. L. Gleim, Christ. Ewald von Kleist, K. W. Ramler). Von ihm ging der größte deutsche Kritiker aller Zeiten und der erste bedeutende Dramatiker aus, der streitbare, mannhafte Kursache Gotthold Ephraim Lessing aus Kamenz (1729—1781), ein Geistesheld wie wenige. Als Kritiker grenzte er im Laokoon (1766) die Aufgaben der Poesie und der bildenden Kunst mit unwiderleglicher Logik ab und wies, den Spuren Winkelmanns folgend, über das gespreizte Römertum der Franzosen hinweg auf das echte Griechentum, auf Homer, Sophokles, Aristoteles und auf Shakespeare hin; als Dichter schuf er, ganz und gar ein verstandesklarer Mensch der lebendigen Gegenwart, das nationale Lustspiel und das bürgerliche Trauerspiel, für das er zugleich den englischen Blankvers (fünffüßigen Jambus) als das seitdem herrschende Versmaß eroberte.

Aber schon drang von Frankreich herüber der Ruf Rousseaus nach „Rückkehr zur Natur“ in die Seelen des jüngeren Geschlechts. Eine grundtiefe Wandlung nicht nur für die Dichtung, sondern für alle Geisteswissenschaften bereitete sich vor. Gegen die durch und durch verstandesmäßige, von aprioristischen Voraussetzungen aus logisch konstruierende Aufklärung erhob sich die Reaktion des Gemüts, gegen die engen Schranken der Sitte und der ständischen Gesellschaft das unbeschränkte Recht der freien Persönlichkeit, des „Genies“, das bald kraftgenialisch, bald jeder Empfindung widerstandslos tränenfelig hingegeben, sich durchsetzen sollte gegen alle Sitte, ja gegen alle objektive Sittlichkeit; gegen den Hochmut der Bildung regte sich das Interesse an allem Volkstümlichen als dem Natürlichen, gegen das abgezirkelte, eng begrenzte Leben der Städte die Freude an der Natur und an freier Bewegung. Damit geschah der erste Schritt, das Volksleben wieder als ein Ganzes, den Einzelnen als das Glied eines großen Ganzen aufzufassen, von dem Individualismus der Aufklärung, der zunächst in einen



zügellosten Subjektivismus umschlug, zu der sozial-historischen Betrachtung überzugehen. Die Männer des Göttinger „Hainbundes“, der sich 1772 um die Verehrung Klopstocks zum Kampfe für echtes Deutschtum gegen Wielands französiierende Frivolität erhob, J. H. Voß, M. Claudius, L. Hölty, G. A. Bürger, A. Leisewitz, überwiegend Niederdeutsche, leiteten diese Bewegung ein; Voß schuf, angeregt durch Homer, die deutsche Idylle, Bürger nach dem Vorbilde der altschottischen Volksdichtung die Ballade. Doch ihre leidenschaftlichsten Verfechter fand die „Sturm- und Drangzeit“ in süddeutschen Dichtern, und die Folgerungen für die Wissenschaft zog aus ihren Grundanschauungen der Ostpreuße Johann Gottfried Herder (1744—1803). Ihm erschien die Dichtung nicht als Eigentum gebildeter Kreise und einer hohen Kulturstufe, sondern als das Gemeingut des ganzen Volkes auf allen Kulturstufen. Erst von diesem Gesichtspunkt aus erkannte er die biblischen Psalmen wie die Dichtungen Homers, Ossians, Shakespeares als volkstümliche Erzeugnisse einer bestimmten Kulturperiode und drang zugleich zu der bahnbrechenden Erkenntnis vor, daß alle geschichtliche Entwicklung auf dem innigsten Zusammenhang der Zeitverhältnisse, des Volkscharakters und des Landes beruhe, der Grundlage aller modernen Geschichtsauffassung, die er in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ (1784—1787) zuerst ausführlich entwickelte.

Poetisch verkörperte die Ideale der Sturm- und Drangperiode mit genialer Kraft Johann Wolfgang Goethe, ein Patriziersohn der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. (1749 bis 1832). Seine großen Dichtungen aus dieser Zeit (Götz, Werthers Leiden, die Anfänge zu Faust und Wilhelm Meister) und seine Lyrik vereinigten Volkstümlichkeit und tiefen Gehalt und erhoben ihn binnen wenig Jahren zum anerkannt ersten Dichter der Nation. Als ihn dann Herzog Karl August an seine Seite nach Weimar berief (1775), wandte er sich unter dem Einflusse des von Winckelmann und Lessing so geistvoll vertretenen Griechentums mehr und mehr dem klassischen Ideale zu und vollendete diese Wandlung durch seine Reise nach Italien (1786—1788), umgeben von dem Schönheitszauber südländischer Kunst und Natur, der die Germanen



von jeher unwiderstehlich angelockt hat. Als er mit Egmont, Iphigenie, Tasso schon zu voller Reife gelangt war, rang sich der feurige, tiefleidenschaftliche Schwabe Friedrich Christoph Schiller (1759—1805) aus engen Verhältnissen und unter dem Drucke eines harten, wenngleich damals wohlmeinenden Absolutismus zum ersten Dramatiker der Nation empor. Von den gärenden revolutionären Erzeugnissen seiner Sturm- und Drangperiode trat er dann, als er 1789 an der Universität Jena eine feste Stellung gefunden hatte und durch das Studium der Geschichte und der Kantischen Philosophie gereift war, an die ungeheuerere Aufgabe heran, die Welt der geschichtlichen Taten, also die Welt des Staats, in gewaltigen dramatischen Schöpfungen und epischen Dichtungen, seinen packenden Balladen, diesem ganz unpolitischen und unhistorischen Geschlechte mit tiefem sittlichem Ernst und unverwüßlichem Idealismus in schwungvoller Sprache vorzuführen. Als sich beide Männer 1794 zum neidlosen Freundschaftsbunde vereinigten, kamen mitten zwischen ungeheueren Umwälzungen unter dem hochsinnigen Schutze eines ernsthaften Fürsten die Tage des hellsten Glanzes der neueren deutschen Dichtung, und die kleine thüringische Residenz, wo gleichzeitig Goethe, Herder, Schiller und Wieland lebten, wurde die literarische Hauptstadt Deutschlands. Die deutsche Bühne beherrschten allerdings die Klassiker von Weimar viel weniger als A. von Kotzebue und A. W. Iffland mit ihren bürgerlich-moralischen Rührstücken und Lustspielen, und die Lieblingslektüre des Bürgerstandes bildeten die formlosen Romane, in denen Jean Paul (Friedrich Richter) idyllisch-humoristisch das Kleinleben enger Kreise schilderte.

An dieser Literatur nahmen die katholischen Landschaften, namentlich Österreich, nur wenig tätigen Anteil, doch blieb der Kern ihrer Gedankenwelt protestantisch, so sehr sie jeder konfessionellen Färbung entbehrte. Der künstlerische Drang der Deutschen Österreichs kam vielmehr zum Ausdruck in der Musik. Durch süddeutsche, vorwiegend österreichische Tonsetzer, Chr. W. Gluck, W. A. Mozart, J. Haydn unter eifriger Teilnahme des Kaiserhofs wurde Wien die musikalische Hauptstadt Deutschlands.

In der bildenden Kunst unterlagen Barock und Rokoko,



die äußersten Ausläufer der römischen Renaissance, allmählich dem hellenisierenden, von Winckelmanns Studien ausgehenden Klassizismus. Er fand 'das Wesen' der Schönheit in den Verhältnissen, bevorzugte in der Architektur die gerade Linie und die glatte Fläche, stellte selbst in der Malerei die korrekste Zeichnung und den Gedankengehalt über die Farbe. In Dresden fand der alte Kunstbetrieb, nachdem er in der katholischen Hofkirche G. Chiaveris ein letztes prunkvolles Beispiel hinterlassen hatte, mit dem Siebenjährigen Kriege ein jähes Ende, dafür erlebten Berlin und Potsdam eine neue Blütezeit vornehmlich in einem Übergangsstil zwischen Barock und Klassizismus, wie ihn besonders Friedrichs des Großen bedeutendster Baumeister W. von Knobelsdorff († 1753) vertrat (Opernhaus, Hedwigskirche, Bibliothek, Sanssouci, Neues Palais). Reiner setzte sich der Klassizismus in Dresden (unter Krubschius), Kassel (Schloß Wilhelmshöhe), Stuttgart (Solitude), Wien (Schönbrunn) durch. In der Malerei wurden die Führer der neuen Richtung die Sachsen Rafael Mengs (in Dresden und Rom) und A. Fr. Oser (in Leipzig), Angelika Kauffmann aus Vorarlberg (in Rom), der Schleswiger J. A. Carstens, während Daniel Chodowiecki aus Danzig in zahllosen entzückend feinen Zeichnungen die ihn umgebende Welt des Preußentums realistisch schilderte.

Dieses ganze reiche Geistesleben beruhte auf der freien Entfaltung der Persönlichkeit und sah deshalb in ihrer allseitigen harmonischen Durchbildung zur vollendeten Humanität des Griechentums das höchste Ziel aller Kulturentwicklung. Als das wirksamste Mittel dazu erschien die Versenkung in die Welt der Schönheit, der Kunst, die ihre Jünger und Anhänger in eine stille unsichtbare Gemeinde von Weltbürgern ohne alle Schranken des Staats und der Nationalität versammeln sollte. Es war die letzte Folgerung aus der individualistischen Philosophie der Aufklärung und aus dem Drange nach Freiheit von dem harten Zwange des absoluten Staats. Der Staat, in Deutschland noch nicht geadelt zum Nationalstaat, sondern meist ein junges, unfertiges Zufallsgebilde und selten mit einer stolzen, erhebenden Vergangenheit, galt deswegen diesem schönheitsstrunkenen, bildungsdurstigen Geschlechte, nicht viel anders wie der mittelalterlichen Kirche,



als ein Nothbehelf, als eine Institution, die auch nicht sein könnte und besser nicht wäre, die Vaterlandsliebe als eine Empfindung unreifer Nationen. Erst furchtbare Erschütterungen sollten die Deutschen lehren, daß das höchste irdische Gut des gebildeten Mannes das Vaterland ist, und daß der Staat nichts geringeres ist als die notwendige Folgerung aus der sittlichen Natur des Menschen: das rechtlich zur selbständig wollenden Persönlichkeit geeinte Volk.

\* \* \*

Die französische Revolution entsprang aus dem flaffenden Widerspruche zwischen den Anschauungen der Gebildeten und den Bedürfnissen des Volks auf der einen, dem Regierungssystem, das die Monarchie in der unglücklichsten Weise mit den Sonderinteressen der privilegierten Stände, des Adels und des höhern Bürgerstandes (*tiers-état, bourgeoisie*), verknüpfte, auf der andern Seite. Sie hoffte nun selbstbewußt, vom naturrechtlichen Doktrinarismus bestimmt, eine völlig neue Staatsordnung auf „vernünftiger“ Grundlage aufzurichten und gab damit das größte Beispiel eines Versuchs, die Anschauungen der Aufklärung radikal zu verwirklichen. Aus diesem Grunde wurde sie von den gebildeten Deutschen fast durchweg mit lebhafter Sympathie begrüßt, bis sie in die Schreckensherrschaft des Pariser Proletariats umschlug. Den deutschen Großmächten war die Bewegung deshalb willkommen, weil sie das lange so eroberungslustige bourbonische Königtum innerlich lähmen mußte; sie hatten nur das eine Interesse, daß in Frankreich eine monarchische Ordnung bestehen blieb, und waren um so weiter von dem Gedanken eines Angriffs entfernt, als sie ihre Aufmerksamkeit auf Polen richten mußten. Dort nämlich proklamierte ein Staatsstreich am 3. Mai 1791 eine neue Verfassung, die das *Liberum Veto* beseitigte, den Bürgern Zutritt zu allen Ämtern, allen Bekenntnissen Gleichberechtigung gewährte und die erbliche Monarchie des Hauses Sachsen einführte. Sie unternahm es also, die schlimmsten Schäden des polnischen Staats zu heilen, forderte aber auch die Einmischung Rußlands heraus und war wenigstens nicht im Interesse Preußens, da dieses eine abermalige Personalunion zwischen Sachsen und Polen nicht wünschen konnte.



In dieser Lage verständigten sich im August 1791 Kaiser Leopold der Zweite und König Friedrich Wilhelm der Zweite im kursächsischen Lustschlosse Pillnitz nur über eine Aufforderung an die europäischen Mächte, an der Wiederherstellung der gefährdeten monarchischen Ordnung in Frankreich mitzuwirken. Als diese durch die Annahme der konstitutionellen Verfassung am 14. September 1791 formell verbürgt schien, fiel jeder Grund zum Einschreiten weg. Auch die inzwischen aufgetauchten Streitpunkte zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich, die Beschwerden der im Elsaß begüterten deutschen Fürsten über die entschädigungslose Aufhebung der Feudal-lasten und die Bildung bewaffneter Haufen französischer Emigranten auf furtrierischem Gebiet, über die sich Frankreich zu beklagen hatte, wurden in diesem Punkte durch den Befehl des Kaisers erledigt, die Emigranten zu entwaffnen. Jedoch die republikanischen Parteien, die Girondisten und die Jakobiner, die in der französischen Nationalversammlung rasch zu maßgebendem Einfluß gelangten, wollten den Krieg, um das Königtum zu stürzen, und als nun angesichts unziemlicher Forderungen und Drohungen Kaiser Leopold am 7. Februar 1792 ein Verteidigungsbündnis mit Preußen schloß, am 1. März aber plötzlich starb, da erzwang die Gironde am 20. April mit frevelhaftem Leichtsinne die Kriegserklärung an Österreich.

Da war es nun verhängnisvoll, daß in diesem Augenblicke die Russen, von einer polnischen Partei gerufen, in Polen einschritten und sich zu Herren des Landes machten, in Preußen und Österreich aber, dort durch Graf Haugwitz und Luchefini, hier (nach dem Rücktritte des Fürsten Kaunitz) mit Graf Philipp Cobenzl eine ideenlose Politik ans Ruder kam, die gierig nach Landgewinn strebte, um jeden Preis und wo es sein konnte, dadurch aber das alte Mißtrauen zwischen den beiden Mächten nur verschärfte. So ging der Herzog Karl von Braunschweig als Oberbefehlshaber im Sommer 1792 gegen Frankreich ins Feld mit schwachen Kräften (im ganzen 80 000 Mann), die allenfalls genügend waren, einer nach den törichten Reden der Emigranten sicher erwarteten royalistischen Erhebung im Lande als Rückhalt zu dienen, aber ganz und gar nicht genügten, Frankreich zu er-



obern. Inzwischen brach dort am 10. August das Königtum zusammen, weil es sich selbst aufgab, und die alterprobten Truppen der Verbündeten kamen in den Argonnen nicht nur zum Stehen, sondern traten nach der nutzlosen Kanonade von Valmy am 20. September vor den lockeren französischen Heerhaufen den Rückzug an. In Paris aber erklärte die siegreiche Demokratie, gehoben durch den ganz unvermuteten Erfolg, am 22. September die Republik und ging auf allen Punkten zum Angriff über. Vom Elsaß her brach Custine in die wehrlosen geistlichen Gebiete des Rheinlandes ein, nahm am 21. Oktober Mainz ohne Schuß, am 22. Frankfurt a. M.; Belgien wurde durch den Sieg des Generals Dumouriez bei Jemappes unweit von Mons am 6. November erobert. Der Aufruf an alle Völker zur Freiheit vom 19. November („Krieg den Palästen, Friede den Hütten!“) und die Hinrichtung König Ludwigs des Sechzehnten am 21. Januar 1793 kündigten dem alten monarchischen Europa den revolutionären Prinzipienkrieg an.

Man säumte nicht, ihn von allen Seiten aufzunehmen. Aber statt ihn als solchen mit allem Nachdruck zu führen, um Europa vor einer ungeheuern Umwälzung zu bewahren, verständigten sich Österreich und Preußen im Oktober 1792 über den friedlichen Umtausch Bayerns gegen Belgien und die Erwerbung polnischen Gebiets, und Preußen erzwang darauf durch den Einmarsch in Polen am 23. Januar 1793 die zweite polnische Teilung, die ihm das Land bis zur Piliza mit Thorn und Danzig sicherte. Da aber der Verlust Belgiens den Tauschplan vorläufig vereitelte, so fiel der neue Leiter der österreichischen Politik, Franz von Thugut, ein Todfeind Preußens, in die alte ausschweifende Vergrößerungspolitik Josephs des Zweiten zurück und dachte sie mit Rußland auch ohne oder gegen Preußen durchzusetzen. Trotz dieses tiefen Zwiespalts zwischen beiden Mächten wurde Belgien im Frühjahr 1793, Mainz im Juli 1793 wiedererobert; aber der damals aussichtsreiche Angriff auf das zerrüttete Frankreich wurde im Interesse Englands zugunsten der doch vergeblichen Belagerung von Dünkirchen aufgegeben. Am Oberrhein begnügten sich die Preußen und Sachsen mit der tapferen Verteidigung der beherrschenden Stellung bei Pirmasens (August und Sep-



tember), und die Österreicher besetzten einen Teil des Elsasses, doch nur, um ihn für sich zu behaupten.

So gewannen die Franzosen Zeit, durch ein allgemeines Aufgebot ungeheuerere Truppenmassen aufzustellen (bis Ende 1793 gegen 600 000 Mann) und sie in der neuen beweglichen Schützentaftik, die sich auf gewaltige Artilleriemassen stützte, nach dem Plane des genialen Organisators Lazarus Carnot zu schulen. Zwar hielten die Preußen und Sachsen Ende November bei Kaiserslautern noch tapfer stand, aber die Österreicher erlagen in den mörderischen Gefechten um die Weissenburger Linien von 23. November bis zum 6. Dezember den Angriffen weit überlegener, schonungslos geopferter Massen. Dazu zerfraß giftiges Mißtrauen des preußisch-österreichische Bündnis.

Preußen begann sich deshalb am Oberrhein streng auf die notdürftigste Verteidigung zu beschränken und warf seine besten Kräfte auf Polen, als dort im März 1794 Thaddäus Kosciuszko, der letzte und reinste Held seines Volkes, das Banner des nationalen Aufstandes gegen die fremden Mächte erhob. Zwar behauptete er Warschau gegen die Preußen, weil diese keinen energischen Angriff wagten und im September wegen eines Aufstandes in Südpreußen wieder abzogen, aber der Russe Suworow warf die Polen in blutigen Kämpfen nieder und zog am 8. November in Warschau ein. Dieser russische Erfolg entschied auch den Kampf im Westen. Denn im höchsten Grade mißtrauisch gegen lediglich vermutete heimtückische Absichten Preußens, bewog Thugut seinen jungen Herrn, Kaiser Franz den Zweiten, obwohl genügende Truppen zur Verfügung standen, den Kampf um Belgien aufzugeben, um sich im Osten eine Vergrößerung zu sichern, die im Westen nicht zu haben war. Deshalb räumten die Österreicher nach dem Verluste von Charleroi und der unentschiednen Schlacht bei Fleurus am 26. Juni das Land und gaben, während die Engländer und Holländer auf niederländisches Gebiet zurückwichen, selbst das linke Rheinufer kampflos den Franzosen preis. Damit brachen die dortigen geistlichen Fürstentümer für immer zusammen, und im Januar 1795 fiel auch Holland ohne Kampf den Franzosen in die Hände. Da räumten auch die Preußen nach neuen blutigen Kämpfen die Stellung bei Kaisers-



lautern und gingen auf Mainz zurück. Der König aber, des ruhmlosen Krieges gründlich überdrüssig, ohne Mittel, ihn weiterzuführen, weil er die dringend notwendige Finanzreform gegen die Sonderinteressen seines Adels nicht wagte, und gedrängt von den hilflosen westdeutschen Reichsständen, befahl Friedensverhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen, das in seiner grauenvollen Zerrüttung nach dem blutigen Ende der Schreckensherrschaft im Juli 1794 des Friedens nicht minder dringend bedurfte.

Das Vorgehen Österreichs gestaltete die Lage für Preußen noch ungünstiger. Im Januar 1795 verständigte sich Thugut mit Rußland im tiefsten Geheimnis über die Einverleibung Bayerns, die Teilung der europäischen Türkei und des Restes von Polen, von dem Preußen nur dann ein Stück erhalten sollte, wenn es diesen ungeheueren Umwälzungen zustimmte. Da dies ganz ausgeschlossen war, so drohte ein schwerer Krieg im Osten von Europa. Also blieb für Preußen kaum etwas anderes übrig, als am 5. April 1795 mit Frankreich den Sonderfrieden von Basel zu schließen, in dem es grundsätzlich die Abtretung des linken Rheinufers zuließ und allen Reichsständen den Beitritt offen hielt. Nun konnte es allerdings im Osten sein Interesse mit solchem Nachdruck zur Geltung bringen, daß die dritte polnische Teilung vom 24. Oktober 1795 ihm den ganzen Nordwesten des späteren Kronpolens mit Warschau verschaffte, während der Südosten mit Krafau und Sandomir an Österreich, der Osten jenseits der Pripet Sümpfe an Rußland fiel. Aber indem es so viel polnisches Land erwarb, gab es das älteste deutsche Kulturland im Westen des Rheins den Franzosen preis und zog sich mit ganz Norddeutschland vom Kriege zurück. Damit vernichtete es sein Ansehen in Süd- und Westdeutschland und überließ dessen Verteidigung an Österreich.

Mit England aufs neue verbündet, entsetzten die Österreicher im Herbst 1795 unter Clerfayt in glänzenden Gefechten das von den Franzosen belagerte Mainz. Als dann Jourdan 1796 vom Niederrhein her nach der Lahn vordrang, Moreau von Straßburg aus Süddeutschland überflutete, schlug der jugendliche Erzherzog Karl jenen am 15. Juni bei Weizlar, dann, vor Moreaus Überflügelung zurückweichend, am 24. Au-



gust bei Amberg in der Oberpfalz, am 3. September bei Würzburg und zwang dadurch auch Moreau, der inzwischen bis München vorgedrungen war, zum Rückzug. Mächtig stieg Österreichs Ansehen im Reiche.

Da kam ganz unerwartet der Gegenstoß von Italien her. Hier hatten die verbündeten Österreicher und Piemontesen die Franzosen bis auf den schmalen Küstenstreifen um Genua zurückgedrängt, als Napoleon Bonaparte (geb. 1769) dort den Oberbefehl übernahm. Er war ganz und gar ein Sohn der Aufklärung und der aus ihr hervorgegangnen Revolution, der größte Vertreter dieser kriegerischen Demokratie, seit der Vertreibung seiner Familie aus seinem Geburtslande Korsika heimatlos geworden und ohne ein inneres Verhältnis zu Frankreich, durch und durch Egoist, gewalttätig, treulos, lügenhaft, im tiefsten Grunde eine rohe Natur, die von den sittlichen Mächten und den Kräften des Gemüths gar nichts ahnte, aber von genialer Begabung für alles, was sich mit dem Verstande berechnen und erwägen ließ, vor allem für die Finanzen, dazu von feinstem Instinkt für politische Zusammenhänge und ein Stratege ersten Ranges, endlich ein Mann von stahlharter Willenskraft: kurz ein geborener Herrscher, den größten in der Weltgeschichte ebenbürtig. So trat er in eine Welt voll Selbstsucht, Hader und Willensschwäche und schlug sie in Trümmer, um sie nach seinen mechanischen Grundsätzen neu zu ordnen, nicht um Frankreichs, sondern um seiner eigenen persönlichen Herrschaft willen.

In einem glänzenden Feldzuge nötigte er Piemont, Savoyen und Nizza abzutreten, die kleinen mittelitalienischen Staaten, Waffenstillstand und Frieden mit hohen Kontributionen und der Auslieferung ihrer wertvollsten Kunstwerke zu erkaufen. Dann zwang er nach vier blutigen Siegen das feste Mantua am 3. Februar 1797 zur Übergabe und drang, ein Korps nach Tirol vorschiebend, mit nur 34 000 Mann vom venezianischen Flachlande her durch Kärnten bis Obersteiermark vor, geradeswegs auf Wien. Diese verwegene, gegen alle hergebrachte Methode verstößende Kriegsführung, die jedem energischen Feinde gegenüber eine Tollkühnheit gewesen wäre, schreckte die österreichischen Diplomaten zu würdeloser Unterwürfigkeit. Am 18. April 1797 unterzeichneten sie im Kloster



Göß bei Leoben den Präliminarfrieden, in dem ihnen Bonaparte gegen Verzicht auf Belgien und Mailand die wehrlose venezianische Republik mit Istrien und Dalmatien, den Gegenstand der Sehnsucht schon Josephs des Zweiten, preisgab, und bewilligten im Frieden von Campo Formio (bei Udine) am 17. Oktober 1797 auch die Abtretung des linken Rheinufers mit Ausnahme der preussischen Besitzungen. Den allgemeinen Frieden sollte ein Kongreß in Rastatt zustande bringen. Während Österreich seine Herrschaft am Adriatischen Meere begründete, räumten seine Truppen die alten Städte links vom Rheine vor den Franzosen. Vereinigt warfen also die Habsburger und die französische Demokratie in einem schlechthin revolutionären Vorgehen den Besitz- und Rechtsstand von Mitteleuropa über den Haufen, wie vorher die Ostmächte in Polen.

Während sich der Kongreß von Rastatt in endlose Verhandlungen verlor und schon den Grundsatz annahm, die durch die Abtretung des linken Rheinufers geschädigten deutschen Fürsten durch geistliche Gebiete zu entschädigen, also einen neuen Umsturz vorbereitete, dehnte die französische Republik, der Verträge nicht achtend, durch Errichtung der helvetischen, der römischen und der parthenopäischen (neapolitanischen) Republik (1798—99) ihren Einfluß immer weiter aus und sandte zugleich ihren besten Feldherrn mit einem auserlesenen Heere 1798 nach Ägypten, um durch dessen Eroberung die Herrschaft Englands im Mittelmeer zu brechen und in Ostindien zu bedrohen. Diese Gewaltpolitik, die freilich den Interessen Frankreichs und des territorialen Europa entsprach, aber von den Zeitgenossen nur als wüster Eroberungstaumel empfunden wurde, rief die zweite Koalition zwischen England, Rußland, Österreich und den sizilischen Bourbonen hervor. Da jedoch Kaiser Paul der Erste von Rußland (1796—1801) in ehrlichem Eifer nur die einfache Wiederherstellung der alten Zustände erstrebte, Österreich dagegen auf neue Eroberungen namentlich in Italien ausging, so frankte die Verbindung schon im Anfang an dem gegenseitigen Mißtrauen der Mächte.

Trotzdem waren die militärischen Erfolge der Verbündeten zunächst äußerst glänzend. Auf dem süddeutsch-schweizerischen Kriegsschauplatz warf Erzherzog Karl bei Stockach nordwestlich



vom Bodensee am 25. März 1799 die Franzosen hinter den Oberrhein zurück und veranlaßte die Auflösung des Kongresses von Rastatt. Dabei wurden die drei französischen Gesandten, als sie endlich am Abend des 28. April die Stadt verließen, auf Befehl der österreichischen Regierung dicht vor den Toren von Szeßler Husaren überfallen und ihrer Papiere beraubt, weil man, übrigens ohne Grund, geheime Abmachungen mit Bayern argwöhnte; daß dabei zwei der Gesandten ermordet wurden, war nicht angeordnet, sondern die Folge eines willkürlichen, mißverstandenen Befehls. Auch die westliche Schweiz fiel nach dem Siege bei Zürich am 4. Juni den Verbündeten in die Hände. In Oberitalien aber drängten diese unter des stürmischen Russen Suworow Oberbefehl in einer Reihe glänzender Siege die Franzosen bis auf den Küstensaum von Genua zurück, und die parthenopäische Republik brach vor der „Glaubensarmee“ des Kardinals Ruffo morsch zusammen. Für das Jahr 1800 stand der Einmarsch in Frankreich bevor.

Da kam von zwei Seiten her die Wendung. Eine törichte Verschiebung der verbündeten Truppen in nördlicher Richtung, die den Erzherzog Karl nach dem Niederrhein führte, um einen englischen Seeangriff auf die batavische Republik zu unterstützen, zwang Suworow, widerwillig den Marsch über den St. Gotthard nach dem Vierwaldstätter See anzutreten, von wo er dem General Korsakow zu Hilfe kommen sollte. Aber ehe er ihn erreichen konnte, unterlag dieser in der zweiten Schlacht bei Zürich am 25. und 26. September den Franzosen und zog nach dem Bodensee ab. Auch die verwegenen, opfervollen weiteren Alpenmärsche der Russen von Altdorf nach Schwyz und von dort über den Prigel nach Glarus vermochten die Schweiz für die Verbündeten nicht zu retten, und Suworow mußte sich damit begnügen, sein zusammengeschmolzenes Heer durch einen vierten Alpenübergang über den Panixpaß nach dem Vorderrheintale in Sicherheit zu bringen. Erzürnt über das, was er den „Verrat“ der Österreicher nannte, rief Paul der Erste sein Heer zurück.

In denselben Tagen, am 9. Oktober, erschien Napoleon Bonaparte ungerufen und unerwartet auf französischem Boden. Wenige Wochen später, am 9. November, stürzte er durch einen Staatsstreich das Direktorium und machte sich, gestützt



auf das Heer und Flug die tiefe politische Ermüdung des Volks benutzend, als Erster Konsul tatsächlich zum absoluten Herrscher Frankreichs. Die neue bonapartistische Verfassung vernichtete zwar die Freiheit, sicherte aber die Gleichheit und gab den Franzosen eine schlagfertige, ganz despotische Verwaltung, ein höchst leistungsfähiges Finanzwesen und das erste Heer Europas, das die Stärke eines Volksheeres mit der militärischen Schulung und dem Geiste des Berufsheeres verband. An die Stelle der erobernden Demokratie trat die erobernde Militärdespotie auf demokratischer Grundlage.

Unn mehr überschritt Bonaparte im Mai 1800 vom Wallis her den Großen St. Bernhard, kam dadurch den Österreichern in den Rücken und entschied mit dem Siege bei Marengo unweit von Alessandria am 14. Juni die Eroberung der Lombardei. Zugleich drängten seine Feldherren Lecourbe und Moreau die Österreicher durch Gefechte und Waffenstillstände erst bis hinter die Isar, dann bis hinter den Inn zurück. Als die Geschlagenen endlich in den ersten Tagen des Dezembers wieder zum Angriff übergingen, schlug sie Moreau am 3. Dezember bei Hohenlinden zwischen München und Ampfing aufs Haupt und zwang sie, ihnen rastlos bis zur Enns nachsetzend, im Waffenstillstande von Steyer am 25. Dezember, ihm Oberösterreich, Tirol, Steiermark, Kärnten und Krain einzuräumen. In denselben Tagen überschritten die Franzosen den Mincio, zu Anfang Januar 1801 auch die Etsch.

Auf diese Nachrichten hin nahm Thugut, die Seele dieser unglücklichen Politik, den Abschied, und Graf Ludwig Cobenzl schloß in Luneville am 9. Februar 1801 im Namen des Kaisers und des Reichs den Frieden ab, eine Erneuerung und Ergänzung des Friedens von Campo Formio. Er bestätigte die Abtretung des linken Rheinufers und Belgiens, erkannte die französischen Tochterrepubliken (die cisalpinische, ligurische, helvetische und batavische Republik) nochmals an und nahm für das deutsche Reich den Grundsatz an, die „Erbfürsten“ durch geistliche und reichsstädtische Gebiete zu entschädigen. Damit fiel die zweite Koalition auseinander, und als sich Kaiser Paul der Erste, tief verletzt durch die englische Besitzergreifung Maltas, Frankreich näherte, sogar in dessen Interesse ein Bündnis der Seestaaten zweiten Ranges gegen Englands Über-



griffe bildete und auch Preußen dafür gewann, war England völlig vereinzelt. Da außerdem die Sperrung vieler Absatzwege seine mächtig angewachsene Industrie bedrohte, so schloß es, obwohl es die meisten französischen und holländischen Kolonien erobert hatte, am 25. Mai 1802 den Frieden von Amiens. Napoleon schien das Inselreich in den Staub geworfen zu haben und dachte selbst an eine großartige Kolonisation in Westindien.

So war der allgemeine Friede wiederhergestellt. Doch für Deutschland brachte er zwar neue Umwälzungen, aber keine haltbare Gestalt seiner Gebietsverteilung und seiner Gesamtverfassung. Es hatte mit dem Verluste des linken Rheinufers den neunten Teil seines Bodens, den siebenten seiner Bevölkerung, über 1200 Quadratmeilen mit fast vier Millionen Einwohnern, verloren. Jetzt verfügten die Großmächte, vor allem Frankreich und Rußland, nach Gutdünken über die „Entschädigungen“, so sehr Österreich auch für die geistlichen Fürstentümer, die alten Stützen und Schützlinge des Kaisertums, eintrat, und am 25. Februar 1803 nahm die dafür gebildete Deputation des Reichstags die neue Gebietsverteilung im „Reichsdeputationshauptschluß“ an. Alle geistlichen Staaten verschwanden mit Ausnahme von dreien (den Gebieten des „Kurerzkanzlers“ und der beiden Ritterorden), die Reichsstädte bis auf sechs (Hamburg, Bremen, Lübeck, Augsburg, Ulm, Nürnberg) und wurden, im ganzen 2000 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern, mit den weltlichen Staaten vereinigt. Österreich nahm die innerhalb seiner Grenzen liegenden Stiftslande, Preußen die meisten westfälischen, niedersächsischen und thüringischen Stiftsgebiete, Hannover erhielt Osnabrück, Oldenburg das Bistum Lübeck, Bayern erwarb die fränkischen (Bamberg und Würzburg) und bayrischen Bistümer, Württemberg und Baden eine Reihe kleiner angrenzender Territorien bis zum Bodensee. Außerdem empfing der Herzog von Modena den österreichischen Breisgau, der Großherzog von Toskana das Erzbistum Salzburg. Also brach die Verfassung des heiligen römischen Reichs ruhmlos zusammen. Von den zehn Kurfürsten (zu denen jetzt auch Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und Salzburg gehörten) waren nun sechs, von den dreiundachtzig Fürsten



dreißig protestantisch. Damit verlor Österreich einen großen Teil seines alten Einflusses und wuchs zugleich, indem es westdeutsche Besitzungen aufgab, aus Deutschland heraus, Preußen aber wuchs nach Deutschland noch mehr hinein. Was die Reformation angebahnt, der Westfälische Friede weitergeführt, S. Pufendorf vorahnend vollendet gesehen hatte, Friedrich der Große einmal hatte vollenden wollen, das brachte diese Fürstenrevolution zum Abschluß. Aber so notwendig und also innerlich berechtigt sie auch war, so sehr sie die weltlichen Einzelstaaten auch stärkte, sie wurde vollzogen im Interesse eines ideenlosen fürstlichen Partikularismus, nicht der Nation, sie bahnte deshalb auch keine Erneuerung der unhaltbaren Reichsverfassung an, sondern bereitete nur die Fremdherrschaft vor.

Und diese Fremdherrschaft hüllte sich in den prunkenden Purpur des altkarolingischen Kaisertums. Denn am 18. Mai 1804 wurde Napoleon der Erste zum erblichen „Kaiser der Franzosen“ proklamiert, am 2. Dezember als solcher in der Notre-Dame-Kirche gekrönt. Geblendet von dem neuen Glanze, huldigten die einst so stolzen deutschen Fürsten diesem Emporkömmling, als er im Herbst desselben Jahres in Mainz auf alter deutscher Erde erschien. Auch die gebildeten Deutschen sahen in dem fremden Eroberer nur das Genie, und hatten für die Schmach, die in alledem lag, keine Empfindung. Niemals, auch nicht nach dem Dreißigjährigen Kriege, hat das deutsche Nationalbewußtsein so tief gestanden als in den goldenen Tagen von Weimar.

Auch Preußen trug daran eine schwere Mitschuld. Mit dem Sonderfrieden von Basel hatte es für ganz Norddeutschland ein Jahrzehnt friedlichen Gedeihens gesichert, Wohlstand und Volkszahl wuchsen rasch, auch die polnischen Erwerbungen waren wirtschaftlich sehr vorteilhaft. Ganz Preußen hatte 1803 etwa  $9\frac{1}{3}$  Millionen Einwohner auf 5700 Quadratmeilen, Schlesien über zwei Millionen, Berlin schon 182 000; die preußische Ausfuhr allein nach England stieg 1800—1805 von  $1\frac{3}{4}$  Millionen Pfund Sterling auf fast  $2\frac{1}{4}$  Millionen, Berlins Handel mit Hamburg und Bremen, den wichtigsten europäischen Plätzen für den englischen und den transatlantischen Verkehr, hob sich bedeutend, wie andererseits mit Leipzig,



dem größten Stapelplatz für den Warenaustausch zwischen England und Osteuropa. Aber das rasche Wachstum Preußens hatte etwas Ungesundes. Nicht nur ließen die fortgesetzten Erwerbungen auf zweifelhafte Rechtstitel hin die Zusammensetzung des Staatsgebiets als etwas Willkürliches und Zufälliges erscheinen, sondern sie verwuchsen auch innerlich nicht mit dem Staate und lockerten die Einheit der Verwaltung. Die polnischen Gebiete, zwei Fünftel des Ganzen, zerstörten sogar seinen rein deutschen Charakter und erforderten in ihrem verwahrlosten Zustande eine Menge von Beamten aus den alten Provinzen (1806 gegen 7000), die dann dort fehlten, wurden auch, ebenso wie die westfälischen und die fränkischen Lande, unter ganz selbständige Oberbehörden gestellt. Für ein rein persönliches Regiment aber, wie es Friedrich der Zweite geführt hatte, war der Staat jetzt viel zu groß; der König verlor sogar die unmittelbare Fühlung mit den Departementschefs und überließ die Vermittelung einer ursprünglich untergeordneten Behörde, dem Geheimen Kabinett.

Auch unter Friedrich Wilhelm dem Dritten (1797—1840) änderte sich zunächst daran nichts. Denn der junge Fürst (geb. 3. August 1770), seit 1793 in glücklichster Ehe mit der lebenswerten, temperamentvollen Luise von Mecklenburg-Strelitz (geb. 10. März 1776) vermählt und in seinem Familienleben wie in allen bürgerlichen Tugenden ein Vorbild für jedermann, war zwar pflichttreu und gewissenhaft, aber pedantisch und beschränkt, auch zu unselbständig und schüchtern, um seine zuweilen richtige Einsicht dem Widerspruch älterer Männer gegenüber durchzusetzen. So blieb, trotz aller Reformpläne und einzelner Reformen im Sinne größerer Verkehrsfreiheit, im ganzen alles beim alten, und namentlich die Armee ging unvermerkt zurück. An die Einführung der Aushebung nach französischem Muster konnte man wegen der polnischen Länder gar nicht denken; es blieb also die alte Ergänzungsweise durch auswärtige Werbung, deswegen auch die überwundene Lineartaktik und die harte Kriegszucht. An die Stelle der kühnen Initiative Friedrichs des Großen trat in der Strategie eine berechnende Klügelei, die den Krieg als angewandte Mathematik betrachtete und den Besitz beherrschender Stellungen für wichtiger hielt als eine gewonnene Schlacht; der



Gamaschen- und Paradedienst verdrängte die Erziehung für das Gefecht. Dazu wurde bei der übergroßen Sparsamkeit die Ausrüstung ungenügend, die Zahl der felddienstunfähigen Stabsoffiziere groß, und die Vermehrung der Heeresstärke hielt mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt. Und doch lebte und webte dieses Heer in dem Glauben an seine Unüberwindlichkeit.

So entsprach die innere Kraft des preußischen Staats keineswegs seinem wachsenden Umfang, und nach außen befolgte er seit 1795 eine schwächliche Friedenspolitik, die den deutschen Süden schutzlos ließ und endlich nicht einmal mehr den Norden schirmte. Denn Preußen nahm keine klare Stellung zwischen den beiden Weltmächten, die sich zum Entscheidungskampfe von neuem rüsteten. Napoleon wollte zwar in Ruhe sein Frankreich festigen; aber England räumte im Sommer 1803, dem Frieden von Amiens zum Trotz, weder Malta noch das Kapland und zwang ihn so von neuem in den Krieg. Er besetzte Hannover, um auf die englische Politik einen Druck auszuüben. Entschiedener Anschluß an die eine oder andere Seite, das war die Forderung der Stunde. Gegen England auf Napoleons Seite zu treten, wie es der Große Kurfürst oder Friedrich der Große getan haben würde, kam dem König nicht in den Sinn; er sah nur, daß Frankreich im Besitz Hollands, Belgiens und des linken Rheinufers, das ganze westliche Deutschland gewissermaßen im Belagerungszustand hielt und eine Übermacht entfaltete wie niemals selbst unter Ludwig dem Vierzehnten, er fürchtete, daß es auf immer neue Eroberungen ausgehen würde. Trotzdem raffte er sich auch nicht dazu auf, gegen Napoleon das Schwert zu ziehen.

Da die gewaltigen Vorbereitungen des Kaisers zu einer Landung in England dieses aufs schwerste bedrohten, so brachte die englische Diplomatie eine neue (3.) Koalition zwischen Österreich und Rußland zustande (1805). Preußen stand abseits. Und wieder war das Unglück, daß Österreich dabei auf neue Eroberungen ausging, deswegen seinen besten Feldherrn, den Erzherzog Karl, nach Italien schickte und in Süddeutschland den doktrinären Theoretiker Mack an die Spitze stellte. Während dieser Bayern besetzte und bei Ulm Halt machte, um hier die Russen zu erwarten, stand Max Joseph von Bayern, geängstigt



durch die österreichischen Vergrößerungspläne, schon auf dem Sprunge, sich an Frankreich anzuschließen. Napoleon aber umging die österreichische Aufstellung bei Ulm, indem er seine Hauptmasse von Nordfrankreich und Hannover her nach der obern Donau vorschob und schon am 12. Oktober München besetzen ließ; er selbst, von Straßburg aus vorgehend, brachte die Kurfürsten von Baden und Württemberg halb durch Zwang, halb durch Überredung zum Übertritt und schloß die Österreicher bei Ulm von allen Seiten ein. Nur einzelnen Abteilungen gelang es, sich nach Tirol oder Böhmen durchzuschlagen; die Hauptmasse kapitulierte am 17. Oktober. Da nun das inzwischen herangekommene russische Korps viel zu schwach war, die Straße nach Wien zu decken, so wich es unter Gefechten nach Mähren zurück und überließ damit Wien den Franzosen (13. November).

Darauf sammelten sich die Heere in Mähren, die Franzosen auf Brünn, die Russen und Österreicher auf Olmütz gestützt. Nun zogen große österreichische Streitmassen von Italien und Tirol heran oder sammelten sich in Ungarn und Böhmen; Friedrich Wilhelm der Dritte, schwer verstimmt darüber, daß die Franzosen bei dem Marsche nach der Donau ansbachisches Gebiet verletzt hatten, stellte zwar in Schlesien, Franken, Westfalen und Hannover starke Heeresmassen auf, sandte aber den Grafen Haugwitz mit vorsichtiger Instruktion an Napoleon, um eine schwächliche Vermittelung zu versuchen; es war eine Drohung ohne rechten Ernst, ohne den festen Entschluß, im Falle der Ablehnung den Kampf zu wagen. Er wollte abwarten. Inzwischen drängte das erregte Selbstgefühl des jungen Zaren vorschnell zur „Dreifaierschlacht“ von Austerlitz bei Brünn (2. Dez. 1805). Sie endete mit einer zerschmetternden Niederlage der Verbündeten und zerriß die Koalition. Kaiser Franz der Zweite schloß ohne Rußland am 9. Dezember den Waffenstillstand von Brünn, am 26. Dezember den Frieden von Preßburg und trat dabei Venedig an das nunmehrige Königreich Italien, Tirol und Vorarlberg an Bayern, die vorderösterreichischen Lande an Württemberg und Baden ab, gab die noch übrigen Reichsstädte und die Reichsritterschaft preis, erkannte die Königswürde und die Souveränität der Kurfürsten von Bayern und Württemberg an und erhielt für



das alles nur Salzburg und Berchtesgaden, wofür der Kurfürst von Salzburg Würzburg von Bayern empfing.

Diese Wendung entschied die Stellung Preußens und das Schicksal Süddeutschlands. In den Verträgen von Schönbrunn (15. Dezember 1805) und Paris (15. Februar 1806) mußte Preußen sich würdelos herbeilassen, ein enges Verteidigungsbündnis mit Frankreich zu schließen; es überließ Ansbach und Bayreuth an Bayern, Kleve an das neue Großherzogtum Berg, erhielt dafür allerdings das längst ersehnte Hannover, verfeindete sich aber dadurch mit England und verlor bald in einem unblutigen Kaperkriege fast seine ganze blühende Kaufahrtei (etwa 1200 Schiffe). Für Süd- und Westdeutschland aber zog die letzten Konsequenzen einer unheilvollen Entwicklung die Stiftung des Rheinbundes am 17. Juli 1806. Sechzehn süd- und westdeutsche Fürsten traten gegen Anerkennung ihrer Souveränität in ein immerwährendes Schutz- und Trugbündnis mit Frankreich, erkannten Napoleon als ihren Protektor an und verkündigten amtlich am 1. August ihre Trennung von dem tausendjährigen Verbande des heiligen Reiches. Darauf legte Franz der Zweite am 6. August nicht nur die inhaltsleer gewordene Kaiserkrone nieder, sondern erklärte auch mit einem Staatsstreich die deutsche Kaisermwürde selbst für erloschen. Fortan nannte er sich nur noch Kaiser von Österreich (seit 1804). So entgeistet waren diese alten ehrwürdigen Formen, daß ihr endlicher Zerfall kaum noch hier und da eine Klage hervorrief. Mit stumpfer Gleichgültigkeit sahen die Massen, mit dem erhabenen philosophischen Gleichmut des Weltbürgers die Gebildeten dem kläglichen Zusammenbruch des uralten deutschen Gemeinwesens und der Aufrichtung der Fremdherrschaft über den Südwesten zu.

Zu spät machte Friedrich Wilhelm den Versuch, die letzten Trümmerstücke Deutschlands in einem norddeutschen Bunde zu vereinigen, vielleicht mit dem Traumgedanken, ein norddeutsches Kaisertum aufzurichten. Aber Napoleon fürchtete den schwächlichen Mann nicht mehr; er behandelte jetzt Preußen mit übermütiger Nichtachtung. Noch während der schleppenden Verhandlungen des Königs mit Kursachsen und Kurhessen bot er in England die Rückgabe des eben preußisch gewordenen Hannover an. Das führte zum Bruche. In aufwallendem



Ehrgefühl befahl Friedrich Wilhelm am 9. August 1806 die Mobilisierung des größten Teils der preussischen Armee, und stürmische Kriegsbegeisterung lohte in der Hauptstadt empor. Aber statt nun bei der Isolierung sich zunächst auf die strenge Verteidigung der Elblinie zu beschränken, bis die erbetene russische Unterstützung herankam, sammelte man mit dem zuversichtlichen Stolze des friderizianischen Preußens eine Armee von 150 000 Mann, die Sachsen eingerechnet, unter dem Herzog Karl von Braunschweig (mit G. V. Scharnhorst als Generalstabschef) im nördlichen Thüringen, erst um Erfurt, dann um Weimar, mit vorgeschobenen Abteilungen bei Saalfeld und Hof, um über den Thüringer Wald in das rheinbündische Süddeutschland einzubrechen, und versäumte dann doch wieder kostbare Tage, weil man bedächtig und entschlußlos den Ablauf der Frist für die Beantwortung eines völlig zwecklosen Ultimatums abwarten zu müssen glaubte (8. Oktober).

An der Spitze eines nationalfranzösischen und rheinbündischen Heeres von 200 000 Mann, das durch die Einteilung in selbständige Armeekorps aus allen Waffen äußerst beweglich war, den Gegnern in jeder Beziehung überlegen, entschied Napoleon den Feldzug wieder durch einen genialen Aufmarsch. Indem er vom Main her in drei Kolonnen die Saale abwärts in der Richtung auf Leipzig vordrang, bedrohte er die preussische Rückzugslinie nach der Elbe. Seine Vortruppen warfen Tauentzien am 8. Oktober bei Schleiz zurück, überwältigten am 10. Oktober mit dreifacher Übermacht bei Saalfeld den ritterlichen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, den Liebling der Frauen und des Heeres, der selbst dabei im Handgemenge fiel, und besetzten schon am 12. Oktober unter Marschall Davoust Naumburg. Auf diese unglücklichen Nachrichten hin trat die Hauptmacht unter dem Herzog von Braunschweig mit dem König den Rückzug nach der Saale an, während zu dessen Deckung Fürst Hohenlohe mit 50 000 Mann auf der Hochebene zwischen Weimar und Jena stehen blieb. Aber der Braunschweiger vermochte trotz seiner Überzahl am Nebelmorgen des 14. Oktober nicht die Stellung Davousts um Hassenhausen bei Auerstädt oberhalb des Saaletales zu bewältigen und ging am Abend auf Weimar zurück; Fürst Hohenlohes Truppen aber, über die ganze Hochebene verzettelt, wurden



in denselben Stunden bei Jena von Napoleon selbst mit Übermacht (80 000 Mann) angegriffen und nach heißem Kampfe besonders um das Dorf Vierzehnheiligen in völliger Auflösung nach Weimar zurückgeworfen. Hier in der Dunkelheit unvermutet aufeinanderstoßend und sich gegenseitig verwirrend, traten die beiden preußischen Heere noch in der Nacht den Rückzug nordwärts nach Sondershausen an, um auf weiten Umwegen durch den Harz und um den Harz Magdeburg und die Elblinie zu gewinnen.

Napoleon aber öffnete sich durch das Gefecht bei Halle (17. Oktober) und den Waffenstillstand mit Sachsen den kürzeren Weg nach der Elbe, ließ schon am 24. das fassungslose Berlin besetzen und zog am 27. Oktober von Charlottenburg her selbst durch das Brandenburger Thor die Linden hinunter in der Hauptstadt ein. Rastlos verfolgt kapitulierten die preußischen Korps, die vereinzelt Stettin zu gewinnen suchten, eins nach dem andern, am 28. Oktober das des Fürsten Hohenlohe bei Prenzlau, am 29. ein andres bei Pasewalk. Blücher erreichte in atemlosen Gewaltmärschen mit völlig erschöpften Leuten Lübeck, in der Hoffnung, von da aus zur See nach dem Osten kommen zu können, wurde aber am 6. November in heftigem Straßenkampfe aus der alten Hansestadt hinausgedrängt und mußte am nächsten Tage bei Ratkau an der Trave ebenfalls die Waffen strecken. Nur schwache Trümmer des stolzen Heeres kamen über die Oder. Doch das Unglück wurde erst vollendet durch die widerstandslose, schimpfliche Kapitulation aller Festungen westlich von der untern Oder. Schon am 15. Oktober fiel Erfurt, am 25. Spandau, am 29. Stettin, am 1. November Küstrin, am 8. November auch Magdeburg, der feste Hort des Staats im Siebenjährigen Kriege, trotz seiner Besatzung von 20 000 Mann, im Laufe desselben Monats noch die Weserplätze Hameln und Nienburg. Nur die schlesischen Festungen und fern an der Ostsee das tapfere Kolberg hielten stand. Nicht eigentlich Feigheit war die Ursache dieser unerhörten Kapitulationen, sondern die innere Haltlosigkeit der Befehlshaber, als ihr für unüberwindlich gehaltener Militärstaat morsch zusammenbrach. Da sich nun auch die Polen erhoben, so mußten die Reste des preußischen Heeres bis hinter die untere Weichsel zurückweichen. Bis dahin schaltete



unbedingt das Gebot Napoleons. Er schrieb ungeheure Kontributionen aus, entthronte den Kurfürsten von Hessen und den Herzog von Braunschweig und bildete aus ihren Ländern, hannöverschen und preußischen Gebietsteilen das Königreich Westfalen für seinen leichtlebigen Bruder Hieronymus (Jérôme): er zwang die übrigen norddeutschen Fürsten zum Eintritt in den Rheinbund und gab dem Kurfürsten von Sachsen unter dieser Bedingung im Frieden von Posen (11. Dezember 1806) die Königskrone.

Daß Friedrich Wilhelm, ermutigt durch Königin Luise, die damals aus einem liebenden Weibe zur Heldin wurde, in dieser furchtbaren Lage den am 16. November abgeschlossenen Waffenstillstand zurückwies und sich zögernd entschloß, mit Rußlands Hilfe den Kampf fortzusetzen, entsprach einem gründlichen Umschwunge in der Stimmung des Volkes. Vor der harten Tatsache der Fremdherrschaft zerfloß die weltbürgerliche Gleichgültigkeit gegen den Staat in nichts; der Stolz auf eine große Vergangenheit, die Anhänglichkeit an das Königshaus und ein zäher Haß, wie ihn die Franzosen im kleinstaatlichen Deutschland noch nirgends angetroffen hatten, traten mehr und mehr hervor; die Herren von dem alten Militäradel stellten sich freiwillig zu den schwarz-weißen Fahnen, und Tausende von Reservisten und Versprengten schlugen sich nach dem fernen Ostpreußen durch. Da hier freilich die russischen Hilfstruppen nur langsam und spärlich eintrafen und nach dem blutigen Treffen bei Pultusk am Narew (26. Dezember) nur Königsberg deckten, so mußte Scharnhorst mit dem Korps Lestocq die bis dahin zähe verteidigten Weichselübergänge preisgeben. Die Franzosen überschritten darauf die Weichsel, doch der strenge Winter hemmte alle Bewegungen, und in der furchtbaren Schlacht bei Preußisch-Eylau südlich von Königsberg am 7. und 8. Februar 1807 entrissen Scharnhorsts Bataillone dem Imperator den schon errungenen Sieg. Abermals trat eine tatsächliche Waffenruhe ein. Friedrich Wilhelm schien sich aufzuraffen: die preußischen Rüstungen wurden aufs eifrigste betrieben und neue Ratgeber gewannen Einfluß. Der König beseitigte endlich das Geheime Kabinett, entließ Haugwitz und berief den Freiherrn K. A. von Hardenberg (geb. 1750) zum Minister des Auswärtigen. Mit Rußland



aber schloß er am 26. April 1807 den Vertrag von Bartenstein, worin sich beide Mächte verpflichteten, den Krieg bis zur Befreiung Deutschlands und zur Wiederherstellung Preußens fortzusetzen und keinen Sonderfrieden einzugehen: ein wahrhaft verwegenes Programm in diesem Augenblicke.

Während dieser ergebnislosen Kämpfe im alten Ordenslande waren auch die größern schlesischen Festungen im Verlaufe des Winters vom Dezember 1806 bis zum Februar 1807 den rheinbündischen Truppen unter König Jérôme erlegen, aber Kosel hielt der Oberst von Puttkammer, die natürliche Gebirgsbastion der Grafschaft Glatz mit Glatz und Silberberg Graf Friedrich Gözen mit ausdauerndem Heldenmut, und Kolberg wurde durch die geniale Verteidigung des Majors Neidhardt von Gneisenau, den Ferdinand von Schill durch feste Streifzüge, die wackere Bürgerschaft unter Joachim Nettelbeck durch opferfreudige Hingabe unterstützte, zum Ausgangspunkt einer neuen Art des Festungskrieges und zur Wiege des neuen preußischen Waffenruhms. An der Weichsel hielt der greise Courbiere das kleine Graudenz.

Doch nach der endlichen Übergabe von Danzig am 25. Mai drangen die Franzosen, auf 200 000 Mann verstärkt, mit fast doppelter Übermacht gegen Königsberg vor und siegten nach einer empfindlichen Schlappe bei Heilsberg (10. Juni) entscheidend am 14. Juni 1807 bei Preußisch-Friedland an der Alle. Mit den Trümmern des Heeres ging auch die königliche Familie hinter den Niemen nach Memel zurück. Eine Fortsetzung des Krieges wäre jetzt nur noch auf russischem Boden möglich gewesen. Doch mit den Mitteln und der Standhaftigkeit des Zaren war es zu Ende. Er schloß allein Waffenstillstand und ließ sich bei einer persönlichen Zusammenkunft auf dem Niemen bei Tilsit (25. Juni) von Napoleons Überlegenheit für den Gedanken gewinnen, gemeinsam mit Frankreich Europa zu beherrschen. Preußen wollte Napoleon ursprünglich vernichten, die Hohenzollern auf Altpreußen beschränken. Doch der Zar verhinderte das, weil er eine solche Ausdehnung des französischen Machtgebiets scheute. Unisonst suchte Königin Luise, die schweren Kränkungen vergessend, mit denen sie Napoleon in seinen Bulletins überhäuft hatte, indem er sie als die ränkevolle Urheberin des Krieges verdächtigte, in einer



Unterredung den Eroberer milder zu stimmen (6. Juli); am 7. Juli 1807 schloß Rußland in Tilsit den Frieden, am 9. Juli mußte Preußen die französischen Bedingungen annehmen. Während sich für Rußland die Aussicht auf die Erwerbung des schwedischen Finnland und der türkischen Donaufürstentümer eröffnete, erhielt der König von Preußen nur „aus Achtung vor dem Kaiser aller Reußen“ etwa die Hälfte seiner Provinzen, nämlich Preußen (doch ohne Danzig und Thorn), Pommern, Brandenburg und Schlesien, im ganzen nur 2880 Quadratmeilen mit  $4\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern zurück, versprach eine schwere (doch damals noch nicht bestimmte) Kriegskontribution zu zahlen, bis zu deren Abtragung 120 000 Mann Franzosen im Lande stehen bleiben sollten, und unterwarf sich, wie auch Rußland getan hatte, der Kontinentalsperre, die Englands Handel vernichten sollte. Aus den polnischen Provinzen Preußens bildete Napoleon das Herzogtum Warschau, das er dem König von Sachsen übertrug. Der Staat Friedrichs des Großen schien vernichtet, jede Möglichkeit zu neuer Erhebung verloren zu sein.

---



## Anläufe zur Neugestaltung 1807 bis 1858

Niemals, selbst nach dem Dreißigjährigen Kriege nicht, war die nationalpolitische Lage Deutschlands so trostlos gewesen wie 1807. Das uralte Gemeinwesen deutscher Nation war aufgelöst, das linke Rheinufer stand unmittelbar unter französischer Herrschaft, die ganze Westhälfte des Landes, das gesamte alte Deutschland, der Rheinbund, 5700 Quadratmeilen mit 15 Millionen Einwohnern, mittelbar, und zwar in eine Menge souveräner Staaten zerrissen, die nur durch die gemeinsame Knechtschaft verbunden waren, denn die geplante Bundesverfassung kam niemals zustande. Im Osten war Österreich noch immer eine Großmacht geblieben, aber Preußen ein verarmter Mittelstaat geworden, auf drei Seiten von feindlichen Nachbarn eingeschnürt und mißtrauisch überwacht. Da auch Holland und Italien von Frankreich ganz abhängig waren, so war das neufarolingische Weltreich eine machtvolle Wirklichkeit, unvergleichlich stärker als das alte und auch wirtschaftlich abgeschlossen, seitdem die Kontinentalsperre vom 21. November 1806 alle Häfen des französischen Reichs und Machtgebiets der englischen Einfuhr verschlossen und der blühenden französischen Industrie einen weiten Markt geöffnet hatte. Es war das größte Ergebnis der „Aufklärung“.

Nicht von diesem Ideenkreise konnte daher der Sturz des Napoleonischen Reichs ausgehen. Es erlag vielmehr der natürlichen Gegenwirkung der Nationalitäten. Aber auch nach der Befreiung gelang es den Deutschen nicht, eine alle Stämme einende Gesamtverfassung aufzurichten. Lediglich der friedliche Dualismus Preußens und Österreichs konnte diesen Mangel bis zu einem gewissen Grade ersetzen. Nur im Innern der Einzelstaaten siegte jetzt überall die Staatseinheit und kurz danach



außerhalb Österreichs auch der konstitutionelle Gedanke, am spätesten in Preußen. Doch die lebendige wirtschaftliche und geistige Entwicklung drängte unaufhaltsam zur strafferen politischen Einheit der Nation. So bildeten allmählich die denkenden Köpfe eine nationalgesinnte Oberschicht, und die wirtschaftliche Einheit wurde im Zollverein für das außerösterreichische Deutschland fast ganz verwirklicht. Freilich, der besonders von den geistig führenden Kreisen ausgehende Versuch, eine neue Gesamtverfassung auf demokratischer Grundlage herzustellen, scheiterte 1848—1849 noch. Doch vermochte auch die Reaktion nur die allzu demokratischen Auswüchse der Bewegung zu beseitigen, den Zug nach der nationalen Einheit dagegen nicht zu unterdrücken.

\*

\*

\*

Die Befreiung Deutschlands von der Fremdherrschaft ging von zwei Seiten aus: von einer tiefgreifenden Umgestaltung des geistigen Lebens und von der inneren Erneuerung des preußischen Staats. Schon vor der Unterjochung hatte die „Romantik“ eingesetzt, deren Vertreter sich vor allem in Jena, Heidelberg und Berlin sammelten, hier die Gelehrten, dort die Dichter. Anknüpfend an die Gedanken der Sturm- und Drangperiode, vor allem an Herder, betrachteten die Romantiker als das Wesen der Poesie die schrankenlose Hingabe an die Empfindung und Phantasie und wandten sich deshalb besonders den Erzeugnissen der naiven Kulturstufen zu, in denen sich diese Kräfte ungestört von verstandesmäßiger Erwägung entfaltet hatten, also der Volksdichtung und dem Mittelalter aller Völker, vor allem des deutschen Volkes. Durch Übersetzungen und Sammlungen erweiterten Männer wie Ludwig Tieck, August Wilhelm und Friedrich Schlegel, die beiden Brüder Jakob und Wilhelm Grimm aus Hanau (Kinder- und Hausmärchen, 1812), Achim von Arnim, Brentano u. a. m. unermüdlich den damals noch sehr engen Kreis der Kenntnis. Der innige Zusammenhang aller Äußerungen des Volkslebens wurde erkannt, die Kultur als ein großes einheitliches Ganze, die Poesie als ein Ausfluß der schöpferischen Kraft des Gesamtvolkes begriffen. Von diesem Standpunkt aus behandelten A. F. Wolf in Halle (1795) zuerst Ilias und Odyssee, A. W.



Schlegel und Fr. H. von der Hagen das Nibelungenlied als Erzeugnisse einer langen Periode epischen Volksgesanges, nicht eines einzigen, großen Dichtergeistes. Ganz ähnlich verstand Eichhorn das deutsche, Savigny das römische Recht als entstanden aus dem Geiste ihres Volkes, und während Johannes von Müller mit taciteischer Wucht die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft noch im guten Glauben an die volkstümlichen Sagen schrieb, faßte der zum patriotischen Preußen gewordene Dietmarsche Barthold Georg Niebuhr in seiner Römischen Geschichte (1811—1812), dem bedeutendsten wissenschaftlichen Werke der Zeit, mit scharfer Kritik der Überlieferung den römischen Staat als das Produkt des römischen Volkstums auf. Erst jetzt wandte man auch den von dem Hochmuth der „Aufklärung“ verkannten und mißhandelten Baudenkmälern des Mittelalters ein verständnisvolles Studium zu; die Brüder Sulpiz und Melchior Boisseree entdeckten Reiz und Wort der zerfallenden Riesenruine des Kölner Doms, Max von Schenkendorf der jämmerlich verunstalteten Marienburg.

Damit war eine entscheidende Wendung in der Auffassung von der Stellung der Einzelpersonlichkeit zum Ganzen gegeben; sie erschien jetzt nicht mehr losgelöst, sondern als das Glied einer großen Gemeinschaft, vor allem des Staates. Deshalb sollte sich nach dem großen schweizerischen Pädagogen Pestalozzi, der Rousseaus pädagogische Grundgedanken auf deutschen Boden verpflanzte, die sittlich-religiöse Erziehung des Menschen in drei Stufen entwickeln, in der Familie, in der Gemeinde, im Staate. Ebenso betonte der große Theologe und Kanzelredner Schleiermacher in Berlin, daß der Einzelne nur als Glied eines Ganzen zur vollen Durchbildung seiner Persönlichkeit gelangen könne, und daß aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens liege, mit dem er sich freiwillig diesem Ganzen hingebe. Von einer streng idealistischen Philosophie aus, die mit ihrem Kernsatze, nur die denkende Persönlichkeit sei wirklich, die Außenwelt bloße Vorstellung des denkenden und wollenden Ich, den Individualismus der Aufklärung auf die Spitze getrieben hatte, kam auch der Sachse Johann Gottlieb Fichte zu der Anschauung, es gäbe nur eine Pflicht, nämlich die, sich selbst zu vergessen, und bezeichnete deshalb in seinen gewaltigen „Reden an die



deutsche Nation", die er im Winter 1807—1808 in Berlin hielt, die weichliche Selbstsucht der Zeitgenossen als den letzten Grund des Verderbens, den ernststen sittlichen Willen als die erste Bedingung der Rettung, denn „Deutschsein und Charakter haben ist ohne Zweifel gleichbedeutend“. Ein Schüler Fichtes aber, der Schwabe Fr. W. J. Schelling, sah in der Natur und der Menschheit eine Entfaltung der Gottheit, also eine zusammenhängende Einheit.

Also begann der weltbürgerliche Deutsche auf philosophischem Umwege und belehrt durch erschütternde Erfahrungen, den Staat und das Vaterland als eine sittliche Notwendigkeit und seine eigne Pflicht gegenüber diesem Vaterlande wenigstens theoretisch zu begreifen; einen nationalen Staat hatte er ja noch nicht. Damit ging freilich die klassische Periode der deutschen Dichtung zu Ende, denn die Reflexion ist der unmittelbaren poetischen Empfindung nicht günstig. Deshalb brachte auch die Romantik im Grunde keinen großen Dichter hervor. Heinrich von Kleist, der größte deutsche Dramatiker neben Schiller, ging zwar von ihr aus, aber in seinen mächtigen Dramen kamen doch vor allem das stolze, jetzt so tödlich gekränkte Selbstbewußtsein des preußischen Edelmanns, die leidenschaftliche Sehnsucht nach Rache und nach Befreiung von der Fremdherrschaft zum Ausdruck. Mehr als er wirkte im Grunde, ohne es zu wollen oder zu hoffen, Goethe mit dem ersten Teile seines „Faust“ (1808). Denn diese großartigste Dichtung aller modernen Kulturvölker gab zugleich die umfassendste und tiefsinnigste poetische Verklärung des deutschen Wesens und belebte weithin die Überzeugung, daß dieses Volk nicht untergehen könne.

Wie auf geistigem Gebiete eine neue Auffassung des geschichtlichen Werdens den logischen Konstruktionen der Aufklärung entgegentrat, so standen im Staatsleben zwei ganz verschiedene Systeme nebeneinander, gewissermaßen die Verkörperung dieser beiden Geistesrichtungen: das französisch-rheinbündische und das preußisch-deutsche, der Staat als Mechanismus und als lebendiger Organismus. Das erste System brachte die Ideen der Aufklärung da, wo sie bisher gar nicht oder nur unvollkommen zur praktischen Geltung gekommen waren, zur konsequenten, vielfach zwar höchst gewaltsamen,



ja geradezu revolutionären, aber doch im ganzen notwendigen und wohlthätigen Durchführung. Unter dem Zwange der Noth, die neuerworbenen Gebiete mit dem alten Kern zu verschmelzen und dem Protektor schlagfertige Truppen zur Verfügung zu stellen, führten die meisten Rheinbundstaaten die straffe monarchische Staatseinheit durch, gründeten das Heerwesen auf die allgemeine Aushebung (mit Stellvertretung), entfeesselten den Verkehr, bahnten die Befreiung des Bauernstandes an, behandelten die Kirche als eine staatlich beaufsichtigte Polizeianstalt, gaben aber auch die alte kirchliche Ausschließlichkeit auf. Völlig nach französischem Muster und im Hinblick auf die zukünftige Einverleibung in Frankreich geordnet wurden das Königreich Westfalen, der eigentliche Musterstaat des Rheinbundes, Murats Großherzogtum Berg und der Staat des Fürsten-Primas Dalberg (seit 1810 Großherzogtum Frankfurt), also die ganz unhistorischen Neuschöpfungen Napoleons. Höchst gewaltsam und ohne jede Achtung vor dem historisch Gewordenen führte in Bayern, dem größten Rheinbundstaate seit der Erwerbung Tirols (1600 Quadratmeilen mit  $3\frac{3}{4}$  Millionen Einwohnern im Jahre 1808), der Minister Montgelas, ein ganz französisch gebildeter Fanatiker der Aufklärung, unter dem gutmütigen, bequemen und volkstümlichen König Max Joseph (1799—1826) die neue Ordnung durch, und mit despotischer Härte verschmolz Friedrich der Erste von Württemberg (1797—1816) das ständische Alt-Württemberg mit den neuen Erwerbungen zu einem straff zentralisierten, seit 1806 absolut regierten „Reiche“ von 329 Quadratmeilen mit  $1\frac{1}{4}$  Millionen Einwohnern. Milder trat die Umwandlung in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau u. a. m. auf; fast unberührt von ihr blieben dagegen die altständischen Lande Sachsen, Thüringen und Mecklenburg, nur daß auch sie ihr Heerwesen nach französischem Muster umgestalteten. Aber überall herrschte der echte Rheinbundgeist, die Unterwürfigkeit unter den bewunderten und gefürchteten Protektor, und der ängstliche Haß gegen die Idee einer nationalen Gesamtverfassung Deutschlands, die die neuen Er rungenschaften zu bedrohen schien.

Nur von Preußen konnte die Befreiung und die Neugestaltung ausgehen. Denn nur dieser Staat hatte eine selbst-



ständige, stolze, nationale Tradition. Hier versammelte sich deswegen eine Schar hervorragender Männer aus allen Teilen Deutschlands, in der Tat die Blüte der Nation, alle eigenartig und selbständig, aber verbunden durch das Streben nach dem gleichen Ziele und durch die Reinheit ihres starken Willens, an ihrer Spitze (seit 7. September 1807) der Rheinländer Karl vom Stein (geb. 1757), ein stolzer Reichsritter, ein Todfeind der Kleinstaaterie und des Napoleonischen Weltreichs, ein Deutscher schlechtweg, voll trotzigen Selbstgefühls und schöpferischer Gedanken. Ihre beste Stütze hatten die Männer der Reform in der Königin Luise; der König ließ sie mehr ungnädig gewähren, als daß er sie gefördert hätte, aber er ließ ihnen doch unter dem Druck der Verhältnisse, getrieben von der Angst um seinen Thron, in den entscheidenden Augenblicken seine Autorität, die allein imstande war, den Widerstand der Anhänger des Alten zu brechen. Stein, vorgebildet unter der noch lebendigen Selbstverwaltung der westfälischen Stadtgemeinden und Bauernschaften wie durch das Studium der englischen Verhältnisse, sah gleich Justus Möser die Freiheit nicht in der demokratischen Gleichheit der Franzosen, sondern in der tätigen Teilnahme der „Eigentümer“ (d. h. der Grundbesitzer) an der Verwaltung kleinerer Kreise, um sie zum Verständnis des Staats, zur Staatsgesinnung zu erziehen. Er begann daher mit dem ursprünglich nur für die Provinz Preußen berechneten Gesetz über die Aufhebung der bäuerlichen Erbuntertänigkeit vom 9. Oktober 1807 und schuf damit die Grundlage für die Befreiung des Bauernstandes. Sodann gab die Städteordnung vom 19. November 1808 den Stadtgemeinden die Selbstverwaltung durch frei aus der Bürgerschaft und von ihr gewählte Körperschaften, den Magistrat und die Stadtverordneten. Von den geplanten Provinziallandtagen trat nur einer, der ostpreussische, und zwar durch eine Reform der alten Stände, in Wirksamkeit; der Reichstag, der das ganze Werk krönen sollte, kam überhaupt noch nicht zustande. Dafür wurde noch im Dezember 1808 die volle Einheit der Staatsverwaltung durch Errichtung von fünf Fachministerien (für Auswärtiges, Inneres, Krieg, Finanzen, Kultus) begründet, die alten Provinzialministerien als Oberpräsidien in die Hauptstädte der drei Provinzen (Preußen, Brandenburg-Pommern,



Schlesien) verlegt, die Kriegs- und Domänenkammern in die „Regierungen“ verwandelt. Der Schöpfer des neuen Heerwesens wurde der Niedersachse Gerhard David Scharnhorst (geb. 1755). Nachdem in eindringenden Untersuchungen mit heilsamer Härte alle Festungskommandanten, die 1806 kapituliert hatten, kriegsrechtlich verurteilt, alle dienstuntauglichen Offiziere entlassen, alle Regimenter, die die Waffen gestreckt hatten, aufgelöst worden waren, gründete Scharnhorst die Armee lediglich auf die inländische Aushebung, schaffte die entehrenden Körperstrafen und den gesonderten Gerichtsstand der Angehörigen des Heeres (außer bei militärischen Vergehen) ab, gliederte die Armee in sechs selbständige Brigaden aus allen Waffen und gab ihr die neue französische Taktik, wie eine neue Ausrüstung. Dabei mußte die Bewaffnung so gut wie neu geschaffen werden.

Und das alles unter der drückendsten Finanznot. Denn am Marke des planmäßig bis aufs Blut ausgeplünderten und völlig verarmten Staates zehrten die französischen Besatzungen; über eine Milliarde Franken hat Napoleon allmählich dem preussischen Volke abgepreßt. Erst die ihm ganz unerwartete Erhebung Spaniens, dem er, um das Kontinentalsystem gründlicher durchzuführen, seinen Bruder Joseph als König aufgedrängt hatte, seit dem Mai 1808, nötigte ihn, seine Truppen bis auf zehntausend Mann (in den drei Oderfestungen) aus Preußen herauszuziehen und im Vertrage vom 8. September 1808 die Kriegskontribution auf 140 Millionen Franken festzusetzen. Der König mußte sich dagegen freilich verpflichten, in den nächsten zehn Jahren den Friedensstand seines Heeres nicht über 42 000 Mann zu bringen, aber er erhielt doch die freie Verfügung über seine Staatseinkünfte zurück und man umging jene Bestimmung dadurch, daß die eingezogenen Wehrpflichtigen schnell auserzient und durch neue Rekruten ersetzt wurden. (Das „Krümpersystem“, d. h. das der krummen, noch nicht durchgebildeten Mannschaften.)

Doch die Hoffnung der Patrioten auf eine nahe Befreiung wurde noch zerschanden. Die Zusammenkunft Napoleons und des Kaisers Alexander in Erfurt (September und Oktober 1808), zugleich eine glänzende Schaustellung französischer Macht und eine tiefe Demütigung für den deut-



schen Fürstenstand, befestigte das Bündnis beider Herrscher; Stein mußte, mit Grund franzosenfeindlicher Gesinnungen verdächtigt, am 24. November seine Entlassung nehmen und wurde von Napoleon geächtet, und Österreichs schlecht vorbereitete und verfrühte Erhebung scheiterte vollständig.

Mit dem Amtsantritt des Grafen Philipp Stadion, eines rätisch-alemannischen Reichsritters (geb. 1763), schien ein neuer Geist in den alten Staatsbau der Habsburger eingezogen zu sein. Unter eifriger Unterstützung der Erzherzöge Karl und Johann und mit warmer Anteilnahme der Kaiserin Ludovika von Este wurde die Armee durch Errichtung einer Landwehr und zahlreicher Freiwilligenkorps auf eine volkstümliche Grundlage gestellt. Außerdem sollte nach dem spanischen Vorbilde, das hier zum erstenmal seine berückende Kraft ausübte, in den Gebirgen von Dalmatien bis Tirol der Volkskrieg entflammt, durch örtliche Aufstände das rheinbündische Norddeutschland revolutioniert und Preußen mit fortgerissen werden. Jedoch die begründete Furcht, Rußland möchte sich der Donaufürstentümer bemächtigen, trieb zum verfrühten Losbruch. Glänzend war der Anfang. Die Tiroler, in allen ihren Empfindungen von der „aufgeklärten“ bayrischen Verwaltung aufs schwerste verletzt und aufgestachelt von ihrer Geistlichkeit, erhoben sich, als ein österreichisches Korps von 14 000 Mann aus Kärnten einmarschierte, unter Volksführern wie Andreas Hofer, Joseph Speckbacher und dem Kapuziner Joachim Haspinger und überwältigten binnen sechs Tagen (9. bis 14. April) die schwachen und vereinzelt bayrischen und französischen Besatzungen. Aber der nicht recht entschlossene gleichzeitige Angriff des Erzherzogs Karl auf Bayern schlug vollkommen fehl, obwohl Napoleon überrascht wurde. In blutigen Gefechten zwischen Regensburg und der Isar wurden die Österreicher bis zum 23. April in zwei Teile auseinander gesprengt, die Hauptmasse mit dem Erzherzog nach Böhmen, der schwächere linke Flügel unter Hiller nach Oberösterreich zurückgedrängt. Am 13. Mai zogen die Franzosen zum zweitenmal in Wien ein. Nun warfen die Bayern unter Wrede mit grausamer Härte Nordtirol nieder, Erzherzog Johann mußte Italien, Erzherzog Ferdinand das Herzogtum Warschau räumen. Nur den Angriff der Franzosen auf die im Marchfelde nördlich von



der Donau zur Wiedereroberung Wiens versammelten Österreicher schlug der Erzherzog Karl in der blutigen Schlacht bei Aspern und Essling am 21. und 22. Mai glücklich ab, und der moralische Erfolg dieser ersten persönlichen Niederlage Napoleons war so groß, daß in Tirol Hofer die Bayern zum zweitenmal aus Innsbruck warf (29. Mai).

Dagegen waren die vereinzelt planlosen Aufstände in Norddeutschland notwendig erfolglos. Die Erhebung, die der Major Dörnberg schon am 22. April in Hessen versuchte, scheiterte an der Treue der westfälischen Truppen; Schill, der in der Hoffnung, seinen König mit fortzureißen, am 28. April sein (brandenburgisches) Husarenregiment von Berlin weg zum Angriff auf Magdeburg geführt hatte, warf sich, von seinem Kriegsherrn verleugnet, nach dem schwedischen Stralsund, um daraus ein deutsches Saragossa zu machen, und erlag hier am 31. Mai tapfer fechtend der Übermacht; elf seiner Offiziere wurden als brigands in Wesel standrechtlich erschossen. Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig endlich versuchte vergeblich mit seinem bei Nachod gebildeten Freikorps, den „Schwarzen“, Sachsen in Aufruhr zu bringen und besetzte sogar Dresden. Preußen aber stand beiseite. Die Bedingung, die Friedrich Wilhelm, zaudernd wie immer, seinen ungestüm zum Kriege drängenden Beratern stellte, daß zuvor Österreich einen entscheidenden Sieg erfechte, wurde nicht erfüllt. Vielmehr vereitelte der Vizekönig Eugen von Italien durch den Sieg bei Raab am 14. Juni den Versuch des Erzherzogs Johann, mit seinem Bruder Karl gemeinsam Wien anzugreifen, und dieser selbst, der den Erfolg von Aspern ganz unbenuzt gelassen hatte, wurde bei Wagram im nördlichen Teile des Marchfeldes von den gewaltig verstärkten Franzosen am 5. und 6. Juli überwältigt, so daß er nach Mähren zurückging. Allzufrüh, wie 1805, entmutigt, schloß darauf Österreich schon am 12. Juli den Waffenstillstand von Znaim. Trotzdem wehrten die tapfern Tiroler noch einmal den Angriff des Marschalls Lefebvre heldenmütig ab und nahmen am 15. August Innsbruck, und der Herzog von Braunschweig schlug sich von Zwickau bis zur Wesermündung durch, wo er sich am 7. August nach England einschiffte.

Ohne die steigenden Verlegenheiten Napoleons in Spanien



seit dem Eingreifen Englands auszunützen, schloß Österreich am 14. Oktober 1809 den Frieden von Wien (Schönbrunn). Es trat darin Salzburg und einen Teil Oberösterreichs an Bayern, Neugalizien an Warschau, Oberkärnten, Krain, Görz, Triest, Istrien, Dalmatien und einen Teil Kroatiens an Frankreich ab, verzichtete also auf alle Verbindung mit dem Meer, und gab Tirol preis. Von allen Seiten mit Übermacht angefallen, erlagen jetzt die letzten schwachen Kräfte des tapfern Alpenvolkes; Hofer wurde in seinem Versteck verraten und starb am 20. Februar 1810 in Mantua mit ruhiger Fassung den Tod des Rebellen. Der Nachfolger Stadions aber wurde Fürst Clemens Metternich (geb. 1773), der bisherige österreichische Botschafter in Paris, ein Rheinländer, der echte Vertreter einer internationalen, in französischer Aufklärung gebildeten, ebenso klugen als gemüthsarmen Aristokratie, dem die deutsche Nation eine „Mythe“ war. Er vermittelte die Vermählung einer Tochter seines Kaisers, der Erzherzogin Marie Luise, mit Napoleon, dem vorher geschmähten und verachteten Usurpator (2. April 1810). Als nun zu dieser Selbstentwürdigung des stolzen Kaiserhauses im Jahre 1811 auch noch der Staatsbankerott trat, da brach der alte Pessimismus und die alte Genußsucht der Österreicher wieder hervor, und nach dem schönsten, hoffnungsvollsten Jahre der österreichischen Geschichte versank die Seele dieser tapfern Stämme in einen tiefen Schlummer, aus dem sie auch 1813 nicht wieder erwachte.

Der neue Sieg ermutigte Napoleon, 1810 Holland und die deutschen Nordseelände samt Lauenburg und Lübeck unmittelbar mit dem französischen Reiche zu vereinigen und dadurch sein Kontinentalsystem gegen das unbesiegte England vollständig durchzuführen. Für Preußen brachte er eine Steigerung der Bedrängnisse. Noch im Dezember 1809 sah sich der König durch drohende Mahnungen genötigt, von Königsberg nach Berlin zurückzukehren, mitten hinein zwischen französische und rheinbündische Garnisonen; das Drängen des Kaisers auf Abzahlung der Kontribution schüchterte die Minister so ein, daß sie, an der Zukunft des Staates verzweifelnd, dem König rieten, sich durch Abtretung eines Theiles von Schlesien loszukaufen. Doch der Monarch verwarf, aufgerüttelt durch



den flammenden Zorn der Königin Luise, den kleinmütigen Vorschlag, entließ das Ministerium Altenstein und berief am 4. Juni den Freiherrn von Hardenberg als Staatskanzler an die Spitze des Ministeriums. Kaum war diese schwere Krisis überwunden, da verschied die stolze Königin in der Blüte ihrer Jahre am 19. Juli 1810 auf Schloß Hohenzieritz in Mecklenburg, das edelste Opfer dieser furchtbaren Zeit, von ihrem treuen Volke als Vorbild ungebeugter Entsagung wie der unversiegliehen Hoffnung dankbar verehrt.

Hardenberg wollte die Reformen Steins fortsetzen, aber weniger im Sinne gesteigerter Selbstverwaltung als im französisch-rheinbündischen Stile durch Befreiung des Verkehrs und der wirtschaftlichen Kreise, Stärkung der Bureaucratie und Neuregelung der Finanzen; etwas voreilig wurde eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation der Nation sowohl für die Provinzen als für das Ganze im Edikt vom 17. Oktober 1810 versprochen. Eine Reihe von Gesetzen ordnete 1811—1812 die Ablösung der bäuerlichen Lasten, um den Bauern ein freies Grundeigentum zu sichern, stellte das Steuerwesen auf neue Grundlagen (Personal-, Einkommen- und Vermögenssteuer), gewährte die Gewerbefreiheit für Stadt und Land und die Emanzipation der Juden. Die Abzahlung der Kontribution wurde freilich nur durch die Einziehung der Reste des Kirchenguts und den Verkauf des größten Teils der Domänen möglich, die somit dem Staate geradezu zur Rettung wurden. Die Selbstverwaltung führte Hardenberg nur durch die Übertragung der ländlichen Ortspolizei auf die Dorfbehörden und die Einrichtung von Kreistagen aus Vertretern aller Stände weiter. Doch die kühnste Tat eines unverzagten Idealismus war die Gründung und reiche Ausstattung der Universität Berlin 1810. Opferwillig und verständnisvoll kam das Volk seiner Regierung entgegen; fester als jemals schloß sich auch das bisher so ganz unpolitische Bürgertum um sein Königshaus und in sich selbst zusammen und bereitete sich durch sittliche und körperliche Selbstzucht, wie sie Fichte und Schleiermacher für die Gebildeten, E. M. Arndt in seinem „Geiste der Zeit“ und Fr. E. Jahn vor allem als Gründer der deutschen Turnerei (1811) auch für breitere Kreise übten, unermüdlich vor, das fremde Joch zu brechen. Die geheimen



patriotischen Verbindungen, wie der „Tugendbund“ und der „Deutsche Bund“, gewannen wenig praktische Bedeutung, aber weite Schichten des Volkes lebten sich in den Gedanken einer nationalen Erhebung ein.

Doch solange das Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland bestand, war ein Aufstand in Deutschland aussichtslos. Der Bruch kam, als Kaiser Alexander, schon gereizt durch die Vergrößerung des Herzogtums Warschau 1809, die in den Polen die Hoffnung auf die Wiederherstellung ihres Reiches erweckte, und durch die Entthronung seiner oldenburgischen Verwandten, seit Ende 1810 dem furchtbaren Zwange des Kontinentalsystems durch Erleichterung seiner drückendsten Bestimmungen sich zu entziehen begann. Schon 1811 war Napoleon zum Kriege entschlossen und häufte Truppenmassen in Deutschland an. Das Volk sah in dem Riesenkometen des heißen Sommers 1811 ahnungsvoll das Vorzeichen eines gewaltigen Krieges, und in Preußen fand bei den besten Männern, wie Scharnhorst und Gneisenau, der Gedanke an einen verzweifelten Volkskrieg im Anschluß an Rußland festeren Boden. Da aber Rußland, noch mit der Türkei in den Krieg um die Donaufürstentümer verwickelt, den Kampf gegen Frankreich nur verteidigungsweise führen wollte, sah Friedrich Wilhelm nach manchen Schwankungen keinen anderen Ausweg, als sich durch den Vertrag vom 24. Februar (5. März) 1812 an Napoleon bedingungslos anzuschließen, ihm die Hälfte seines Heeres, 20 000 Mann, zur Verfügung zu stellen, alle seine Provinzen, mit Ausnahme des größten Teils von Schlesien, den französischen Durchmärschen zu öffnen und erschöpfende Lieferungen an Wagen, Pferden, und Schlachtvieh zu übernehmen, so daß viele verzweifelnd alle Hoffnungen aufgaben. Williger schloß sich am 14. März Österreich dem Imperator an, da eine russische Eroberung der Donaufürstentümer gegen sein Interesse verstieß.

So wurde Norddeutschland die Operationsbasis Napoleons. In endlosen Heerzügen ergossen sich im Frühjahr 1812 die Massen der „großen Armee“, ein buntes Völkergemisch aus ganz Mittel- und Westeuropa, kaum zum Drittel national-französische Truppen, durch Norddeutschland, während sich Napoleon im Mai zu Dresden noch einmal in den Strahlen seines



Glanzes selbstgefällig sonnte; seit dem Juni verschwanden sie hinter der polnischen Grenze. Von den deutschen Truppen folgten die Preußen, erst unter Grawert, dann unter York, dem linken Flügel (Macdonald) nach Kurland zum Angriff auf Riga und Petersburg, die Österreicher und Sachsen dem rechten (Fürst Schwarzenberg) gegen Südrußland; die Hauptmasse der Rheinbündner gehörte dem Zentrum (300 000 Mann) an, das Napoleon selbst gegen Moskau führte. Auf allen Schlachtfeldern bewährten auch in fremder Dienstbarkeit die deutschen Truppen ihre Tapferkeit, und die Rheinbündner zogen nach der Mordschlacht von Borodino (7. September) am 14. September mit in die alte Zarenstadt ein. Doch der schreckliche Brand von Moskau, von dem russischen Generalgouverneur Rostoptschin selbst veranlaßt, zerstörte die erstrebten Winterquartiere, die Plünderung der brennenden Stadt untergrub vollends die schon durch den endlosen Marsch gelockerte Zucht der Truppen, und der Zar verweigerte jede Unterhandlung, gestählt von der Stimmung seines tieferregten Volkes und dem Räte des Freiherrn vom Stein folgend. Also trat die „große Armee“, nur noch 100 000 Mann, am 18. und 19. Oktober verspätet den Rückzug aus Moskau an, hinein in die russische Schneewüste und ins Verderben. Doch erst als die jammervollen Reste, meist waffenlos, in abenteuerlichen Vermummungen, halb erfroren, seit dem 10. Dezember die preußische Grenze überschritten, erfuhr man hier, daß die Ahnung des Volkes eingetroffen sei, daß ein Gottesgericht ohnegleichen das siegesstolze Heer vernichtet habe, und wie auf Flügeln ging die geheime Losung durch das Land: jetzt oder nie!

Währenddem suchte sich die preußische Regierung im steten Einvernehmen mit Österreich vorsichtig dem französischen Bündnisse zu entwinden, knüpfte deshalb die von Napoleon aus Dresden verlangte Verstärkung des preußischen Kontingents (14. Dezember) an schwer erfüllbare Bedingungen und begann, scheinbar noch für Frankreich, langsam zu rüsten, als man schon wußte, daß York mit Macdonald den Rückzug aus Kurland angetreten hatte. Da traf am 4. Januar 1813 in Berlin die unerwartete Kunde ein, York habe sich, durch russische Truppen von Macdonald abgeschnitten, auf eigene Hand



am 30. Dezember 1812 in der Konvention von Tauroggen (bei Tilsit) von den Franzosen getrennt, sein Armeekorps, noch 13 000 streitfähige Leute, auf zwei Monate für neutral erklärt und ihm den Landstrich zwischen der Grenze und dem Njemen anweisen lassen. Damit öffnete der alte scharfe „Isengrim“ im vollen Bewußtsein der Lage Ostpreußens den Russen, das er mit den Franzosen König Murats zusammen ihren schwachen Streitkräften recht wohl hätte sperren können, und gab wie das Zeichen so die Möglichkeit zur Erhebung. Sein König war noch nicht frei genug, das eigenmächtige Vorgehen des Generals billigen zu können; er verwarf deshalb amtlich die Konvention, trat aber, gedrängt von den Patrioten, unter der Hand mit dem Zaren in Verbindung und reiste, als er von diesem die Zusicherung erhalten hatte, daß die Russen die Weichsel überschreiten würden, am 22. Januar von Charlottenburg nach Breslau ab, um Herr seiner Entschließungen zu werden.

Doch seine treuen Ostpreußen waren nicht in der Lage und gesonnen zu warten. Schon zu Anfang Januar waren die Franzosen hinter die Weichsel zurückgewichen, die Russen hatten Königsberg besetzt, und kraft einer älteren Ernennung übernahm York als königlicher Generalgouverneur die Oberleitung der stürmisch aufgeregten Provinz. Er berief, sobald Stein als russischer Kommissar mit E. M. Arndt am 22. Januar in Königsberg eingetroffen war, den Provinziallandtag, und in wenig Tagen (5. bis 9. Februar) beschloß diese hochkonservative Versammlung von Edelleuten, Bürgern und Bauern ohne alles rednerische Gepränge, aber mit dem schweren Ernste dieses langsam erwärmenden Volkes, die letzten Kräfte des furchtbar mitgenommenen Landes zum Kampfe gegen Frankreich aufzubieten, ohne Weisung, aber unter Voraussetzung der nachträglichen Genehmigung des Königs. In denselben Tagen ließ sich endlich auch der König fortreißen; er begann Vertrauen zu seinem Volke zu fassen, und seine drei Erlasse, der Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerdetachements vom 3. (8.) Februar, die vorläufige Aufhebung aller bisherigen Befreiungen vom Kriegsdienst vom 3. Februar und die Erlaubnis für den Major von Lühow (vom 18. Februar), ein Freikorps aus außerpreußischen Deutschen zu bilden, gaben



den Anstoß zur allgemeinen, begeisterten Erhebung. Aus den Universitäten und Schulen, aus den Amtsstuben und Kontoren, vom Pfluge und Amboss weg meldeten sich die Freiwilligen zu Tausenden, gehobenen Herzens strömten die Reservisten und Rekruten zu den alten Fahnen, und wer nicht selbst eintreten konnte, der gab willig, was er hatte, Geld, Tuch, Leinwand, das letzte mühsam gerettete Silbergerät, sogar die goldnen Trauringe zur Ausrüstung der Armee. Und das alles vollzog sich geräuschlos, still und feierlich wie in religiöser Andacht; nicht eine Bluttat an dem verhassten Feinde hat diese reinste und schönste Volkserhebung aller Zeiten geschändet. Also setzte ein ganzes Volk die letzten armen Trümmer seiner Habe, seine gesamten geistigen und physischen Kräfte an die Idee des Vaterlandes, des Staats. „Es war der weltgeschichtliche Augenblick, da preussisches Staats- und deutsches Nationalgefühl ineinanderfloßen.“

Unwiderrüßlich drängte diese Bewegung den immer wieder halb ungläubig und vorsichtig zögernden König vorwärts. Am 28. Februar schloß er mit Rußland das Bündnis von Kalisch, worin sich beide Mächte verpflichteten, den Krieg bis zur Befreiung Deutschlands und bis zur Wiederherstellung Preußens in seinem Umfange von 1806 fortzuführen, doch so, daß der größte Teil seiner polnischen Provinzen an Rußland fallen und es dafür durch eroberte norddeutsche Gebiete (Hannover ausgenommen) entschädigt werden solle; zu diesem Zwecke hatte Rußland 150 000 Mann, Preußen 80 000 Mann ins Feld zu stellen. Nun überschritten die Russen am 2. März die Oder und besetzten am 11. März Berlin, das die Franzosen am 4. geräumt hatten, wenig später zog Norß unter dem Jubel der Bevölkerung dort ein. Am 16. März übergab Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung, am 20. brachte die amtliche Schlesische Zeitung den herrlichen „Aufruf an mein Volk“ vom 17. März und die Urkunde über die Stiftung des Eisernen Kreuzes vom 10. März, dem Geburtstag der Königin Luise. Inzwischen trat neben die Linientruppen die Landwehr, die Schöpfung Scharnhorsts, und seit dem April für die örtliche Verteidigung der Landsturm. So übertrafen die preussischen Rüstungen weit die vertragsmäßigen Verpflichtungen. Bei einer Bevölkerung von kaum 5 Millionen



rief Preußen bis zum 16. Mai außer dem Landsturm 271 000 Mann zu den Fahnen, das stärkste Aufgebot, das Deutschland seit der Urzeit jemals erlebt hatte, und was noch mehr bedeutete: dieses Heer war die Blüte des gesamten Volkes, das erste Heer der modernen allgemeinen Wehrpflicht. Denn als ein Volkskrieg, ein „heiliger Krieg“ erschien der Kampf, und darum gab ihm auch die schönste patriotische Dichtung aller Zeiten die Weihe (Theodor Körner, Max von Schenkendorf, Ernst Moritz Arndt).

Doch die ersten hochfliegenden Hoffnungen der Verbündeten, das rheinbündische Deutschland mit sich fortreisend bis zum Rhein vorzudringen, erfüllten sich nicht. Zwar schlossen sich die Herzöge von Mecklenburg sofort an, und Hamburg wurde schon am 17. März besetzt; aber als nun die beiden Heere der Verbündeten, die Nordarmee unter dem Russen Wittgenstein, die Süddarmee unter des jugendlichen Greises G. E. von Blücher (geb. 1742) feuriger Führung, in Sachsen einrückten, den langsam hinter die Elbe zurückweichenden Franzosen des Vizekönigs Eugen folgend, da entzog sich der König Friedrich August, der fest an die Unbesieglichkeit seines „großen Protektors“ glaubte, durch die Abreise aus Dresden der Entscheidung und verband sich dann mit dem sich behutsam zurückhaltenden Österreich zur bewaffneten Vermittlung. In Sachsen aber wagte man trotz günstiger Stimmung nicht, ohne ihn zu handeln, und auch der in Torgau die neugebildete Armee kommandierende General Thielemann mußte sich zurückhalten, weil er seiner Offiziere nicht sicher war und noch weniger der nachträglichen Zustimmung seines Königs. So standen die Verbündeten erst um Leipzig, als Napoleon, nachdem er seinem erschöpften und murrenden Frankreich ein neues Heer abgepreßt hatte, in Eilmärschen durch Thüringen heranzog. Mit Übermacht nötigte er die Verbündeten nach der blutigen Schlacht um Großgörschen bei Lützen am 2. Mai, über Meissen und Dresden hinter die Elbe zurückzugehen, und besetzte schon am 8. Mai Dresden, wohin der König, seiner drohenden Mahnung folgend, am 12. zurückkehrte, um sich ihm wieder unbedingt anzuschließen. Aber ungebrochenen Mutes wagten die Verbündeten am 20. und 21. Mai bei Bautzen eine zweite Schlacht und zogen auch, als sie den Kampf



abbrechen mußten, nur unter beständigen hartnäckigen Gefechten nach Schlesien ab.

Hier schlossen beide Teile, erschöpft wie sie waren, am 4. Juni den Waffenstillstand von Poischwitz bei Jauer, beide vor allem in der Hoffnung, Österreich zu sich herüberzuziehen. Vom Frieden wollten die preussischen Patrioten im Hauptquartier nichts wissen, zumal da der heimtückische, vertragswidrige Überfall auf das Lützowsche Freikorps bei Kitzhen nicht weit von Leipzig am 17. Juni die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes wieder bewiesen hatte; aber sie sandten, um Verhandlungen anzuknüpfen, Scharnhorst nach Österreich, der freilich auf der Reise seiner bei Lützen erhaltenen Wunde am 28. Juni in Prag erlag, und nahmen am 27. Juni im Vertrage von Reichenbach die kümmerlichen Friedensvorschläge Metternichs (Teilung des Großherzogtums Warschau unter die drei Ostmächte, Rückgabe der Nordseeküste und der illyrischen Provinzen) an, weil Österreich versprach, wenn Napoleon sie verwerfe, auf die Seite Preußens und Rußlands zu treten. Sie willigten deshalb auch in einen Friedenskongreß zu Prag, zu dem Metternich am 28. Juni auch dem zürnenden Napoleon in Dresden die Einwilligung mühsam entriß. Ihre Rechnung bewährte sich: nach zwei Siegen wollte Napoleon von Landabtretungen schlechterdings nichts wissen. So lief der Stillstand am 10. August ab, und Österreich trat, obwohl es Metternich vor den preussischen „Jakobinern“ graute, zu den Verbündeten über. Mit seinem wohlgeschonten Heere konnte es die Entscheidung geben, übernahm deshalb auch die Oberleitung und tat das Mögliche, den preussisch-deutschen Volkskrieg in den Kabinettskrieg einer europäischen Koalition zu verfälschen. Auch England und Schweden schlossen sich an.

Inzwischen hatte Napoleon 450 000 Mann aufgestellt, Franzosen, Polen und Rheinbündner. Im Besitz der ganzen Elblinie von der böhmischen Grenze bis zur Nordsee (auch Hamburg war seit dem 30. Mai wieder in seinen Händen) und auf das stark befestigte Dresden als Mittelpunkt seiner Stellung gestützt, wollte er gleichzeitig, den Vorteil der „inneren Linien“ benutzend, gegen Schlesien (Macdonald), Berlin (Oudinot) und Böhmen zum Angriff übergehen. Im weiten Bogen umgaben ihn die Verbündeten, um wenige Zehntausend



stärker. In Böhmen stand ihre Hauptarmee unter Fürst Schwarzenberg, in Schlesien Blücher mit dem genialen Gneisenau als Generalstabschef, in seinem Hauptquartier die besten Kräfte vereinigend, vor Berlin die Nordarmee unter dem Kronprinzen Karl Johann von Schweden, dem frühern Marschall Bernadotte. Alle drei Heere sollten, ohne daß sich eines von ihnen allein in eine Entscheidungsschlacht einlasse, zusammenwirkend Napoleon allmählich nach Leipzig drängen. Da wiesen nun zuerst am 24. August die Preußen der Nordarmee unter Bülow den Angriff Oudinots bei Großbeeren in mörderischem Ringen zurück, und Blücher schlug am 26. August den Marschall Macdonald an der Katzbach auf der alten Walfstatt der Mongolenschlacht von 1241 bis zur Vernichtung, so daß er Schlesien räumte. Napoleon hatte seinen Angriff auf Böhmen (von der Oberlausitz aus) aufgegeben, weil inzwischen die Hauptarmee der Verbündeten, das Erzgebirge überschreitend, auf Leipzig vordrang und sich dann mit plötzlicher Änderung ihrer Marschrichtung gegen das schwach besetzte Dresden wandte. Da sie aber den günstigen Augenblick vor Napoleons Ankunft nicht zu benützen verstand, so wurde sie in zweitägiger Schlacht am 26. und 27. August aufs Haupt geschlagen und ins Erzgebirge zurückgeworfen. Nur kam Vandamme, von den Russen bei Pirna und Königstein aufgehalten, zu spät und war zu schwach, den geschlagenen Massen den Abstieg in den Teplitzer Kessel zu versperren; das rettete die Verbündeten vor der Katastrophe und gab ihnen sogar die Gelegenheit, durch die Vernichtung von Vandammes Korps bei Kulm am 29. und 30. August die Niederlage von Dresden einigermaßen auszugleichen. Ebenso scheiterte der zweite französische Vorstoß auf Berlin unter Ney in der Schlacht von Dennewitz bei Jüterbog am 6. September an dem heldenmütigen Widerstande Bülows und Tauenziens.

Während der nun folgenden Pause im Kampfe einigten sich die drei verbündeten Ostmächte im Teplitzer Vertrage vom 9. September, den Krieg bis an den Rhein fortzusetzen und den Rheinbundstaaten „die volle und unbedingte Unabhängigkeit“ zuzusichern. Auf dieser Grundlage gewährte Österreich, dem man in kurzfristiger Vertrauensseligkeit die Regelung der süddeutschen Verhältnisse überließ, Bayern im Vertrage



von Ried am 8. Oktober gegen die Abtretung Tirols und Salzburgs und den Anschluß an die Verbündeten die volle Souveränität, machte also jede straffere Bundesverfassung, wie sie Stein u. a. erstrebten, von vornherein unmöglich, sicherte sich aber den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Dinge.

Noch vorher war von der schlesischen Armee das Zeichen zum entscheidenden Vormarsch ausgegangen. Am 3. Oktober erzwang Morf bei Wartenburg oberhalb von Wittenberg den Übergang über die Elbe; bei Düben an der Mulde wurde die Verbindung mit der zögernd vorrückenden Nordarmee hergestellt, und die Besetzung von Halle bedrohte die Rückzugslinie Napoleons. Da nun auch die böhmische Armee wieder gegen Leipzig vordrang, so vereinigte Napoleon hier allmählich den Kern seiner Streitmacht, im ganzen 180 000 Mann. Doch näherte sich die Nordarmee so langsam, daß in der gewaltigen „Völkerschlacht“ am 16. Oktober nur Blücher bei Möckern im Nordwesten der Stadt entschieden siegte, im Süden bei Wachau die Franzosen ihre Stellung im ganzen behaupteten. Erst am 18. Oktober mit voller Übermacht, 255 000 gegen 160 000 Mann angreifend, überwältigten die Verbündeten Napoleons linken Flügel im Osten Leipzigs (auf der Linie Probstheida-Schönefeld) und erstürmten am 19. Oktober auch die Stadt, die der Kaiser nur durch Polen und Rheinbündner verteidigen ließ, um sich den Rückzug nach Thüringen zu sichern. Obwohl die Sachsen und die Württemberger am letzten Schlachttag eigenmächtig übergegangen waren, wurde doch der König Friedrich August, der in der erstürmten Stadt den Siegern in die Hände fiel, mit Recht als Kriegsgefangener behandelt. Kaum verfolgt, schlug sich Napoleon noch bei Hanau am 30. bis 31. Oktober durch ein bayrisch-österreichisches Heer unter Wrede siegreich durch und ging am 1. November bei Mainz über den Rhein zurück.

Damit war das Schicksal der noch von den Franzosen gehaltenen Festungen im Innern Deutschlands, der Zusammenbruch des Rheinbundes, die Rückkehr der entthronten Fürsten entschieden. Nur Sachsen und einige andere Gebiete wurden als eroberte Länder unter die „Zentralverwaltung“ Steins gestellt, der ihre Kräfte zum Kampfe gegen Frankreich aufbot.



Während nun der Kronprinz von Schweden Dänemark nötigte, ihm gegen das schwedische Vorpommern Norwegen abzutreten, und Bülow die Franzosen aus Holland vertrieb, war es noch zweifelhaft, ob die verbündeten Heere den Rhein überschreiten würden, den auch Metternich für Frankreichs natürliche Grenze hielt; erst im Hauptquartier der Monarchen zu Frankfurt setzte Steins Energie den Beschluß zum Übergange durch.

Im Dezember vollzogen diesen die Truppen der Hauptarmee bei Mannheim und Basel, in der Neujahrsnacht 1814 die Schlesier Blüchers bei Kaub. Aber die Verbündeten behandelten nach ihrem Manifest vom 1. Dezember 1813 ohne allen Grund nur Napoleon, nicht Frankreich als ihren Feind, und politische Rücksichten, verbunden mit einer unbestimmten Furcht vor Napoleon und den strategischen Klügeleien des großen Hauptquartiers, lähmten alles derart, daß Blücher trotz seines Sieges bei La Rothière am 1. Februar unter verlustvollen Gefechten bis Chalons a. M. zurückweichen mußte und in Chatillon an der oberen Seine sogar Friedensverhandlungen begonnen wurden. Erst als diese abermals an Napoleons Starrsinn scheiterten, verpflichteten sich die Mächte im Vertrage von Chaumont am 1. März zur Fortsetzung des Krieges, und beide Heere setzten sich auf Paris in Bewegung. Von der Nordarmee um zwei Korps verstärkt, schlug Blücher am 9. und 10. März die Hauptmacht Napoleons bei Laon; Schwarzenberg siegte am 20. und 21. März bei Arcis an der Aube, und da Napoleon sich nach dem Osten warf, um dort im Rücken der Verbündeten den Volkskrieg zu entfesseln, fand Blücher die Straße nach Paris fast frei. Am 30. März erstürmte er die Höhen im Nordosten der Hauptstadt mit dem Montmartre und zwang Marmont noch in der Nacht zur Übergabe. Am 31. März zogen Friedrich Wilhelm und Alexander, von der ermüdeten Bevölkerung als Befreier begrüßt, in Paris ein; am 2. April erklärte der Senat auf Talleyrands Betrieb Napoleon für abgesetzt. Indem nun die Verbündeten dem entthronten Weltbeherrscher die Insel Elba als souveränes Fürstentum zuwiesen und den Bourbonen Ludwig den Achten als König von Frankreich anerkannten, gewährten sie am 30. Mai 1814 den besiegten Franzosen einen unverdient milden Frieden. Sie ließen ihnen die Grenzen von 1792 (mit



Landau und Saarlouis) und verzichteten gegen Übergabe der noch besetzten Festungen auf alle Kriegskosten, sogar auf die Herausgabe fast aller geraubten Kunstschätze. Die Regelung der übrigen Fragen wiesen sie einem Kongresse in Wien zu.

Tiefen Groll im Herzen kehrten die preußischen Patrioten aus dem gewaltigen Kriege heim, und auch der Wiener Kongreß, der seit dem Herbst 1814 die vornehme Welt Europas in der gedankenlos leichtlebigen Donaustadt fast mehr zu lange entbehrten rauschenden Vergnügungen als zu ernstern Beratungen versammelte, behandelte die Lebensfragen der Völker, namentlich Deutschlands und Italiens, mit der oberflächlichen Altklugheit der Diplomatie der Aufklärungszeit und befriedigte die nationalen Bedürfnisse nicht. Bald traten sogar in der wichtigsten Frage, der künftigen Territorialgestaltung Preußens, Oesterreich, England und Frankreich, von Talleyrand mit dreister Gewandtheit gelenkt, den beiden nordischen Mächten offen entgegen, da diese ganz Sachsen an Preußen, dafür den größten Teil Polens an Rußland geben wollten, und schon drohte im Januar 1815 der Kampf um den Siegespreis auszubrechen, da kam die Nachricht, Napoleon sei von Elba entwichen und rüste von neuem: das brachte am 10. Februar die Verständigung.

Preußen behielt von seinen polnischen Ländern nur das Großherzogtum Posen, Danzig und Thorn, dafür erhielt es drei Fünftel von Sachsen (darunter das alte Kurland) und das schwedische Vorpommern (wofür Lauenburg an Dänemark fiel), im Westen zu seinen alten Besitzungen das jetzige Rheinland und Westfalen, meist alte geistliche katholische Gebiete. Es verzichtete dabei auf Hildesheim und Ostfriesland zugunsten Hannovers, auf die fränkischen Fürstentümer zugunsten Bayerns, das zugleich Würzburg und die linksrheinische Pfalz erhielt, ließ sich also zugleich von der Nordsee und aus Süddeutschland verdrängen und zerfiel fortan in zwei territorial getrennte Ländermassen. Hessen-Darmstadt wurde durch Mainz verstärkt, aus Belgien und Holland das oranische Königreich der Niederlande zusammengeschweißt, mit dem das Großherzogtum Luxemburg in Personalunion trat. Vollends der Gedanke, eine leistungsfähige Gesamtverfassung für Deutschland aufzurichten, fiel ganz zu Boden. Das Interesse der fremden



Mächte, keine neue Weltmacht entstehen zu lassen, die Abneigung der Habsburger, das alte Schattenkaisertum zu erneuern, der Hohenzollern, sich einem solchen zu unterwerfen, das Streben der frühern Rheinbundfürsten, ihre junge Scheinsouveränität ungeschmälert zu behaupten, endlich und nicht am wenigsten die Unklarheit der Patrioten über das, was eigentlich geschaffen werden sollte, und der Mangel an jeder nach dieser Richtung drängenden Volksströmung wirkten zusammen zu der „Deutschen Bundesakte“ vom 8. Juni 1815, einem kläglichen Nothelf. Denn sie setzte an die Stelle des alten Reichs einen lockeren völkerrechtlichen Bund von fünf- unddreißig souveränen Fürsten und vier freien Städten zur Sicherung der Unabhängigkeit Deutschlands und der Einzelstaaten. Ihm trat Oesterreich nur für seine alten Reichsländer, Preußen nicht für die Provinz Preußen und Posen bei, da beide Staaten ihre Selbständigkeit als europäische Großmächte wahren wollten. Dazu geriet der Bund durch die Personalunion Hannovers mit England, Luxemburgs mit den Niederlanden, Schleswig-Holsteins und Lauenburgs mit Dänemark unter die Einwirkung dieser fremden Mächte, und da für seinen Bestand sämtliche Großmächte nebst Spanien, Portugal und Schweden die Bürgschaft übernahmen, so wurde nach einem Siegeszuge ohnegleichen Deutschland unter die Vormundschaft des Auslandes gestellt, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege.

Und selbst diese jämmerlichen Ergebnisse wurden nur erreicht, weil Napoleon, am 1. März bei Cannes gelandet, mit Hilfe seiner alten Soldaten durch einen Handstreich die Bourbonen gestürzt und sich wieder auf den Thron geschwungen hatte; diese Gefahr allein trieb die hadernden Mächte zum Abschluß in Wien und zum vorläufigen Zusammenhalten. Sie hatten allerdings die Übermacht. Ihren ungeheuern Heeresmassen gegenüber, die auf die Ostgrenze Frankreichs heranstuteten, im ganzen 600 000 Mann, hatte Napoleon nur dann Hoffnung auf Sieg, wenn es ihm gelang, die englisch-norddeutsch-preussische Armee, die sich unter Wellington und Blücher in Belgien hinter der Sambre und Maas sammelte, entscheidend zu schlagen, ehe die übrigen Heere eingreifen konnten. Wirklich brachte er, am 13. Juni mit 130 000 Mann die belgische



Grenze überschreitend, am 16. Juni bei Signy dem linken Flügel der Verbündeten unter Blücher eine empfindliche Niederlage bei, da Wellington auf dem rechten Flügel bei Quatrebras nicht rechtzeitig mit genügenden Kräften eingriff (hier fiel der Herzog von Braunschweig inmitten seiner Schützen); aber Gneisenau, der an Stelle des durch einen Sturz mit dem Pferde beschädigten Blücher den Oberbefehl übernommen hatte, führte die Preußen nicht nach Osten zurück, wie Napoleon erwartete, sondern nordwärts nach Wavren zur Vereinigung mit Wellington und ermöglichte es diesem dadurch, zur Deckung Brüssels am 18. Juni die Verteidigungsschlacht vorwärts von Waterloo beim Meierhofs Belle-Alliance anzunehmen. Schon waren die Kräfte der Engländer im Schwinden, da erschienen, sehnlichst erwartet, die Preußen auf dem Schlachtfelde und entschieden durch den Angriff auf den rechten französischen Flügel bei Plancenoit das furchtbare Ringen und lösten dann durch eine rastlose Verfolgung die geschlagene Armee völlig auf.

Ihr in Eilmärschen folgend, besetzte Blücher schon am 2. Juli Paris. Indem Wellington aber durch einen wohlberedelten Handstreich Ludwig den Achtzehnten nach Paris zurückführte, machte er es den erst später eintreffenden Monarchen unmöglich, dem abermals besiegten Frankreich die für Deutschlands Sicherheit unentbehrliche Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens abzufordern. Vielmehr begnügten sie sich im zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 mit der Abtretung des Saardepartements, der Herausgabe der geraubten Kunstwerke und einer Kriegsentschädigung von 700 Millionen Franken, bis zu deren Abzahlung 150 000 Mann verbündeter Truppen in Frankreich stehen bleiben sollten. Napoleon wurde nach St. Helena verbannt, wo er am 5. Mai 1821 gestorben ist.

So war nach ungeheueren Schicksalswechseln und unter furchtbaren Opfern das willkürliche Werk eines Herrscher-genies, das französische Weltreich, von der Gegenwirkung der unterdrückten Völker zertrümmert worden und Deutschland befreit. Aber die siegreichen Regierungen hatten den Kampf mehr und mehr betrachtet als einen Krieg der „legitimen Ordnung“ gegen die „Revolution“. In dieser Gesinnung schlossen die Herrscher der drei siegreichen Ostmächte am 26. September



1815 die „Heilige Allianz“, indem sie einander gelobten, ihre Völker nach christlichen Grundsätzen zu regieren. Praktisch verstand man darunter freilich die Niederhaltung aller „revolutionären“ Bewegungen, in Österreich vor allem der nationalen Bestrebungen, die allerdings dem Bestande dieses buntgemischten Völkerreichs gefährlich werden mußten. Um sie daheim knebeln zu können, mußte Österreich sie auch in Italien und Deutschland niederhalten. So gipfelte Metternichs Staatskunst in der Erhaltung der „Stabilität“, des gegenwärtigen Zustandes, was für das habsburgische Hausinteresse in der Tat das Beste war.

Dafür dienten ihm der Deutsche Bund und der Bundestag in Frankfurt a. M. In diesem stehenden Kongreß instruierter Gesandter (eröffnet 5. November 1816), einer vereinfachten Kopie des Regensburger Reichstags, führte Österreich das dauernde Präsidium, und er sicherte die Selbständigkeit aller Einzelstaaten, deren Einschränkung im nationalen Interesse Österreich gar nicht wünschte, durch eine sachwidrige Stimmenverteilung. Denn die Bundesverfassung behandelte zwar endlich jeden Staat als ein Ganzes und nicht mehr als eine Anhäufung von Territorien, wie die alte Reichsverfassung, aber indem sie in dem sogenannten Engeren Rate von siebenzehn Stimmen den Mittelstaaten mit je einer Stimme, im Weiteren Rate von neunundsechzig Stimmen mit je vier Stimmen das gleiche Gewicht wie den beiden Großmächten zuteilte, gab sie den Mittel- und Kleinstaaten die formelle Mehrheit. Dazu machte sie jede Verfassungsänderung von einem einstimmigen Beschlusse abhängig, also unmöglich, ganz abgesehen noch von der notwendigen Zustimmung des Auslandes. Tatsächlich hielt sich der Bund auch nur, weil Österreich und Preußen bis 1848 ihn in einer Art von friedlichem Dualismus gemeinsam leiteten, und keine von beiden Mächten den Versuch machte, die andere zu majorisieren. Für das Wohl des deutschen Volkes, das in der Bundesakte nicht einmal erwähnt wird, konnte der Deutsche Bund gar nichts leisten, denn sie enthielt in dieser Beziehung nur wenige allgemeine Bestimmungen (Versprechen landständischer Verfassungen § 13, Gleichberechtigung aller christlichen Konfessionen § 16, Freizügigkeit der Untertanen § 18). Also blieb alles wie bisher den Einzelstaaten überlassen.



Diesem unbefriedigenden Zustande entsprach die Unfertigkeit und Unklarheit des Nationalbewußtseins, das im ehemals rheinbündischen Deutschland wie in Österreich kaum vorhanden war: hatten doch beide keinen inneren Anteil am Befreiungskriege genommen. Statt einem einigen Deutschland vorzuarbeiten, wandten sich die politischen Köpfe fast ausschließlich der Begründung von konstitutionellen Verfassungen in den Mittel- und Kleinstaaten zu. Dabei herrschte im Südwesten, von Rottsch und Welcker beredt vertreten, die naturrechtlich-französische Auffassung, deren Ideal die demokratische Republik, zum wenigsten die neufranzösische Verfassung, die „Charte“ von 1814 war. Kleinere, aber einflußreichere Kreise huldigten der altständisch-patriarchalischen Staatsauffassung des Berner Patriziers Albrecht von Haller. Im allgemeinen gliederten die Rheinbundstaaten ihre neuen Landtage nach französischem Muster in zwei Kammern, von denen sich die erste aus Großgrundbesitzern (namentlich auch dem mediatisierten Reichsadel, den „Standesherrn“), Vertretern des Kirchenregiments und Vertrauensmännern der Krone zusammensetzte, also im ganzen den alten Ständen entsprach, die zweite aus gewählten Abgeordneten der Städte und Landbezirke bestand, doch so, daß jeder theoretisch das ganze Volk nach eigener Überzeugung, nicht abgeschlossen ständische Kreise nach Instruktion vertrat. So kam auch hier der Grundsatz der Staatseinheit zur Geltung. Nachdem Nassau 1814, Sachsen-Weimar 1816 vorangegangen waren, erhielt auch Bayern nach dem Rücktritte des Ministers Montgelas (2. Februar 1817) auf den besondern Betrieb des ehrlich „teutsch“ gesinnten Kronprinzen Ludwig, der Bayern zum konstitutionellen Musterstaate in Deutschland machen wollte, am 26. Mai 1818 seine Verfassung. Das Großherzogtum Baden, in seinem jungen territorialen Bestande gegen die bayrischen Ansprüche auf die rechtsrheinische Pfalz erst durch die Anerkennung des Nachfolgerechts der Grafen von Hochberg (von Karl Friedrichs zweiter nicht ebenbürtiger Gemahlin) gesichert (4. Oktober 1817), empfing die seinige von Ludwig dem Ersten (1818 bis 1830) am 22. August 1818 besonders als Klammer für den künstlichen Staatsbau. In Württemberg bekämpften die Anhänger des „alten guten Rechts“, gereizt und verbittert durch



die despotische Willkür Friedrichs des Ersten, aufs zäheste dessen neue Verfassung vom 11. Februar 1815. Erst nach dem Tode des Königs gelang es seinem populären Nachfolger Wilhelm dem Ersten (1816—1864), in schweren Kämpfen die Verfassung vom 26. September 1819 durchzusetzen. In Hessen-Darmstadt kam eine solche am 17. Dezember 1820 zum Abschluß.

Altständisch blieben die Staaten, deren Gebiet durch Neuerwerbungen nicht wesentlich verändert worden war. In Kurhessen machte der eigensinnige Kleinliche Friedrich Wilhelm der Erste nach seiner Wiederherstellung sogar den unsinnigen Versuch, die westfälische Zeit als nicht gewesen zu behandeln und alles auf den Stand von 1806 zurückzuschrauben, berief daher auch die alten Stände, nur durch bauerliche Abgeordnete verstärkt, schon zum März 1815 wieder. Hannover erlebte seinen ersten ganz ständisch gegliederten Gesamtlandtag seit dem Dezember 1814; im Dezember 1819 wurde er in zwei Kammern geschieden und gleichzeitig auch die Einheit des Landesbeamtentums und der Staatsschuld hergestellt, daneben aber behielt man achtzehn ständische Provinziallandtage bei. Gar nichts änderte sich in Mecklenburg; auch in dem verkleinerten Sachsen, wo die Bevölkerung durch lange Kriegsnot und die Teilung des Landes besonders schwer getroffen, in einen verbitterten Partikularismus versank, wurde schon aus Rücksicht auf den greisen König alles beim alten gelassen, nur daß der erbländische Landtag jetzt auch die oberlausitzischen Stände in sich aufnahm, ohne übrigens diese alte Körperschaft aufzuheben. Auch die neuen Landtage minderten tatsächlich die Macht der Krone wenig, wurden aber bald eine Burg des Sondergeistes und unterstützten somit das Streben der Fürsten, ihre ungeschmälerte Souveränität zu behaupten.

Nationale Gesinnung regte sich fast nur in einem Teile der akademischen Jugend. Voll hochgespannter, wenn auch unklarer Vorstellungen von deutscher Macht und Größe war sie aus dem Befreiungskampfe heimgekehrt und sah es jetzt in einer gewissen Selbstüberhebung als ihre Aufgabe an, das Werk der nationalen Neugestaltung, das den Staatsmännern nicht gelungen war, in die eigene Hand zu nehmen. Diese Gesinnung fand ihren ersten Ausdruck in der Stiftung der



„Deutschen Burschenschaften“ zu Jena und Erlangen, dann in dem Burschenfeste auf der Wartburg im Oktober 1817 zur Erinnerung an die Völkerschlacht und an Luthers Reformation, endlich und vor allem in der Errichtung der „Allgemeinen deutschen Burschenschaft“, die zu Jena am 18. Oktober 1818 unter dem schwarz-rot-goldenen Banner (den Uniformfarben des Lützowschen Freikorps von 1813) entstand, „gegründet auf das Verhältnis der deutschen Jugend zur werdenden Einheit des deutschen Vaterlandes“. In ihr aber bildete sich unter der Leitung des Dr. Karl Follen (seit 1818 in Jena), eines der kalten Fanatiker des Verstandes wie Robespierre, die Gruppe der sogenannten „Unbedingten“, die sich für berechtigt hielten, das, was ihnen der Verstand als wahr zeigte, d. h. zunächst die demokratische deutsche Republik, unbedingt, mit allen Mitteln durchzuführen.

War nun der Argwohn der Regierungen schon durch die etwas kindlich anmutende Verbrennung einer Anzahl mißliebiger Bücher und Abzeichen beim Wartburgfeste erregt worden, so wurde er noch gesteigert, als auf dem Aachener Kongreß der Ostmächte im Herbst 1818, der Frankreich von der fremden Okkupation befreite und es in die Heilige Allianz aufnahm, der Rumäne Sturdza dem Zaren die deutschen Universitäten dreist als Sitze revolutionärer Bestrebungen verdächtigte, und die schlimmsten Befürchtungen schienen gerechtfertigt, da einer der „Unbedingten“, der Student K. L. Sand aus Wunsiedel, am 23. März 1819 in Mannheim den Dichter A. von Kotzebue als „russischen Spion“ niederstieß. Nunmehr strengte die preußische Regierung gegen eine Anzahl der treuesten Patrioten von 1813, wie L. Jahn und E. M. Arndt, peinliche Untersuchungen an, und die „Karlsbader Beschlüsse“ der größeren deutschen Regierungen vom August 1819 stellten die Universitäten unter die besondere Aufsicht landesherrlicher Kommissarien, beauftragten eine „Generalkommission“ in Mainz mit der Aufspürung „demagogischer Umtriebe“ und unterwarfen die Presse einer scharfen Zensur. Ohne Widerstand löste sich die gefürchtete Burschenschaft auf. Metternich aber vollendete die Sicherung der „Stabilität“ in Deutschland, indem er durch die „Wiener Schlußakte“ vom 8. Juni 1820 die deutschen Staaten verpflichtete, einander bei Aufständen gegen-



seitig Hilfe zu leisten, und den Fürsten ihre Souveränität auch gegenüber den Verfassungen verbürgte. Also wurde der Geist des großen Jahres 1813 als staatsgefährlich geächtet, und Preußen, das dabei mitgeholfen hatte, verfiel fortan bei den liberalen Süddeutschen als Hort der Polizeiwillkür und des Absolutismus einem leidenschaftlichen Hasse, der ihren Sondergeist noch verstärkte.

Derselbe Sondergeist zeigte sich auch bei der Neugestaltung der römischen Kirche. Da sie durch die Katastrophen der napoleonischen Zeit ihren Besitz, ihre politische Stellung und zum Teil auch ihre Organisation eingebüßt, also den alten Zusammenhang mit dem deutschen Boden verloren hatte, begannen die nationalkirchlichen Ideen, wie sie der milde Heinrich von Wessenberg, Generalvikar des Bistums Konstanz, und Professor G. Hermes in Münster verfochten, zurückzutreten hinter dem modernen Ultramontanismus, der die Kirche wieder als die absolute päpstliche Weltmonarchie begriff und ihre völlige Unabhängigkeit vom Staate, also ihre Herrschaft über den Staat erstrebte. Frankfurt a. M., Koblenz und Münster bildeten seine wichtigsten Lager, die päpstliche Nuntiatur in München sein Hauptquartier, der 1814 wiederhergestellte Jesuitenorden seine schlagfertigste Truppe. Diese neupäpstliche Kirche errang ihren ersten Sieg auf deutschem Boden in dem Konkordat mit Bayern am 20. Oktober 1817. Denn dieses errichtete die beiden Erzbistümer München-Freising und Bamberg (mit sechs Suffraganen), lieferte die Erziehung der Geistlichen und die Volksschule an die Bischöfe aus und ließ der Krone nur das Vorschlagsrecht bei der Besetzung der Bistümer und das Plazet. Weiter regelte Rom nach vergeblichen Verhandlungen 1821 selbständig die Sprengel der „oberrheinischen Kirchenprovinz“ (Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt) mit dem Erzbistum Freiburg i. Br. und vier Suffraganen und erkannte 1824 für Hannover die Bistümer Osnabrück und Hildesheim an. Für Preußen erlangte der Historiker B. G. Niebuhr als Gesandter in Rom 1821 die Bulle de salute animarum, die zwei Erzbistümer (Köln und Gnesen-Posen) mit sechs Bischöfen einsetzte, dem König das wichtige Recht gab, bei den Bischofswahlen ihm nicht genehme Kandidaten von der Liste zu streichen, den Bischöfen den staatlichen



Treueid und bei der Ernennung der Geistlichen die Anzeigepflicht auferlegte.

Bei der evangelischen Kirche verstand sich die Fortdauer oder Neuordnung der alten Landeskirchen von selbst. In Preußen übernahmen 1817 das Kultusministerium und die evangelischen Provinzialkonsistorien die Oberleitung. In demselben Jahre führte der König einen Lieblingsplan der Hohenzollern aus, die „Union“ der lutherischen und der reformierten Kirche in Verfassung, Verwaltung des Kirchenguts, Kultus und Abendmahlsgemeinschaft; doch erregte diese Ordnung, da sie einseitig von oben her verfügt wurde, starken Widerspruch, und erst 1830 konnte die Agende als Gesetz verkündigt werden. Auch in Nassau (1817), in der Rheinprovinz (1818) und in Baden (1821) fand die Union Annahme. Anderwärts, wie in Hannover, Sachsen, Thüringen, Württemberg und in dem jetzt zu einem Drittel evangelischen Bayern, behielten die protestantischen Landeskirchen ihren lutherischen Charakter. So günstig es nun für die gegenseitige Verträglichkeit der Konfessionen war, daß gerade die größeren Staaten in weit stärkerem Maße als früher konfessionell gemischt waren, die Regierungen also davon absehen mußten, wie früher ein bestimmtes Bekenntnis zu privilegieren: die Zeit der inneren Annäherung der Konfessionen begann doch mit dem Aufkommen des Ultramontanismus zu Ende zu gehen.

Der herrschende Sondergeist ließ es auch auf anderen Gebieten, und selbst da, wo es die äußere Sicherheit des Vaterlandes unumgänglich forderte, nicht zu genügenden Einrichtungen kommen. Einem künstlichen „Gleichgewicht“ zwischen den Mittelstaaten und den beiden Großmächten zuliebe wies die Bundeskriegsverfassung vom 9. April 1821 jenen zusammen vier, diesen nur je drei Armeekorps zu, verzichtete selbst innerhalb dieser Truppenkörper und erst recht im ganzen Bundesheere auf jede Einheit der Bewaffnung und Ausrüstung, des Exerzitiums und der Ergänzungsweise. Die allgemeine Wehrpflicht galt nur in Preußen, sonst überall die französische Konfektion mit Stellvertretung; nur für den Kriegsfall wurde vom Bundestag ein Bundesfeldherr gewählt, dessen Entschlüsse aber an die Zustimmung von Bevollmächtigten gebunden waren, so daß also jede Einheit der Befehlsführung



zur Unmöglichkeit wurde. Von den Festungen übernahm der Bund nur Mainz, Luxemburg und Landau; was sonst für die Grenzbefestigung im Osten (Posen, Königsberg, Danzig) und Westen (Wesel, Jülich, Köln, Koblenz, Saarlouis) geschah, ging allein von Preußen aus, das dabei die neupreußische Befestigungsweise, eine wesentliche Vervollkommnung der Vaubanschen, anwandte.

In der auswärtigen Politik setzten die beiden Großmächte stets ihren Willen durch. Nach den Beschlüssen der Kongresse von Troppau (Oktober 1820), Laibach (Januar 1821) und Verona (Oktober bis Dezember 1822) warf die „Heilige Allianz“ die volkstümlichen Bewegungen für Einführung von Verfassungen in Spanien, Neapel und Piemont mit Waffengewalt nieder. Einen Versuch Württembergs unter dem Ministerium Wangenheim, dagegen am Bundestage eine liberale Opposition und darüber hinaus einen Bund der liberalen Mittelstaaten ganz Europas zu bilden, brachen die Ostmächte durch die Abberufung ihrer Gesandten aus Stuttgart, und Wangenheim nahm seine Entlassung.

Während nun Preußen bei allen deutschen Liberalen, die über ihren Parteiinteressen den Sinn für nationale Fragen fast völlig verloren, mit der ganzen Heiligen Allianz als eine Macht der Reaktion galt, und der Deutsche Bund für die nationalen Interessen, wie W. von Humboldt schon 1816 vorausgesagt hatte, gar nichts leistete, legten die preußischen Staatsmänner in stiller geduldiger Arbeit den Grund zu einer neuen Einheit der Nation, als deren Kern ihnen die lebendige preußische Großmacht galt. Die ihm von seinen Feinden aufgezwungene ungünstige Gestaltung und Zusammensetzung des Staatsgebiets seit 1815 (namentlich die Erwerbung des ganz fremdartigen, widerwilligen, katholischen und halb französisierten Rheinlandes) zwang Preußen, wie nach 1648, innerhalb seiner eigenen Grenzen die schwierigsten Fragen der inneren deutschen Politik zu lösen, also den Ausgleich zwischen dem wesentlich ackerbau-treibenden, adelig-bäuerlichen Osten und dem überwiegend industriellen, bürgerlichen Westen, zwischen den Verschiedenheiten fast aller deutschen Stämme, zwischen der souveränen Staatsgewalt und der ultramontanen Kirche wie zwischen den protestantischen Konfessionen anzustreben und mindestens die



zwischen seinen beiden Ländermassen liegenden Staaten unter seinen herrschenden Einfluß zu bringen. Die mächtigsten Klammern für den Staatsbau wurden die neue Einteilung in acht (bis 1829 zehn) Provinzen mit möglichster Bewahrung der alten Gebietsgrenzen und Schonung wertvoller Eigentümlichkeiten (wie des Code Napoléon auf dem linken Rheinufer) und die Ordnung des Heerwesens auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Gesetz vom 3. September 1814 (durch den Kriegsminister Boyen), das den Friedensstand auf hundertzwanzigtausend Mann (ein Prozent der Bevölkerung) in acht Provinzialarmee-corps und einem Gardecorps, die Dienstzeit in der Linie auf drei, in der Reserve auf zwei, in der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots auf je sieben Jahre feststellte und durch die einjährige aktive Dienstpflicht der gebildeten Elemente das ganze Volk in allen seinen Ständen heranzog.

Aber die 1817 gebildete Verfassungskommission gelangte trotz des etwas verfrühten königlichen Versprechens vom 22. März 1815 bei der Stärke der einander bekämpfenden Gegensätze und der Teilnahmllosigkeit des ermüdeten Volks nicht zu einem Gesamtlandtage, sondern nach Hardenbergs Code (26. November 1822) unter dem Einflusse der unklaren Romantik des Kronprinzen Friedrich Wilhelm nur zu Provinzialständen (5. Juni 1823), die nach den alten Ständen zusammengesetzt waren, dem großgrundbesitzenden Adel ein unbilliges Übergewicht gaben und die junge Staatseinheit nicht befestigten, sondern lockerten.

Also blieb, unzweifelhaft zum Vorteil der Sache, die Entscheidung der großen Fragen der deutschen Politik ausschließlich dem König und seinem ausgezeichneten Beamtentum, das namentlich in seiner wirtschaftlichen Einsicht hoch über dem Durchschnitt seiner Zeitgenossen stand. Nach einer furchtbar erschöpfenden Kriegszeit, die bis 1820 die Staatsschuld auf hundertzwanzig Millionen Taler gesteigert und den Staatskredit schwer erschüttert hatte, war die schwierigste Aufgabe die Regelung der Finanzen; sie aber war bei der Zerstückelung des Gebiets für Preußen allein unmöglich. Nun verlegte das Zollgesetz des Finanzministers Maassen vom 26. Mai 1818, das durch die Neuordnung der allgemeinen direkten Gewerbe- und Klassensteuer und der indirekten Mahl- und Schlachtsteuer



für die Städte 1820 ergänzt wurde, alle Zölle an die Landesgrenze, schützte durch entsprechende Tarife den einheimischen Gewerbesleiß und belegte den Durchgangsverkehr mit hohen Abgaben. Da aber der Staat keine territoriale Einheit bildete, so konnte er auch eine Zolleinheit nur dann bilden, wenn sich die benachbarten Staaten dieser anschlossen. So schwierig dies nun bei den ganz verschiedenen Interessen und dem Gegensatz der schutzzöllnerischen Binnenstaaten (Sachsen, Württemberg, Bayern) und der freihändlerischen Rheinufer- und Küstenstaaten war, und so sehr sich der Souveränitätsstolz der deutschen Fürsten dagegen sträubte, so kam doch die Zolleinigung, die auch außerpreussische Volkswirte, wie K. F. Nebenius und Fr. List, wenn auch nicht auf demselben Wege, so doch grundsätzlich befürworteten, Schritt für Schritt vorwärts. Von 1819 bis 1828 traten allerdings erst einige norddeutsche Kleinstaaten, die tatsächlich nur preussische Enklaven waren, bei, nämlich beide Schwarzburg für ihre Unterherrschaft, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen; aber am 14. Februar 1828 schloß der geistvolle Finanzminister F. C. U. von Moß den Zollvertrag mit Hessen-Darmstadt ab, den ersten mit einem deutschen Mittelstaate.

Noch etwas früher, am 18. Januar 1828, brachte König Ludwig der Erste von Bayern (1825—1848), der sein Land gern als den Kern des „reinen“ Deutschlands betrachtete, einen ähnlichen Zollverein mit Württemberg zustande, nur daß er für die Länge der gemeinsamen Grenze zu klein war. Aber er grenzte schon an den preussisch-hessischen Verein, und obwohl nun Sachsen, Thüringen, Kurhessen, Hannover, Braunschweig, Bremen und Frankfurt a. M. sich im „Mitteldeutschen Handelsverein“ am 24. September 1828 verpflichteten, keinem der beiden Zollvereine beizutreten, also sich zwischen sie hineinschoben, so schlossen diese nun am 27. Mai 1829 den Vertrag über den zollfreien Austausch ihrer Erzeugnisse und sicherten sich ihn durch die Erbauung zweier zollfreier Straßen quer durch Thüringen. So wurde die Grundlage für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands gelegt, freilich nicht vom Bundestage, sondern ohne diesen durch freie Vereinbarung zwischen den Einzelstaaten.

An alledem nahm Österreich keinen Anteil. Der Grund-



satz der „Stabilität“, den der kleinlich-bureaucratische Sinn des Kaisers Franz des Ersten vom Standpunkte des patriarchalischen Absolutismus, der weltkundige Fürst Metternich aus praktischen Gründen der Staatserhaltung festhielt, verurteilte Österreich zum Stillstand und schloß es vom übrigen Deutschland möglichst hermetisch ab. Die Landtage der Kronländer blieben auf die gehorsame Erledigung des kaiserlich königlichen Steuerpostulats beschränkt, die römische Kirche wurde behandelt wie eine Polizeianstalt des Staates; die Provinzialzölle fielen erst 1828 im Westen der Leitha, die Osthälfte des Reichs bildete ein besonderes Zollgebiet, und hohe Eingangszölle oder Einfuhrverbote hemmten den Verkehr mit Deutschland, ohne doch den Wettbewerb der übermächtigen englischen Industrie fernzuhalten. Vollends versumpfte das geistige Leben bei der mißtrauischen Überwachung aller Lehranstalten und einer argwöhnischen Absperrung von Deutschland, die weder den Besuch außerösterreichischer Hochschulen noch die Berufung auswärtiger Lehrkräfte zuließ und die wissenschaftliche wie die poetische deutsche Literatur als staatsgefährlich ausschloß. Die eifrige Pflege der Musik vertiefte eher noch den traumseligen Geisteschlummer Österreichs. Und dieser Staat, in dem alles nationale Leben verkümmerte, nahm eine herrschende Stellung einerseits in Deutschland, andererseits in Italien ein, das er von dem lombardisch-venezianischen Königreich aus und durch seine Vasallen in Parma, Modena und Toskana in Untertänigkeit und Zersplitterung erhielt.

Inzwischen wurde das politische Interesse der Gebildeten lebendig erhalten durch die Revolutionen in den romanischen Ländern und in den spanisch-amerikanischen Kolonien, vor allem aber durch die Erhebung der Griechen gegen die türkische Herrschaft seit 1821. Denn hier wirkten die Begeisterung für das klassische Altertum und für die Freiheit mit der Sympathie für die Glaubensgenossen zusammen, und jahrelang schickten die deutschen „Philhellenenvereine“, an ihrer Spitze König Ludwig von Bayern, Geld, Waffen und Freiwillige den Griechen zu Hilfe. Zugleich lockerte sich die Heilige Allianz. Denn während Österreich den Kampf als eine Rebellion gegen die rechtmäßige Regierung des Sultans betrachtete, verbanden sich Rußland, Frankreich und England 1827, um die Herstellung eines griechi-



schen Staates zu erzwingen, und Preußen vermittelte den Frieden von Adrianopel am 14. September 1829, der die Selbstständigkeit Griechenlands anerkannte. Dessen Krone aber übernahm 1832 Prinz Otto von Bayern, der zweite Sohn König Ludwigs, und bayrische Truppen und Beamte begründeten die erste Ordnung in dem entsetzlich verwüsteten und verwilderten Lande.

Die Bewegung setzte sich weiter fort durch die Julirevolution, die 1830 die Bourbonen stürzte und Louis Philipp zum „König der Franzosen“ erhob. Revolutionen in Belgien, Italien und Polen folgten. In Deutschland wurde damit für die meisten noch altständischen Staaten der wohlthätige Anstoß zur Durchführung moderner Verfassungen gegeben. In Braunschweig erzwang das empörte Volk im September sogar den Rücktritt des wegen seines launenhaften Despotismus tief verhaßten Herzogs Karl und die Einsetzung seines Bruders Wilhelm des Zweiten als Herzog (1830—1884). In Kurhessen, das unter der Zollpolitik Wilhelms des Zweiten (1821—1847) besonders schwer litt, wurde der Kurfürst dazu gedrängt, eine neue Verfassung anzunehmen (5. Januar 1831) und den Kurprinzen zum Mitregenten zu berufen. Hannover erhielt nach der lächerlichen „Göttinger Revolution“ unter dem wohlwollenden Vizekönig, dem Herzog von Cambridge (seit Februar 1831), auf Grund der Vorarbeiten B. Stüves und des Historikers Fr. Chr. Dahlmann am 26. September 1833 ein sehr konservatives Staatsgrundgesetz. In Sachsen richtete sich die Bewegung, von Leipzig und Dresden ausgehend, zunächst auf die Reform der verrotteten Stadtverwaltung; eine Erneuerung des völlig erstarrten Staatswesens war erst möglich, als das jüngere Beamtentum (B. von Lindenau) die Entlassung des greisen Kabinettsministers Grafen Einsiedel und die Berufung des populären Prinzen August zum Mitregenten des Königs Anton (1827—1836) durchsetzte. So kam durch friedliche Vereinbarung mit den alten Ständen am 4. September 1831 die neue Verfassung zustande. Auf dieser Grundlage folgten dann die Einrichtung von Fachministerien, die Städteordnung, die Neugestaltung der Verwaltungsbehörden, der Rechtspflege und des Steuerwesens, die Ablösung der bäuerlichen Lasten und die Landgemeindeordnung.



Nun erst war der Eintritt dieser Staaten in den Zollverein möglich, den die wirtschaftliche Lage längst gebieterisch forderte. Schon im August 1831 trat Kurhessen bei, 1833 Sachsen, die thüringischen Kleinstaaten, Bayern und Württemberg, 1834 Baden, 1835 Nassau, 1836 Frankfurt a. M. Noch schlossen 1837 die Staaten des Nordwestens, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe-Schaumburg, einen selbständigen „Steuerverein“; aber weitaus der größte Teil Deutschlands, 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern, bildete fortan ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Indem somit Deutschland unter weiser Wahrung bündischer Formen, die jedem Grenzstaate die Verwaltung der Zölle ließen, nur die gegenseitige Überwachung der Hauptzollämter vorbehielten und sogar die Einstimmigkeit für jeden Akt der gemeinsamen Zollgesetzgebung wahrten, von der Einzelstaatswirtschaft zur Nationalwirtschaft überging, hatte es die Grundlagen der neuen politischen Einheit unter Preußens Führung gewonnen.

Gleichzeitig gelangten nun aber im konstitutionellen Südwesten, namentlich in Baden und in der Rheinpfalz, von Frankreich her radikal-republikanische Bestrebungen weithin zur Geltung und ergriffen auch einen Teil der im geheimen fortbestehenden burschenschaftlichen Verbindungen. Obwohl sie sich zunächst nur in ungefährlichen Demonstrationen äußerten, wie im Hambacher Fest am 27. Mai 1832 und in dem unbegreiflich törichtem Frankfurter Aufstande vom 3. April 1833, so stellte doch der Bundestag schon im Juni 1832 die Landtage unter Bundesaufsicht, verbot alle politischen Vereine und Versammlungen und erneuerte die Karlsbader Beschlüsse gegen die Universitäten; später, im Juni 1833, setzte er eine Bundeszentralkommission ein und veranlaßte dadurch die unsäglich gehässige „Demagogenjagd“, die Hunderten von doch höchstens unbesonnenen jungen Leuten langjährige Freiheitsstrafen eintrug, andere zur Flucht in die Schweiz nötigte. Als sich dort unter der Leitung des italienischen Agitators Joseph Mazzini der radikale Bund des „jungen Europa“ bildete, verschärfte der Bundestag seine Bestimmungen noch, und die Ostmächte zwangen die Schweiz zu der berüchtigten „Flüchtlingshaft“. So erschienen der Bundestag und die ihn leitenden Großmächte schlechtweg als Mächte der Reaktion, die konstitutionellen



Mittelstaaten namentlich des Südwestens als Burgen der Freiheit.

Diese Anschauung erschien besonders berechtigt, als nach der Auflösung der unnatürlichen Personalunion zwischen England und Hannover mit dem Tode Wilhelms des Vierten und der Thronbesteigung Viktorias 1837 der neue König Ernst August, Herzog von Cumberland, ein hochfahrender aristokratischer Absolutist, am 30. Oktober 1837 die neue Verfassung kurzerhand aufhob, um sich seine selbständige Kronkasse und seinem erblindeten Sohne Georg (dem Fünften) die Nachfolge zu sichern; sieben Göttinger Professoren, die gefeiertsten Namen deutscher Wissenschaft, die unter Dahlmanns Führung am 17. November gegen den Gewaltstreich protestierten, entsetzte er teils ihres Amtes, teils verwies er sie sogar des Landes, ohne daß Preußen oder gar der Bundestag dagegen eingeschritten wäre. Ein neuer Landtag, auf Grund der Verfassung von 1819 berufen, erfüllte endlich den Wunsch des Königs. Ungleich zäher verteidigte der kurhessische Landtag seine Rechte gegen den absolutistisch gesinnten Kurprinzen und seinen ebenso begabten und energischen wie willkürlichen Minister Hassenpflug, den die liberalen Gegner „Der Hessen Fluch“ zu nennen liebten.

Während die Kämpfe um die neuen Verfassungen den konstitutionellen Gedanken immer mehr verstärkten, verwickelte sich Preußen in den ersten Kampf mit der ultramontanen römischen Kirche über die gemischten Ehen, die für die westlichen und östlichen Provinzen von besonderer Wichtigkeit waren und bisher, zumeist im Allgemeinen Landrecht, vom Staate allein geregelt worden waren. Statt daran unnachlässiglich festzuhalten, schloß Preußen durch Christian Josias von Bunsen mit dem ganz ultramontanen Papste Gregor dem Sechzehnten einen förmlichen Vertrag über die gemischten Ehen, der dann durch geheime Abmachungen mit dem milden Erzbischof Spiegel dahin gemildert wurde, daß die kirchliche Einsegnung erfolgen solle, auch wenn ein förmliches Versprechen, die Kinder katholisch werden zu lassen, nicht abgegeben sei. Als nun der neuernannte Erzbischof von Köln, der starkköpfige Westfale Clemens August von Droste-Vischering, trotz seines gegenteiligen Versprechens vor der Wahl, sich an diese Verein-



barung nicht kehrte und zugleich aufs schärfste gegen die Friedenspartei der Hermesianer vorging, wurde er am 20. November 1837 schließlich verhaftet und nach der Festung Minden gebracht; freilich erlahmte die Energie sehr bald, und der Staat wich in der Kabinettsorder vom 30. Januar 1838 erheblich zurück. Dasselbe Schicksal wie Droste traf aus demselben Grunde den Erzbischof von Gnesen-Posen, Dunin; er wurde im Oktober 1839 in Kolberg interniert. So berechtigt beide Schritte sein mochten, die ultramontane Welle stieg und die öffentliche Meinung war geneigt, die beiden ungehorsamen Erzbischöfe als Opfer absolutistischer Willkür zu betrachten, da keine Volksvertretung die Verantwortung mit der Regierung teilte. Und so zeigte es sich, daß auch für Preußen der Übergang zum Verfassungsstaat unvermeidlich war.

Um so größer war die Spannung, als am 7. Juni 1840 Friedrich Wilhelm der Dritte verschied, der in seiner nüchtern-verständigen, pflichttreuen Art von seinem durch so viele gemeinsame Leiden ihm eng verbundenen Volke trotz aller politischen Rückständigkeit geachtet und wohlgelitten war; von seinem Nachfolger erwartete man entscheidende Neuerungen. Geboren am 15. Oktober 1795, aufgewachsen unter den bestimmenden Eindrücken des Kampfes gegen die „Revolution“ und in den Ideen der Romantik, geistvoll und vielseitig begabt, war Friedrich Wilhelm der Vierte (1840—1861) im Grunde eine weiche, phantasiereiche Künstlernatur, weder Soldat noch Staatsmann; ihm fehlte der klare Blick für die Wirklichkeit der Dinge und die Festigkeit des Willens. Er war erst Christ, dann Deutscher, erst ganz zuletzt Preuße, und er sah aller geschichtlichen Entwicklung zum Trotz sein politisches Ideal in dem mannigfach, wie er meinte, historisch und natürlich gegliederten ständischen Staate unter einem starken, patriarchalischen Königtum von Gottes Gnaden, sein kirchliches in der möglichst unbeschränkten, von Bischöfen regierten Kirche.

Er begründete deshalb schon 1841 das preußisch-englische Bistum Jerusalem, nicht um dem Deutschtum, sondern nur um der evangelischen Kirche dort Boden zu verschaffen, und er wollte eine ständische Vertretung gewähren, aber nur als freies Geschenk königlicher Gnade und ohne Verkürzung seiner königlichen, von Gott ihm übertragenen Rechte, während die



in Ostpreußen, Schlesien und Rheinland schon sehr starken Liberalen eine konstitutionelle Verfassung auf dem in Preußen ganz unhistorischen Boden der Volkssouveränität als Einlösung des Versprechens von 1815 forderten. Er erweckte durch die Begnadigung der politisch Verurteilten allgemeinen Jubel und riß durch seine schwungvollen, vielverheißenden, aber unklaren Reden bei der Huldigungsfeier in Königsberg und Berlin alles zu stürmischer Begeisterung hin, nicht minder durch die stolze Festigkeit, mit der er 1841 den dreisten Ansprüchen des Ministeriums Thiers auf die Rheingrenze entgegentrat; aber die geringe Erweiterung der Rechte der Provinzialstände im Februar 1841 und die Berufung ihrer vereinigten Ausschüsse im Juni 1842 befriedigte die hochgespannten Erwartungen keineswegs; König und Volk verstanden sich nicht, und die gegenseitige Mißstimmung wuchs. Dazu gab er in einem Abkommen mit Rom im Mai 1841 die Rückkehr des Erzbischofs Droste-Vischering nach Köln zu, nur daß ihm ein Koadjutor (Johannes von Geißel) zur Seite gesetzt wurde; er gestattete den Bischöfen völlig freien Verkehr mit Rom und bereitete, als er in hochherzigem Idealismus am 4. September 1842 den Grundstein zum Weiterbau des Kölner Domes legte, dem Katholizismus einen glänzenden Triumph.

Denn unzweifelhaft war, seitdem sich das religiöse Gefühl in der schweren Not der napoleonischen Zeit mächtig gehoben hatte und die flache Vernünftelei der Aufklärungszeit mehr und mehr überwand, auch das kirchliche Interesse auf beiden Seiten in rascher Zunahme. Die demonstrative Ausstellung des sogenannten ungenähten Rockes Christi in Trier als einer wundertätigen Reliquie 1844 gab, weil sie dem modernen Bewußtsein der Gebildeten schroff widersprach, allerdings den nächsten Anstoß zur Bildung der deutsch-katholischen Kirche durch Johannes Ronge und Johannes Ezerski; doch die anfangs vielversprechende Bewegung war, weil wesentlich rationalistischen Charakters, ohne innere Kraft, und die Million Pilger, die binnen wenig Monaten nach Trier strömte, bewies durchaus, daß die Masse der deutschen Katholiken keineswegs rationalistisch dachte. Auf protestantischem Boden zogen die Provinzialsynoden (1844) und die erste Generalsynode (1846) der unterten Landeskirche in Preußen zuerst die Laien wieder



zur Kirchengesetzgebung hinzu, und der Versuch des orthodoxen Kultusministers Eichhorn, die rationalistische Richtung zur Bildung selbständiger „freier Gemeinden“ zu drängen (1847), hatte wenig Erfolg; die Mehrzahl der Rationalisten behauptete ihr protestantisches Recht selbständiger Überzeugung innerhalb der Landeskirche. Wie lebhaft trotz solcher Spaltungen das Gefühl der Gemeinschaft bei den Evangelischen war, zeigte vor allem das Aufblühen des Gustav-Adolf-Vereins für die Unterstützung der Protestanten in katholischen Ländern und die Entstehung zahlreicher Missionsgesellschaften neben der ältern Mission der Herrnhuter (1816 in Basel, 1823 in Berlin, 1828 in Barmen, 1836 in Dresden, 1847 in Leipzig), die im südwestlichen und östlichen Afrika, im südlichen Indien und in China (Güßlaß) mit Hingebung arbeiteten. Verdienstlicher noch und von steigender sozialer Wirkung war die Tätigkeit der sogenannten Inneren Mission, für die H. Wichern mit der Einrichtung des „Rauhen Hauses“ in Horn bei Hamburg 1833 das erste große Beispiel gab.

Mochte nun die stärkere Betonung des konfessionellen Standpunktes alte, im vorhergehenden Jahrhundert zurückgetretene Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes wieder mehr beleben, so wuchsen auf der andern Seite mächtig die Kräfte, die auf eine straffere politische Einheit, eine neue Gesamtverfassung der Nation hindrängten. Aus der tiefen Verarmung der napoleonischen Zeit arbeitete sich Deutschland namentlich seit der Begründung des Zollvereins mit steigender Schnelligkeit zu solidem Wohlstand empor. Noch hemmte als Rest früherer Zustände die Verschiedenheit des erst seit 1838 für die norddeutschen Vereinsstaaten allgemein eingeführten (preussischen) Vierzehntalerfußes und des süddeutschen (rheinischen) Guldenfußes, abgesehen noch von dem veralteten Münzwesen der niedersächsischen Küstenstaaten im Osten der Elbe und dem österreichischen Guldenfuß; noch gab es, Österreich eingeschlossen, achtzehn verschiedene Postverwaltungen, darum ein viel zu hohes Porto. Aber die ersten beiden Jahrzehnte nach 1815 überzogen ganz Deutschland mit einem Netze trefflicher Kunststraßen, die von Tausenden mächtiger Frachtwagen belebt waren, und vorzügliche Eilposten gab es seit 1823 in Sachsen, seit 1825 in Preußen. Kaum war diese für ängstliche



Seelen unerhörte Vervollkommnung im Gange, da begann der Eisenbahnbau, vorbereitet unter erdrückenden Schwierigkeiten durch seinen begeisterten Propheten Fr. List, alle Verkehrsverhältnisse völlig umzugestalten. Obwohl die Regierungen sich noch mißtrauisch zurückhielten und sich höchstens, wie Preußen durch das Gesetz von 1838, ein mehr oder weniger weitgehendes Aufsichtsrecht sicherten, so bauten doch bürgerliche Unternehmer bis 1848 schon eine ganze Reihe von Linien über ganz Deutschland hin (1835 Nürnberg—Fürth, 1838 Berlin—Potsdam, 1839 Leipzig—Dresden u. s. f.). Dahinter blieben die Wasserstraßen weit zurück. Außerhalb Preußens hatte Deutschland keine Kanäle (der neue bayrische Ludwigskanal blieb unbedeutend), und die größten Ströme, Rhein und Elbe, litten nicht nur unter der schlechten Beschaffenheit der Fahrbahn, sondern auch unter hohen Zöllen; zumal auf dem Rheine störten bis 1831 die holländischen „Seezölle“ auf Waal und Maas den deutschen Verkehr mit der Nordsee empfindlich. Trotzdem begann die Dampfschiffahrt, aber überwiegend für Personenbeförderung, auf dem Rheine 1816, auf der Oder 1825, auf der Donau 1833, auf der Elbe 1837. Für den Seeverkehr lagen die wichtigsten Häfen noch ein halbes Jahrhundert lang außerhalb des Zollvereins, aber hier vollbrachte die alte Stadtpolitik ihre letzte große Leistung. Bremen sicherte sich die Verbindung mit der See durch die Anlage von Bremerhaven, die Gründung des weitschauenden Bürgermeisters Johann Smidt (1827), zog dadurch den deutsch-nordamerikanischen Verkehr größtenteil an sich und eröffnete 1847 den regelmäßigen Dampferverkehr mit New York; Hamburg beherrschte den Handel mit England, ganz Westeuropa und Südamerika und war schon der erste Hafenplatz des europäischen Festlandes, trotz des schrecklichen Brandes vom Mai 1842, den man törichterweise englischer Eifersucht schuld gab. Gleichwohl besaßen alle deutschen Seehäfen zusammen genommen noch 1840 kaum die Hälfte der Schiffe, die sie 1805 gehabt hatten, und die preußische Handelsflotte erreichte erst 1859 wieder den Stand von 1805.

Nicht zum wenigsten ergab sich das Wachstum des Handels aus dem Aufblühen der deutschen Industrie, seitdem der Zollverein sie vor der erdrückenden englischen Konkurrenz schützte,



die Entwicklung der Verkehrswege die Transportkosten für Massengüter (Kohlen, Holz, Erz, Getreide) verbilligte, und der Dampfbetrieb die Fabrikation zu beherrschen begann. Westfalen, Sachsen, Oberschlesien wurden oder blieben die wichtigsten Industrieländer; Essen (Fr. Krupp), Berlin (A. Borsig), Chemnitz (E. Hartmann) wurden großartige Fabrikstädte. Aber auch die deutsche Landwirtschaft trat in eine Zeit der Blüte ein, als die überall rüstig fortschreitende Ablösung der bäuerlichen Lasten, die sich im Osten allerdings mit einer Zunahme des Großgrundbesitzes verband, die Gemeinheitsteilungen und Grundstückszusammenlegungen (in den Gewannndörfern) alte rechtliche und technische Hemmnisse beseitigten, die Anwendung der Wissenschaft (A. Thaer, J. Liebig) das Verfahren verbesserte. Fast überall gelangte jetzt die Fruchtwechselwirtschaft mit Stallfütterung und rationeller Düngung zur Herrschaft, den Ertrag mindestens verdoppelnd, und der Anbau der Zuckerrübe, der schon während der Kontinental Sperre in Schlesien begonnen hatte, machte den Kolonialzucker bald völlig entbehrlich.

Also wuchsen Wohlstand und Bevölkerung trotz einzelner Rückschläge, wie der schrecklichen Springslut an der Nordseeküste im Februar 1825, der Cholera, die 1831 zum erstenmal von Osten hereinbrach, der Mißernte von 1845 und dergleichen mehr. In immer wachsender Zahl bildeten sich durch Fabrikwesen und Handelsverkehr große Bevölkerungsmittelpunkte, wie sie keine frühere Zeit gekannt hatte. Berlin, schon 1848 der Knotenpunkt von fünf Eisenbahnlinien, wuchs 1810—1840 von 157 000 auf 330 000 Einwohner, Leipzig 1834—1849 von 44 000 auf 62 000, Dresden 1826—1849 von 48 000 auf 94 000, Chemnitz 1813—1864 von 9900 auf 54 000 Einwohner. Im ganzen betrug die Bevölkerung auf dem Boden des späteren Deutschen Reichs 1816 schon 24,8 Millionen, 1845 aber 34,4 Millionen, wovon erst 10, dann 16 Millionen auf Preußen fielen; das Industrieland Sachsen wuchs 1815—1846 von 1,17 auf 1,83 Millionen. Trotzdem war die Auswanderung, namentlich aus den dünnbevölkerten, industriearmen Landschaften des Ostens, sehr stark, und sie richtete sich, besonders seit 1830, vor allem nach Nordamerika, wohin 1830—1850, meist über Bremen, im ganzen 587 000 Deutsche zogen, da-



neben auch nach dem südlichen Brasilien (seit 1818) und nach Australien (seit 1837). Alle diese Auswanderer gingen der deutschen Gemeinschaft verloren, in Nordamerika auch ganz überwiegend dem deutschen Volkstume, wenngleich seit 1830 auch gebildete Männer, meist liberaler Richtung, dem Vaterlande den Rücken kehrten und, trotz aller üblen Erfahrungen die Heimat lieb behaltend, durch deutsche Schulen und Zeitungen der Entnationalisierung etwas entgegenarbeiteten.

Während nun die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Staaten unzerreißbar miteinander verwachsen und ihre Binnengrenzen in dieser Beziehung bedeutungslos wurden, entwickelte sich eine Einheit der deutschen Geistesbildung in Wissenschaft, Literatur und Kunst, die jener wirtschaftlichen parallel ging. Sie war um so wirksamer, als das politische Interesse noch lange schwach war und das ästhetisch-literarische überwog. Die Universitäten, noch nach 1815 durch zwei neue Hochschulen (1818 Bonn, 1826 München) vermehrt, waren schlechthin deutsche Anstalten, durch unbeschränkte Freizügigkeit der Professoren und weitgehende der Studenten unter sich eng verbunden, zwar unter Staatsaufsicht, aber, von den katholisch-theologischen Fakultäten abgesehen, frei von jeder kirchlichen Bevormundung, mit unbedingter Lern- und Lehrfreiheit ausgestattet und als geschlossene Körperschaften auch äußerlich durch ihre korporative Verfassung sehr unabhängig. Die höheren Schulen hielten an ihrer alten Grundlage, dem Betriebe der klassischen Sprachen, unbeirrt fest, gaben jetzt erst unter dem Einflusse der aufblühenden Altertumswissenschaft dem Griechischen sein Recht und berücksichtigten etwas mehr die Realien, ohne ihre Schüler mit einem unruhigen Vielerlei von Fächern zu überbürden, bildeten auch noch die einzigen Vorbereitungsanstalten für die Universität. Daß der Staat dabei mehr und mehr Gymnasien halb oder ganz übernahm und neue staatliche Schulen gründete (namentlich in Preußen), auch das Prüfungswesen und den Unterrichtsbetrieb durch seine Regulative einheitlicher ordnete, schränkte allerdings die frühere Freiheit etwas ein, ergab sich aber aus dem Wachstum seiner Kulturaufgaben. Die wirtschaftliche Entwicklung gab bereits zur weiteren Ausbildung der Real- und Gewerbeschulen sowie höherer technischer Anstalten Veranlassung, beeinträchtigte aber



die alte Einheit der wissenschaftlichen Vorbereitung noch wenig. Auch das Volksschulwesen wurde, obwohl es den Gemeinden verblieb, doch überall durch die staatliche Gesetzgebung geregelt, durch treffliche Pädagogen wie Dinter und Diesterweg in Pestalozzis Geiste innerlich ausgestaltet und mit fachmäßig vorgebildeten Lehrern aus meist staatlichen Seminarien versorgt; es erstarrte freilich im Laufe der Zeit mehr und mehr unter dem Zwange staatlicher Bevormundung und reaktionär-kirchlichen Geistes.

Niemals hat die deutsche Wissenschaft eine so glückliche und glänzende Zeit erlebt wie damals, wo ihre Vertreter, ohne sich um äußere Ehren und Lebensgenüsse viel zu sorgen, fröhlich vorwärts strebten und noch große Gebiete zu überblicken vermochten. Die historische Auffassung gelangte jetzt zu den schönsten Erfolgen. Zuerst der Schwabe Wilhelm Hegel (1770—1831) begriff die Welt philosophisch als einen historischen Werdeprouß, allerdings in ganz abstrakten Formen als den unendlichen Denkprouß des absoluten Geistes (Gottes), so daß das Wirkliche vernünftig, das Vernünftige wirklich ist; den Staat faßte er als den verwirklichten sittlichen Willen auf. Es war die äußerste Ausbildung der idealistischen Philosophie und das letzte philosophische System, das in Deutschland wirklich geherrscht hat. Schon mit K. Fr. Herbart († 1841) kehrte die Philosophie von ihrer stolzen spekulativen Höhe zu den bescheidenen empirischen Untersuchungen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit zurück.

Siegreich begann die historische Auffassung auch in die Theologie einzudringen und dem flachen Rationalismus ein Ende zu machen. Schon Schleiermacher († 1834) lehrte die Glaubensbekenntnisse in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit, als subjektive Gefühlswahrheiten begreifen; die Tübinger Schule (Ferd. Baur) wies die neutestamentlichen Schriften als Erzeugnisse des Ideenkampfes der apostolischen Zeit nach, David Friedrich Strauß († 1874) wollte sogar, ohne jedes religiöse Verständnis, aber getrieben vom schärfsten kritischen Geiste und reinsten Wahrheitsdrang, in der Geschichte Jesu (1835) nichts sehen als eine Mythenbildung. Er hat die neutestamentliche Wissenschaft trotz seines Irrtums in der Gesamtauffassung ungemein gefördert; aber es war kein Wunder, daß die bibel-



gläubigen Orthodoxen unter Führung des Westfalen W. Hengstenberg († 1869) diese, wie sie meinten, alle Grundlagen des Glaubens zerstörende Richtung mit harter Ausschließlichkeit bekämpften. Ebenso siegte in der Rechtswissenschaft die historische Auffassung Savignys bis zu dem Grade, daß er seiner Zeit sogar den Beruf zur Gesetzgebung absprach. Dahlmann faßte in seiner „Politik“ die ersten Erfahrungen des konstitutionellen Lebens in Deutschland zusammen (1835) und sah, vom englischen Vorbilde ausgehend, sein Ideal in einem konstitutionellen, aber starken Königtum auf der Grundlage des städtischen Mittelstandes. Der hochkonservative Stahl, ein ganz zum Preußen und Christen gewordener Jude, wies, das Naturrecht gründlich widerlegend, nach, daß das Recht sich aus dem Geiste des Volkes historisch entwickle; nur sah er in dem christlichen Staate eine unmittelbare Offenbarung Gottes und wurde durch diese Tendenz ein Hort reaktionärer Gedanken und ein Hemmnis für die politische Weiterentwicklung.

Das erste große Werk über die Geschichte des deutschen Mittelalters wagte im Sinne der Romantik Friedrich Raumer mit der Geschichte der Hohenstaufen (1824). Doch erst die von Stein veranlaßte großartige Quellensammlung der *Monumenta Germaniae historica* (von G. Perz, seit 1819) legte dieser Forschung eine feste kritische Grundlage und bildete eine tüchtige Schule junger Historiker. Leider gab Dahlmann ein Muster kritischer und doch höchst lebendiger Geschichtsschreibung nicht in einer deutschen, sondern in seiner dänischen Geschichte (1840). Diese kritischen Grundsätze wandte der Thüringer Leopold Ranke (1795—1886) auf die Neuzeit an; indem er dabei vor allem den Motiven der leitenden Persönlichkeiten und den großen welthistorischen Zusammenhängen nachspürte, jede Zeit aus sich selbst zu verstehen suchte und dann die Dinge mit vornehmer Objektivität und künstlerischem Feingefühl schilderte, machte er die deutsche Geschichtsschreibung zur ersten der Welt. Während er den Staat ganz von oben sah, legte der Ostfrieser F. C. Schlosser in seiner Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts an die Taten der Fürsten, Helden und Staatsmänner den unzureichenden Maßstab seiner abstrakten bürgerlichen Moral, wurde aber gerade dadurch der Liebling des verstimmten Bürgertums. Das deutsche Altertum in Sitte und



Recht, Sprache, Sage und Götterglaube erforschten unermüdlich mit sinnigstem Verständnis und innerem Herzensanteil die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm und Ludwig Uhland. Ihr Schüler K. Lachmann wandte die kritischen Grundsätze der klassischen Philologie zuerst auf die Schriftwerke des deutschen Mittelalters an. Schmeller begann die Erforschung der deutschen Mundarten, G. Gervinus gab die erste große deutsche Literaturgeschichte. In einem gewissen Gegensatz zu der textkritisch-grammatischen Richtung G. Hermanns bauten A. Böckh, Otfried Müller, F. G. Welcker die alte Philologie zur allseitigen Wissenschaft vom klassischen Altertum aus, und das preussische Institut für archäologische Korrespondenz in Rom (1827) gab diesen Studien, namentlich der Archäologie, eine monumentale Grundlage. Seiner genialen Entdeckung der Urverwandtschaft der arischen Sprachen ließ Franz Bopp den streng wissenschaftlichen Beweis ihres übereinstimmenden Baues auf dem Fuße folgen (seit 1816), und ein Landsmann der beiden Grimm, Friedrich Diez, wurde der Begründer der romanischen Sprachwissenschaft (1834).

Die geographische und klimatische Bedingtheit historischer Entwicklung war der Grundgedanke in Karl Ritters umfassender „Erdfunde“ (seit 1817), und die ganze Fülle seiner Kenntnisse der natürlichen Welt faßte Alexander von Humboldt, der wissenschaftliche Entdecker des spanischen Amerikas (1799—1804) und einer der universalsten Geister aller Zeiten (1769—1859), in seinem „Kosmos“ (seit 1844) zusammen. So entwuchs die deutsche Naturwissenschaft durch sorgfältige Beobachtung der Tatsachen den lustigen Spekulationen der Naturphilosophie. J. Liebig begründete die Agrarkulturchemie, A. Dove fand das Drehungsgesetz der Winde, die Grundlage aller Meteorologie, H. Helmholtz, ein preussischer Militärarzt, der bald als ebenbürtiger Nachfolger Humboldts in der Beherrschung der Naturwissenschaften gelten durfte, fand gleichzeitig mit dem genialen Württemberger Robert Mayer die Lehre von der Erhaltung der Kraft und wies damit den Zusammenhang aller Naturkräfte nach. Endlich errang Friedrich Gauß den Deutschen auch in der Mathematik den höchsten Preis.

Mit einer Universalität, wie sie seitdem nicht wieder vorgekommen ist, fing Goethe in seinem Alter alle Wissenschaft



und Kunst wie in einem Spiegel auf. Während die meisten Werke seiner letzten Zeit noch dem versunkenen Gedankenkreise des achtzehnten Jahrhunderts angehörten und deshalb wenig Beifall fanden, wies er in seiner Farbenlehre der denkenden Naturbetrachtung neue Wege, schüttete in Wilhelm Meisters Wanderjahren eine Fülle sozialpolitischer Ideen aus, die der Entwicklung noch des zwanzigsten Jahrhunderts voraneilten, und entfaltete im zweiten Teile des Faust, den er kurz vor seinem Tode (22. März 1832) vollendete, in reichen Bildern den ganzen geistigen Gehalt seiner Zeit mit weisen und verheißungsvollen Ausblicken in die Zukunft. Er ließ seinen Träumer Faust enden als einen Mann der praktischen Tat und des sozialen Pflichtbewußtseins, der sich zu dem tapferen Satz bekennt: „Die Tat ist alles, nichts der Ruhm“. So hat er den Entwicklungsgang seines Volkes vorgezeichnet.

Noch während Goethes letzter Jahre ging die romantische Dichtung zu Ende. An ihre Stelle trat zunächst im Norden, parallel mit dem erneuten Eindringen liberaler Ideale, eine französisierend-jüdische Richtung, die ihren Mittelpunkt in der vernünftelnden, altflug über alles aburteilenden Berliner Gesellschaft, ihre Hauptvertreter in zwei rheinischen Juden, Heinrich Heine und Ludwig Börne, fand und schließlich in der ebenso anmaßenden wie anregenden, den deutschen Philister aufrüttelnden Gruppe des „jungen Deutschland“ ausging. Verherrlichung alles französischen, frivole Verhöhnung alles deutschen Wesens, begeisterter Preis des Revolutionären in jeder Form, Sinnlichkeit und eine Vermischung aller Kunstformen in der prickelnden französischen Glittergattung des „Feuilleton“ vereinigten sich zu einem unerfreulichen Ganzen, aus dem nur eine Anzahl wahrhaft schöner, tiefempfundener Lieder Heines als unvergängliche Perlen der Literatur hervortreten. Schon in den dreißiger Jahren wehrte sich dagegen die gesunde Lyrik und Epik der Schwaben unter der Führung Ludwig Uhlands; und wahrhaft vornehm wirkte gegenüber dem gleißenden Esprit die gedankenreiche und formschöne, wenn auch etwas philiströse Dichtung Friedrich Rückerts, die stimmungsvolle Poesie des ganz germanischen Deutschfranzosen Adalbert von Chamisso und die antikisierende Art des dem Vaterlande nur allzusehr entfremdeten Grafen A. von Platen;



dann rief die radikal gefärbte politische Lyrik Georg Herweghs, Hoffmanns von Fallersleben, F. Freiligraths, F. Dingelstedts zwar wiederum die Geister auf den Kampfplatz der liberalen Ideen, brachte aber auch die Liebe zum Vaterlande wieder kräftig zur Geltung, während Emanuel Geibel, südlichen Schönheitsdranges voll, festhielt an den alten Idealen zugleich tiefreligiöser und nationaler Empfindung. Die Bühne stand praktisch ganz überwiegend unter französischem Einfluß; erst in den vierziger Jahren gaben ihr Heinrich Laube, Karl Gutzkow und Gustav Freytag wieder wirksame Stücke deutschen Gepräges. Aber am meisten entsprach dem realistischen Geiste der Zeit die Prosadichtung, Roman und Novelle. Einem Norddeutschen, Karl Immermann († 1840), gelang der genialste satirische Roman der deutschen Literatur im „Münchhausen“ und zugleich in der Episode vom Oberhof ihre schönste Dorfgeschichte. Diese erhob dann Berthold Auerbach zu einer besondern literarischen Gattung, Willibald Alexis aber schuf nach W. Scotts Vorbilde in seinen märkischen Geschichten den historischen Roman, und Paul Heyse führte ein neues Zeitalter der eleganten Novelle herauf.

Der klassischen Musik gab ein Mann von dämonischer Größe, ebenbürtig einem Michel Angelo und Shakespeare, der Rheinländer L. van Beethoven, in Wien ihre höchste Vollendung. Dann schuf K. M. von Weber in Dresden die vaterländisch-romantische Oper. Noch volkstümlicher wurde die Musik durch Liederkomponisten wie Fr. Schubert, R. Schumann und F. Mendelssohn-Bartholdy. Dieser erhob zugleich als Dirigent der Gewandhauskonzerte Leipzig zur musikalischen Hauptstadt Deutschlands.

Ungünstiger lagen die Verhältnisse für die bildende Kunst; denn mit der wachsenden Geltung des Klassizismus verschwand das naive Schaffen vor der Kunstgelehrsamkeit. Die Baukunst lernte alle Stilarten nachbilden, vermochte aber keinen selbständigen Stil zu schaffen; der Anblick der farblosen Antike stumpfte auch bei den Malern den Sinn für die Farbe ab; wichtiger erschien ihnen die Zeichnung und am wichtigsten die „Idee“. Daran konnte auch die reiche staatliche Unterstützung der Kunst durch Sammlungen und Aufträge, die nirgends großartiger war als in München unter König Ludwig dem



Ersten, nichts ändern; aber sie begünstigte wenigstens die Entstehung der großen Kunststädte: Berlin, München, Dresden, Düsseldorf, Wien. In der Baukunst trat dem hellenisierenden Klassizismus K. Fr. Schinkels in Berlin (Altes Museum, Schauspielhaus) und L. von Klenzes in München (Propyläen, Glyptothek, Walhalla bei Regensburg) die Nachahmung des römischen und noch mehr des gotischen Stils entgegen, der lange Zeit als der eigentlich nationaldeutsche galt, und für den man vor allem bei den Wiederherstellungsarbeiten der Marienburg und des Kölner Domes seine Studien machte. In Dresden griff dagegen der geniale Gottfried Semper unter dem kunstsinigen Könige Friedrich August dem Zweiten auf eine veredelte Renaissance zurück (Hoftheater, Gemäldegalerie). Während in der Münchener Plastik noch die Romantik Schwanthalers überwog, wurde Berlin durch Gottfried Schadow und vor allem durch Christian Rauch die Hauptstätte einer Bildnerei, die das strenge Formgefühl der Antike mit dem modernen Realismus vereinigte und in der großen Geschichte des ruhmvollen Staates eine unerschöpfliche Fülle echt volkstümlicher Aufgaben fand (Grabdenkmal der Königin Luise, Denkmal Friedrichs des Großen, Feldherrenstatuen). Von ihr ging auch der mildere Ernst Rietschel aus, der Gründer der Dresdner Bildhauerschule. Die Erneuerung der deutschen Malerei war von Fr. Overbeck ausgegangen im Anschluß an das Studium der Antike und der Italiener des fünfzehnten Jahrhunderts. Doch über diese etwas weichlichen „Nazarener“ hinaus führte der tiefsinnige, herrschgewaltige Peter Cornelius erst in München, dann in Berlin die Malerei zum monumentalen Freskobilde zurück. Moritz von Schwind, der „deutscheste Maler“, schilderte als Sohn der Romantik vor allem die deutsche Märchen- und Sagenwelt. Die eigentliche Historienmalerei begründeten E. Bendemann, K. Fr. Lessing, Julius Schnorr; die Düsseldorfer Schule richtete sich unter Fr. W. Schadow vor allem auf poetische Erfassung der Landschaft, das sinnige Genre und die verklärende Darstellung dichterischer Gestalten, und gemütvoll-schlicht schilderte Ludwig Richter in Dresden das bürgerliche Kleinleben.

So erwuchs, vornehmlich im bürgerlichen Mittelstande, der in erster Linie diese ganze Geistesbildung und die neue Na-



tionalwirtschaft trug, ein starkes Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Die Führer aber waren die Gelehrten, denn diese fühlten sich am entschiedensten als Deutsche schlechtweg und gaben sich in den großen wissenschaftlichen Wanderversammlungen (der Philologen 1845, der Germanisten 1846) schon eine Art gemeinsamer, über ganz Deutschland reichender Organisation, ja sie begannen dort neben wissenschaftlichen Fragen schon praktisch-politische zu behandeln. Was freilich dieser politisch werdende Bürger- und Gelehrtenstand erstrebte, das war zunächst größere Bewegungsfreiheit für sich selbst innerhalb der einzelnen Staaten, namentlich Befreiung der Meinungsäußerung in Wort und Schrift von der peinlichen polizeilichen Überwachung und Zensur, die immer reizte und selten etwas nützte, und bei den meisten galt als Ideal die auf der Volkssouveränität beruhende parlamentarische Monarchie nach Art der Franzosen, also die Herrschaft des besitzenden Mittelstandes, der sich schlechtweg für die Nation hielt. Eine radikale, in den geschichtslosen Staaten des Südwestens weit verbreitete Richtung träumte schon, die ganze Vergangenheit Deutschlands verneinend, von der demokratischen Republik. Eine neue volkstümliche Gesamtverfassung der Nation wollten sie alle, aber welcher Art diese sein sollte, darüber bestand nirgends eine klare Vorstellung. In den hart arbeitenden Volksmassen aber stiegen bereits sozialistische Ideen auf, die aus Frankreich herüberkamen. Demgegenüber dachten die Regierungen, die Beamten, die Offiziere, der Adel partikularistisch-konservativ. In diesem unfertigen Gewirr durcheinanderlaufender Ansichten und Bestrebungen war vor allem eines not: ein fester, klarer, staatsmännischer Wille, der sie zu meistern und zu leiten verstand. Nach dem ganzen Gange der politischen Entwicklung mußte dieser Wille ein monarchischer und ein preussischer sein.

Nun wollte es das Verhängnis, daß Preußen bei den deutschen Liberalen namentlich des Südens ganz überwiegend als eine Macht der Reaktion galt, und daß jener Wille an der entscheidenden Stelle, beim König Friedrich Wilhelm, nicht vorhanden war. „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen“, sagte er, „sie ist das Erbteil meiner Mutter,“ aber nach seiner romantisch-altständischen Auffassung gebührte dabei die füh-



rung Österreich. Er tat im Innern den letzten Schritt, den er von seinem autokratischen Standpunkt aus tun durfte; er berief am 3. Februar 1847 nach langem Schwanken und gegen den ursprünglichen Willen seines Bruders Wilhelm, des Prinzen von Preußen, auf den 11. April zum erstenmal den Vereinigten Landtag der Monarchie, d. h. die sämtlichen acht Provinziallandtage in zwei Kurien (Herrenkurie und Dreiständekurie), die glänzendste parlamentarische Versammlung, die Deutschland bis dahin gesehen hatte; aber während die ostpreussischen, rheinländischen und schlesischen Liberalen daraus ein Parlament mit voller Kompetenz machen wollten, dachte der König nicht im entferntesten daran, aus einem Akt der Gnade ein dauerndes Rechtsverhältnis werden zu lassen; er wollte ihnen beschließende Gewalt nur in Steuersachen, in der Gesetzgebung nur eine beratende Stimme zugestehen. So kam das wichtige Anleihegesetz zur Erbauung der Ostbahn nicht zustande, und man trennte sich am 27. Juni unter allgemeiner Verstimmung. Preußen war allerdings endlich in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten, und der König verhiess den vereinigten Ausschüssen im März 1848 die regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages, aber befriedigt war niemand, und Preußen entbehrte einer festen parlamentarischen Ordnung.

Auch in den außerpreussischen Bundesstaaten verschärften sich die Gegensätze. In Sachsen entstand 1836, zunächst im industriellen Voigtlande, eine liberale Partei, daneben in Leipzig eine radikaldemokratische, und dieser steigenden Opposition wich 1843 der Reformminister B. von Lindenau. Die Masseregeln der Freigemeinden („Lichtfreunde“) veranlaßten dann sogar in Leipzig stürmische Demonstrationen gegen den Prinzen Johann, den man ohne jede Berechtigung als Jesuitenfreund verdächtigte (August 1845), und das schwere Not- und Hungerjahr 1846—1847 erweckte im niedern Volke sogar sozialistische Gedanken, obwohl Regierung, Landtag und Privatwohlthätigkeit das mögliche zur Linderung taten. In Bayern brachte schon die Julirevolution eine Wendung in der Haltung König Ludwigs hervor, und mit dem Ministerium Abel kamen 1837 die Ultramontanen zur Herrschaft, was nun wieder die schärfste Opposition, namentlich in den protestantischen Land-



schaften erweckte. Zum Unglück erschütterte auch noch das sonderbare Verhältnis des Königs zu der spanischen Tänzerin Lola Montez (Gräfin Landsfeld) die persönliche Achtung vor dem Monarchen. In Baden breitete sich unter dem Einflusse der französischen und schweizerischen Nachbarschaft eine radikal-demokratische Partei im Gegensatze zu den Liberalen unter Karl Mathy immer weiter aus, so daß diese von dem konservativen Ministerium Blittersdorf eine Zeitlang (1838) in der Herrschaft verdrängt wurden; erst 1846 kamen sie wieder ans Ruder.

Während dieser Parteikämpfe in den Einzelstaaten stieg im Norden eine nationale Frage ersten Ranges auf, die schleswig-holsteinische. Seitdem die Dänen zum hellern Bewußtsein ihres Volkstums erwacht waren, trachteten sie danach, das halbdänische Schleswig vom deutschen Bundeslande Holstein zu trennen und Dänemark einzuverleiben. Langsam erstarkte demgegenüber in den Herzogtümern, besonders durch die historischen Studien Dahlmanns u. a., die Liebe zu dem alten halbvergeffenen Landesrecht. Eine auf seine Wiederherstellung gerichtete Eingabe am Bundestage 1823 wurde abgelehnt, und 1834 erhielten beide Herzogtümer getrennte Provinziallandtage; aber hier stieg die Hoffnung auf friedliche Trennung von Dänemark, da die königlich-herzogliche Linie nur aus wenigen Gliedern bestand, und wenn sie ausstarb, im Königreiche die Glücksburger, in Schleswig-Holstein die Augustenburger erbberichtigt waren. Um so größer war hier und in ganz Deutschland die Aufregung, als König Christian der Achte (1839—1848) in seinem „offenen Briefe“ vom 8. Juli 1846 das Erbrecht der Glücksburger auch für die Herzogtümer behauptete, um den dänischen Gesamtstaat für alle Zukunft zu erhalten.

Langsamer als im eigentlichen Deutschland war die nationale und freiheitliche Bewegung in Oesterreich vorgedrungen. Nicht nur die Deutschen aber gewannen hier zuerst durch bedeutende Dichter wie den Dramatiker Franz Grillparzer, den hochbegabten deutsch-ungarischen Lyriker Nikolaus Lenau und den edeln Idealisten Anastasius Grün (Graf Anton Auersberg) ein Bewußtsein ihrer Nationalität, sondern auch die Tschechen durch die Vertiefung in ihre Vergangenheit (Dobrowsky, Palazky, Kollar) und die Magyaren, die schließlich 1843 statt des



Lateinischen ihre eigne, ganz isolierte Sprache als Staatssprache proklamierten und damit die berechnete Gegenwehr der Deutschen, Rumänen, Serben und Kroaten in Ungarn herausforderten. Also wirkte hier in diesem Völkergemisch der nationale Gedanke zerlegend, und die italienischen Provinzen vollends konnten nur noch mit dem Säbel regiert werden. Diesen Dingen stand die „Staatskonferenz“, mit der Metternich für den kaum zurechnungsfähigen Kaiser Ferdinand (1835 bis 1848) regierte, ratlos und hilflos gegenüber. Dazu kam trotz des langen Friedens die ärgste Finanznot, ein unausgleichbarer Fehlbetrag im Jahreshaushalt und eine Staatsschuld von 1249 Millionen Gulden (1847). Die einzige Persönlichkeit des Hofes, die einiges Vertrauen genoß, war die Gemahlin des Thronfolgers Franz Karl, die energische und begabte Erzherzogin Sophie (von Bayern). Nirgends war die Staatsordnung so morsch wie hier, denn nirgends war sie so weit hinter der Zeit zurückgeblieben.

Da war es nun der große Fehler aller Regierungen, daß sie sich der vorwärtsdringenden Bewegung nicht selbst bemächtigten, sondern ihre Leitung in die Hände der liberalen und radikalen Oppositionsparteien gleiten ließen. Seit 1847 arbeitete die „Deutsche Zeitung“ unter der Redaktion von G. Gervinus in Heidelberg an der Vereinigung der nord- und süddeutschen Liberalen. Am 12. September formulierten die Radikalen in Offenburg ihr Programm (Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Press- und Vereinsfreiheit, Volksvertretung am Bunde); am 14. Oktober sprach sich eine Versammlung liberaler Abgeordneter in Heppenheim für den Bundesstaat unter preussischer Führung im Anschluß an den Zollverein und für ein deutsches Parlament aus und beschloß, zunächst durch Anträge in den Einzellandtagen die Regierungen in dieser Richtung vorwärts zu drängen. Zum erstenmal war das Ziel der deutschen Zukunft, wenngleich noch in allgemeinen Umrissen, offen bezeichnet.

Da brach über diese gärende deutsche Welt die Kunde von der Pariser Februarrevolution 1848, dem Sturze Louis Philipps, der Proklamation der zweiten Republik wie der Sturmwind herein. Vor bloßen Straßen- und Kammerkundgebungen wichen die Regierungen, unsicher und ohne das gute Gewissen er-



füllter Pflicht, allerorten schwach zurück. Die radikalen Forderungen von Offenburg wurden unbesehen bewilligt, die Führer der Kammeropposition übernahmen die Ministerien, König Ludwig der Erste von Bayern dankte am 20. März zugunsten seines Sohnes Maximilian des Zweiten (1848—1864) ab, und der Bundestag umgab sich mit siebzehn „Vertrauensmännern“ der Regierungen. Die Lösung der Bundesreformfrage aber wurde gleichzeitig von der liberalen Partei und von den Regierungen in die Hand genommen. Von jener beschlossen einundfünfzig Abgeordnete am 5. März in Heidelberg, auf den 30. März ein Vorparlament aus Mitgliedern aller deutschen Einzellandtage nach Frankfurt a. M. zu berufen, um die Grundzüge einer parlamentarischen Bundesreform festzustellen, und am 7. März lud Metternich auf die Veranlassung des Königs von Preußen, der auch in diesem Augenblicke Österreich die Führung überlassen zu müssen glaubte, die Bundesregierungen zu demselben Zwecke für den 25. März nach Dresden ein.

Da wurde der bisher verhältnismäßig ruhige Gang der Bewegung in der unglücklichsten Weise von zwei revolutionären Erhebungen unterbrochen. Nachdem schon am 11. März eine tschechische Bürgerversammlung in Prag die Gleichberechtigung des Tschechischen mit dem Deutschen und die Wiederherstellung des böhmischen Gesamtstaats gefordert hatte, erzwang in Wien am 13. März der niederösterreichische Landtag, von der Bürgergarde und stürmischen Kundgebungen des Volkes unterstützt, den Rücktritt Metternichs, der über Prag nach England flüchtete, und am 14. verhiess die Regierung die Einberufung einer „Reichsversammlung“. Darauf bildete sich in Prag ein tschechischer Nationalausschuß, in Pest-Ofen ein ungarischer Sicherheitsausschuß unter Ludwig Kossuth. In Oberitalien aber brach der offene Ausstand los, die österreichischen Truppen mußten sich in das Festungsviereck zurückziehen, und indem am 23. März die Piemontesen den Ticino überschritten, begann König Karl Albert den nationalen Kampf gegen die habsburgische Fremdherrschaft.

Dieselbe Lähmung, die damit Österreich ergriff, erfaßte auch Preußen. Den stürmischen Forderungen zahlloser Volksversammlungen und Adressen nachgebend, verhiess Friedrich Wilhelm der Vierte am 18. März die Einberufung des Ver-



einigten Landtages zum 2. April und sein kräftiges Eintreten für die nationale Bundesreform. Aber aus den begeisterten Huldigungen auf dem Schloßplatz entstand um Mittag durch ein grobes Mißverständnis und durch die Aufhebung fremder, namentlich polnischer Agitatoren ein wütender Straßenkampf. Siegreich überwältigten die tapferen Truppen unter General von Prittwitz bis 3 Uhr morgens den Aufruhr in der innern Stadt; aber unter der Wucht dieser Eindrücke halb gebrochen, fiel ihnen der König selbst in den Arm. Er sah die Macht der liberalen und der deutschen Ideen und wollte mit ihnen eine neue Zeit für Preußen und Deutschland heraufführen; ein Rückschritt oder Stillstand schien ihm nicht möglich; er glaubte ein Führer der Revolution werden und sie zum Segen seines Landes und der Einheit Deutschlands meistern zu können. Gegen den leidenschaftlichen Widerspruch seines energischen Bruders Wilhelm befahl er den Abzug der Truppen, die knirschend die eroberte Stadt räumten; er berief die Häupter der Liberalen (Graf Schwerin, Auerswald u. a.) ins Ministerium, erließ eine Amnestie, verhiess, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, und ritt am 21. März, eine schwarz-rot-goldene Fahne vor sich, durch die Stadt. Prinz Wilhelm, dem der Volkshaß ohne jeden Grund die Schuld an dem „Blutbade“ beimaß, mußte nach England flüchten. Indem sich aber der König vor dem bewaffneten Aufruhr beugte, verlor er das Vertrauen der Armee und der altpreussischen Kreise, ohne die Liberalen und die Nationalen, zumal im übrigen Deutschland, von der Ehrlichkeit seiner Absichten zu überzeugen; so verließ ihn bald auch das Zutrauen zu sich selbst und damit die Kraft, die Führung Deutschlands zu übernehmen.

Nur den Polen kam die Berliner Revolution zugute. Erst die preussische Verwaltung hatte die Provinz Posen in ein Kulturland verwandelt, aber Dank dafür nur bei den befreiten Bauern, nicht bei den führenden Ständen, dem Adel und dem Klerus, gefunden. Der unvermittelte Übergang von dem straffen und gerechten Regiment des trefflichen Oberpräsidenten von Flottwell (1832—1841) zu nachgiebiger Schwäche unter Friedrich Wilhelm dem Vierten und die unklaren Sympathien der deutschen Liberalen für die „Freiheit“ der Polen hatten deren Begehrlichkeit so gereizt, daß 1847 eine weitverzweigte



Verschwörung gegen die preußische Herrschaft entstand und Hunderte gefangen genommen wurden. Durch die Amnestie vom 19. März befreit, kehrten sie nach Polen zurück, und schon am 20. März brach der offene Aufruhr aus. Ein polnisches Nationalkomitee bildete sich und rief alle Polen zu den Waffen. Aber während die Regierung unentschlossen schwankte, General von Willisen sogar über eine Teilung der Provinz mit den Polen verhandelte, traten die deutschen Ansiedler mit den Waffen in der Hand den polnischen Haufen gegenüber, Willisen mußte Posen verlassen, und die Truppen warfen nun binnen wenig Wochen den Aufstand zu Boden. Ebenso mußte die badische Regierung mit Hilfe der Nachbarstaaten im April eine bewaffnete republikanische Erhebung der Radikalen (G. Herwegh und Fr. Hecker) im südlichen Teile des Landes mit Gewalt niederschlagen.

Derweilen verwickelte die liberale Parteipolitik dieses zerrissene Deutschland vorschnell und ohne genügende Kenntnis der europäischen Lage in einen auswärtigen Krieg. Der Sieg der eiderdänischen Partei in Kopenhagen, die den jungen König Friedrich den Siebenten (1848—1863) zur Einverleibung Schleswigs drängte, trieb Holstein zur Erhebung für das alte Landesrecht. Noch in der Nacht des 22. März bildete Professor Beseler in Kiel eine provisorische Regierung, die Landesfestung Rendsburg wurde überrumpelt, das ganze Land, auch die Truppen (6000 Mann) huldigten ihr, und in kühnem Mute drangen die Holsteiner bis Flensburg vor. Doch auch im deutschen Schleswig war die Stimmung meist königstreu, zuweilen sogar dänisch, und der holsteinische Adel mißbilligte zum Teil den Aufstand. Die überraschten Dänen aber gingen zu Land und See gegen Flensburg vor, vernichteten dort bei Bau das Kieler Turner- und Studentenkorps, die Blüte der gebildeten holsteinischen Jugend, am 9. April und rückten bis Schleswig vor. Erst als Friedrich Wilhelm mit einem Anlauf zu aktiver national-deutscher Politik auf die Bitte der Kieler Regierung seine Garden unter dem General von Wrangel zu Hilfe sandte, schlugen diese am 23. April, dem Ostersonntage, die Dänen vor Schleswig und drängten sie bis ins Sundewitt zurück; am 1. Mai überschritten sie sogar die Grenze Jütlands.



Inzwischen ging die Leitung der Bundesreformbewegung vollständig in die Hände der liberalen Partei über. Das Vorparlament in Frankfurt a. M. (31. März bis 4. April), in dem Preußen zu schwach, Österreich so gut wie gar nicht vertreten war, beschloß, die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung für ganz Deutschland, einschließlich der österreichischen Bundesländer, Deutsch-Posen und Schleswig, auszuschreiben und setzte einen Vollziehungsausschuß unter Soiron ein. Es war ein völliger Sieg des südwestdeutschen Liberalismus. Der Bundestag erkannte diese Beschlüsse von mindestens zweifelhafter Rechtmäßigkeit ohne weiteres an und beauftragte die siebenzehn Vertrauensmänner mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs. Dieser, aus Dahlmanns Feder, stellte an die Spitze des Reichs einen erblichen Kaiser und setzte ihm ein Parlament zur Seite, dessen Oberhaus aus den Bundesfürsten und „Reichsräten“ bestehen, dessen Unterhaus aus direkten allgemeinen Volkswahlen gebildet werden sollte. Aber über die entscheidende Frage, das Verhältnis zu Österreich, sagte er gar nichts, die Fürsten widerstrebten diesem Oberhause, und der Mehrzahl der Liberalen war der Entwurf viel zu monarchisch. Deshalb, wurde er von keiner Seite angenommen, und ohne jedes Programm traten die Regierungen dem kommenden Parlament gegenüber.

So wurde am 18. Mai unter allgemeiner Begeisterung und mit hochgespannten Erwartungen die „deutsche Nationalversammlung“ in der Paulskirche zu Frankfurt eröffnet; es waren im ganzen 586 Abgeordnete (statt 605, da die österreichischen Slaven nicht wählten); eine Versammlung, unzweifelhaft an Geistesadel und Vaterlandsliebe jedem andern Parlament überlegen und doch keine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes in allen seinen Teilen. Die beiden Großmächte waren unverhältnismäßig schwach vertreten, weil man die Bevölkerungsziffer von 1819 zugrunde gelegt hatte, die nirgends weiter überschritten war als in Preußen; allzusehr überwogen die gelehrten Berufe (vier Fünftel der Versammlung, darunter alle die großen Namen der deutschen Wissenschaft), die Interessen des Grundbesitzes, des Handels und Gewerbes kamen also viel zu wenig zur Geltung. Da ein anerkanntes Programm für die Lösung der „Einheitsfrage“ nicht



bestand, so teilte sich die Versammlung nach „Freiheitsfragen“ in drei große Gruppen, das bundesstaatlich-monarchische Zentrum, die stärkste (etwa 300 Mitglieder), die radikal-republikanische Linke und die zum Teil katholische Rechte. Weitaus die Mehrheit stand auf dem Boden der Volkssouveränität, wollte daher bei der Aufstellung der Verfassung die Regierungen höchstens „anhören“. Dementsprechend beschloß sie auch nach endlosen Debatten über die verschiedensten Fragen, fortgerissen von des Präsidenten Heinrich von Gagern viel bewundertem und viel gescholtenem „kühnem Griff“ (24. Juni), selbständig, ohne die Regierungen zu befragen, eine neue provisorische monarchische Zentralgewalt zu schaffen, und erwählte am 29. Juni zum „Reichsverweser“ den populären Erzherzog Johann von Österreich, der am 11. Juli, auf seiner Reise durch Schlesien, Sachsen und Thüringen allerorten von brausendem Jubel begrüßt, feierlich in Frankfurt einzog. Indem er am 12. Juli sein Amt antrat, legte der Bundesrat seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und dieser bildete sein parlamentarisches Reichsministerium. Also machte die neue Zentralverwaltung kraft der doch nur beanspruchten Souveränität der Nationalversammlung den Versuch, die Einzelregierungen als einfache Unterbehörden zu behandeln. Solange diese in den Händen der Liberalen waren, die auf dem Boden der Volkssouveränität standen, mochte das angehen, aber die souveränen Bundesfürsten mußten das sofort als schwere Kränkung empfinden.

Während die Nationalversammlung sich nun seit dem 3. Juli in die endlosen doktrinären Debatten über die „Grundrechte“ des deutschen Volks vertiefte, um der heikeln „Oberhauptsfrage“, also der Kernfrage, zunächst noch aus dem Wege zu gehen, erweiterte sich in Preußen die Kluft zwischen der konservativen ländlichen Bevölkerung der Ostprovinzen und der revolutionären Hauptstadt um so mehr, als hier die Bürgerwehr, die radikalen Volksredner und die radikale Presse unbedingt herrschten. Unter diesen Einflüssen stand auch die „konstituierende Nationalversammlung“, die nach dem noch vom Vereinigten Landtage beschlossenen Wahlgesetz am 22. Mai in der Singakademie zusammentrat. Ebendeshalb brachte sie gar nichts zustande; ja die Radikalen erbitterten alle Ge-



mäßigten auf das äußerste durch den albernem „Zeughaussturm“ am 15. Juni, und auch das liberale Ministerium vertrat nicht sowohl die Krone gegen die Nationalversammlung, als diese gegen die Krone. In Sachsen herrschten die demokratischen „Vaterlandsvereine“ gegenüber den gemäßigten „deutschen“ Vereinen; ja der Stillstand der Geschäfte trieb sozialistische Verbindungen hervor, und selbst die Zucht der Armee geriet ins Wanken. Auch in den thüringischen Kleinstaaten hielten die Behörden nur mit großer Mühe die Ordnung aufrecht. Hannover erhielt am 5. September eine neue liberale Verfassung, und sogar im altständischen Mecklenburg trat am 31. Oktober eine „konstituierende“ Versammlung zusammen. In Bayern wurde die Zweite Kammer durch das neue Wahlgesetz vom 4. Juni umgestaltet, in Hessen-Darmstadt unter dem neuen Großherzog Ludwig die Erste Kammer ganz beseitigt. So gebärdete sich jeder Einzelstaat als souverän, während doch die souveräne Nationalversammlung noch nicht einmal die Grundlagen der neuen Bundesverfassung festgestellt hatte, und die öffentliche Ordnung stand überall auf schwachen Füßen.

Da zeigte sich's nun bald, daß Deutschland nicht einmal gegen das kleine Dänemark den Krieg siegreich führen konnte, weil er in einer höchst ungünstigen diplomatischen Lage begonnen worden und Deutschland zur See schlechterdings wehrlos war. Zar Nikolaus von Rußland nahm gegen die Begünstigung der „Revolution“ durch Preußen eine drohende Haltung an, England protestierte gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Jütland, Schweden besetzte sogar Fünen gegen eine deutsche Landung. Für eine Reichsflotte hatte zwar das Frankfurter Parlament gleich sechs Millionen Gulden bewilligt, und eifrig arbeitete der wackere Admiral Brommy in Bremerhaven an der Beschaffung von Schiffen und Mannschaften, aber es fehlte an allen Grundlagen; die Dänen sperrten mit ihrer trefflichen Flotte alle deutschen Häfen und bedrohten beständig die Ostküste der Herzogtümer, so daß Wrangel Jütland wieder räumte und die Truppen des zehnten Bundesarmee-Korps im Sundewitt sich mit unbedeutenden Gefechten begnügten. Unter diesen Umständen, vor schweren europäischen Verwickelungen zurückweichend und von den bittersten Klagen ihres Handelsstandes gedrängt, schloß die preussische Regierung



am 26. August in Malmö auf sieben Monate Waffenstillstand. Schleswig wurde unter eine preußisch-dänische Regierungskommission gestellt, und die holsteinischen Truppen von den schleswigschen getrennt.

Gewiß, das Abkommen schien höchst unrühmlich, und die Erbitterung ringsum war begreiflich, begreiflich auch, daß die Nationalversammlung am 5. September mit geringer Mehrheit den Antrag Dahlmanns auf „Sistierung“ des Waffenstillstandes annahm. Aber als nun das bisherige Reichsministerium diesem Mißtrauensvotum wich und Dahlmann als Führer der siegreichen Opposition den Auftrag erhielt, ein neues zu bilden, da zeigte es sich, daß gar keine Möglichkeit vorlag, den Sistierungsbeschluß gegen den Willen Preußens durchzusetzen, und so mußte das Parlament den Waffenstillstand am 16. September annehmen. In sinnloser Wut heizten die Radikalen am 17. September den Frankfurter Pöbel zum Aufruhr gegen die Mehrheit der Nationalversammlung; er wurde von den Truppen zu Boden geschlagen, und fester schlossen sich seitdem die gemäßigten Elemente zusammen. Aber der Traum von der souveränen Macht des Parlaments war zerstoben; indem es seine Ohnmacht gegenüber Preußen eingestand, hatte es die einzige Grundlage seiner Macht, sein moralisches Ansehen, zerstört. Es war tatsächlich der Anfang vom Ende.

Und nun gingen die konservativen Elemente, die von der Hochflut des Frühjahrs 1848 zurückgedrängt worden waren, zunächst in den beiden Großstaaten zum Gegenstoß über. Da sich die Berliner Nationalversammlung in radikalen Beschlüssen überbot, endlich in dem Entwurfe der neuen Verfassung aus dem Königstitel den Zusatz „von Gottes Gnaden“ strich und Ende Oktober die Regierung sogar aufforderte, zum Schutze der in Wien bedrohten Volksfreiheit (d. h. der bewaffneten Revolution) einzuschreiten, so entließ der König, tief erbittert, das schwache Ministerium Pfuel und übertrug die Oberleitung einem tapfern General, dem Grafen von Brandenburg, einem natürlichen Sohne Friedrich Wilhelms des Zweiten. Dieser verkündete am 9. November der Nationalversammlung den Beschluß des Königs, sie bis zum 27. November zu vertagen und nach Brandenburg zu verlegen. Als sie trotzdem zusammenblieb, rückte am 10. November General Wrangel mit seinen



Truppen ein, verhängte den Belagerungszustand über die Stadt, erzwang den Abbruch der Beratungen und löste die Bürgergarde auf, alles zur höchsten Befriedigung der Gemäßigten. Endlich, da auch in Brandenburg kein Abschluß erreicht wurde, löste der König die Nationalversammlung auf und „oktroierte“, wesentlich nach ihrem Entwurf, am 5. Dezember die neue Verfassung. Die Krone gebot wieder in Preußen.

Schwieriger und darum viel unvollständiger war die Lösung der Verwicklungen in Österreich. In Wien, wo die Bürgergarde und die Studenten der „Mula“, später die Arbeiter den Ton angaben, herrschte völlige Anarchie, bis endlich am 22. Juli der auch hier dringend geforderte konstituierende Reichstag zusammentrat, freilich ohne ungarische und italienische Abgeordnete. Da auch der Adel fast gar nicht vertreten war, so beherrschten ihn das unfertige, schwache deutsche Bürgertum und die politisch ganz unreifen, in strenger Gutsuntertänigkeit herangewachsenen Bauern, zum größten Teile Slawen. Deshalb beschloß der Reichstag auch die Ablösung der bäuerlichen Lasten: das einzige dauernde Ergebnis der österreichischen Revolution. Inzwischen hatten sich die Tschechen, in ihrem Selbstbewußtsein mächtig gestärkt und durch den Slawenkongreß, die erste große Kundgebung des aufsteigenden Panlawismus, gegen den unpopulären Landeskommandanten Fürsten Windischgrätz erhoben und waren erst in blutigem Straßenkampf in Prag (12.—17. Juli) niedergeworfen worden. In Ungarn trieb die Unabhängigkeitspartei unter L. Kossuth trotz aller Zugeständnisse die Dinge zum Bruche, so daß Erzherzog Stephan am 24. September verzweifelnd seine Statthalterschaft niederlegte. Dagegen begann die kaiserliche Regierung sich auf die ungarländischen Nationalitäten zu stützen, vor allem auf die Kroaten unter ihrem Banus Jellatschitsch, der schon gegen Pest-Ofen heranrückte; sie löste am 3. Oktober den ungarischen Reichstag auf, verhängte den Belagerungszustand über das Land und sandte auch aus Wien Truppen dorthin.

Doch deren Abmarsch gab am 6. Oktober den Anstoß zur bewaffneten Erhebung Wiens, da die Radikalen in den Magyaren ihre Bundesgenossen sahen; die Truppen räumten die innere Stadt, und der Hof ging nach Olmütz. Da brachte die Armee, unter Radetzky siegreich in Italien, mit dem Schwerte



die Entscheidung zugunsten der alten aristokratisch-konservativen Mächte in Österreich. Unter dem Oberbefehle des Fürsten Windischgrätz das aufständische Wien von allen Seiten umschließend, schlug sie die Ungarn, die zum Entsatz heranzogen, am 30. Oktober bei Schwechat zurück und erstürmte am 31. Oktober die Hauptstadt, die nun die ganze Strenge des Kriegesrechts erfuhr. Der Reichstag wurde nach der mährischen Landstadt Kremsier bei Olmütz verlegt, die Leitung des Ministeriums übernahm Fürst Felix Schwarzenberg, der entschlossenste Vertreter des zentralistisch-absolutistischen Österreich, und am 2. Dezember entsagte Kaiser Ferdinand dem Throne zugunsten seines achtzehnjährigen Neffen Franz Joseph (geb. 18. August 1830).

Dieser Sieg der Habsburger in Österreich entschied auch das Schicksal der deutschen Bewegung. In die Debatten über die „Oberhauptsfrage“ eintretend, sprach sich die große Mehrheit des deutschen Parlaments für die Verwandlung des bisherigen losen Staatenbundes in einen nationalen Bundesstaat aus. Aber sie wollte und konnte in diesen nicht das ganze, doch nur zum kleinen Teile deutsche Österreich mit aufnehmen, sondern nur die bisherigen Bundesländer, die mit den außerdeutschen nur durch Personalunion in Verbindung stehen sollten; sie mutete also den Habsburgern zu, ihr Reich in zwei unabhängige Staaten zu zerschneiden, für den einen auf die Selbstständigkeit, für das Ganze auf die Großmachtsstellung zu verzichten. Schwarzenberg wollte dagegen ganz Österreich als zentralisierten Einheitsstaat in den Deutschen Bund einfügen, mutete also den Deutschen zu, auf den Bundesstaat zu verzichten und sich mit einem Staatenbunde zu begnügen, in dem Österreich das stärkste Übergewicht gehabt hätte. Endlich war somit die Frage der deutschen Zukunft klargestellt: der deutsche Bundesstaat war nur ohne Österreich möglich, mit Österreich nur der alte lockere Staatenbund. Damit aber war zugleich entschieden, daß ihre Lösung auf parlamentarischem Wege unmöglich sei.

Folgerichtig hätten nun die österreichischen Abgeordneten aus dem Parlament scheiden, der Erzherzog Johann die Reichsverweserschaft niederlegen müssen, denn an der Verfassung für einen deutschen Bundesstaat konnten sie nicht mitarbeiten. Aber sie blieben, nur Schmerling wurde als Präsident des



Reichsministeriums durch Heinrich von Gagern abgelöst (16. Dezember). Dagegen schlossen sich die Fraktionen des Zentrums im Januar 1849 zur „Erbkaiserpartei“ zusammen, um jetzt das Kaisertum der Hohenzollern durchzusetzen. Doch gegen den zähen Widerstand der Österreicher, der Ultramontanen und der radikalrepublikanischen Linken kam man nur auf weiten Umwegen zum Ziele. Zuerst wurde ein weiterer (völkerrechtlicher) Bund mit Österreich in Aussicht genommen, dann für das künftige fürstliche Reichsoberhaupt der Kaisertitel beschlossen, die Erblichkeit aber noch abgelehnt (23. Januar 1849). Endlich, als sich nach einer Aufforderung Preußens Baden und achtundzwanzig Kleinstaaten für den Bundesstaat aussprachen, Fürst Schwarzenberg aber nach der Auflösung des Reichstages von Kremsier am 7. März eine zentralistische Gesamtstaatsverfassung verkündete und in Frankfurt einen deutsch-österreichischen Staatenbund, das gepriesene „Siebzigmillionenreich“ von der Nordsee bis zu den Siebenbürgischen Alpen vorschlug, da wurde am 27. März das Erbkaisertum (mit vier Stimmen Mehrheit) angenommen, und am 28. März wählte die Nationalversammlung mit 290 von 538 Stimmen König Friedrich Wilhelm den Vierten von Preußen zum „Kaiser der Deutschen“. Die Nation wühlte sich jubelnd am Ziel. Aber der König konnte sein Preußen nicht zu einer Provinz eines parlamentarisch aufgebauten Nationalstaates mit unitarischer Tendenz machen lassen; er hätte zudem sofort gegenüber dem Widerspruche Österreichs und der vier Königreiche und bei der drohenden Haltung Rußlands den Willen der Nation mit dem Schwerte verfechten müssen; auch hätte die Schleswiger Frage sofort eine nationale Lösung verlangt; endlich sah er den Kampf mit sozialen Forderungen und mit der katholischen Kirche voraus, die durch das Hinausdrängen Österreichs und ein protestantisches Kaisertum schwer getroffen werden mußte; gegen eine solche Welt von Feinden fühlte er sich zu schwach. Er lehnte am 3. April gegenüber der „Kaiserdeputation“ unter dem Präsidenten Heinrich Simson die dargebotne Krone ab. Man wird seinen aus eigensten Tiefen geborenen Entschluß billigen müssen: Preußens Eigenart hat er damit gerettet und der spätern Entwicklung zu einem auf Preußens ungebrochener Macht ruhenden deutschen Kaisertum die Bahn frei gemacht.



Trotzdem beschloß die Nationalversammlung mit zweifelster Fähigkeit am 11. April „unwandelbar“ an der Reichsverfassung festzuhalten, auch die Kleinstaaten erkannten sie jetzt förmlich an (14. April), die Volksvertretungen begannen sich auch in Preußen und einem Teile der Königreiche dafür zu regen, und Oesterreich rief seine Abgeordneten aus Frankfurt ab. Zugleich sah es sich, nachdem Radezky die tapferen Piemontesen in einem Feldzuge von drei Tagen überwältigt hatte (21./23. März), der entschlossenen Kriegserklärung Ungarns gegenüber, das die Gesamtstaatsverfassung Schwarzenbergs mit der Losagung vom Hause Habsburg beantwortete (14. April), und im Norden lächelte das Kriegsglück den deutschen Waffen. Nach dem Ablaufe des Waffenstillstandes standen gegen die Dänen 60 000 Mann Reichstruppen unter Prittwitz und 15 000 Schleswig-Holsteiner unter Bonin zur Verfügung. Ein Versuch der Dänen, durch eine Landung an der schleswigschen Ostküste die Flanke dieser Heeresmacht zu bedrohen, kostete der dänischen Flotte im Gefecht von Eckernförde am 5. April, wo zwei schwache Strandbatterien der zehnfach überlegenen Schiffsartillerie heldenmütig widerstanden, ihre beiden besten Schiffe („Christian VIII.“ und „Gefion“); am 13. April nahmen sächsische und bayrische Truppen die Höhen von Düppel mit Sturm, endlich siegte Bonin, neben den Reichstruppen die jütische Grenze überschreitend, am 20. und 23. April bei Kolding und begann am 7. Mai die Belagerung von Fridericia. Noch schien eine Wendung im Sinne der Erbkaiserpartei möglich.

In der That nötigte eine mächtige Volkskundgebung am 24. April den König Wilhelm von Württemberg zur Anerkennung der Reichsverfassung, in Preußen und Hannover bereiteten die Landtage ähnliches vor. In dem sächsischen Landtage, der zu Anfang 1849 nach dem neuen, sehr demokratischen Wahlgesetze zusammentrat, herrschten die Radikalen derart, daß das liberale Märzministerium Braun am 24. Februar seine Entlassung gab und einem Beamtenministerium (F. von Beust) Platz machte. Dies willigte in die Anerkennung der Frankfurter Grundrechte; als aber die den Landtag beherrschende Demokratie am 12. April die Anerkennung der gesamten Reichsverfassung forderte, teilweise nur, um sie als Deckmantel einer republikanischen Erhebung zu benutzen, die gleichzeitig in Sachsen, Bayern, Baden,



der Pfalz und der Rheinprovinz ausbrechen sollte, da schloß die Regierung, dem Beispiele Preußens und Hannovers folgend, am 28. April den Landtag, und eine preußische Note kündigte die endgiltige Ablehnung der Kaiserkrone an.

Da brach zuerst am 3. Mai in Dresden der offene, wohlorganisierte Aufstand aus, und am 4. bildete sich eine provisorische Regierung. Nur der aufopfernden Tapferkeit der schwachen sächsischen Truppen und herbeigerufener preußischer Bataillone gelang es in hartnäckigem Häuser- und Straßenkampfe bis zum 9. Mai die Erhebung zu bewältigen. Eine harte Reaktion folgte. Während nun die preußische Regierung vereinzelte Versuche in der Rheinprovinz rasch unterdrückte, trat am 2. Mai in der Rheinpfalz ein Landesausschuß zusammen und proklamirte die Republik. In Baden begann, unerhört in der neueren deutschen Geschichte, der Aufstand mit der Meuterei der längst von den Radikalen planmäßig verhetzten Truppen (9. bis 13. Mai); der Großherzog flüchtete, und am 13. Mai beschloß eine Landesversammlung in Offenburg die Bildung eines Landesausschusses und das Bündnis mit der Pfalz. Unter dem Deckmantel der Reichsverfassung setzten die Radikalen dem monarchischen Bundesstaate die föderativrepublik entgegen.

Damit sah sich das Frankfurter Parlament vor die verzweifelte Wahl gestellt, entweder sein mühsames Werk, die Reichsverfassung, aufzugeben, die jetzt von allen größeren Regierungen verworfen wurde, oder sich in einen republikanischen Konvent zu verwandeln und den begonnenen Bürgerkrieg mit allen revolutionären Mitteln bis zum Ende durchzuführen. Noch fand sich eine Mehrheit, die sich zugunsten der Bewegungen in Sachsen und in der Pfalz aussprach; aber am 10. Mai trat Gagern zurück, da der Reichsverweser seine Zustimmung verweigerte, am 14. Mai berief Preußen seine Abgeordneten ab, und als am 19. Mai die Mehrheit beschloß, eine Reichstatthalterschaft an Stelle des Reichsverwesers zu setzen, da schied am 21. Mai auch die Erbkaiserpartei, Dahlmann voran, aus dem Parlament. Also zum „Rumpfparlament“ geworden und der Herrschaft der Radikalen verfallen, verlegte es seinen Sitz nach Stuttgart. Dort aber erzwang die württembergische Regierung (Römer) am 18. Juni mit militärischer Gewalt seine Auflösung. In denselben Tagen begannen die Reichstruppen



unter dem preußischen General von Peucker vom unteren Neckar aus, ein preußisches Korps unter Prinz Wilhelm von Preußen von der Rheinprovinz her, den Feldzug gegen die Pfalz und Baden. Nach blutigen Gefechten zogen sie am 23. Juni in Karlsruhe ein, am 23. Juli zwangen sie die Festung Rastatt zur bedingungslosen Übergabe, und im Lande waltete das Standrecht.

Dieser Niedergang der vollstümlichen Einheitsbewegung traf die schleswig-holsteinische Sache um so schwerer, je mehr sie von der nationalen Welle emporgetragen worden war. Da die Erhebung jetzt den größeren Regierungen, vor allem der preußischen, mehr als je als eine Empörung gegen den rechtmäßigen Landesherrn erschien, begann Preußen in Berlin von neuem Waffenstillstandsverhandlungen, und als die Dänen durch einen gewaltigen Ausfall aus Fridericia am 6. Juli die Schleswig-Holsteiner mit einem zerschmetternden Schlage getroffen hatten, schloß es am 10. Juli den Waffenstillstand wie eine besiegte Macht. Schleswig wurde geräumt, unter eine preußisch-dänische Verwaltung gestellt und im Süden von preußischen, im Norden von schwedischen Truppen besetzt.

Nachdem nun die vollstümliche Einheitsbewegung gescheitert war, machte König Friedrich Wilhelm der Vierte unter dem Einflusse des Generals von Radowitz den Versuch, den Kern dieser Bestrebungen, den deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung, durch friedliche Vereinbarungen doch noch durchzusetzen. Wirklich schloß Preußen am 26. Mai mit Hannover und Sachsen das „Dreikönigsbündnis“, auch die übrigen Staaten außer den beiden süddeutschen Königreichen traten dieser „Union“ bei, und am 26. Juni sprachen sich die Führer der Erbkaiserpartei in Gotha ebenfalls dafür aus. Aber die eigene hochkonservative Umgebung des Königs (Stahl, Gerlach, Kleist-Regow) bekämpfte auch dieses Unternehmen ebenso als revolutionär wie einst die Frankfurter Reichsversammlung; der König aber, halb und halb selbst dieser Meinung, entbehrte des energischen fortreißenden Willens, und nur ein solcher, mochte er ein monarchischer oder ein demokratischer sein, konnte die Regierungen der Mittelstaaten bestimmen, zugunsten einer Reichsverfassung auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zu verzichten. Österreich, das, freilich nur mit russi-



scher Hilfe, die ungarische Revolution gebändigt hatte, unterstützte natürlich diese Stimmung und bereitete, indem es am 30. Dezember 1849 zunächst mit Preußen zusammen die Zentralgewalt vom Reichsverweser übernahm (bis zum 31. Mai 1850), die Wiederherstellung des Bundestages vor. Infolgedessen schieden Sachsen und Hannover am 21. Februar 1850 aus der Union wieder aus. Trotzdem trat das Unionsparlament am 20. März in Erfurt zusammen und nahm den Verfassungsentwurf der Regierung an, ebenso sprach sich ein Fürstentag in Berlin im Mai größtenteils dafür aus; aber der König fand den Übergang von großen Worten zu entschiedenen Taten nicht, und so konnte es Österreich wagen, ohne Preußen die deutschen Regierungen nach Frankfurt einzuladen, wo am 2. September der Bundestag in den alten Formen, allerdings nur mit elf Stimmen von siebenzehn, wieder zusammentrat.

Was Preußen etwa noch an Sympathie und Vertrauen besessen hatte, das hatte es inzwischen völlig verspielt. Von seinen größeren deutschen Bundesgenossen verlassen, von Österreich geringschätzig beiseite geschoben, bedroht von einer Verbindung zwischen Rußland, Frankreich, Schweden und England, die im Londoner Protokoll vom 2. Juni die Erhaltung des dänischen Gesamtstaates für ein europäisches Interesse erklärten, unterzeichnete es zugleich im Namen des Deutschen Bundes am 2. Juli den Frieden mit Dänemark, worin Schleswig-Holstein preisgegeben wurde. Trotzdem nahm das tapfere Land unter dem General von Willisen den ungleichen Kampf nochmals auf. In der blutigen Schlacht bei Idstedt in der Nähe Schleswigs am 24./25. Juli blieb den Dänen nur ein halber Sieg, der in der strategischen Lage kaum etwas änderte; ja die Schleswig-Holsteiner gingen unverzagt am 12. September bei Missunde, am 4. Oktober bei Friedrichstadt zum Angriff auf die dänische Stellung über. Doch nicht von seinen Waffentaten hing das Schicksal des unglücklichen Landes ab vielmehr brachte die Politik der Großmächte die Entscheidung.

Inzwischen schien ein Verfassungskrieg in Kurhessen die deutschen Dinge noch einmal auf die Schneide des Schwertes zu stellen. Als nach dem abermaligen Antritt des verhassten Ministers Hassenpflug, des „Hessenfluchs“ (Februar 1850), kein



Staatshaushaltsgesetz zustande kam, verweigerte das Volk die Zahlung der Steuern, die Beamten versagten den Dienst, die Offiziere nahmen den Abschied. Der Kurfürst aber rief die Hilfe des Rumpfbundestages an, und dieser beschloß, als sich die Könige von Bayern und Württemberg mit dem Kaiser Franz Joseph in Bregenz am 11. Oktober über die Aufstellung eines Heeres verständigt hatten, am 25. Oktober die Bundesexekution gegen Kurhessen; auch Sachsen trat auf Österreichs Seite. Der Krieg schien unvermeidlich, denn König Friedrich Wilhelm konnte ein Einschreiten des von ihm gar nicht anerkannten Bundestages in Kurhessen, das noch zur Union zählte, nicht zulassen, hatte deshalb am 27. September Radowiz, den eigentlichen Träger der Unionspolitik, zum Minister des Auswärtigen berufen und am 24. Oktober seine Truppen in Kurhessen einmarschieren lassen, worauf am 1. November auch die Österreicher und Bayern einrückten.

Allein der Übermacht Österreichs und der drohenden Haltung Rußlands gegenüber rief der König dann doch die Vermittlung seines Schwagers, des Zaren Nikolaus, an, und dieser diktierte hochfahrend dem Grafen Brandenburg am 28. Oktober in Warschau seine Bedingungen: Eintritt ganz Österreichs in den Bund, Auflösung der Union, Anerkennung der Bundesexekution in Kurhessen. Doch sollte die neue Bundesverfassung auf „freien Konferenzen“ der Regierungen in Dresden geregelt werden. An die Stelle des Generals von Radowiz trat am 5. November Otto von Manteuffel, ein hochkonservativer Doktrinär. Graf Brandenburg verschied am nächsten Tage in wilden Fieberphantasien. Als aber Schwarzenberg gebieterisch die sofortige Räumung Kurhessens und den Einmarsch eines österreichischen Korps in Holstein forderte, da ging ein Schrei der Empörung durch das preußische Volk, und der König befahl am 6. November die Mobilisierung seiner Armee; auch kam es am 9. November bei Bronzell nicht weit von Fulda zwischen den Vortruppen zu einem kurzen Kugelwechsel. Jedermann erwartete, viele auf beiden Seiten wünschten den Krieg, aber Manteuffel erklärte schon am 15. November die zerbröckelnde Union für aufgelöst und gestand in Olmütz am 29. November dem Fürsten Schwarzenberg auch alles andre zu; denn weder dieser Minister noch dieser König konnte den Ent-



scheidungskampf um Deutschlands Zukunft führen. Und doch erfocht das triumphierende Österreich nur einen halben Sieg. Denn es gelang ihm auf den Dresdner Konferenzen (23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851) gegenüber dem Widerspruche Frankreichs und Englands nicht, den Eintritt ganz Österreichs in den Bund durchzusetzen, das Schlussergebnis war vielmehr die einfache Wiederherstellung des alten Bundestages.

Nun wurden in Kurhessen viele Beamte kriegsgerichtlich verurteilt und ein Bundestagsbeschluss vom 27. März 1852 erklärte die Verfassung von 1831 für „unzulässig“. Die schleswig-holsteinische Regentschaft unterwarf sich den Forderungen der beiden Großmächte, die dabei die Wahrung des alten Verhältnisses beider Herzogtümer zueinander in Aussicht stellten, am 11. Januar 1852 bedingungslos. Trotzdem rückten am 17. Januar 20 000 Österreicher unter dem Kroaten Legeditich in Holstein ein, übergaben Rendsburg und Friedrichsort den Dänen und lösten die unbesiegte Armee des Landes auf. Wie zum Hohn hob dann Dänemark alle Gemeinschaft zwischen den Herzogtümern bis auf die Universität Kiel, den Eiderkanal, die Ritterschaft und ein paar Anstalten auf und brachte über Schleswig eine rachsüchtige Reaktion, die Tausende aus dem Lande trieb. Doch versprach es jedem der beiden Länder eine besondere Landesvertretung, worauf die Bundestruppen im Februar 1852 Holstein räumten. Schließlich erkannten sämtliche Großmächte im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 das Erbrecht der Glücksburger auch für Schleswig-Holstein an, doch unter der Bedingung, daß die Herzogtümer mit Dänemark nur in Personalunion stehen sollten; Herzog Christian August von Augustenburg wurde gezwungen, gegen eine Abfindungssumme auf seine dortigen reichen Güter und seine Erbansprüche zu verzichten. Um nun auch noch den letzten Rest der verhaßten revolutionären Frankfurter Reichsverfassung zu beseitigen, ließ der Bundestag am 1. Dezember 1852 die Reste der Reichsflotte in Bremerhaven (durch den Auktionator Hannibal Fischer) versteigern. Die Vernichtung der kurhessischen Verfassung, die Auslieferung Schleswig-Holsteins an Dänemark und jener schimpfliche Handel waren die ersten Leistungen des erneuerten Bundestages und der wiederhergestellten Vorherrschaft Österreichs. In Entwürdigung und Schmach, in tiefer Verbitterung



und fressendem Groll ging dieser stürmische Anlauf nach Deutschlands Einheit zu Ende.

Aber die Erfahrung blieb unverloren, daß er an drei Klippen gescheitert war. Zunächst hatten sich die vorwärtsdrängenden Kräfte im Volke nicht mit den beharrenden der Regierungen auf einer gemeinsamen Grundlage zusammengefunden, vornehmlich, weil ein Todfeind des deutschen Volkes, der Doktrinarismus, sie auseinandergehalten hatte, auf der einen Seite der konservativ-romantische, der das Recht des geschichtlichen Lebens verkannte, auf der andern der liberale und radikale, der den monarchischen Charakter der politischen Entwicklung Deutschlands verkannte. Sodann hatte das preußische Königtum, obwohl durch die Natur der Dinge zur Leitung berufen, die Kraft nicht gefunden, diese rechtzeitig zu übernehmen; endlich hatte man viel zu spät erkannt, daß der Kern der deutschen Verfassungsfrage nicht die Erweiterung der Freiheitsrechte, sondern das Verhältnis zu Österreich sei. Erschwerend hinzugetreten war die Feindseligkeit der großen Mächte, vor allem Rußlands, dessen Kaiser Nikolaus der Erste sich als den gebornen Verfechter der Legitimität gegen die „Revolution“ betrachtete. So konnte die, nach der Lage Europas und der politischen Reife Deutschlands beurteilt, zu früh begonnene Bewegung kaum anders enden als mit einem negativen Ergebnis: mit der Wiederherstellung des lockeren Bundes souveräner und auf ihre Souveränität höchst eifersüchtiger Staaten unter dem Bundestage, dessen traurige Unzulänglichkeit doch niemand leugnete.

Da die Bewegung von 1848/49 wesentlich vom bürgerlichen Mittelstande ausgegangen war, so kam ihr Niedergang in den inneren Verhältnissen der Einzelstaaten den siegreichen Elementen, sozial gesprochen, dem Großgrundbesitz, also im wesentlichen dem Adel zugute. Doch vermochte diese „Reaktion“ im ganzen weder die konstitutionellen Verfassungen noch die Ablösung der bäuerlichen Lasten zu beseitigen; auch von den „Grundrechten“ gingen, obwohl sie der Bundestag schon am 23. August 1851 aufhob, manche in die Gesetzgebung der Einzelstaaten über, und die römische Kirche benutzte den in ihnen ausgesprochenen Grundsatz von der Freiheit der Kirche, um eine Reihe gesetzlicher Beschränkungen des alten Kirchen-



rechts abzuschütteln. In Preußen vor allem blieb die Verfassung vom 31. Januar 1850, im wesentlichen eine Nachbildung der belgischen, bestehen, obwohl der König am liebsten zu altständischen Formen zurückgekehrt wäre; nur wurde die Erste Kammer 1853 in das Herrenhaus verwandelt und damit dem Großgrundbesitz ein maßgebender Einfluß auf die ganze Gesetzgebung eingeräumt. Ebenso blieb die Neuordnung der Gerichtsverfassung mit der Aufhebung der Patrimonialgerichte (von 1850) aufrecht. Dagegen wurde die alte Provinzial-, Kreis- und Gemeindeverwaltung mit der grundherrlichen Polizei und der Beaufsichtigung der ländlichen Ortsverwaltung durch die Gutsherren wiederhergestellt. Die evangelische Landeskirche hatte nach einem Lieblingsgedanken des Königs durch die Errichtung des Oberkirchenrats 1850 größere Selbständigkeit erhalten, aber im Kirchenregiment und in der Besetzung der geistlichen Stellen überwog die Orthodogie, weil sie für konservativ galt, und in der Volksschule wurde durch die Stiehl'schen Regulative die geistliche Aufsicht aufs neue befestigt. Vielsach erbitternd wirkte die oft kleinliche Behandlung der Presse und der Vereine. Für die Förderung des wirtschaftlichen Lebens geschah sehr viel, namentlich durch Eisenbahnbauten, dagegen fast nichts, um den Staat für eine große, tätige Politik zu rüsten. Trotz schwerer Mängel blieb im Heerwesen alles beim alten, und für die junge Kriegsflotte, deren Notwendigkeit doch sonnenklar war, mußte der weitblickende Prinz Adalbert alle Grundlagen der Organisation, wie die Beschaffung von Schiffen und die Erwerbung des Platzes für einen Nordseekriegshafen an der Jade (1853), der konservativen Abneigung gegen diese „demokratische Institution“ und den militärischen Vorurteilen mühsam abringen.

In Sachsen stellte der leitende Minister dieser Zeit, F. F. von Beust, die alten Stände von 1831 schon im Juni 1850 wieder her (die sog. „reaktivierten Stände“), da der „Widerstandslandtag“ vom Dreikönigsbündnis nicht lassen wollte, schränkte auch die freie Meinungsäußerung in Presse und Vereinen wesentlich ein; aber unter der Regierung des Königs Johann (1854—1873), eines ebenso wissenschaftlich gebildeten wie geistvollen und pflichttreuen Monarchen, wurde die Gerichtsverfassung wie in Preußen 1856 umgestaltet, gleich-



zeitig ein neues Strafgesetzbuch, 1865 auch ein neues bürgerliches Gesetzbuch eingeführt, das Heer wesentlich vermehrt und verbessert, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Gewerbefreiheit (1861) und die immer dichtere Gestaltung des Eisenbahnnetzes mit großem Erfolge gepflegt. In Nassau und Hessen-Darmstadt, in Hannover und Mecklenburg beseitigte die Reaktion die neuen Verfassungen. Dabei kehrte Mecklenburg (1850) zu seinen feudalen Ständen, Hannover unter Georg dem Fünften (1851—1866) zur Verfassung von 1840 zurück (1855). So tüchtig auch sonst die Verwaltung war, so war doch durch die fortgesetzten Änderungen des Staatsgrundgesetzes das Vertrauen in den Rechtszustand gründlich erschüttert, und die Unfähigkeit des blinden Königs, die Verhältnisse zu sehen, wie sie wirklich waren, führte zu einer Überspannung seines Souveränitätsbewußtseins und seiner Machtansprüche, die höchst unheilvoll wirkte.

Fester als in diesen norddeutschen Mittelstaaten stand da doch in Süddeutschland die verfassungsmäßige Ordnung. Für Maximilian den Zweiten von Bayern war es Gewissenssache, die Rechte der Volksvertretung zu achten; er entließ deshalb das Ministerium von der Pforden, als es mit dem Landtage über die Vermehrung der Heeresausgaben in Widerspruch geriet (1859), worauf denn nun die Gerichtsverfassung und die Kreisverwaltung neu geordnet, das Eisenbahnnetz wesentlich vervollkommen wurde. Der persönliche Ehrgeiz des Königs war vor allem darauf gerichtet, sein München, das der Vater in einen Sitz deutscher Kunst verwandelt hatte, auch zu einem großartigen Mittelpunkt deutscher Wissenschaft zu machen, besonders durch die Berufung norddeutsch-protestantischer Gelehrter, und das wurde es. Württemberg und Baden hatten beide mit den erneuerten Herrschaftsansprüchen der römischen Kirche schwer zu ringen. Beide Staaten suchten das Verhältnis zunächst durch ein Konkordat zu regeln, Württemberg 1857, Baden 1859, aber in beiden verweigerte der Landtag seine Genehmigung, und die kirchlichen Fragen wurden durch die staatliche Gesetzgebung geregelt. Die protestantische Kirche beider Länder begann, zur ursprünglichen Idee der Reformation zurückkehrend, die Laien durch Gemeinderäte und synodale Einrichtungen zur Kirchenverwaltung heranzuziehen. Dabei



ging ein guter Teil der Frankfurter „Grundrechte“ in die württembergische Landesgesetzgebung über, und Baden wurde, nachdem die hier besonders schweren Erschütterungen der Sturmjahre überwunden, namentlich die Truppe (in der preussischen Rheinprovinz) völlig neu gebildet worden war, unter Großherzog Friedrich (1852—1858 Regent) zu dem vielgefeierten Musterlande des Liberalismus.

Wesentlich anders gestalteten sich die Dinge in Österreich. Bedeutende Männer, wie Fürst F. Schwarzenberg (gestorben 1852), K. E. von Bruck, A. von Bach, Graf Leo Thun, brachten nach den Stürmen der Revolutionsjahre und der Metternichschen Stabilitätspolitik den absolutistischen, aber aufgeklärten Zentralismus Josephs des Zweiten mit fast revolutionärer Gewalttätigkeit wieder zur Herrschaft. Nicht nur die Gesamtverfassung von Kremser wurde schon am 31. Dezember 1850 wieder aufgehoben, vielleicht der schwerste Fehler der innerösterreichischen Politik, weil damit den Reformen die Möglichkeit parlamentarischer Befristung entzogen wurde, sondern auch die Landtage sämtlicher Kronländer wurden beseitigt, den ungarischen Reichstag mit eingeschlossen, da Ungarn durch seine Empörung seine Rechte „verwirkt“ habe. In der Tat schien das stolze Magyarentum völlig mattgesetzt durch die planmäßige Begünstigung der anderen ungarländischen Nationalitäten und ein deutschsprechendes Beamtentum meist tschechischer und rumänischer Abkunft. Aber die Grundentlastung wurde jetzt durchgeführt, das ganze Reich bildete seit dem 1. Oktober 1850 ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Triest entwickelte sich glänzend, besonders durch den Österreichischen Lloyd, der Bau der ersten Alpenbahn über den Semmering wurde 1857 vollendet, die Kriegsflotte, bis 1848 tatsächlich eine italienische Institution, erhielt besonders durch die Bemühungen des tüchtigen Erzherzogs Maximilian eine neue Organisation mit deutscher Dienstsprache und den schönen Kriegshafen Pola (statt Venedig). Zugleich knüpfte Graf Thun, der erste und letzte Kultusminister für ganz Österreich, an die große Reformzeit Maria Theresias an, führte den Schulzwang ein und stellte die Volksschule unter Staatsaufsicht, gestaltete die Gymnasien nach norddeutschem Muster und mit besonderer Betonung der deutschen Sprache in allen Kronländern um,



gab endlich den Universitäten mit der korporativen Selbständigkeit auch die Lehr- und Lernfreiheit.

Aber im schärfsten Widerspruch mit dieser Entfesselung der Geisteskräfte ließ er es in seiner idealistischen Auffassung der Kirche zu, daß der Staat 1851 auf das alte landesherrliche Plazet verzichtete, und daß Kardinal Rauscher, Fürstbischof von Wien, der Jugendlehrer des Kaisers, ein harter kirchlicher Absolutist und weltfremder Stubengelehrter, durch das Konkordat vom 18. August 1855 der römischen Kirche die völlige Freiheit sicherte, die ganze Erziehung unter ihre Aufsicht stellte und ihr die Ehegerichtsbarkeit zuwies. Die Opposition in der Geistlichkeit wurde durch die Erziehung des jungen Nachwuchses in den bischöflichen Seminaren und den ganz scholastisch umgestalteten theologischen Fakultäten allmählich entwurzelt, dazu in der Laienwelt, besonders unter dem Adel und den Bauern, durch zahllose Vereine und eine rührige Presse eine starke ultramontane Partei großgezogen. Da aber das junge Bürgertum, namentlich das deutsche, seiner ganzen Art nach dieser geistigen Bevormundung widerstrebte, so verfiel es größtenteils einer unfirchlichen Freigeisterei; dadurch aber entfremdeten sich der ultramontane Adel und die Geistlichkeit mehr und mehr dem deutschen Volkstum. So kam eine neue Spaltung zu den Gegensätzen der nur äußerlich unterdrückten Nationalitäten. Jahrelang konnte fast die Hälfte des Reichs nur mit dem Ausnahmezustande regiert werden, Ungarn und Siebenbürgen bis 1854, Italien bis 1857. Dazu stand die Armee trotz ruhmvoller Überlieferungen, und obwohl sie ohne Zweifel die vornehmste Institution des Staates war, nach Bewaffnung, Ausbildung und Führung keineswegs auf der Höhe ihrer Aufgabe, und aus den Finanzen wollte weder das Defizit noch das in seinem Werte fortwährend schwankende Papiergeld verschwinden.

Eine innere Berechtigung für diesen Staat, zwei so hoch entwickelte Kulturvölker wie die Deutschen und die Italiener unter seiner politischen Vorherrschaft zu halten, lag nicht vor. Und doch war jetzt der Bundestag noch mehr als früher ein Werkzeug der österreichischen Politik. Indem Österreich die formelle Souveränität der deutschen Mittelstaaten unangetastet ließ, sich aber durch persönliche Beziehungen u. dgl. die Höfe



gefügt machte, schuf es sich am Bundestage eine feste Mehrheit, um durch sie, gegen allen früheren Brauch, Preußen dauernd in die Minderheit zu versetzen und die Macht des Bundestags in seinem Interesse zu erhöhen. Dieser Politik der Präsidialmacht trat seit dem August 1851 der neue preussische Bundestagsgesandte, Otto v. Bismarck-Schönhausen, überall mit voller Entschiedenheit entgegen. Ein altmärkisch-pommerscher Edelmann (geboren 1. April 1815), hatte er nach dem Abschluß seiner Studien und seiner kurzen Laufbahn im Staatsdienst als praktischer Landwirt seine Güter bewirtschaftet. Seinen politischen Aufstieg begann er als Abgeordneter zum preussischen Landtag und zum Erfurter Parlament. Daß er damals mit offenem Visier für das historische Königtum gegen die liberale Zeitströmung und gegen die Frankfurter Reichsverfassung eintrat, trug ihm den Ruf eines reaktionären „Junfers“ ein, aber auch das Vertrauen des Königs, der ihn aus seiner parlamentarischen Tätigkeit heraus zum diplomatischen Dienst berief, ohne jede vorausgehende diplomatische Schulung, eine in Preußen höchst ungewöhnliche Beförderung. Aber alsbald beherrschte er die Geschäfte mit souveräner Sicherheit, ein Anhänger des Einvernehmens mit Österreich nur unter der Bedingung, daß es Preußen die tatsächliche Gleichberechtigung in der Leitung des Bundes zugestehen wie vor 1848, sonst sein entschlossener Gegner.

In zwei Angelegenheiten von entscheidender Bedeutung schlug die preussische Politik bereits nach seinem Räte mit Erfolg eine selbständige Richtung ein. Sie vereitelte den von den Mittelstaaten unterstützten Plan Österreichs, in den Zollverein einzutreten, gewährte ihm 1852 nur einen günstigen Handelsvertrag, bewog dagegen den ganz unhaltbar gewordenen nordwestdeutschen Steuerverein zum Eintritt in den Zollverein vom 1. Januar 1854 ab und erneuerte diesen auf weitere zwölf Jahre. Noch standen die Hansestädte, Holstein und Mecklenburg draußen, aber sonst war das gesamte außerösterreichische Deutschland, über 9000 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern, eine wirtschaftspolitische Einheit geworden.

Doch inzwischen verwandelte sich die europäische Welt. Die Errichtung des zweiten bonapartistischen Kaiserreichs hatte mit Napoleon dem Dritten (1852—1870) einen natürlichen



Gegner der Wiener Verträge von 1815 auf den Thron erhoben. Mit seiner gedankenvollen und weitschauenden, nur zu doktrinären Politik wollte er eine neue Vorherrschaft Frankreichs begründen, aber nicht durch Eroberungskriege, wie es sein Oheim im Kampf mit ganz Europa getan hatte, sondern durch fluge Förderung der nationalistischen Entwicklung in den Staaten, die er dem Einfluß anderer Mächte entziehen und an Frankreich fetten wollte. Durch diese Betonung des „Nationalitätsprinzips“ geriet er allerdings in Gegensatz zu dem Geiste des von ihm beherrschten Volkes, das seine Größe in der Schwäche seiner Nachbarn sah, und da seine Herrschaft eine demokratische Tyrannei auf der Grundlage der tatsächlichen und verfassungsmäßigen Volkssouveränität war, so ist er an diesem Widerspruche schließlich zugrunde gegangen.

Zunächst verbündete er sich mit dem parlamentarischen England, erst zum Schutze der Türkei gegen neue russische Bedrohungen, dann, als diese abgewehrt waren, zur Zerstörung der russischen Seemacht im Schwarzen Meere. In diesem Krimkriege (1853—1856) stand die liberale öffentliche Meinung Deutschlands entschieden auf der Seite der Westmächte, weil sie Rußland als den Hort der europäischen Reaktion fürchtete. Innerhalb der preußischen Regierungskreise drängten gerade deshalb die Hochkonservativen zum Bunde mit Rußland gegen das revolutionäre Frankreich; besonnene Patrioten, wie Prinz Wilhelm und Bismarck, befürworteten die Neutralität. Für diese entschloß sich endlich auch der König, und der Deutsche Bund folgte hier Preußen. Österreich dagegen zwang durch seinen Einmarsch in die Donaufürstentümer die Russen, diese zu räumen, und kam im Vertrage vom 2. Dezember 1854 bis dicht an das Waffenbündnis mit den Westmächten. Der Friede von Paris am 30. März 1856 schützte den Bestand der Türkei und neutralisierte das Schwarze Meer, bereitete aber auch eine andre Gruppierung der Mächte vor. Denn Preußen hatte sich den Anspruch auf den Dank Rußlands erworben, ohne seine Interessen preiszugeben und ohne sich mit Frankreich zu verfeinden, Österreich aber durch seinen „historischen Undank“ gegen den Helfer in der Not der Revolution den tiefsten Groll in Petersburg erregt, und Frankreich nahm unbestritten die maßgebende Stellung in Europa ein.



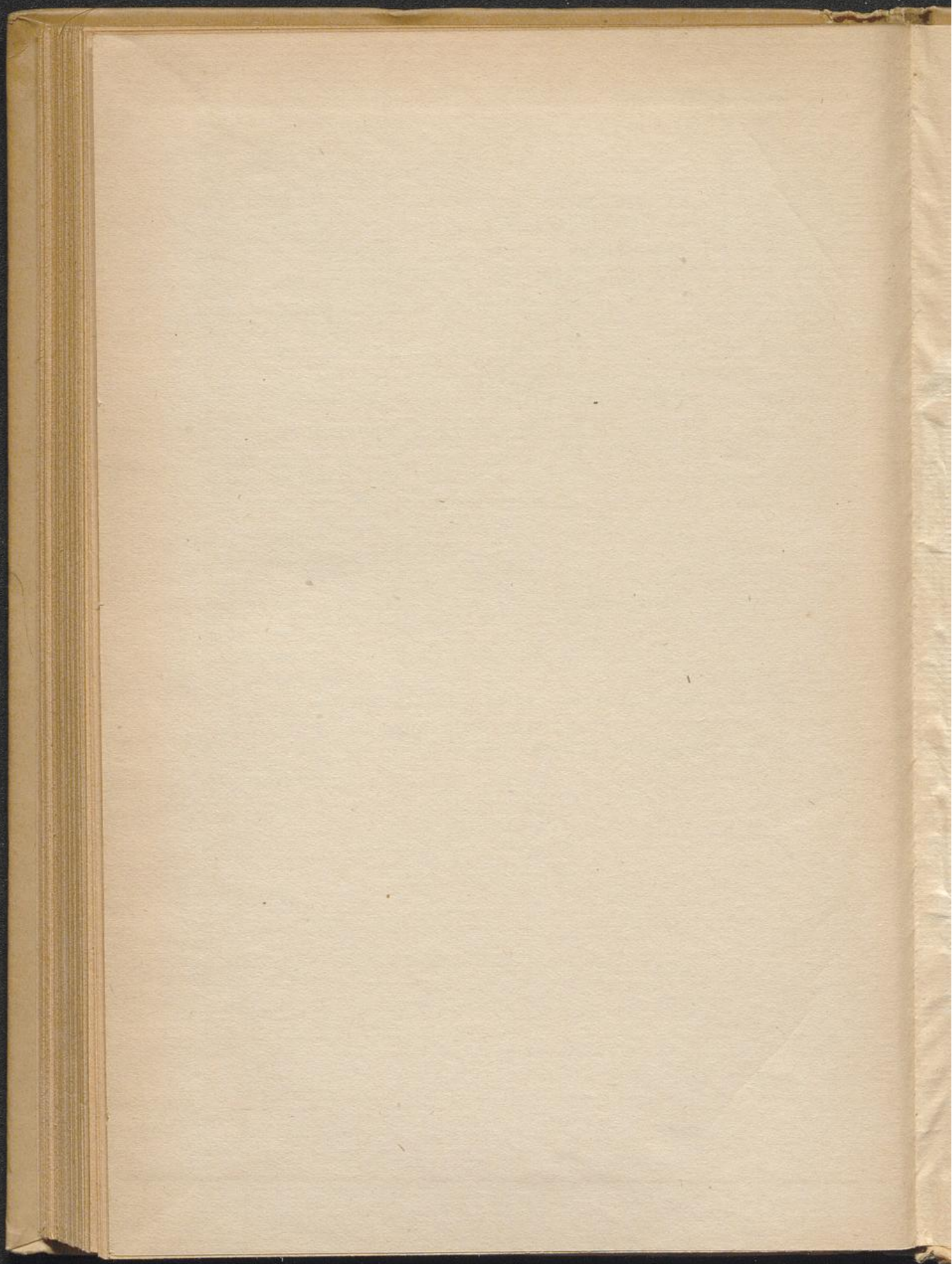
So griff denn Napoleon der Dritte auch in den Streit um das (seit 1707 preußische) Fürstentum Neuenburg ein, das 1848 eigenmächtig der Eidgenossenschaft beigetreten war und im September 1856 eine Erhebung der königstreuen Partei mit Waffengewalt niedergeschlagen hatte. Um nun die des Hochverrats angeklagten Führer der Royalisten (66) vor dem Äußersten zu schützen, forderte König Friedrich Wilhelm ihre Freilassung und traf, als sie verweigert wurde, Vorkehrungen für einen Feldzug gegen die Schweiz; doch vermittelte Napoleon in dem Streite dahin, daß die Eidgenossenschaft die Gefangenen straflos entließ und der König im Verträge vom 26. Mai 1857 ganz auf Neuenburg verzichtete. Kurz nachher, im Juli, traf den über diese Angelegenheit tief erregten Monarchen bei einem Besuche in Pillnitz der erste Schlaganfall, das Zeichen einer längst an ihm zehrenden schweren Gehirnerkrankung, und da der Anfall sich im September wiederholte, so übernahm sein Bruder Wilhelm, der Prinz von Preußen, zunächst die Stellvertretung des Königs, dann, als sich dessen Regierungsunfähigkeit herausstellte, am 8. Oktober 1858 die selbständige Regentschaft „mit alleiniger Verantwortung gegen Gott“. Die meisten erwarteten oder fürchteten ein liberales Regiment; niemand ahnte, daß Deutschland an der Schwelle einer neuen großen Periode seiner Geschichte, vor einem neuen und diesmal erfolgreichen Einheitskampfe stehe.

---

















03M36143



P

03

Kaemmel  
Reimann

Der  
Werdegang  
des deutschen  
Volkes



Die preussisch  
oesterreichische  
Zeit

M

36143